

# **Jugend- und Ausländerkriminalität in Reutlingen**

Ein Projektbericht

Autoren:

**Professor Dr. Thomas Feltes M.A.**

Hochschule für Polizei  
Villingen-Schwenningen

**Dipl. Soziologe Gerhard Spiess**

Universität Konstanz

Mai 2002

# Jugend- und Ausländerkriminalität in Reutlingen

## Ein Projektbericht

<b>Kapitel 1: Einleitung</b>	<b>5</b>
Zusammenfassung	5
Projektauftrag und Projektziel	8
Verantwortlichkeiten und Zeitplan	9
<b>Kapitel 2: Quantitative Analyse der in Reutlingen registrierten Kriminalität</b>	<b>11</b>
<b>1. Fragestellung und Grundlagen der quantitativen Untersuchung</b>	<b>14</b>
<b>1.1 Datenbasis des Berichts: Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik</b>	<b>15</b>
<b>1.2 Zur Bewertung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenbelastung: Absolute und Häufigkeitszahlen, Indexzahlen</b>	<b>16</b>
1.2.1:           Schaubild: Die polizeilich registrierten Straftaten und ihre strafrechtliche Bewertung (Baden-Württemberg 2000)	18
1.2.2           Schaubild: Schere zwischen Tatverdächtigen- und Verurteiltenzahlen	19
<b>2 Zur Bewertung der Entwicklung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenzahlen</b>	<b>21</b>
<b>2.1 Zur Einordnung: Allgemeine Entwicklung der registrierten Straftaten in den Jahren seit 1984</b>	<b>21</b>
2.1.1           Tabelle: Registrierte Fälle, aufgeklärte Fälle, registrierte Tatverdächtige. Reutlingen 1984 .. 2001	21
2.1.2           Tabelle: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg im Vergleich, 1984 .. 2001	22
2.1.3           Schaubild: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg, 1984 .. 2001. Indexzahlen, bezogen auf 1984 =100	23
2.1.4           Tabelle: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen	23
2.1.5           Schaubild: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen	24
<b>2.2 Woher die Zunahme der registrierten Delikte?</b>	<b>24</b>
2.2.1           Tabelle: Fallzahlen Reutlingen, Jahr 2000 im Vergleich zu 1989 - der Beitrag der einzelnen Deliktgruppen zur Zunahme der Fallzahlen	25
<b>2.3 Der Anteil der verschiedenen Deliktgruppen</b>	<b>26</b>
2.3.1           Tabelle: Anteile der Deliktgruppen an den registrierten Fällen, Reutlingen 2000	27
2.3.2           Tabelle: Anteile der Deliktgruppen am registrierten Schadensaufkommen	29
<b>3. Jugendkriminalität - immer früher, immer schlimmer?</b>	<b>30</b>
<b>3.1 Kinder und Jugendliche - voll im Trend</b>	<b>30</b>
3.1.1.           Schaubild: Tatverdächtigenbelastungszahlen - unbereinigt, TV (auch nicht zur Wohnbevölkerung zählende) in Relation zu je 100 000 der gemeldeten Wohnbevölkerung, Reutlingen 1984 .. 2001	31
3.1.2           Schaubild: Die Alterskurve der Verurteiltenzahlen - Verurteilte je 100 000 der Wohnbevölkerung - in Deutschland seit 1886.	32
<b>3.2 Junge Mehrfachtäter</b>	<b>33</b>
3.2.1           Tabelle: Junge Mehrfachtäter (bis unter 21 J.) im Jahr 2000	33
<b>3.3 Besonderheiten der registrierten Delinquenz junger Menschen</b>	<b>34</b>
3.3.1           Schaubild: Registrierte Tatverdächtige - abs. Zahlen, 1984 .. 2001, nach Altersgruppen	35

3.3.2	Schaubild: Registrierte Tatverdächtige, Anteile der Altersgruppen, 1984 .. 2001.	35
3.3.3	Tabelle: Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen, nach Altersgruppen, Reutlingen 1984 bis 2001	36
3.4	Schaubilder: Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen insgesamt sowie nach Altersgruppen für Ladendiebstahl, Schwere Diebstahl, Gewaltdelikte und Straßenkriminalität in Reutlingen von 1984 bis 2001	38
3.4.1	Tatverdächtige insgesamt	38
3.4.2	Kinder	38
3.4.3	Jugendliche	39
3.4.4	Heranwachsende	39
3.4.5	Jungerwachsene	40
<b>3.5</b>	<b>Jugendtypische Delinquenz: Ladendiebstahl</b>	<b>40</b>
3.5.1	Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen in den Altersgruppen, in %, Reutlingen 2000	41
3.5.2	Schaubild: Die Belastung der Altersgruppen mit Ladendiebstahl, 1984 .. 2001	42
<b>3.6</b>	<b>Gewaltdelikte</b>	<b>43</b>
3.6.1	Schaubild: Zeitreihe <u>Tatverdächtigen</u> belastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920	45
3.6.2	Schaubild: Zeitreihe <u>Opfer</u> belastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920	45
<b>3.7</b>	<b>Junge Menschen - nicht nur Täter, sondern auch Opfer</b>	<b>46</b>
3.7.1	Tabelle: Altersbeziehungen bei Täter-Opfer-Konstellationen	46
3.7.2	Schaubild: Altersverteilung der Tatverdächtigen bei Opferdelikten	48
3.7.3	Schaubild: Altersverteilung der Opfer im Täter-Opfer-Altersvergleich	48
<b>4.</b>	<b>Nichtdeutsche und deutsche Tatverdächtige im Vergleich</b>	<b>49</b>
<b>4.1</b>	<b>Methodische Vorbemerkung</b>	<b>49</b>
<b>4.2</b>	<b>Die Entwicklung der Zahlen registrierter Tatverdächtiger mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich</b>	<b>50</b>
4.2.1	Schaubild: Abs. Zahlen deutscher und nichtdeutscher TV. Reutlingen 1990 .. 2001	52
<b>4.3</b>	<b>Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige in Relation zur gemeldeten Wohnbevölkerung</b>	<b>54</b>
4.3.1	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Reutlingen 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung	54
4.3.2	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Baden-Württemberg 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung	55
4.3.3	Schaubild: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung Baden-Württembergs, bezogen auf 1990=100	55
4.3.4	Schaubild: Entwicklungstrend der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung, Reutlingen, bezogen auf 1995=100	56
<b>4.4</b>	<b>Der Anteil der Altersgruppen bei den nichtdeutschen und den deutschen Tatverdächtigen im Vergleich</b>	<b>57</b>
4.4.1	Schaubild: Die Entwicklung der Zahl deutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen	58
4.4.2	Schaubild: Die Entwicklung der Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen ( <i>gleicher Maßstab</i> )	58
4.4.3	Schaubild: Die Entwicklung der Anteile der Altersgruppen unter den deutschen und den nichtdeutschen TV	59
<b>4.5</b>	<b>Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen, an der Gewaltdelinquenz und unter den Mehrfachtätern</b>	<b>59</b>
4.5.1	Schaubild: Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen	60
4.5.2	Tabelle: Gewaltdelikte (SZ 8920) nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen	60
4.5.3	Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen bei deutschen und nichtdeutschen TV im Vergleich	61
4.5.4	Tabelle: Mehrfach registrierte deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen	63
4.5.5	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, die bereits zuvor oder mehrmals im Jahr 2000 in Erscheinung getreten waren	63
4.5.6	Tabelle: Mehrfachtäter im Jahr 2000; Tatverdächtige insgesamt	64
4.5.7	Tabelle: <u>Nichtdeutsche</u> Mehrfachtäter im Jahr 2000	65

<b>5.</b>	<b>Ausblick: Ist eine Abschätzung der künftigen Entwicklung möglich?</b>	<b>66</b>
<b>5.1</b>	<b>Voraussetzungen einer prognostischen Abschätzung der örtlichen Kriminalitätsentwicklung</b>	<b>66</b>
5.1.1	Schaubild: Entwicklung der Gesamthäufigkeitszahl polizeilich registrierter Fälle und relative 5-Jahres-Zunahme in %, BRD (alte Länder), 1963 .. 2000	67
5.1.2	Schaubild: Deutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen. Häufigkeitszahlen für Straftaten insgesamt (ohne Verkehrsdelikte). BRD (alte Länder)	68
<b>5.2</b>	<b>Bevölkerungsstruktur und Prognose der Bevölkerungsentwicklung; Auswirkungen auf altersspezifische Tatverdächtigenzahlen und -anteile</b>	<b>70</b>
5.2.1	Tabelle: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung Reutlingen, 2000 .. 2010	72
5.2.2	Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerung (Basisjahr 1998) und Projektion der Tatverdächtigenzahlen (Basis: Jahre 1998 .. 2000)	73
5.2.3	Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und Projektion der Tatverdächtigenanteile	73
<b>5.3</b>	<b>Was folgt aus dem Prognosemodell für die örtliche Kriminalitätsentwicklung?</b>	<b>73</b>
5.3.1	Schaubild: Alleine aufgrund demographischer Veränderungen erwartete Entwicklungstrends der abs. Tatverdächtigenzahlen	74
<b>5.4</b>	<b>Alternativszenarien unter der Annahme weiterhin steigender Belastung der jungen Altersgruppen</b>	<b>76</b>
5.4.1	Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen bei 6%- Trend-Annahmen für die Belastung der 14- bis 25-Jährigen	77
5.4.1	Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen entsprechend den gemittelten Veränderungsdaten der vergangenen 10 Jahre	78
5.4.2	Projektion der Tatverdächtigen-Anteile nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten Anteilen	79
5.4.3	Projektion der Tatverdächtigen-Zahlen nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten absoluten Tatverdächtigen-Zahlen	79
<b>5.5</b>	<b>Grenzen der demographischen Prognosebasis: Besonderheiten der demographischen Struktur Reutlingens</b>	<b>80</b>
5.5.1	Tabelle : Bewegungsgrößen von Geburten- und Wanderungssaldo in Stadt und Landkreis und im Land Baden-Württemberg im Vergleich	81
<b>5.6</b>	<b>Folgerungen: Kein Anlass zur Dramatisierung. Wichtig sind 'positive Gelegenheitsstrukturen', aussichtsreich ist Prävention.</b>	<b>82</b>
<b>6.</b>	<b>Anhang zu Kapitel 2: Verteilung der registrierten TV über die Ortsteile nach Altersgruppen und nach Staatsangehörigkeit (Schaubilder)</b>	<b>84</b>
6.1	TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltsort (Abs. Zahlen)	85
6.2	TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltsort (Anteile in %)	86
6.3	TV nach Aufenthaltsstatus (Abs. Zahlen)	87
6.4	TV nach Aufenthaltsstatus (Anteile in %)	88
6.5	TV nach Altersgruppen (Abs. Zahlen)	89
6.6	TV nach Altersgruppe (Anteile in %)	90
<b>Kapitel 3:</b>	<b>Qualitative Analyse</b>	<b>91</b>
<b>Interviews mit Schülerinnen und Schülern</b>		<b>91</b>
Umfang und Qualität von Jugendkriminalität		92
Orte		93
Rechte Gewalt		93
Waffen		94
Ausländer und Asylbewerber		94
Drogen		94
Ursachen		95
Lösungsvorschläge		95
<b>Interviews mit Lehrerinnen und Lehrern</b>		<b>97</b>
Umfang und Qualität von Jugendkriminalität		97

---

Orte	98
Ursachen	98
Lösungsvorschläge	102
<b>Interviews mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern</b>	<b>103</b>
<b>Interviews mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten</b>	<b>109</b>
<b>Auswertung der Reutlinger Tageszeitung</b>	<b>116</b>
<b>Beobachtungen „vor Ort“</b>	<b>117</b>
<b>Kapitel 4: Bewertung</b>	<b>118</b>
Der ökologische Faktor	118
Verbrechensfurcht in Raum und Zeit	120
Das Alter	126
Der Gesundheitsfaktor	127
Straße als sozialer Raum	128
„Jugendtypischer Müll“ und anderes...	131
Aussiedler	132
Cliquen und Gruppen	137
Jugendhäusern und Jugendzentren	140
Schule	141
Die Rolle des Individuums	142
<b>Kapitel 5: Zusammenfassende Empfehlungen</b>	<b>144</b>
<b>Literatur</b>	<b>151</b>
<b>Anlage 1: Projektleitung und Projektmitarbeiter</b>	<b>155</b>
<b>Anlage 2: Übersicht über die im Rahmen des Projektes durchgeführten Interviews, Vor-Ort-Besuche und sonstigen Aktivitäten</b>	<b>156</b>

## Kapitel 1: Einleitung

### Zusammenfassung

Gegenstand des vorliegenden Berichts ist die „Jugend- und Ausländerkriminalität“ in Reutlingen. Die Autoren sind sich der mit den plakativen Begriffen "Jugend- und Ausländerkriminalität" verbundenen Gefahr einer Stigmatisierung bewusst. Diese Bezeichnungen wurden gleichwohl von den Autoren aufgegriffen, nicht nur, weil der Projektauftrag der Stadt Reutlingen so lautete, sondern auch, weil er am ehesten die Fragestellung umschreibt, mit der sich die Studie befasst: Wie sind Delinquenz und Kriminalität von (Kindern und) Jugendlichen in Reutlingen derzeit zu bewerten, wie werden sie sich aller Voraussicht nach entwickeln und was kann getan werden, um einer möglicherweise problematischen Entwicklung entgegenzuwirken? Dabei spielt auch die Frage der ethnischen Herkunft von Kindern und Jugendlichen, die als problematisch wahrgenommen werden und auch nicht selten als Tatverdächtige in Erscheinung treten, eine Rolle.

Die im Bericht vorgelegten Befunde sollen, auch anhand von Vergleichs- und Längsschnittdaten, eine Bewertung der in Reutlingen registrierten Belastung von jungen Menschen und von nichtdeutschen Tatverdächtigen ermöglichen und Anhaltspunkte zur Einschätzung der Besonderheiten und des Gefährdungspotentials der polizeilich unter den genannten Gruppen registrierten Taten geben. Dabei werden auch die Bedeutung und Besonderheiten der Gewaltdelinquenz junger Menschen behandelt.

### Für Reutlingen zeigt der folgende Bericht,

- **dass für eine dramatisierende Bewertung des Umfangs und der Struktur von Jugenddelinquenz und Jugendgewalt kein Anlass besteht;**
- **sich in Reutlingen aber die auch aus anderen Städten bekannten Probleme und Phänomene jugendtypischer Lebensstile und Verhaltensweisen zeigen, die von der erwachsenen Bevölkerung, aber durchaus auch von den Jugendlichen selbst als problematisch wahrgenommen werden;**
- **dass die registrierten Gewaltdelikte sich überwiegend innerhalb der jungen Altersgruppen abspielen - es gibt, auch in Reutlingen, keine „Monstergeneration“ junger Gewalttäter, vor denen die älteren Generationen sich fürchten müssten;**
- **dass besonders schadensintensive Delinquenz weder die Domäne junger noch die der nichtdeutschen Tatverdächtigen ist und dass junge Menschen nicht einseitig als potentielle Täter, sondern vor allem auch als Opfer von Straftaten und damit als Zielgruppe präventiver Angebote und Maßnahmen gesehen werden sollten;**
- **dass - alleine schon aufgrund der absehbaren demographischen Veränderungen - damit zu rechnen ist, dass Zahl und Anteil der Tatverdächtigen wie auch der Opfer unter 25 Jahren im Zeitraum bis 2010 deutlich zunehmen werden;**

- dass nicht der deutsche oder ausländische Pass entscheidend für die Delinquenzbelastung ist; die höhere Belastung der Tatverdächtigen ohne deutschen Pass wird kriminologisch auf Risikomerkmale wie Altersverteilung, mangelnde berufliche und soziale Integration zurückgeführt, die auch bei der deutschen Bevölkerung jeweils mit erhöhter Delinquenzbelastung verbunden sind;
- dass die örtlich wie landesweit beobachtete Zunahme der Tatverdächtigenzahlen derzeit überwiegend auf die Entwicklung bei den Tätern mit deutschem Pass zurückgeht, während die zuletzt relativ günstigere Entwicklung bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen eher dazu beiträgt, dass die Gesamtentwicklung der Tatverdächtigenzahlen sich weniger ungünstig darstellt.

Die Studie bestätigt,

- dass die Instanzen sozialer Kontrolle, insbesondere die Polizei, wie auch die städtischen Institutionen in Reutlingen für die besonderen Probleme der Jugendlichen und besonders der jungen Nichtdeutscher und Aussiedler sensibilisiert sind;
- dass die Jugendlichen in Reutlingen ihrerseits offen für (auch präventive) Angebote sind und sich nicht in aggressiver Manier zurückziehen, und dass auch die präventive Arbeit der Polizei von jungen Menschen durchaus akzeptiert und positiv gesehen wird.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse und In Hinblick auf die absehbare künftige Entwicklung werden die folgenden Empfehlungen im Bericht erläutert:

- Die auf soziale Integration und Prävention zielenden Angebote und Maßnahmen in Reutlingen durch Kommune und verschiedene Träger sind wichtig und sollten ausgebaut werden.
- Die Stadt Reutlingen sollte vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren zu erwartenden Zunahme von Zahl und Anteil unter 25-Jähriger an den Tatverdächtigen jetzt und nicht etwa erst in zwei bis fünf Jahren vermehrt und intensiv in die Verbesserung der Startbedingungen dieser Generation sowie in eine positive Gelegenheitsstruktur investieren (z.B. durch eine Ausweitung von schulischen und außerschulischen, berufsintegrierenden und Freizeit- Angeboten).
- Auch künftig sollte dem Ausbau einer positiven Gelegenheitsstruktur der Vorrang vor repressiven Strategien gegeben werden. Angeboten und Hilfen zur Integration wie zur eigenständigen, womöglich auch eigenverantwortlichen Gestaltung jugendgemäßer Lebensräume sollten als positive, bestärkende und damit nachhaltige Ansätze der Vorrang gegeben werden gegenüber nur auf Verhinderung negati-

ver Erscheinungen (etwa durch Kontrolldruck und Vertreibung) gerichteter Maßnahmen, die oftmals – wenn überhaupt - nur kurzfristigen Erfolg bringen.

- Die subjektiv wahrgenommene wie durchaus auch objektiv vorhandene Gefährdung Jugendlicher durch Formen von Bedrohung und Gewalt unter Jugendlichen sollte aufgegriffen und thematisiert werden, ebenso die - zumeist unberechtigte - Furcht der erwachsenen Bürger im Zusammenhang mit jugendtypischen Verhaltensweisen.
- Die Toleranz der Reutlinger (erwachsenen) Bevölkerung gegenüber den jugendtypischen Verhaltensweisen und damit verbundenen „Belästigungen“ sollte ebenso wie die Sensibilisierung der jungen Menschen für die Belange der älteren Bürger durch geeignete, von Stadtverwaltung und Lokalpolitik unterstützte Maßnahmen gefördert werden. So können verschiedene, z.T. schon geplante Maßnahmen in der Innenstadt (auch im Rahmen des Stadt-Marketings) offensiv zur Begegnung zwischen Jugendlichen untereinander, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen sowie zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen genutzt werden. Anders als durch Isolierung oder Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann davon ein positiver Beitrag nicht nur zur objektiven Sicherheit erwartet werden, sondern - was für das Klima in der Kommune nicht weniger bedeutsam ist - auch zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens und zum Abbau von überwiegend objektiv nicht gerechtfertigten Befürchtungen.



## Projektauftrag und Projektziel

Der Studie liegt eine Projektvereinbarung im Rahmen eines Drittmittelvertrages zugrunde. Die Untersuchung sollte folgende Fragen thematisieren:

- Wie ist vor dem Hintergrund demographischer Faktoren die statistische Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität in Reutlingen zu beurteilen?
- Wie ist unter demographischen Gesichtspunkten der Anteil von Ausländern an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen zu bewerten?
- Wie ist der (überhöhte) Anteil von Jugendkriminalität gegenüber dem Anteil von Jugend an der Gesamtbevölkerung zu bewerten?
- Welche Rolle spielen Aussiedler in der Kriminalitätsentwicklung?
- Wie stellt sich dabei die kriminalgeographische Entwicklung (nach Stadtbezirken) dar?
- Wie ist die quantitative Entwicklung der Kriminalität von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu bewerten (Straßenkriminalität, Rohheitsdelikte bzw. Gewaltkriminalität)?
- Mit welchen interkulturellen Konflikten ist in diesem Bereich in den nächsten Jahren zu rechnen?
- Welche präventiven und repressiven Maßnahmen sind erfolgversprechend, um einer möglichen quantitativen oder qualitativen Zunahme von Jugendkriminalität entgegenzuwirken?

Die Untersuchung bestand aus einem quantitativen und einem qualitativen Teil, die in diesem Bericht getrennt dargestellt werden. In den abschließenden zusammenfassenden Empfehlungen wird auf beide Teile bezug genommen.

Methodisch wird im **Kapitel 2** mit Analysen der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie der Bevölkerungsstatistik sowie Hochrechnungen und Prognosen anhand dieser Daten gearbeitet.

Im **Kapitel 3** stehen Interviews (meist Gruppeninterviews, halb-offen, standardisiert) mit Experten (z.B. mit Sozialarbeitern, Polizeibeamten, Lehrern<sup>1</sup>) und mit Jugendlichen (zumeist Schülern) im Mittelpunkt<sup>2</sup>. Mit diesem Instrumentarium sollte versucht werden, die subjektive Sichtweise von Jugendlichen und Erwachsenen, die in verschiedenen Rollen und Funktionen mit dem Thema konfrontiert sind, einzufangen, zu beschreiben und auszuwerten. Dabei gehen wir davon aus, dass diese subjektive Sichtweise sowohl bei den von Jugendkriminalität direkt oder indirekt Betroffenen, als auch bei der Reutlinger Bevölkerung von besonderer Bedeutung ist. Sie prägt das Bild, das diese Personen von ihrer Stadt und ihrer Umgebung

---

<sup>1</sup> Um die Lesbarkeit des Textes zu erhöhen wird hier und im folgenden bei Personenbezeichnungen lediglich die männliche Form verwendet.

<sup>2</sup> Auf Aktenanalysen wurde aufgrund von datenschutzrechtlichen Problemen verzichtet.

haben und die subjektive Sichtweise ist, wie die kriminologische Forschung der letzten Jahre zeigen konnte, ganz entscheidend auch für die Problemwahrnehmung und für daraus gezogene Handlungskonsequenzen. Aus diesem Grunde erschien es sinnvoll, zu versuchen, die quantitative Analyse der Jugend- und Ausländerkriminalität in Reutlingen durch diesen qualitativen Teil zu ergänzen.

Bevor im **Kapitel 5** eine Zusammenfassung des quantitativen und des qualitativen Teils versucht wird, werden im **Kapitel 4** Ergebnisse aus der aktuellen internationalen kriminologischen Forschung vorgestellt, von denen ein unmittelbarer Bezug zur Situation und Problematik in Reutlingen erwartet wird.

### **Verantwortlichkeiten und Zeitplan**

Die qualitativ-empirischen Teile des Projektes (Interviews, Befragungen, Feldstudien) wurden zwischen Juli 2001 und Januar 2002 durchgeführt. Der quantitative Teil - hier insbesondere die Zeitreihendarstellungen - wurde nach Vorliegen der neuen PKS-Daten im März/April 2002 aktualisiert. Projektleiter waren Professor Dr. Thomas Feltes M.A., Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen / Ruhr-Universität Bochum (Gesamtleitung sowie verantwortlich für Kapitel 1, 3 und 4) und Dipl. Soziologe Gerhard Spiess, Institut für Rechtstatsachenforschung, Universität Konstanz (verantwortlich für Kapitel 2). Eine Übersicht über die Mitarbeiter am empirischen Teil der Studie findet sich im Anhang. Dort ist auch eine Aufstellung der durchgeführten Interviews, Gespräche und Beobachtungen zu finden. Den Beteiligten Jugendlichen, Lehrern, Sozialarbeitern, Polizeibeamten sowie allen anderen Personen, die sich für Gespräche zur Verfügung gestellt haben, sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Die Bereitschaft, das Projekt konstruktiv zu unterstützen, zeigt, dass in Reutlingen auf allen Ebenen gute Voraussetzungen vorhanden sind, sich dem Thema „Jugendkriminalität“ auch in Zukunft positiv zuzuwenden.

Der Stadt Reutlingen, und hier insbesondere Frau Billes, sowie der Polizeidirektion Reutlingen, insbesondere Herrn Vöhringer ist für die Unterstützung und – zum Ende der Studie – für die Geduld zu danken. Leider konnte der ursprünglich geplante Zeitplan aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden. Wir hoffen, dass die Qualität des Projektberichtes hierfür entschädigt.

Der folgende Projektbericht soll insgesamt dazu dienen, die schon jetzt in Reutlingen vorhandenen guten Ansätze weiterzuentwickeln. Dabei ist schon zu Beginn zu betonen, dass die in den 'Leitlinien Jugendarbeit 2000' der Stadt Reutlingen dargelegten Analysen und Planungen vieles, was im Verlaufe unserer Projektarbeit thematisiert wurde, enthalten. Die dort enthaltenen Ansätze sollten aufgegriffen und auch von dem Hintergrund des hier vorgelegten Projektberichtes umgesetzt werden.

Der Bericht erhebt in den qualitativen Teil keinen Anspruch auf „Repräsentativität“. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass dieser Begriff häufig falsch verstanden und überinterpretiert wird. Auch (und manchmal sogar gerade!) ein als „repräsentativ“ bezeichneter Bericht kann niemals die Realität wirklich verlässlich abbilden. Vielmehr täuscht eine solche „Repräsentativität“ manchmal sogar eine Wirklichkeit vor, die es so gar nicht gibt.

Es gibt verschiedene Herangehensweisen, um das, was sich als Lebenswelt und Lebenswirklichkeit von jungen Menschen in einer Gemeinde darstellt, zu dokumentieren. Der hier gewählt qualitative Ansatz hat den Vorteil der Anschaulichkeit, der Authentizität und der besseren Nachvollziehbarkeit, weil diejenigen zu Wort kommen, die (direkt oder indirekt) „betroffen“ oder „Betroffene“ sind. Die Objekte mancher angeblich „repräsentativen“ Forschung werden bei diesem Ansatz als Subjekte wahr- und ernstgenommen.

Der Nachteil dieser Vorgehensweise liegt zweifelsohne darin, dass möglicherweise nicht alle Sichtweisen und Aspekte dargestellt und aufgegriffen werden und diejenigen, die dargestellt werden, möglicherweise pointiert und selektiert sind. Im Gegensatz zur „repräsentativen“ Forschung erfolgt diese Selektion aber durch die Betroffenen selbst und nicht durch die außenstehenden Forscher. Insoweit müssen sicherlich genannte Orte ergänzt, ihre Beschreibung relativiert und auch regionale wie temporäre Veränderungen berücksichtigt werden (z.B. die Wanderungsbewegungen von Jugendlichen in einer Gemeinde). Die teilweise sehr konkreten, subjektiven und möglicherweise auch vorurteilsbelasteten Aussagen bergen sicherlich auch die Gefahr der Verallgemeinerung durch eine nicht entsprechend differenzierende Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite haben entsprechende qualitative Studien zu Personen, Räumen und Lebenswelten in der Vergangenheit gezeigt, dass sie wichtige Hinweise auf Problembereiche einer Gemeinde liefern können, von denen latent bereits viele in der Gemeinde wissen und hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand auch reden. Insoweit sollte auch die in diesem Zusammenhang immer wieder genannte Gefahr der Stigmatisierung von Personen oder Örtlichkeiten nicht überbewertet werden und der Vorteil der Möglichkeit der offenen und transparenten Auseinandersetzung mit genannten Problemen gesehen und vor allem genutzt werden.

## Kapitel 2: Quantitative Analyse der in Reutlingen registrierten Kriminalität

Gerhard Spiess, Universität Konstanz

### Übersicht

<b>1.</b>	<b>Fragestellung und Grundlagen der quantitativen Untersuchung</b>	<b>14</b>
1.1	Datenbasis des Berichts: Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik	15
1.2	Zur Bewertung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenbelastung: Absolute und Häufigkeitszahlen, Indexzahlen	16
1.2.1:	Schaubild: Die polizeilich registrierten Straftaten und ihre strafrechtliche Bewertung (Baden-Württemberg 2000)	18
1.2.2	Schaubild: Schere zwischen Tatverdächtigen- und Verurteiltenzahlen	19
<b>2</b>	<b>Zur Bewertung der Entwicklung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenzahlen</b>	<b>21</b>
2.1	Zur Einordnung: Allgemeine Entwicklung der registrierten Straftaten in den Jahren seit 1984	21
2.1.1	Tabelle: Registrierte Fälle, aufgeklärte Fälle, registrierte Tatverdächtige. Reutlingen 1984 .. 2001	21
2.1.2	Tabelle: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg im Vergleich, 1984 .. 2001	22
2.1.3	Schaubild: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg, 1984 .. 2001. Indexzahlen, bezogen auf 1984 =100	23
2.1.4	Tabelle: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen	23
2.1.5	Schaubild: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen	24
2.2	Woher die Zunahme der registrierten Delikte?	24
2.2.1	Tabelle: Fallzahlen Reutlingen, Jahr 2000 im Vergleich zu 1989 - der Beitrag der einzelnen Deliktgruppen zur Zunahme der Fallzahlen	25
2.3	Der Anteil der verschiedenen Deliktgruppen	26
2.3.1	Tabelle: Anteile der Deliktgruppen an den registrierten Fällen, Reutlingen 2000	27
2.3.2	Tabelle: Anteile der Deliktgruppen am registrierten Schadensaufkommen	29
<b>3.</b>	<b>Jugendkriminalität - immer früher, immer schlimmer?</b>	<b>30</b>
3.1	Kinder und Jugendliche - voll im Trend	30
3.1.1.	Schaubild: Tatverdächtigenbelastungszahlen - unbereinigt, TV (auch nicht zur Wohnbevölkerung zählende) in Relation zu je 100 000 der gemeldeten Wohnbevölkerung, Reutlingen 1984 .. 2001	31
3.1.2	Schaubild: Die Alterskurve der Verurteiltenzahlen - Verurteilte je 100 000 der Wohnbevölkerung - in Deutschland seit 1886.	32
3.2	Junge Mehrfachtäter	33
3.2.1	Tabelle: Junge Mehrfachtäter (bis unter 21 J.) im Jahr 2000	33
3.3	Besonderheiten der registrierten Delinquenz junger Menschen	34
3.3.1	Schaubild: Registrierte Tatverdächtige - abs. Zahlen, 1984 .. 2001, nach Altersgruppen	35
3.3.2	Schaubild: Registrierte Tatverdächtige, Anteile der Altersgruppen, 1984 .. 2001.	35
3.3.3	Tabelle: Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen, nach Altersgruppen, Reutlingen 1984 bis 2001	36
3.4	Schaubilder: Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen insgesamt sowie nach Altersgruppen für Ladendiebstahl, Schweren Diebstahl, Gewaltdelikte und Straßenkriminalität in Reutlingen von 1984 bis 2001	38
3.4.1	Tatverdächtige insgesamt	38
3.4.2	Kinder	38
3.4.3	Jugendliche	39
3.4.4	Heranwachsende	39
3.4.5	Jungerwachsene	40

<b>3.5</b>	<b>Jugendtypische Delinquenz: Ladendiebstahl</b>	<b>40</b>
3.5.1	Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen in den Altersgruppen, in %. Reutlingen 2000	41
3.5.2	Schaubild: Die Belastung der Altersgruppen mit Ladendiebstahl, 1984 .. 2001	42
<b>3.6</b>	<b>Gewaltdelikte</b>	<b>43</b>
3.6.1	Schaubild: Zeitreihe <u>Tatverdächtigen</u> belastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920	45
3.6.2	Schaubild: Zeitreihe <u>Opfer</u> belastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920	45
<b>3.7</b>	<b>Junge Menschen - nicht nur Täter, sondern auch Opfer</b>	<b>46</b>
3.7.1	Tabelle: Altersbeziehungen bei Täter-Opfer-Konstellationen	46
3.7.2	Schaubild: Altersverteilung der Tatverdächtigen bei Opferdelikten	48
3.7.3	Schaubild: Altersverteilung der Opfer im Täter-Opfer-Altersvergleich	48
<b>4.</b>	<b>Nichtdeutsche und deutsche Tatverdächtige im Vergleich</b>	<b>49</b>
<b>4.1</b>	<b>Methodische Vorbemerkung</b>	<b>49</b>
<b>4.2</b>	<b>Die Entwicklung der Zahlen registrierter Tatverdächtiger mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich</b>	<b>50</b>
4.2.1	Schaubild: Abs. Zahlen deutscher und nichtdeutscher TV. Reutlingen 1990 .. 2001	52
<b>4.3</b>	<b>Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige in Relation zur gemeldeten Wohnbevölkerung</b>	<b>54</b>
4.3.1	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Reutlingen 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung	54
4.3.2	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Baden-Württemberg 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung	55
4.3.3	Schaubild: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung Baden-Württembergs, bezogen auf 1990=100	55
4.3.4	Schaubild: Entwicklungstrend der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung, Reutlingen, bezogen auf 1995=100	56
<b>4.4</b>	<b>Der Anteil der Altersgruppen bei den nichtdeutschen und den deutschen Tatverdächtigen im Vergleich</b>	<b>57</b>
4.4.1	Schaubild: Die Entwicklung der Zahl deutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen	58
4.4.2	Schaubild: Die Entwicklung der Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen ( <i>gleicher Maßstab</i> )	58
4.4.3	Schaubild: Die Entwicklung der Anteile der Altersgruppen unter den deutschen und den nichtdeutschen TV	59
<b>4.5</b>	<b>Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen, an der Gewaltdelinquenz und unter den Mehrfachtätern</b>	<b>59</b>
4.5.1	Schaubild: Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen	60
4.5.2	Tabelle: Gewaltdelikte (SZ 8920) nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen	60
4.5.3	Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen bei deutschen und nichtdeutschen TV im Vergleich	61
4.5.4	Tabelle: Mehrfach registrierte deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen	63
4.5.5	Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, die bereits zuvor oder mehrmals im Jahr 2000 in Erscheinung getreten waren	63
4.5.6	Tabelle: Mehrfachtäter im Jahr 2000; Tatverdächtige insgesamt	64
4.5.7	Tabelle: <u>Nichtdeutsche</u> Mehrfachtäter im Jahr 2000	65
<b>5.</b>	<b>Ausblick: Ist eine Abschätzung der künftigen Entwicklung möglich?</b>	<b>66</b>
<b>5.1</b>	<b>Voraussetzungen einer prognostischen Abschätzung der örtlichen Kriminalitätsentwicklung</b>	<b>66</b>
5.1.1	Schaubild: Entwicklung der Gesamthäufigkeitszahl polizeilich registrierter Fälle und relative 5-Jahres-Zunahme in %, BRD (alte Länder), 1963 .. 2000	67
5.1.2	Schaubild: Deutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen. Häufigkeitszahlen für Straftaten insgesamt (ohne Verkehrsdelikte). BRD (alte Länder)	68
<b>5.2</b>	<b>Bevölkerungsstruktur und Prognose der Bevölkerungsentwicklung; Auswirkungen auf altersspezifische Tatverdächtigenzahlen und -anteile</b>	<b>70</b>
5.2.1	Tabelle: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung Reutlingen, 2000 .. 2010	72
5.2.2	Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerung (Basisjahr 1998) und Projektion der Tatverdächtigenzahlen (Basis: Jahre 1998 .. 2000)	73

5.2.3	Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und Projektion der Tatverdächtigenanteile	73
<b>5.3</b>	<b>Was folgt aus dem Prognosemodell für die örtliche Kriminalitätsentwicklung?</b>	<b>73</b>
5.3.1	Schaubild: Alleine aufgrund demographischer Veränderungen erwartete Entwicklungstrends der abs. Tatverdächtigenzahlen	74
<b>5.4</b>	<b>Alternativszenarien unter der Annahme weiterhin steigender Belastung der jungen Altersgruppen</b>	<b>76</b>
5.4.1	Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen bei 6%- Trend-Annahmen für die Belastung der 14- bis 25-Jährigen	77
5.4.1	Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen entsprechend den gemittelten Veränderungsraten der vergangenen 10 Jahre	78
5.4.2	Projektion der Tatverdächtigen-Anteile nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten Anteilen	79
5.4.3	Projektion der Tatverdächtigen-Zahlen nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten absoluten Tatverdächtigen-Zahlen	79
<b>5.5</b>	<b>Grenzen der demographischen Prognosebasis: Besonderheiten der demographischen Struktur Reutlingens</b>	<b>80</b>
5.5.1	Tabelle : Bewegungsgrößen von Geburten- und Wanderungssaldo in Stadt und Landkreis und im Land Baden-Württemberg im Vergleich	81
<b>5.6</b>	<b>Folgerungen: Kein Anlass zur Dramatisierung. Wichtig sind 'positive Gelegenheitsstrukturen', aussichtsreich ist Prävention.</b>	<b>82</b>
<b>6.</b>	<b>Anhang zu Kapitel 2: Verteilung der registrierten TV über die Ortsteile nach Altersgruppen und nach Staatsangehörigkeit (Schaubilder)</b>	<b>84</b>
6.1	TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltort (Abs. Zahlen)	85
6.2	TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltort (Anteile in %)	86
6.3	TV nach Aufenthaltsstatus (Abs. Zahlen)	87
6.4	TV nach Aufenthaltsstatus (Anteile in %)	88
6.5	TV nach Altersgruppen (Abs. Zahlen)	89
6.6	TV nach Altersgruppe (Anteile in %)	90

## 1. Fragestellung und Grundlagen der quantitativen Untersuchung

Unter den durch die Polizei als tatverdächtig Registrierten sind es zwei Gruppen, die regelmäßig in den vergangenen Jahren durch die Kriminalitätsberichterstattung besonders hervorgehoben und problematisiert wurden: Die *jungen Menschen* sowie die *nichtdeutschen Tatverdächtigen*. In medialen Darstellungen wie auch in politischen Äußerungen wurde in den vergangenen Jahren immer wieder der Eindruck erweckt, dass von diesen beiden Gruppen eine besondere und zudem immer weiter zunehmende Gefährdung der Sicherheit der Allgemeinheit ausgehe.

Tatsache ist, dass die genannten Gruppen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil in Reutlingen unter den polizeilich als tatverdächtig Registrierten - wie auch landes- und bundesweit - quantitativ überrepräsentiert sind.<sup>3</sup>

Der Darstellung und Bewertung dieser Sachverhalte soll die vorliegende Analyse dienen. Nach dem Wunsch der Auftraggeber soll dabei insbesondere die Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität sowie der Auffälligkeit von Nichtdeutschen in Reutlingen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung dargestellt werden; dies auch in der Absicht, aufgrund der prognostizierten demographischen Entwicklung und von erkennbaren Kriminalitätstrends zu einer Abschätzung der mutmaßlichen künftigen Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens in Reutlingen zu kommen.

Zu diesem Zweck sollen die in dem durch die Polizeidirektion Reutlingen erstellten, sehr gründlichen und differenzierten "Kriminalitätslagebild der Stadt Reutlingen"<sup>4</sup> mitgeteilten Daten ergänzt und vertieft sowie für eine vergleichende Bewertung der örtlichen Befunde durch die interessierten Fachinstanzen vor Ort aufbereitet werden.

---

3 Eine vergleichbare oder weitaus größere Ungleichverteilung wird auch hinsichtlich anderer Merkmale beobachtet. So ist, um nur ein allgemein bekanntes, aber offensichtlich weniger besorgniserregend empfundenes Beispiel zu nennen, die Kriminalitätsbelastung des männlichen Bevölkerungsanteils bei den Straftaten insgesamt drei- bis viermal so hoch wie die des weiblichen Bevölkerungsanteils; bei schweren, insb. Gewaltdelikten sogar noch erheblich höher.

4 Die Erschließung der Daten der PKS für örtliche Lagebilder der Polizei zu Struktur und Entwicklung der polizeilich registrierten Fälle und Tatverdächtigen wird aufgrund eines beim baden-württembergischen LKA entwickelten, sehr ausdifferenzierten und technisch sehr leistungsfähigen Tabellensystems in hervorragender Weise unterstützt; Teile dieses Tabellensystems, das aggregierte Fall- und TV-Zahlen nach demographischen Merkmalen und regional gliedert entlang der Struktur des Tabellenwerks für die amtliche PKS ausweist, konnten auch für die hier vorgelegten Analysen eingesetzt werden. Der Verfasser dankt insbesondere Herrn Michael Blattner, Dezernat 213, LKA Baden-Württemberg, für wertvolle Hilfe und fachkundigen Rat; ebenso den Herren Horst Vöhringer und Karl-Heinz Spiller von der PD Reutlingen für kompetente Information. Ohne die bereitwillige Unterstützung wäre diese Analyse nicht möglich gewesen. Für allfällige Mängel der vorgelegten Auswertung liegt die Verantwortung ausschließlich beim Verfasser.

## 1.1 Datenbasis des Berichts: Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik

Grundlage des vorliegenden quantitativen Berichts sind die für die **Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)** aufbereiteten *polizeilichen Daten* zu registrierten **Straftaten, Tatverdächtigen und Opfern** für die Stadt Reutlingen. Diese Daten werden der Polizei ganz überwiegend durch Anzeigen Geschädigter, in geringerem Umfang durch eigene proaktive Ermittlungstätigkeit bekannt; sie umfassen deshalb ausschließlich das sogenannte **'Hellfeld'**, dessen Struktur und Umfang neben dem tatsächlichen Kriminalitätsgeschehen durch das Anzeigeverhalten der Geschädigten und durch polizeiliche Kontrollstrategien beeinflusst wird.<sup>5</sup>

Dabei weist die PKS stets den **Anfangsverdacht** aus, nicht das Ergebnis der Bewertung im justiziellen Verfahrensgang: Die PKS ist eine **Verdachtsstatistik**, die im Wesentlichen auf Anzeigen zurückgeht und dabei insbesondere von der Wahrnehmung - nicht alle Straftaten werden von den Geschädigten überhaupt wahrgenommen -, der Bewertung und dem Anzeigeverhalten der Bürger abhängig ist: Nicht alle Straftaten werden angezeigt, Bewertung und Anzeigeverhalten unterliegen Veränderungen, die die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik erheblich beeinflussen können, unabhängig davon, ob das tatsächliche Kriminalitätsgeschehen sich entsprechend verändert hat. Auf diese Einschränkungen weisen auch die veröffentlichten Statistiken des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg und des Bundeskriminalamtes jeweils hin; sie gelten auch für die hier dargestellten und erörterten Befunde. So wird auch im durch die PD Reutlingen erstellten Kriminalitätslagebild Reutlingen für das Jahr 1999 zutreffend darauf hingewiesen, dass Veränderungen in der Zahl der registrierten Gewaltdelikte insbesondere durch eine gestiegene Anzeigebereitschaft beeinflusst sein dürften.

Zudem sind verschiedene Bevölkerungs- und Tätergruppen unterschiedlichen Entdeckungs- und Anzeigewahrscheinlichkeiten ausgesetzt. Insbesondere für Kinder und wenig professionell agierende Tätergruppen sind erhöhte Entdeckungswahrscheinlichkeiten anzunehmen; erhöhte Anzeigewahrscheinlichkeiten werden in der kriminologischen Literatur ferner berichtet bei Konflikten zwischen Deutschen als Opfer und Nichtdeutschen als Täter.<sup>6</sup>

Nur in wenigen Bereichen, so insbesondere bei Verstößen gegen ausländer- und asylrechtliche Vorschriften sowie bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BTMG), steht die eigene ‚proaktive‘ Ermittlungstätigkeit der Polizei im Vordergrund. Nichtdeutsche, insbesondere wenn sie durch ihr Erscheinungsbild als solche leicht erkennbar sind, sind deshalb schon im Hinblick auf die Feststellung legalen Aufenthalts oder illegaler Einreise erhöhter Kontrolldichte und im Falle der Straffälligkeit erhöhter Entdeckungswahrscheinlichkeit ausgesetzt. Extrem geringe Entdeckungs- und Anzeigewahrscheinlichkeiten sind dagegen insb. für den Bereich der im Berufsleben begangenen Straftaten belegt; namentlich für den Bereich der Wirtschaftskriminalität wird ein besonders hohes Dunkelfeld angenommen.<sup>7</sup>

**Die Erfassungsgrundsätze der PKS:** Die PKS zählt **Fälle** (Straftaten), **Personen** (Tatverdächtige) und weist - zur Gruppe der sog. Opferdelikte - einige, leider sehr begrenzte, Daten zu den **Opfern** der registrierten Straftaten und zur Tatverdächtigen-Opfer-Beziehung aus.

In der PKS wurden bis Anfang der 80er Jahre Tatverdächtige im Berichtszeitraum so oft erfasst, wie gegen sie selbständige Ermittlungsverfahren durchgeführt wurden. Dies führte zu

---

<sup>5</sup> Aus diesem Grund wurde in Reutlingen im Juni 1998 im Rahmen einer Kriminologischen Dunkelfeldanalyse eine Bevölkerungsstichprobe u.a. nach den in einem bestimmten Zeitraum erlittenen Straftaten befragt: Kury, H., Oberfell-Fuchs, J., Braun, V.: Kriminologische Dunkelfeldanalyse der Stadt Reutlingen. Freiburg 1999

<sup>6</sup> Nachweise u.a. bei Stadler, W., Walser, W.: Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Staatsangehöriger, Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule der Polizei, TEXTE Nr. 22, Villingen-Schwenningen 1999.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität, herausgegeben vom Bundeskriminalamt, Wiesbaden, September 2001.



alters-, geschlechts- und deliktsspezifisch unterschiedlich hohen Mehrfachzählungen, wodurch die Aussagekraft der Tatverdächtigenzahlen stark beeinträchtigt wurde. Deshalb wurde 1983 auf die sog. "**Echttäterzählung**" umgestellt, nach der ein Tatverdächtiger im Berichtszeitraum nur einmal zu zählen ist<sup>8</sup>. Im Längsschnitt vergleichbare Ergebnisse der PKS stehen deshalb erst seit 1984 zur Verfügung, für verschiedene in diesem Bericht interessierende tat- und opferspezifische Schlüssel (so zur Gewaltkriminalität) erst ab 1989. Auf diesen Zeitraum beziehen sich deswegen im Wesentlichen die hier gemachten Aussagen über Entwicklungen im zeitlichen Verlauf; sie wurden insbesondere durch die vom LKA Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Zeitreihendaten ermöglicht.

Die PKS erfasst **nicht die Straftaten im Straßenverkehr**, obgleich insbesondere vom Straßenverkehr erhebliche Gefahren ausgehen und im Straßenverkehr wesentlich mehr Menschen schwerwiegend verletzt oder getötet werden als durch Straftaten der konventionellen Kriminalität (außerhalb des Straßenverkehrs).<sup>9</sup> Für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung - dies belegt auch die in Reutlingen durchgeführte Bevölkerungsbefragung durch das Max Planck - Institut Freiburg - wie für Maßnahmen der Prävention kommt dem Straßenverkehr jedoch erhebliche Bedeutung zu. Da Daten zu den Straftaten im Straßenverkehr nicht zur PKS erfasst werden, muss diese - hinsichtlich der Opfergefährdung vorrangig bedeutsame - Deliktgruppe hier deshalb unberücksichtigt bleiben.

## 1.2 Zur Bewertung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenbelastung: Absolute und Häufigkeitszahlen, Indexzahlen

Als Indikator (Messgröße) der Kriminalitätsbelastung und ihrer Entwicklung dient häufig die absolute Zahl der registrierten Straftaten, die **Häufigkeitszahl** (bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung) von Straftaten und von registrierten Tatverdächtigen sowie die Indexzahl (bezogen auf den Wert des Basisjahres = 100).

Einen ersten Zugang zur Darstellung und Einordnung der **örtlichen** Sicherheitslage geben die **absoluten Zahlen** der polizeilich registrierten Taten und der polizeilich registrierten Tatverdächtigen, wie sie in den jährlich durch die Polizeidirektion Reutlingen erstellten Kriminalitätslagebildern und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes dargestellt und erläutert werden.

Zur Bewertung der örtlichen Belastung im **Vergleich** zu anderen Regionen wie auch zur Bewertung der Entwicklung der Belastung über die Zeit ist es sinnvoll, die absoluten Zahlen

---

<sup>8</sup> Abweichungen von den durch die Polizei veröffentlichten Zahlen können sich in vorliegendem Bericht u.a. dann ergeben, wenn - bedingt durch die jeweilige Fragestellung - abweichend vom Prinzip der Einmalzählung ein Tatverdächtiger mehrmals (etwa beim Auftreten in verschiedenen Ortsteilen oder in mehreren Deliktgruppen) in einer Tabelle oder Graphik berücksichtigt wird. Ähnliches gilt bezüglich der Taten, wenn einer Tat mehrere Tatverdächtige zugeordnet wurden.

<sup>9</sup> Das Risiko, durch einen Verkehrsunfall getötet oder schwerwiegend verletzt zu werden, beträgt ein Vielfaches des Risikos, durch ein Gewaltdelikt entsprechend schwer verletzt oder getötet zu werden. So kommen auf 1 Mio der Bevölkerung pro Jahr 91 im Straßenverkehr Getötete gegenüber 17 Opfern von Mord, Totschlag oder Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Im Straßenverkehr ist die Bevölkerung demnach dem sechsfachen Tötungsrisiko im Vergleich zur klassischen Gewaltkriminalität ausgesetzt.

zur jeweiligen Bevölkerungszahl in Relation zu setzen, da alleine schon Änderungen im Umfang und in der Altersstruktur der Bevölkerung zu Veränderungen des Fallaufkommens führen. Deshalb werden Fälle und Tatverdächtige zum Umfang der jeweiligen Wohnbevölkerung in Bezug gesetzt (üblicherweise zu je 100 oder zu je 100'000 der entsprechenden altersgleichen Wohnbevölkerung), um anhand von so berechneten Fall- oder Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) für Vergleiche geeignete **Häufigkeitszahlen** zu gewinnen<sup>10</sup>. Voraussetzung ist, dass die entsprechende Basisgröße im Nenner zahlenmäßig bekannt ist; das ist nur bei der deutschen Wohnbevölkerung der Fall. Für die nichtdeutschen Tatverdächtigen ist die exakte Bezugsgröße dagegen nicht bekannt; sie ist allenfalls für die melderechtlich erfassten nichtdeutschen Tatverdächtigen annäherungsweise bekannt. Für Gruppen, die melderechtlich nicht eigens ausgewiesen sind (z.B. Spätaussiedler, Touristen, nicht gemeldete oder illegal sich aufhaltende Personen) können Häufigkeitszahlen nicht berechnet werden.

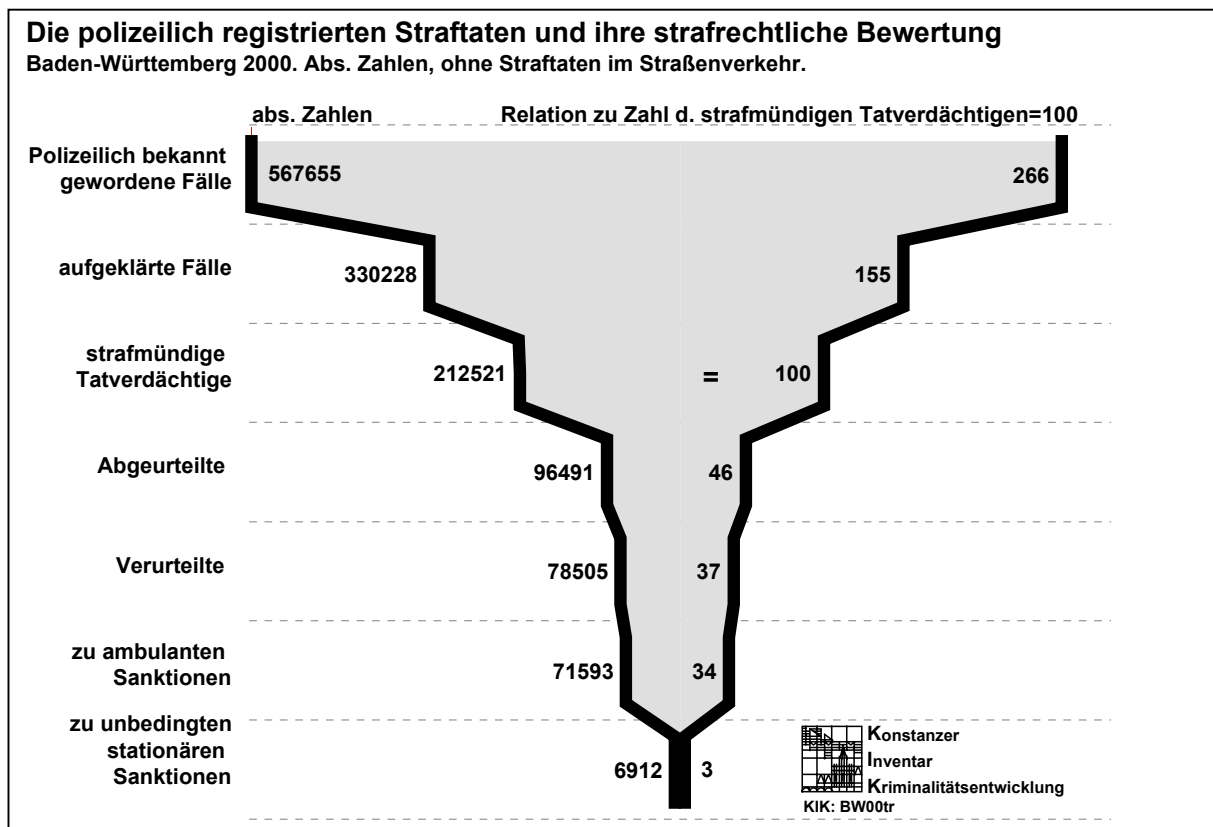
Die Darstellung der Entwicklung der absoluten Fallzahlen zeigt die Entwicklung des polizeilich registrierten Fallaufkommens (wobei Veränderungen auch durch Änderungen des Bevölkerungsumfangs und der Bevölkerungsstruktur verursacht sein können); die Darstellung der Häufigkeitszahlen dient vor allem der vergleichenden Bewertung der Belastung verschiedener Gruppen oder regionaler Einheiten unabhängig vom unterschiedlichen Umfang der verglichenen Gruppen. Häufig interessiert die relative Veränderung (Zu- oder Abnahme) über die Zeit; dies kann durch Berechnung einer Indexzahl (bezogen auf den Wert des Basisjahres = 100) veranschaulicht werden.

**Rechtliche Bewertungsprobleme:** Bei der Interpretation und Bewertung der polizeilich registrierten Fälle der PKS als einer Anzeige- u Verdachtsstatistik ist zu berücksichtigen, dass die strafrechtliche Prüfung und Bewertung der Frage, ob es sich tatsächlich um eine strafbare Handlung (also um Kriminalität im Sinne der Strafvorschriften) handelt, ferner, ob der Tatverdächtige tatsächlich als Täter überführt ist und ob Voraussetzungen für die Strafbarkeit und Strafwürdigkeit der Tat vorliegen, Aufgabe der Justiz, also der Staatsanwaltschaften und der Strafgerichtsbarkeit, ist.

In Baden-Württemberg kamen 2000 auf 100 polizeilich registrierte Tatverdächtige 37 tatsächlich gerichtlich Verurteilte; in einer Größenordnung von weiteren ca. 30 Fällen reagiert die Justiz ferner auf dem Wege der sog. Diversion durch Verfahrenseinstellung mit oder (überwiegend) ohne Auflagen.

---

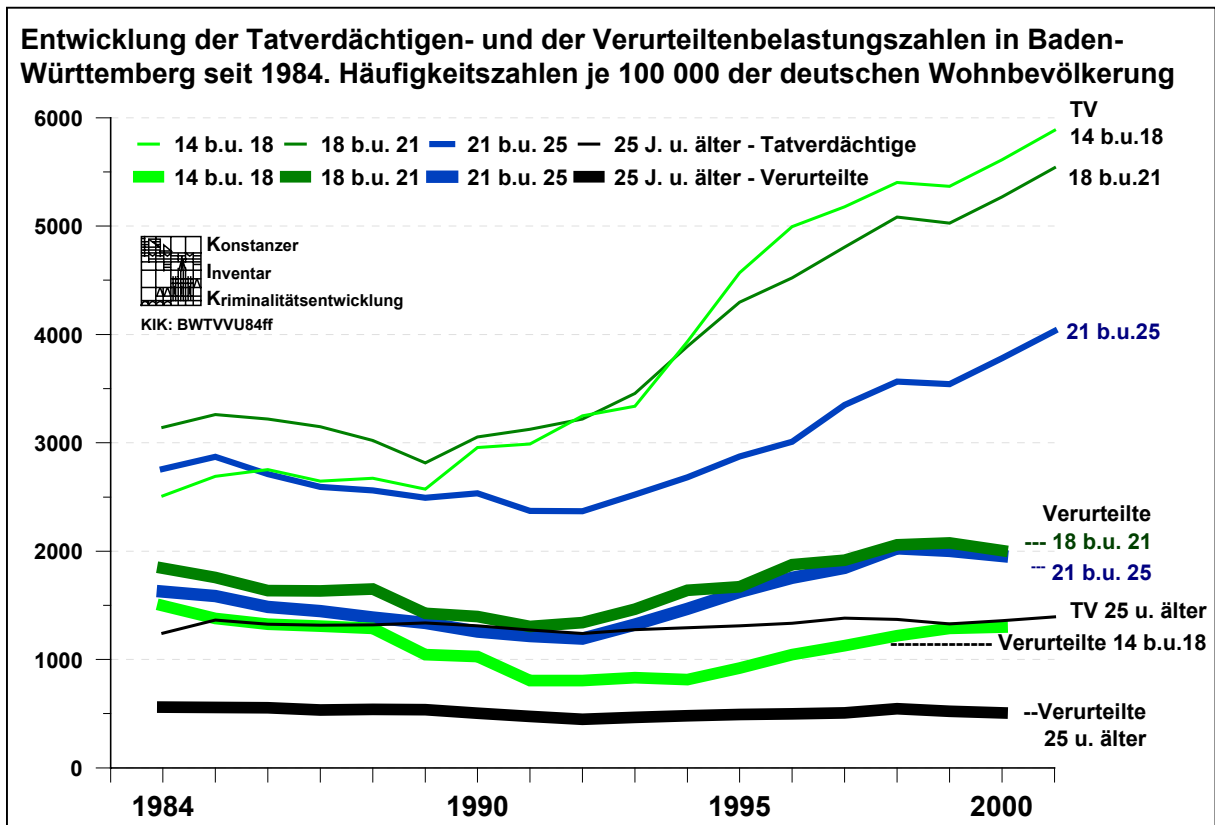
<sup>10</sup> Die in der PKS Baden-Württemberg berechneten Häufigkeitszahlen für die Tatverdächtigen insgesamt beziehen sich auf je 100.000 Einwohner ohne Kinder unter 8 Jahren, während hier die Zahlen jeweils für die Wohnbevölkerung insgesamt (einschl. Kinder) berechnet werden. Die der PKS zugrundeliegenden Bevölkerungszahlen beziehen sich jeweils auf den Stichtag 31.12. des Vorjahres; die von der Stadt Reutlingen zur Verfügung gestellten Bevölkerungszahlen beziehen sich dagegen jeweils auf den 30.6. des laufenden Bezugsjahres. Die hier berechneten Häufigkeitszahlen für BW wie für Reutlingen sind deshalb mit den in der PKS veröffentlichten nicht vollständig identisch.



**1.2.1: Schaubild: Die polizeilich registrierten Straftaten und ihre strafrechtliche Bewertung (Baden-Württemberg 2000)**

Selbst bei den Delikten, die in der PKS als Gewaltkriminalität klassifiziert sind und die - anders als die leichteren Massendelikte - im Regelfall für eine Einstellung wegen Geringfügigkeit nicht in Betracht kommen, kommt es in der Mehrzahl der Fälle nicht zu einer entsprechenden Verurteilung.<sup>11</sup> Im Vergleich der Tatverdächtigen- und der Verurteiltenbelastungszahlen zeigt sich ferner, dass die Schere zwischen den polizeilich als tatverdächtig Registrierten und den hernach tatsächlich erfolgenden gerichtlichen Schuld- und Strafaussprüchen sich in den letzten Jahren weiter geöffnet hat.

<sup>11</sup> Vgl. die Gegenüberstellung von Tatverdächtigen- und Verurteiltenzahlen im Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung (KIK): Heinz, Wolfgang: Kriminalität von Deutschen nach Alter und Geschlecht, Konstanz 1999 (Internet-Publikation: [www.uni-konstanz.de/rtf/kik/deutsche.htm](http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/deutsche.htm)). Auch wo der Tatverdacht durch eine Verurteilung bestätigt wird, kommt es bei den schweren Delikten als Ergebnis des Strafverfahrens häufig zur Feststellung eines minderschweren Tatbestandes, da die polizeilichen Ermittlungen im Regelfall zunächst von der Annahme des schwersten in Betracht kommenden Straftatbestandes ausgehen. Diese Sachverhalte dürfen nicht als Fehler der Polizeilichen Kriminalstatistik gedeutet werden; sie sind begründet in der rechtsstaatlichen Aufgabenteilung im Strafverfahren zwischen der Polizei als Einleitungsbehörde einerseits und Staatsanwaltschaft und Gericht andererseits, denen die strafrechtliche Bewertung von Strafbarkeit und Strafwürdigkeit obliegt.



### 1.2.2 Schaubild: Schere zwischen Tatverdächtigen- und Verurteiltenzahlen

So geben die polizeilich registrierten Zahlen der Fälle und Tatverdächtigen zunächst im Wesentlichen Aufschluss darüber, in welchem Umfang Betroffene als Anzeigerstatter sich durch strafbare Handlungen beschwert fühlen und gegen welche Personen sich der geäußerte Tatverdacht gerichtet hat<sup>12</sup>, noch nicht aber darüber, ob der Tatverdacht einer rechtlichen Prüfung standhält und wie die Strafwürdigkeit unter rechtlichen Gesichtspunkten beurteilt wird.

Als Straftäter oder Kriminelle dürfen deshalb nur solche Personen bezeichnet werden, deren Schuld im justiziellen Verfahren festgestellt wurde. Zutreffend spricht die regelmäßig veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik deshalb nicht mehr von *Kriminalitäts*-Belastungszahlen, sondern von *Tatverdächtigen*-Belastungszahlen.

Polizeiinterne Untersuchungen zeigen im Übrigen, dass - vor allem im Bereich der leichten Kriminalität und der Verstöße gegen die ausländerrechtlichen Bestimmungen - abweichend von den polizeilichen Erfassungsrichtlinien in der Alltagspraxis systematische Übererfassungen auftreten können.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Vgl. hierzu auch die differenzierenden Aussagen im Periodischen Sicherheitsbericht (PSB) 2001 der Bundesregierung, Berlin 2001, sowie im Statistisch-prognostischen Bericht Baden-Württemberg 2001, herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart 2001.

<sup>13</sup> So kam eine Sondererhebung in Schleswig-Holstein zum Ergebnis, dass von insgesamt überprüften 6.885 Fällen in 23 Polizeidienststellen entgegen den Erfassungsrichtlinien 1.838 Fälle zuviel gemeldet wurden (26,7%), mit Schwerpunkt im Bereich der leichten Kriminalität (Pressemitteilung der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 6.11.1996). Eine Tendenz zu Übererfassung von Verstößen gegen ausländer- und asylrechtliche Bestimmungen in nicht unerheblicher Größenordnung dokumentieren Stadler, W. und Walser, W.: Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer

Bei der Interpretation von auf die Wohnbevölkerung bezogenen Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ = Tatverdächtige / Wohnbevölkerung \* 100.000) stellen sich im Wesentlichen zwei Probleme, die darauf zurückgehen, dass auf der Seite der Tatverdächtigen, also im Zähler, Personengruppen mitgezählt werden, die im Nenner, als der zugrundegelegten Wohnbevölkerung, nicht erfasst sind, was zu einer erheblichen Überschätzung der tatsächlichen Belastung führen kann:

- In städtischen Ballungsräumen, so auch in Reutlingen mit seiner Mittelpunkt- und Servicefunktion für den umliegenden Raum, geht ein nicht unerheblicher Teil der registrierten Taten zudem auf Tatverdächtige zurück, die nicht in Reutlingen ihren Wohnsitz haben und zu einer rechnerischen Höherbelastung führen, die indessen die mutmaßliche Belastung der ortsansässigen Wohnbevölkerung überschätzt, da ein nicht unerheblicher Teil der Straftaten durch einpendelnde oder durchreisende 'Ortsfremde' begangen wird.

Dasselbe gilt in noch stärkerem Maße für den Bereich der Kernstadt und anderer städtischer 'Funktionszentren', die von weit mehr Personen aufgesucht werden, als dort ihren Wohnsitz haben. Die kleinräumige Tatverdächtigenbelastung würde wegen des hohen Anteils der aus anderen Ortsteilen und aus dem Umland wegen der Einkaufs- und Freizeitgelegenheiten 'einpendelnden' Personen durch die Berechnung konventioneller Tatverdächtigenbelastungszahlen extrem überschätzt werden<sup>14</sup>. Häufigkeitszahlen, die als Relation zur Wohnbevölkerung der jeweiligen geographischen Einheit berechnet werden, sind kaum aussagekräftig, wenn die Ortsteile aufgrund hoher Fluktuation (Zentrum, Bahnhof) und der besonderen Angebots- und Gelegenheitsstruktur (Einkaufszentren in Innenstadt oder Peripherie, Industriegebiet) von vielen Menschen frequentiert werden, die dort nicht ihren Wohnsitz haben, sondern die Gelegenheit zu (legalen, aber auch illegalen) Besorgungen und Freizeitaktivitäten suchen.

- Von den nichtdeutschen Tatverdächtigen ist nur ein Teil zur Wohnbevölkerung gemeldet. Das gilt zunächst für Durchreisende, Touristen, Angehörige der Stationierungstreitkräfte und deren Familien, die sich legal aufhalten, aber nicht zur Wohnbevölkerung zählen. Auch Personen, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten, werden zwar als nichtdeutsche Tatverdächtige registriert, zählen aber nicht zur Wohnbevölkerung; dadurch werden die Belastungszahlen speziell der Nichtdeutschen systematisch verzerrt und überschätzt. Aus diesem Grund können gültige TVBZ für die nichtdeutschen Tatverdächtigen anhand der veröffentlichten Daten der PKS nicht berechnet werden; lediglich für die Teilgruppe der deutschen Tatverdächtigen und Verurteilten sind statistisch hinreichend gültige Aussagen möglich. Aus diesem Grund berechnen sowohl das Bundeskriminalamt als auch das Statistische Bundesamt seit Jahren nur noch Belastungszahlen für Deutsche.<sup>15</sup> Wo dies nach Datenlage möglich ist, wird neben den Zahlen registrierter nichtdeutscher Tatverdächtiger auf die Größenordnung der Belastung im Vergleich zur gemeldeten Wohnbevölkerung, aber auch auf die Größenordnung verzerrender Effekte im Weiteren hingewiesen werden.

---

Staatsangehöriger, Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule der Polizei, TEXTE Nr. 22, Villingen-Schwenningen 1999.

<sup>14</sup> Denkbar wäre allenfalls, die Berechnung der Tatverdächtigenbelastungszahlen auf solche Tatverdächtige zu begrenzen, die im darzustellenden Ort oder Ortsteil tatsächlich ihren Wohnsitz haben. Für die Ortsteile Reutlingens ist dies mangels entsprechender polizeilicher Daten nicht möglich; zudem würde (anders als in München, wo die Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei eine solche Untersuchung durchgeführt hat) wegen der vergleichsweise geringen absoluten Zahlen eine Interpretation der Häufigkeitszahlen einzelner Jahre gleichwohl nicht möglich sein.

<sup>15</sup> Vgl. etwa BKA (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2000, 107.

## 2 Zur Bewertung der Entwicklung der örtlichen Fall- und Tatverdächtigenzahlen

### 2.1 Zur Einordnung: Allgemeine Entwicklung der registrierten Straftaten in den Jahren seit 1984

Zunächst - zur Einordnung der im Folgenden darzustellenden Befunde - ein Blick auf die Entwicklung des polizeilich registrierten Fallaufkommens: Es ist vor allem die Zunahme der Zahlen von registrierten - und damit der Polizei, überwiegend durch Anzeigen von Geschädigten, bekannt gewordenen - Delikten, auf die der Eindruck einer zunehmenden Kriminalitätsbelastung zurückgeht.

Für die Stadt Reutlingen registrierte die Polizei seit 1984 die folgenden Fallzahlen:

#### 2.1.1 Tabelle: Registrierte Fälle, aufgeklärte Fälle, registrierte Tatverdächtige. Reutlingen 1984 .. 2001

Jahr	erfasste Fälle	aufgeklärte Fälle	aufgeklärt (% der erfassten Fälle)	registrierte Tatverdächtige
1984	6634	3393	51,1	2278
1985	6959	3691	53,0	2501
1986	7818	4098	52,4	2603
1987	6516	3403	52,2	2513
1988	6458	3330	51,6	2320
1989	6581	3480	52,9	2543
1990	7544	4102	54,4	2837
1991	8205	4187	51,0	3064
1992	10085	4990	49,5	3485
1993	11820	6616	56,0	4431
1994	9780	5522	56,5	4152
1995	9953	6222	62,5	3942
1996	10098	6469	64,1	3939
1997	9780	6309	64,5	4064
1998	9251	5819	62,9	3809
1999	9046	5856	64,7	4187
2000	8157	5276	64,7	3628
2001	8113	5207	64,2	4074

Dies entspricht in langfristiger Betrachtung einer relativen Zunahme der Fallzahlen von 23% (2000) bzw. 22% (2001) gegenüber 1984 oder von 24% (2001: 23%) gegenüber 1989. Allerdings haben die Zahlen in diesem Zeitraum keineswegs kontinuierlich zugenommen: gegenüber 1986 beträgt der Zuwachs nur 4%; in den 5 Jahren seit 1996 nahm die Fallzahl sogar um nahezu 20% ab.

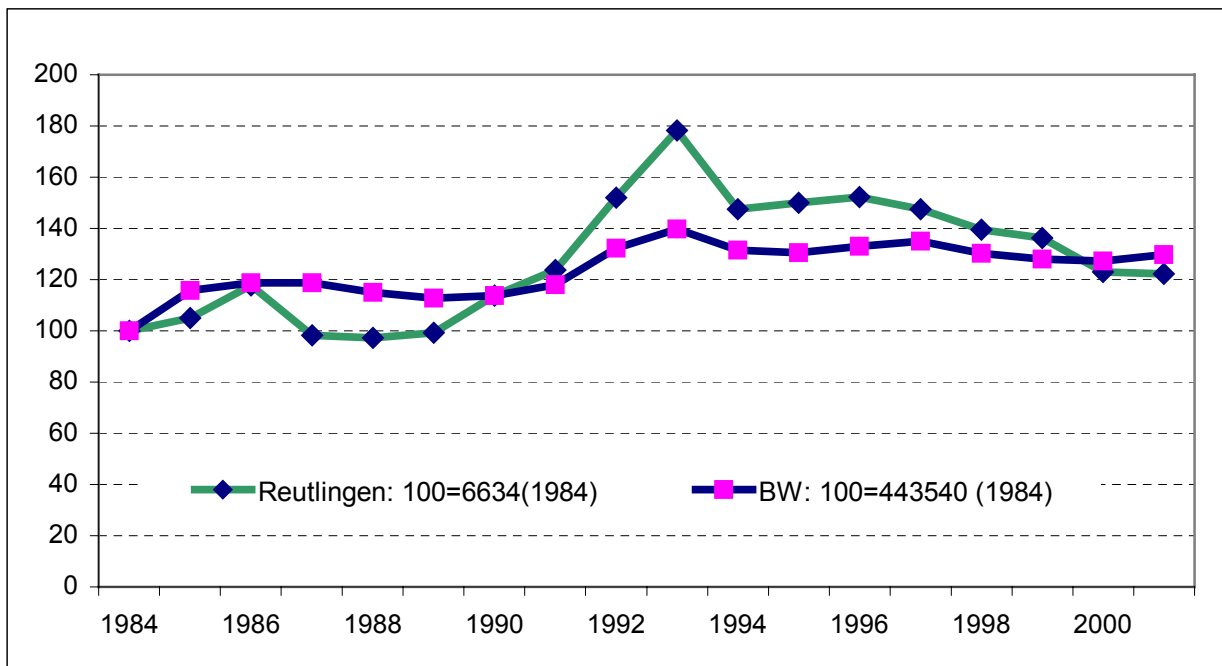
### 2.1.2 Tabelle: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg im Vergleich, 1984 .. 2001

Jahr	Fallzahlen <b>Reutlingen</b> 1984 .. 2001		Zum Vergleich: Fallzahlen <b>Baden-Württemberg</b>	
	Fälle	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Fälle	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
1984	6634		443540	
1985	6959	+4,9	513356	(+15,7*)
1986	7818	+12,3	526437	+2,5
1987	6516	-16,7	527165	+0,1
1988	6458	-0,9	509775	-3,3
1989	6581	+1,9	500268	-1,9
1990	7544	+14,6	503997	+0,7
1991	8205	+8,8	523496	+3,9
1992	10085	+22,9	586425	+12,0
1993	11820	+17,2	619352	+5,6
1994	9780	-17,3	583476	-5,8
1995	9953	+1,8	579325	-0,7
1996	10098	+1,5	590097	+1,9
1997	9780	-3,1	598647	+1,4
1998	9251	-5,4	577353	-3,6
1999	9046	-2,2	567655	-1,7
2000	8157	-9,8	564547	-0,5
2001	8113	-0,5	576029	+2,0

\*) Wegen Mindererfassung 1984 sind die Daten für Baden-Württemberg 1984 und 1985 fehlerbehaftet und mit den Vorjahren nur begrenzt vergleichbar.

Zeitweilige Zunahmen in Größenordnungen von mehr als 10 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr sind demnach durchaus nicht selten. Eine Bewertung der Kriminalitätsentwicklung muss allerdings, sollen relativ willkürliche (und dann auch meist kurzlebige) Bewertungen vermieden werden, auf einen längeren Beobachtungszeitraum gestützt werden, insbesondere auch deshalb, weil bei kleineren Einheiten - wie hier der Stadt Reutlingen im Vergleich zum Land Baden-Württemberg insgesamt - im Vergleich benachbarter Zeiträume relativ hohe Schwankungen beobachtet werden, ohne dass von diesen auf eine anhaltende Niveauänderung geschlossen werden darf.

So geht die im Vergleich zum Jahr 1984 oder 1989 beobachtete Zunahme der Reutlinger Fallzahlen um knapp 1/4 im Wesentlichen auf die ungünstige Sonderentwicklung 1989 bis 1993 zurück, die in den Folgejahren keine Fortsetzung fand.



### 2.1.3 Schaubild: Langfristige Entwicklung der Fallzahlen, Reutlingen und Baden-Württemberg, 1984 .. 2001. Indexzahlen, bezogen auf 1984 =100

Die Entwicklung der Fallzahlen in Reutlingen folgt dabei bei langfristiger Betrachtung im Wesentlichen, allerdings mit meist stärkeren Ausschlägen nach oben und unten, derjenigen für das Land Baden-Württemberg. Insbesondere in den Jahren 2000 und 2001 stellt sich die Entwicklung der Fallzahlen relativ günstiger dar als im Landestrend. Der insbesondere in den Jahren 1989 bis 1993 beobachteten zeitweilig starken Zunahme der Fallzahlen folgte eine Nivellierung auf ein - gemessen an der landesweiten Entwicklung wie auch im Vergleich zu anderen Städten vergleichbarer Größe und Struktur - unauffälliges Niveau, wie dies auch der Vergleich der Häufigkeitszahlen mit Gemeinden vergleichbarer Größenordnung zeigt. Die *bundesweite* PKS 2000 nennt für Städte vergleichbarer Einwohnerzahl u.a. die folgenden Belastungszahlen:

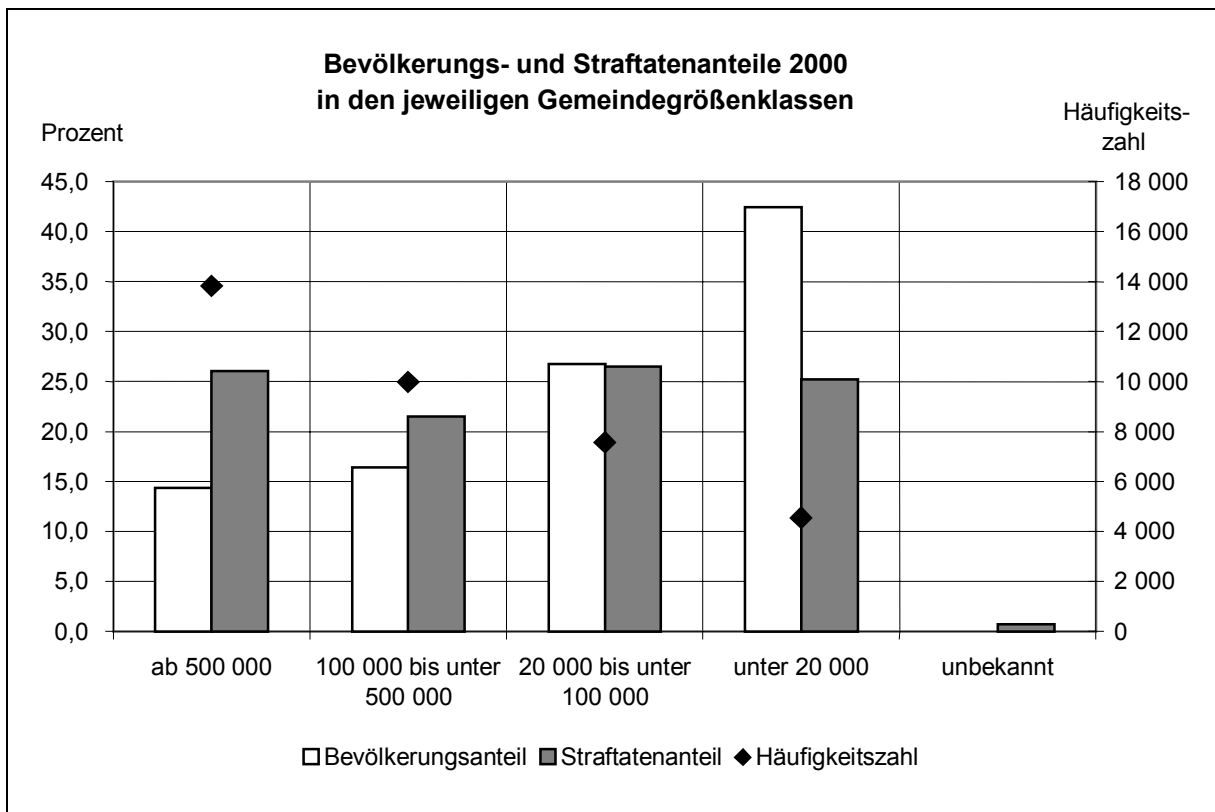
### 2.1.4 Tabelle: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklassen (Einwohner)	Einwohner am 01.01.2000		registrierte Fälle 2000		Häufigkeitszahl*)
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
Großstädte ab 500 000	11 808 157	14,4	1 632 981	26,1	13 829
Großstädte von 100 000 bis unter 500 000	13 495 784	16,4	1 348 195	21,5	9 990
Städte von 20 000 bis unter 100 000	21 987 414	26,8	1 661 060	26,5	7 555
Gemeinden unter 20 000	34 872 120	42,4	1 580 724	25,2	4 533
unbekannt			41 763	0,7	
insgesamt	82 163 475	100,0	6 264 723	100,0	7 625

\*) erfasste Fälle pro 100 000 Einwohner

Quelle: PKS (BRD) 2000, S. 45





Quelle: PKS (BRD) 2000, S. 45

### 2.1.5 Schaubild: Straftatenbelastung nach Gemeindegrößenklassen

Mit einer nach der in Berechnungsweise der PKS ermittelten Belastungszahl von 7392 liegt Reutlingen mit mehr als 110 000 Einwohnern noch unter dem Mittelwert der Belastung der Gemeinden mit einer Einwohnerschaft von 20 000 bis unter 100 000.

Gleichwohl ist es angebracht, zu prüfen, auf welche Deliktsbereiche die zeitweilig erhebliche Zunahme der Fallzahlen in Reutlingen zurückzuführen ist. Dabei werden in Reutlingen Befunde bestätigt, wie sie für die Zunahme der registrierten Kriminalität im Land Baden-Württemberg wie für die Bundesrepublik insgesamt festgestellt wurden:

### 2.2 Woher die Zunahme der registrierten Delikte?

Die polizeilich registrierten Straftaten *insgesamt* nahmen von 1989 (N=6581) bis 2000 (N=8157) zu um (abs.:) +1576 oder um +23,9% bezogen auf 1984.

Den **Beitrag einzelner Deliktgruppen** zur der von 1989 bis 2000 registrierten Zunahme zeigt die folgende Tabelle:

### 2.2.1 Tabelle: Fallzahlen Reutlingen, Jahr 2000 im Vergleich zu 1989 - der Beitrag der einzelnen Deliktgruppen zur Zunahme der Fallzahlen

Reutlingen, Fallzahlen Jahr 2000 im Vergleich zu 1989*	Veränderung 2000 gegenüber 1989		Beitrag zur Zunahme insgesamt
	absolut	% von 1989	
<b>Deliktgruppen**</b>			
<b>Straftaten insgesamt; darunter:</b>	<b>+1576</b>	<b>+23,9</b>	(1576=100%)
Straftaten gg d sexuelle Selbstbestimmung SZ 1100	-1	(-5,6)***	(-0,1)
Raub, räuber. Erpressung etc. SZ 2100	-4	(-10,0)***	(Rückgang)
Körperverletzung; darunter:	<b>+273</b>	+62,0	<b>+17,3</b>
gefährliche und schwere Körperverletzung	+107	+107,0	+6,8
vorsätzliche leichte Körperverletzung	+147	+45,7	+9,3
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	<b>-498</b>	<b>-32,8</b>	(Rückgang)
Wohnungseinbruchsdiebstahl	-19	(-20,7)***	(Rückgang)
in/aus Kraftfahrzeugen	<b>-266</b>	<b>-43,9</b>	(Rückgang)
von Fahrrädern	<b>-229</b>	<b>-44,3</b>	(Rückgang)
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	<b>+344</b>	+18,7	<b>+21,8</b>
Ladendiebstahl	<b>+401</b>	+59,1	<b>+25,4</b>
Betrug; darunter:	<b>+595</b>	+107,4	<b>+37,8</b>
Leistungskreditbetrug	+334	+521,9	+21,2
Wirtschaftskriminalität bei Betrug	+288	+1028,6	+18,3
Waren- und Warenkreditbetrug	+107	+67,7	+6,8
Karten für Geldausgabeautomaten	+99	+1100,0	+6,3
Erschleichen von Leistungen	+57	+712,5	+3,6
Sachbeschädigung	+124	+14,9	+7,9
Ausländerstatusspezifische Straftatbestände (Aufenthaltsbestimmungen; AsylverfG)	+222	+159,7	+14,1
BTM-Delikte; darunter:	+181	+104,6	+11,5
allg. Verstöße (SZ 7310), nicht Handel	+120	+82,8	+7,6
Handel, Einfuhr	+54	+200,0	+3,4
Wirtschaftskriminalität insg.	<b>+308</b>	+684,4	<b>+19,5</b>
Straßenkriminalität SZ 8990****	<b>-516</b>	<b>-25,5</b>	(Rückgang)

\* Daten zu verschiedenen Schlüsselzahlen wie SZ 8990 (Straßenkriminalität) u.a. sind erst seit 1989 gesondert ausgewiesen

\*\* Die Untergruppen sind nicht überschneidungsfrei.

\*\*\* Prozentuale Veränderungen in gering besetzten Gruppen können nicht interpretiert werden; bei Wahl eines anderen Bezugsjahres können sich - bei nur gering veränderten absoluten Zahlen - abweichende Veränderungsdaten ergeben.

\*\*\*\* Summenschlüssel 8990 (Straßenkriminalität) erfasst die im öffentlichen Raum - insb. 'auf Straßen, Wegen oder Plätzen' begangenen Delikte und ist damit ein Indikator für die Delikte, die das Sicherheitsgefühl in der Öffentlichkeit beeinträchtigen können.

Die langfristige absolute Zunahme der polizeilich registrierten Fälle geht demnach vorwiegend auf solche Deliktgruppen zurück, die das Sicherheitsgefühl der Allgemeinheit nicht wesentlich beeinträchtigen. Dagegen hat insbesondere die Zahl von der Straßenkriminalität (SZ 8990) zugeordneten Fällen erheblich abgenommen. Zurückgegangen ist auch die Zahl der Fälle von schwerem Diebstahl und Einbruchsdiebstahl.

Zugenommen hat insbesondere und an erster Stelle die Zahl der Fälle des Betrugs (38% der Zunahme), wobei insbesondere die Zunahme bei den der Wirtschaftskriminalität zugeordneten und besonders schadensintensiven Fallgruppen auffällt. Zugunommen hat ferner die Zahl der Fälle des einfachen Diebstahls, hierunter insbesondere des Ladendiebstahls (auf den allein ein Viertel der absoluten Zunahme der Fallzahl zurückgeht, jedoch ein insgesamt

nur geringer Schadensanteil ), während die Fälle des schweren Diebstahls deutlich abgenommen haben.

Um 17% zugenommen hat die Zahl der registrierten Körperverletzungsdelikte, wobei der größere Teil des Zuwachses auf die Fallgruppe der leichten Körperverletzungsdelikte zurückgeht.

*Im Vergleich zum Jahr 2000 blieb die Zahl der registrierten Fälle (8113) im **Jahr 2001** mit einer Abnahme um 44 Fälle (-0,5%) fast konstant. Gleichwohl haben sich verschiedene Deliktsbereiche gegenläufig entwickelt: Stark zurückgegangen sind die Zahlen für die 2000 besonders auffällige Gruppe der Betrugsfälle (- 328 Fälle; Rückgang um 29%), darunter insbesondere die der Wirtschaftskriminalität zugeordneten Fälle (-287). Um 8% (-28 Fälle) zurückgegangen sind die Verstöße gegen die ausländerrechtlichen Bestimmungen. Zugenommen haben insbesondere Fälle des einfachen Diebstahls (um 260 Fälle oder 12% der Vorjahreszahl), hierunter vor allem des Ladendiebstahls (+ 168 Fälle, Zunahme um 15%) mit überwiegend jungen Tatverdächtigen. Die Größenordnung des schweren Diebstahls blieb insgesamt unverändert; wieder zugenommen haben allerdings Fälle des Fahrraddiebstahls (+31) und des Diebstahls in/aus KfZ (+27). Quantitativ klein, aber für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bedeutsamer sind Zunahmen in der Gruppe der Gewaltdelikte (Roheitsdelikte insges. +90; Zunahme um 10%), insbesondere bei Raub um 11 Fälle und bei schwerer Körperverletzung um 19 Fälle (+9% im Vergleich zur Vorjahreszahl).*

Eine Zunahme der Zahl registrierter Fälle kann auf verschiedene Ursachen zurückgehen.

Neben tatsächlichen Veränderungen der Häufigkeit strafbarer Handlungen können auch demographische Veränderungen von Umfang und Struktur der Wohnbevölkerung die Zahl der registrierten Fälle beeinflussen; diese Effekte können durch Berechnung von Häufigkeitszahlen kontrolliert werden. Polizeiliche oder private Kontrollstrategien beeinflussen die Registrierungshäufigkeit bestimmter Deliktgruppen, insbesondere bei den Drogendelikten, den Verstößen gegen ausländer- und asylrechtliche Bestimmungen und beim Ladendiebstahl. Zu beachten sind aber auch die möglichen Effekte von Änderungen des Anzeigeverhaltens, wie sie insbesondere in Bezug auf Eigentums- wie auf Gewaltdelikte in verschiedenen Studien belegt worden sind.

### **2.3 Der Anteil der verschiedenen Deliktgruppen**

Wie für die registrierte Kriminalität bundesweit, so gilt auch für die in Reutlingen registrierten Fälle, dass der überwiegende Teil der Kategorie der leichten und mittleren Delinquenz zuzuordnen ist. Straftaten gegen Leib und Leben und gegen die sexuelle Selbstbestimmung machen zusammen weniger als 1 % des Fallaufkommen aus; rechnet man zur Schwerdelinquenz in einem weiteren Sinne die Freiheits-, Raub- und Erpressungsdelikte, die Fälle von Landfriedensbruch, Verstößen gegen das Waffengesetz und unerlaubte Einfuhr und Handel mit illegalen Drogen, so macht diese Gruppe 8% des Fallaufkommens aus; zusammen mit der größeren Fallgruppe des Diebstahls unter erschwerenden Umständen (12,5%) können der Gruppe der schwereren Delinquenz insgesamt 20,5% der Fälle zugerechnet werden. Zur leichteren, überwiegend als Bagatelldelinquenz zu wertenden Fallgruppe werden üblicherweise Fälle der Sachbeschädigung, des Ladendiebstahls, der Leistungsererschleichung und der Beleidigung gerechnet (zusammen 29,4% des Fallaufkommens), ferner die Verstöße gegen ausländerrechtliche Vorschriften (4,4%).

### 2.3.1 Tabelle: Anteile der Deliktgruppen an den registrierten Fällen, Reutlingen 2000

	1 Leichtere Delikte	2 Mittel- schwere	3 Schwe- rere Delik- te	% der Fälle
<b>Leichtere und Bagatelldelikte</b>				<b>33,9</b>
Leistungserschleichung SZ 5150	65			0,8
Ladendiebstahl SZ 326*	1080			<b>13,2</b>
Beleidigung SZ 6730	300			3,7
Sachbeschädigung SZ 6740	956			<b>11,7</b>
Ausländer/AsylVerfG	361			4,4
<b>Mittelschwere Delikte</b>				<b>45,6</b>
Widerst gg Staatsgew öff Ordn		191		2,3
BtMG einfach SZ 7310..7319, 7341		268		3,3
Einfacher Diebstahl SZ 3*** oh- ne Ladendiebstahl SZ 326*		1105		<b>13,5</b>
leichte und fahrl. Körperverletzung SZ 2240 2250		497		6,1
Hehlerei Geldwäsche ua SZ 6300..6330		71		0,9
Wirtschaftskriminalität		353		4,3
Vermögens/Fälschungsdelikte SZ 5000 ohne Wirtschaftskriminalität ohne SZ 5150 Leistungserschleichung		1062		<b>13,0</b>
andere, Umwelt, Nebengesetze oh- ne Wirtschaftskriminalität		173		2,1
<b>Schwerere Delikte</b>				<b>20,5</b>
Diebstahl unter erschw. Umständen SZ 4***			1018	<b>12,5</b>
BtMG qualif.: Handel Einfuhr u.a. SZ 7342..7347, 7320, 7330			86	1,1
Verstöße gegen das Waffengesetz			42	0,5
Landfriedensbruch Gewaltdarstellung Volksverhetzung SZ 6220 .. 6270			23	0,3
gefährl./schwere Körperverletzung SZ 2210..2231			216	2,6
Raub Erpr rb.Erpr SZ 2100 6100			41	0,5
gg d pers Freiheit SZ 2300			169	2,1
gg sexuelle Selbstbestimmung SZ 1000			75	0,9
§ 218 StGB SZ0400			2	0,02
Mord Totschlag einschl. Versuch SZ 0100 0200			3	0,04
<b>GESAMT</b>	<b>2762</b>	<b>3720</b>	<b>1675</b>	<b>8157</b>
<b>% von GESAMT=8157</b>	<b>33,9</b>	<b>45,6</b>	<b>20,5</b>	<b>100,0</b>

Die **Gewaltdelikte** im Sinne der polizeilichen Definition machten etwa 3% der jährlich registrierten Straftaten aus (Reutlingen 2000: 3,1%)<sup>16</sup>. Den größten Anteil an den Gewaltdelikten (mehr als 80%) machen dabei Fälle aus, die unter der Rubrik "Gefährliche oder schwere Körperverletzung" zusammengefasst sind. Zu berücksichtigen ist, insbesondere bei der Betrachtung der Delikte junger Menschen, dass entsprechend den unter der Schlüsselzahl (SZ) 8920 der PKS zusammengefassten Bestimmungen des StGB (§§ 223a, 224-229 StGB) zu dieser Deliktsgruppe nicht nur die mit einer Waffe, etwa einer Schusswaffe<sup>17</sup> oder einem Messer, ausgeführten oder zu schwerwiegenden Verletzungen führenden Delikte zählen, sondern auch alle "von mehreren gemeinschaftlich" begangenen Körperverletzungen (§223a), also insbesondere die alterstypische Form der Rauferei unter einer Gruppe von Jugendlichen, die - anders als bei in Gruppen handelnden erwachsenen Tätern - im Regelfall gerade nicht den durch die Kategorisierung als "Gefährliche Körperverletzung" nahegelegten besonderen Schwere- und Gefährlichkeitsgrad aufweist. Neben der schweren und Gefährlichen Körperverletzung zählen zur Gruppe der Gewaltdelikte ferner Raub und räuberische Erpressung, die etwa ein Drittel ausmachen, sowie Vergewaltigungs- und Tötungsdelikte.

Im Bereich der **Eigentums- und Vermögensdelikte** sind Diebstahlsdelikte typisch für junge Menschen, professionellere Deliktsformen des Betrugs und der Wirtschaftskriminalität dagegen typisch für Erwachsene. Der durch die Polizei registrierte **Schaden** von 14 Mio DM im Jahr 2000 verteilt sich äußerst ungleichmäßig über die für junge Menschen einerseits, für Erwachsene andererseits typischen Deliktsgruppen:

---

<sup>16</sup> Wegen der überdurchschnittlich hohen Aufklärungsrate (83%) - in der Regel liegen Anzeigen gegen namentlich bekannte Tatverdächtige vor - ist von den ermittelten Tatverdächtigen ein wesentlich größerer Anteil, nämlich 8%, wegen dieser Deliktsgruppe registriert. Der Anteil an den ermittelten Tatverdächtigen - das gilt auch für die weiteren unten behandelten Deliktsgruppen - darf nicht mit dem Anteil an den registrierten Taten gleichgesetzt werden.

<sup>17</sup> Schusswaffengebrauch oder Drohung mit einer Schusswaffe sind dabei ausgesprochen selten (unter 0,1%).

**2.3.2 Tabelle: Anteile der Deliktgruppen am registrierten Schadensaufkommen**

	Tatkomplexe und (unten) Einzelfälle mit be- ziffertem Schaden	Anteil (%)mit Schaden unter 50 DM	Anteil (%) Fälle mit Schaden 1000 DM u. mehr	registr. Schaden in Tau- send DM	% des registr. Schadens
Wirtschaftskriminalität SZ 8990	29 324	0	99,7	6 580	47,1
Vermögens-/Fälschungsdelikte SZ 5000 ohne Wirtschaftskrim., ohne SZ 5150 Leistungserschl	739 850	12,6	38,4	4 381	31,3
Diebstahl unter erschwer. Umstän- den SZ 4***	672 715	6,2	33,6	1 967	14,1
Einfacher Diebstahl SZ 3*** ohne Ladendiebstahl SZ 326*	945 993	12,2	15,4	815	5,8
Ladendiebstahl SZ 326*	983 1019	49,5	1,8	159	1,1
Raub, Erpressung, räub. Erpr., räub. Angriff SZ 2100 6100	30 30	26,7	16,7	75	0,5
Leistungserschleichung SZ 5150	61 61	90,2	0	2	0,01
GESAMT*	3 459 3 992	23,6 21,0	21,5 26,7	13 980 TDM	100%

\* Fälle, für die eine bestimmte Schadenssumme registriert wurde; ohne Fälle, denen wegen noch nicht bestimmten Schadens eine symbolische Schadenssumme von DM 1,- zugeordnet wurde.

Auf die 21% der Fälle mit einem Schaden von jeweils unter 50 DM entfällt eine registrierte Schadenssumme von insgesamt 16 TDM - das entspricht 0,1% der gesamten Schadenssumme. 50% der Fälle (mit Schadenssummen von 2 bis 250 DM) zeichnen für nicht mehr als 1,2% des Gesamtschadens verantwortlich (163 TDM von insgesamt 13,98 Mio DM); 2/3 des registrierten Gesamtschadens entfällt auf eine Extremgruppe von 1,7% der Fälle mit festgestelltem Schaden (oder 0,8% der registrierten Straftaten insgesamt); die 324 Fälle der Wirtschaftskriminalität (ca. 4% aller registrierten Straftaten) verursachten ca. die Hälfte des gesamten registrierten Schadens. Auf die Fallgruppen der Bagatelldelinquenz mit Ladendiebstahl und Schwarzfahren (sog. Leistungserschleichung), für die in der polizeilichen Alltagspraxis allerdings nicht unerhebliche Ressourcen eingesetzt werden (und die für die Delinquenz der jungen Menschen typisch sind), entfallen dagegen 1,1% des Gesamtschadens, auf Diebstahldelikte insgesamt rund ein Fünftel der Gesamtschadenssumme.

### **3. Jugendkriminalität - immer früher, immer schlimmer?**

Besondere Besorgnisse bezüglich der Jugendkriminalität stützen sich auf die langjährige deutliche quantitative Zunahme der durch die Polizei registrierten Straftaten junger Menschen seit Mitte der 80er Jahre und hier insbesondere auf Meldungen über gestiegene Zahlen der wegen Gewaltdelikten registrierten jungen Tatverdächtigen. Die besondere Aufmerksamkeit, die der Jugendkriminalität in der polizeilichen Arbeit zukommt, wird u.a. durch die regelmäßig veröffentlichten Sonderberichte 'Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Baden-Württemberg' des Landeskriminalamtes BW hervorgehoben. Auch im Kriminalitätslagebild Reutlingen für das Jahr 2000 wird die Zunahme des Anteils der jugendlichen Tatverdächtigen auf 12,5% der registrierten Tatverdächtigen als besonders besorgniserregend hervorgehoben und mit Zahlen belegt; im Jahr 2001 hat dieser Anteil auf inzwischen 15,2% weiter zugenommen.

Auch eine Bewertung der Entwicklung der Zahl der Tatverdächtigen wie des Anteils der Altersgruppen erfordert die Bezugnahme auf die Entwicklung von Bevölkerungsumfang und -struktur, denn alleine schon durch die Verschiebung der Altersstruktur der Wohnbevölkerung, insbesondere die Veränderung der Anteile der jungen (aktiveren, auch in der PKS stärker belasteten) gegenüber den älteren Jahrgängen kann zu erheblichen Veränderungen in der Statistik führen. Die üblicherweise - so auch in der PKS - berechneten Häufigkeitszahlen setzen die Zahl der registrierten Tatverdächtigen in Relation zu je 100.000 der gleichaltrigen (gemeldeten) Wohnbevölkerung, um so der Verzerrung der Befunde durch Veränderungen der demographischen Struktur zu begegnen.

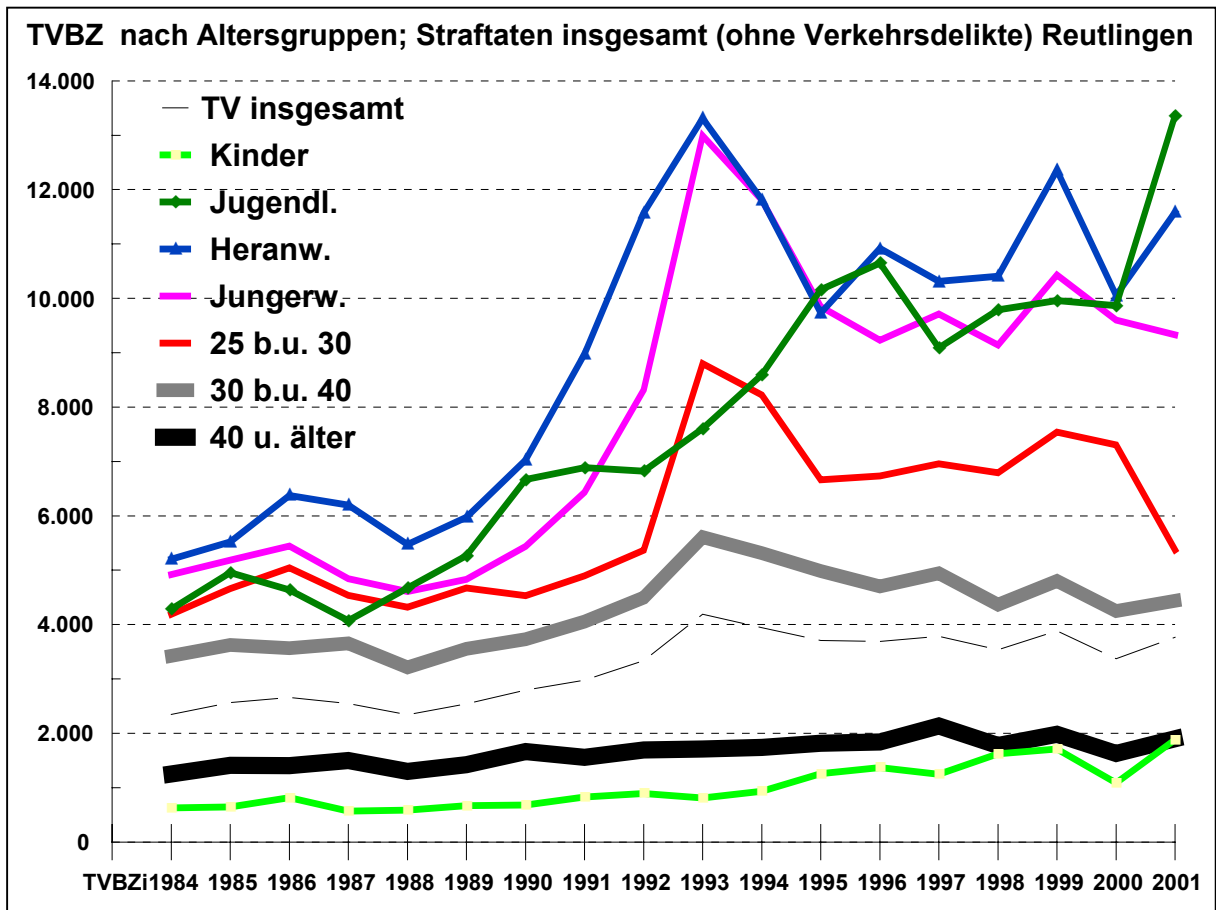
Die so berechneten Häufigkeitszahlen sind allerdings weiterhin dadurch verzerrt, dass im Zähler auch Tatverdächtige aus Gruppen mitgezählt werden, die im Nenner nicht enthalten sind, so insbesondere einpendelnde oder durchreisende ortsfremde deutsche Tatverdächtige, durch legal sich aufhaltende oder durchreisende, nicht zur Wohnbevölkerung zählende Nichtdeutsche sowie durch illegal sich aufhaltende Nichtdeutsche, die wegen Straftaten oder alleine wegen der Tatsache des illegalen Aufenthalts polizeilich registriert wurden, aber natürlich nicht in den Zahlen der Wohnbevölkerung enthalten sind. Die so berechnete 'unbereinigte' Häufigkeitszahl überschätzt deshalb die tatsächliche Tatverdächtigenbelastung in einem im Rahmen der PKS nicht genau aufzuklärenden Umfang.

#### **3.1 Kinder und Jugendliche - voll im Trend**

Im Längsschnitt der unbereinigten Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) - also der Zahl der polizeilich registrierten TV in Relation zu je 100000 der altersgleichen Wohnbevölkerung - zeigt sich erwartungsgemäß der bekannte Befund, dass die Belastung der jungen Menschen - Kinder, Jugendliche und Heranwachsende - jeweils deutlich höher ist als die der Erwachsenen:

Der Längsschnittvergleich zeigt zum einen den (keineswegs auf Reutlingen beschränkten) bekannten Befund, dass in den Jahren zwischen 1990 und 1995 das Niveau der polizeilich registrierten Kriminalität sich - und zwar in allen Altersgruppen - deutlich erhöht hat, aber

auch, dass diese Zunahme in der Zeit nach 1995 keine Fortsetzung gefunden hat und dass insbesondere keine zeitversetzte Fortsetzung der beobachteten Trends zur zeitweiligen Steigerung der Belastungszahlen in den jeweils höheren Altersgruppen aufgetreten ist. Lediglich bei den jüngsten Altersgruppen (Kinder, Jugendliche, Heranwachsende) scheint sich - im langjährigen Mittel - der Aufwärtstrend fortzusetzen, wie er auch landes- und bundesweit beobachtet wird..



**3.1.1. Schaubild: Tatverdächtigenbelastungszahlen - unbereinigt, TV (auch nicht zur Wohnbevölkerung zählende) in Relation zu je 100 000 der gemeldeten Wohnbevölkerung, Reutlingen 1984 .. 2001**

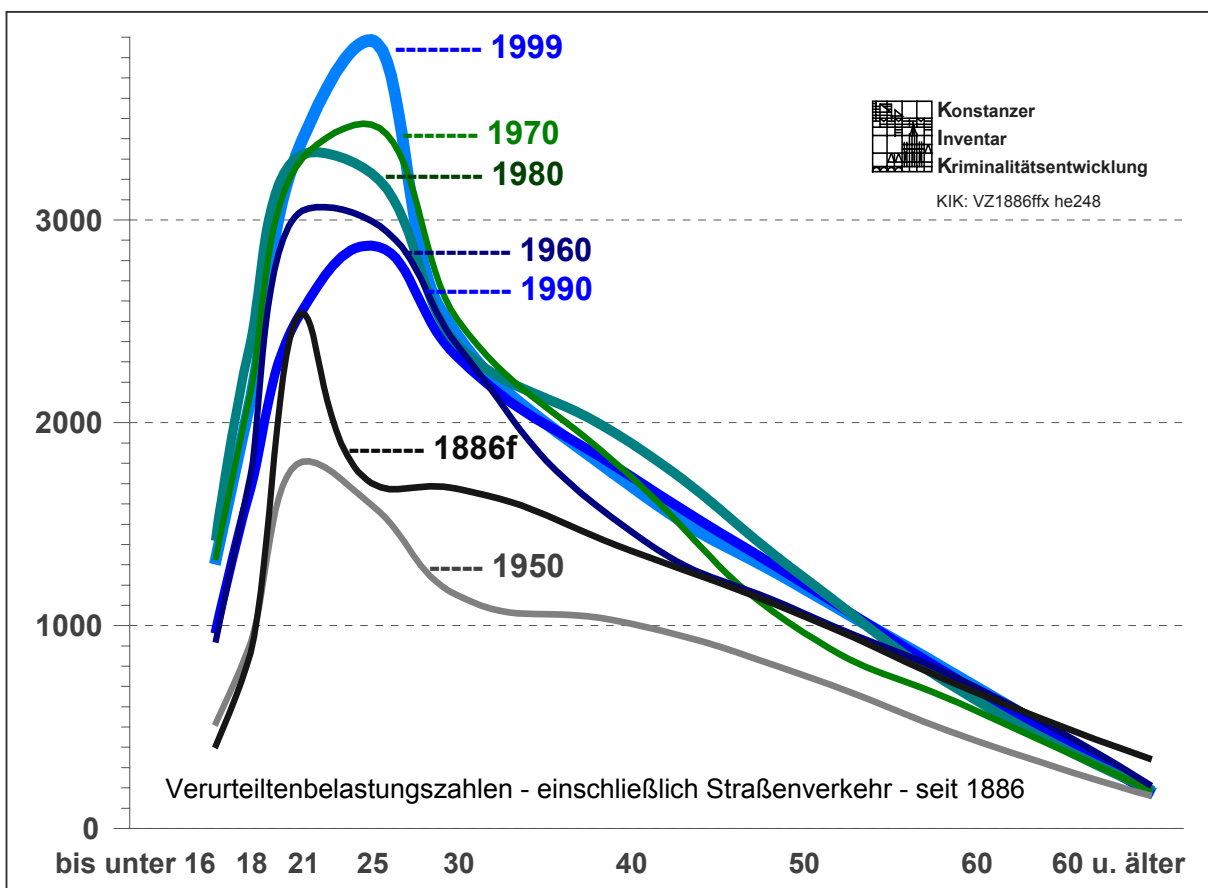
Für die Gruppe der jungen Menschen - Kinder, Jugendliche und Heranwachsende - zeigt das Schaubild, dass seit 1995 die registrierte Belastung dieser drei Altersgruppen etwa doppelt so hoch ist wie diejenige der 30- bis 40-jährigen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Niveauveränderungen bei den verschiedenen Altergruppen weitgehend synchron verlaufen sind und nicht etwa zeitversetzt.

Die kriminologische Bedeutung dieser Beobachtung soll hier kurz erläutert werden: Eine nicht synchrone, sondern zeitversetzte Erhöhung - zunächst bei den Kindern, dann bei den Jugendlichen, später, wenn dieselben Geburtsjahrgänge ins Heranwachsenden- und Erwachsenenalter eingetreten sind, auch dort - würde bedeuten, dass die Erhöhung der registrierten Kriminalität auf das Nachwachsen zunehmend delinquenten Generationen zurückzuführen ist, deren erhöhte Kriminalität sich in höhere Alterstufen fortsetzt, so dass von diesen Generationen auch künftig eine entsprechende Zunahme der registrierten Kriminalität zu erwarten ist. Tatsächlich aber zeigt die weitgehend synchron verlaufende, die altersabhängige Abstufung reproduzierende Niveauerhöhung, dass die beobachtete Entwicklung im Wesentlichen nicht auf generationengebundene Effekte zurückgeführt werden kann. Eine relativ



hohe Registrierungsrate ist, um es vereinfacht auszudrücken, inzwischen nicht nur für die Jugendlichen, sondern für alle Altersgruppen eine im statistischen Sinne 'normale' Erscheinung; ebenso ist es seit dem Vorliegen differenzierter Daten im statistischen Sinne 'normal', dass auf dem Gebiet der delinquenten Handlungen (genau wie auf allen anderen Gebieten) die jungen Generationen zum einen die allgemeinen gesellschaftlichen Trends mitmachen, zum anderen aber dabei ein jeweils altersentsprechend höheres Aktivitätsniveau aufweisen.

Die überdurchschnittlich hohe Belastung der jungen Altersgruppen bei Rückgang der registrierten Belastung mit dem Hineinwachsen ins Erwachsenenalter wird nicht nur landes- und bundesweit beobachtet; auch die Daten der amtlichen Strafverfolgungsstatistik über die gerichtlich Verurteilten zeigen - und zwar seit überhaupt solche Statistiken geführt werden, in Deutschland seit 1886 -, dass in jeder Generation die Gruppe der jungen Menschen - also die jeweils 'heutige Jugend' - unter den Verurteilten deutlich überrepräsentiert war, ohne dass die im Jugendalter beobachtete hohe Belastung sich in späteren Jahren in ähnlich hohen Belastungszahlen im Erwachsenenalter fortgesetzt hätte. Hohe Belastung einer Generation im Jugendalter ist kein Indiz für spätere hohe Belastung auch im Erwachsenenalter - die registrierte Kriminalität wächst sich seit jeher im Erwachsenenalter wieder aus.<sup>18</sup>



### 3.1.2 Schaubild: Die Alterskurve der Verurteiltenzahlen - Verurteilte je 100 000 der Wohnbevölkerung - in Deutschland seit 1886.

Quelle: Heinz, W.: Jugendkriminalität <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/he213-18.htm>>

Diese Beobachtung ist besonders für die Frage der Prognose künftiger Entwicklungen von Belang: Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Zunahme der Belastungszahl bei den jungen Menschen an bestimmte besonders delinquente Kohorten (Geburtsjahrgänge) ge-

<sup>18</sup> In den Verurteiltenzahlen sind Verurteilungen wegen Delikten im Straßenverkehr enthalten, deren Bedeutung nach 1950 erheblich zunahm.

bunden wäre, deren höhere Belastung im Jugendalter zu einer 5 Jahre später durchschlagenden Höherbelastung der dann 5 Jahre älteren Alterskohorte führen würde. Vielmehr handelt es sich um Effekte, die zur selben Zeit auf alle aktiven Jahrganggruppen gleichzeitig einwirken und nicht etwa auf das Nachrücken besonders kriminalitätsdisponierter Geburtsjahrgänge zurückgeführt werden können. Jugendkriminalität ist in aller Regel nicht Einstiegs-kriminalität, die in fortdauernde kriminelle Karrieren mündet. Es ist nicht die besondere Schlechtigkeit der 'heutigen' Jugend, auf die erhöhte Kriminalitätszahlen zurückgeführt werden können: Die hier hervorgetretene Entwicklung, die bei den jungen Menschen jeweils (auch statistisch) besonders deutlich wird (und von den zur selben Zeit bereits jeweils Erwachsenen dann jeweils besonders sensibel wahrgenommen wird), ist eine Entwicklung, die ausweislich der vorliegenden Statistiken alle Generationen synchron betrifft und jedenfalls für eine Dämonisierung der 'heutigen' Jugend ebenso wenig Anlass gibt, wie dies bei früheren Jugendgenerationen der Fall war. Denn nicht nur die 'heutige Jugend' unserer Tage, sondern schon immer die jeweils 'heutige Jugend' war - jedenfalls seit es einschlägige Quellen gibt - nicht nur schlimm, sondern in der Wahrnehmung der inzwischen Erwachsenen jeweils schlimmer als alle vorausgegangenen Generationen.

### 3.2 Junge Mehrfachtäter

Statistisch gesehen ist eine erhöhte Auffälligkeit im Jugendalter heute - wie schon in früheren Zeiten - also durchaus normal; selbst die mehrfache Auffälligkeit mit Bagatelldelikten ist - entgegen verbreiteter Ansicht - in dieser Phase nicht selten, ohne dass wiederholte Polizei-auffälligkeit bereits Anlass für eine ungünstige Entwicklungsprognose geben würde<sup>19</sup>.

#### 3.2.1 Tabelle: Junge Mehrfachtäter (bis unter 21 J.) im Jahr 2000

Im Jahr 2000 n-mal in Er- scheinung getreten	Tatverdächtige (TV) bis unter 21 J.			Fälle		
	Häufigkeit (Zahl <b>Tatver- dächtige</b> )	Prozent der <b>Tatverdäch- tigen</b>	n-mal und <b>öfter</b> aufge- tretene <b>TV</b> ( <b>kumulierte</b> % der TV)	Häufigkeit (Zahl <b>Fälle</b> )	Prozent der <b>Fälle</b>	<b>Kumulierte</b> Prozent der <b>Fälle</b>
1	874	76,4	<b>100,0</b>	874	47,2	<b>100,0</b>
2	133	11,6	23,6	266	14,4	52,8
3	55	4,8	12,0	165	8,9	38,4
4	28	2,4	7,2	112	6,1	29,5
5	18	1,6	<b>4,7</b>	90	4,9	<b>23,4</b>
6	8	0,7	3,1	48	2,6	18,5
7	8	0,7	2,4	56	3,0	15,9
8	3	0,3	1,7	24	1,3	12,9
9	4	0,3	1,5	36	1,9	11,6
10	1	0,1	1,1	10	0,5	9,7
11	4	0,3	1,0	44	2,4	9,1
12	3	0,3	0,7	36	1,9	6,8
13	2	0,2	0,4	26	1,4	4,8
18	1	0,1	0,3	18	1,0	3,4
20	1	0,1	0,2	20	1,1	2,4
25	1	0,1	0,1	25	1,4	1,4
<b>Gesamt</b>	<b>1144</b>	<b>100,0</b>		<b>1850</b>	<b>100,0</b>	

<sup>19</sup> Vgl. dazu etwa die Verhandlungen des 21. Jugendgerichtstages 1989, der sich den jungen Mehrfachtätern widmete, dokumentiert in: DVJJ (Hrsg.): Mehrfach Auffällige - Mehrfach Betroffene. Erlebnisweisen und Reaktionsformen. Dokumentation des 21. Deutschen Jugendgerichtstages vom 30. September bis 4. Oktober 1989 in Göttingen. Schriftenreihe der DVJJ. Band 18. Bonn 1990.

Entsprechend der bekannten Altersverteilung der Tatverdächtigen ist ein höherer Mehrfach-täteranteil bei den jungen Altersgruppen durchaus erwartungsgemäß. Mit 4,7% ist der Anteil der jungen (bis unter 21jährigen) Tatverdächtigen, die insgesamt 5 mal oder öfter registriert wurden, um ein Drittel höher als bei den Reutlinger TV insgesamt (3,5%); ihnen werden 23,4% der im Jahr 2000 aufgeklärten<sup>20</sup> Taten junger TV zugeordnet, während knapp die Hälfte der Fälle auf im Jahr 2000 nur einmalig Registrierte zurückgeht. (zu den Mehrfach-tätern in Reutlingen insgesamt s. weiter unten Tabelle 4.5.6).

### 3.3 Besonderheiten der registrierten Delinquenz junger Menschen

Wie Schaubild 3.3.2 zeigt, hat der Anteil der Altersgruppe der Jugendlichen an den registrierten TV im Jahr 2000 im Vergleich zu 7% im Jahr 1993 mit 12,5% zwar einen, wie es im Kriminalitätslagebild heißt, "negativen Spitzenwert"<sup>21</sup> erreicht, der 2001 bis auf 15,2% weiter ansteigt. Betrachtet man jedoch, wie dies dank der differenzierten Erfassung der PKS - Daten durch die zuständige Fachabteilung des LKA Baden-Württemberg möglich wird, die Entwicklung über einen längeren Zeitabschnitt seit Mitte der 80er Jahre, so stellen sich die bisherigen<sup>22</sup> Veränderungen der Anteile der jungen Altersgruppen ebenso wie ihr Anteil am Gesamtaufkommen der aufgeklärten Straftaten in Reutlingen weniger dramatisch dar: Die Mehrzahl der Tatverdächtigen stellen mit 55 bis 60 % regelmäßig die Altersgruppen der Voll- erwachsenen ab 25 Jahre; auf junge Tatverdächtige - Kinder, Jugendliche und Heranwach- sende zusammen - entfallen dagegen ein Viertel bis ein Drittel.

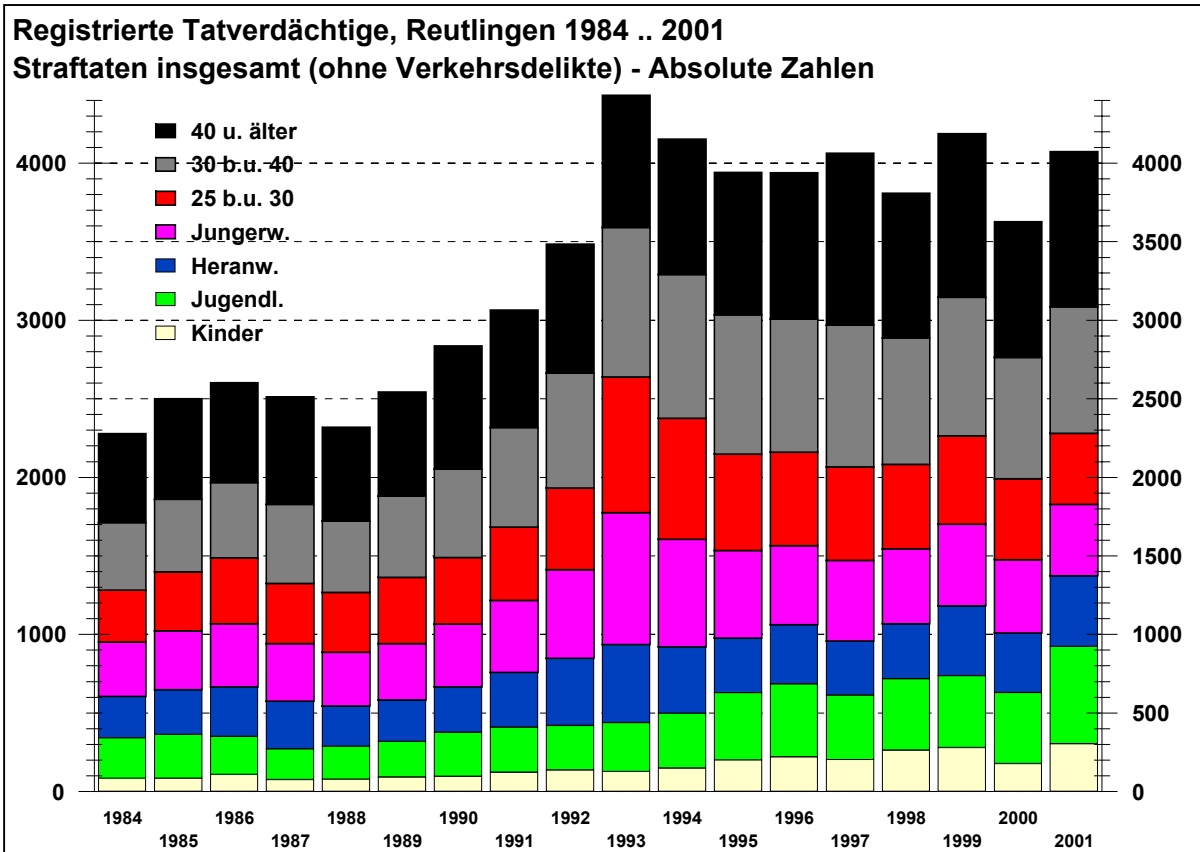
So folgt die registrierte Delinquenz der jungen Menschen im Wesentlichen dem Trend der Entwicklung der registrierten Gesamtdelinquenz, die sich, wie die absoluten Zahlen zeigen, in den zehn Jahren seit 1984 fast verdoppelt hat. Hinzu kommt ein in den Jahren seit etwa 1993 zunehmender Anteil von unter 21-jährigen (der, wie zu zeigen sein wird, schon auf- grund der demographischen Entwicklung absehbar auch weiterhin zunehmen wird).

---

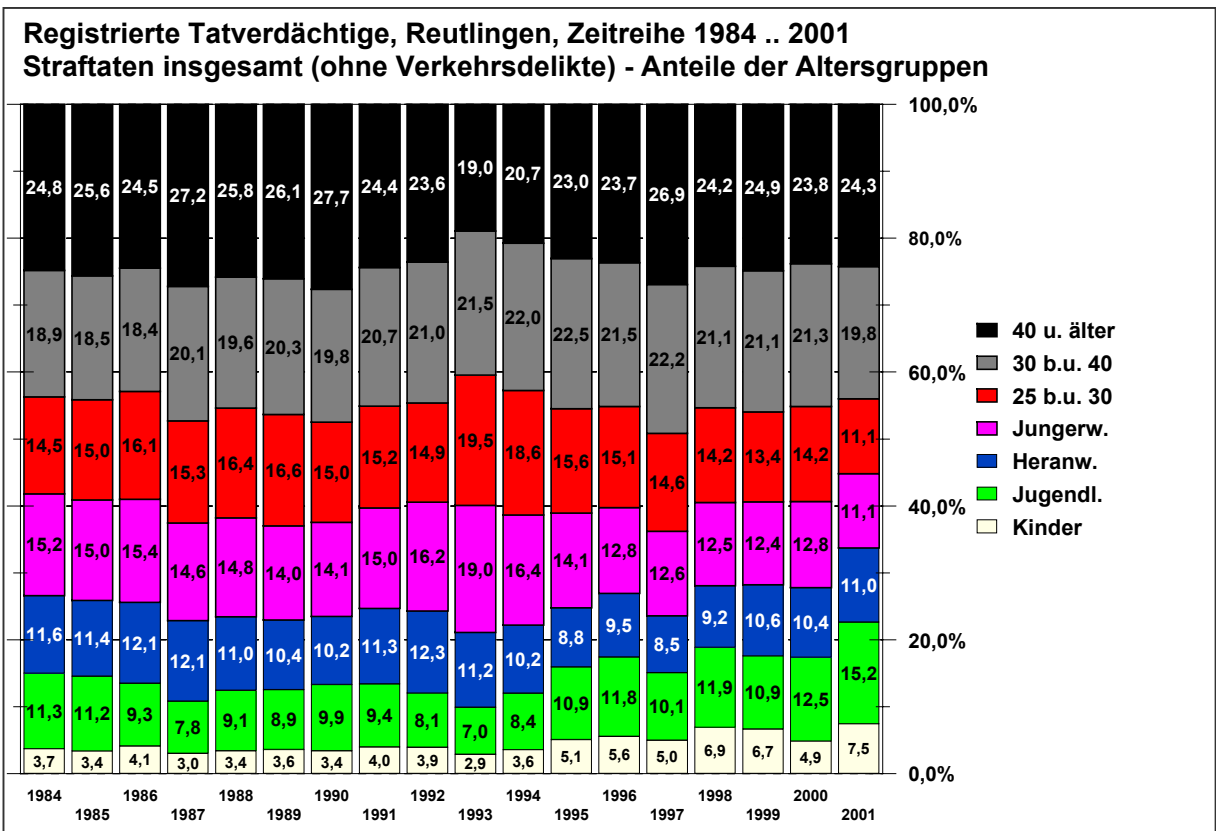
<sup>20</sup> Darunter auch Taten aus früheren Jahren, die erst im Jahr 2000 aufgeklärt, d.h. einem Tatverdächtigen zu- geordnet wurden.

<sup>21</sup> Kriminalitätslagebild Reutlingen 2000, S. 19 f.

<sup>22</sup> Künftig sind allerdings erhebliche Veränderungen infolge der demographischen Entwicklung absehbar; zur prognostischen Abschätzung s.u. Abschnitt 5.



3.3.1 Schaubild: Registrierte Tatverdächtige - abs. Zahlen, 1984 .. 2001, nach Altersgruppen



3.3.2 Schaubild: Registrierte Tatverdächtige, Anteile der Altersgruppen, 1984 .. 2001.

Bei Kindern und Jugendlichen wird, wie auch bundesweit, ein überproportionaler Zuwachs der Registriertenzahlen beobachtet. Festzuhalten ist aber auch, dass - wie **Tabelle 3.3.3** zeigt - zwar fast ein Drittel des Zuwachses im Zeitraum 1984 bis 2001 auf Kinder und Jugendliche zurückgeht, mehr als die Hälfte aber auf die Gruppe der Vollerwachsenen ab 25 Jahren.

Zur Einordnung des quantitativen und qualitativen Beitrags der jungen Altersgruppen zur Kriminalitätsentwicklung wird deswegen im Folgenden dargestellt, mit welchem Anteil die einzelnen Altersgruppen an der Zunahme der Zahl der registrierten TV beteiligt waren:

**3.3.3 Tabelle: Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen, nach Altersgruppen, Reutlingen 1984 bis 2001**

	Kinder	Jugendliche	Heranwachs.	21 b.u. 25 J.	25 b.u. 30 J.	30 b.u. 40 J.	40 und älter	insgesamt
<b>1984</b>	85	257	264	346	330	431	565	<b>2278</b>
<b>2000</b>	177	453	379	466	516	773	864	<b>3628</b>
<b>2001</b>	304	619	450	454	454	805	988	<b>4074</b>
<b>abs. Zunahme</b>	219	362	186	108	124	374	423	<b>1796</b>
<b>% des Zuwachses</b>	12,2	20,2	10,4	6,0	6,9	20,8	23,6	<b>100,0</b>

Besonders aufmerksam verfolgt wird in der Kriminalitätsberichterstattung der Zuwachs der absoluten Zahlen registrierter junger Tatverdächtiger sowie des Anteils der jungen Tatverdächtigen an einzelnen Deliktgruppen, etwa der Gewaltdelinquenz. Prozentuale Zuwächse der absoluten oder der Häufigkeitszahlen, die sich auf einzelne Deliktgruppen innerhalb der Altersgruppen (etwa die Gewaltdelinquenz von Kindern) beziehen, haben allerdings - nicht nur auf örtlicher, sondern auch auf Landes- oder Bundesebene - regelmäßig geringe absolute Zahlen zur Basis; nur geringfügige Zunahmen schlagen sich deshalb in dramatischen prozentualen Erhöhungen nieder.

Das verdeutlicht folgendes Beispiel: Hat die Gewaltkriminalität der Kinder in Reutlingen in den letzten Jahren zugenommen? Unter SZ 8920 - Gewaltkriminalität sind in den Jahren 1998 / 1999 / 2000 die Kinder mit folgenden absoluten Zahlen registriert: 15 / 30 / 14. Das ist eine dramatische Steigerung um 100% von 1998 auf 1999; und von 1999 auf 2000 zwar ein Rückgang - aber diesmal "nur" um 53%. Hinter der dramatischen Zunahme 1999 stehen tatsächlich 15 Fälle (=100% Steigerung); der Rückgang 2000 ist zwar in absoluten Zahlen sogar um 1 größer, macht aber - ausgehend von der höheren absoluten Zahl 1999 - nur 53% aus. Zufallsschwankungen von einem Jahr zum anderen auf einer derart kleinen Zahlenbasis zu interpretieren wäre nicht seriös; erst aus einer langfristigen Niveauveränderung über mehrere Jahre dürften deshalb inhaltliche Schlüsse gezogen werden.

Für die Darstellung der Größenordnung der Belastung junger Menschen mit Ladendiebstahl, schwerem Diebstahl, mit Gewaltdelikten nach Definition der PKS (SZ 8920) sowie in der Sammelkategorie 'Straßenkriminalität'<sup>23</sup> (SZ 8990) wird deswegen in den folgenden Schaubildern jeweils der 3-Jahres-Gleitmittelwert der Tatverdächtigenbelastungszahl dargestellt. Dabei werden für jedes Jahr die Mittelwerte aus diesem und den zwei nachfolgenden Jahren dargestellt (ausgenommen die letzten beiden Jahre). Der Wert des letzten Jahres wird jeweils ungemittelt dargestellt; dadurch erscheint eine Zunahme im letzten Jahr gegenüber

<sup>23</sup> Dieser Summenschlüssel erfasst die im öffentlichen Raum - insb. 'auf Straßen, Wegen oder Plätzen' begangenen Delikte jeglicher Art; erst ab 1989 als Deliktgruppe ausgewiesen).

den Vorjahren optisch besonders ausgeprägt. **Aus einer Zu- oder Abnahme der Werte in den letzten beiden Jahren kann deshalb noch nicht auf eine entsprechende Änderung des längerfristigen Trends geschlossen werden**, auch wenn die Kurvendarstellung eine solche Interpretation suggeriert. Auf eine Niveauveränderung kann grundsätzlich erst aus den Werten aus drei bis fünf aufeinanderfolgenden Jahren geschlossen werden.

Der Vergleich der Entwicklung der Belastungszahlen für die Straftaten insgesamt mit den Belastungszahlen für Ladendiebstahl zeigt, dass die Zunahme bei den TV insgesamt in starkem Maß auf die Entwicklung bei den Bagatelldelikten, hier: Ladendiebstahl, zurückgeht. Dies gilt ganz besonders ausgeprägt bei den beiden Gruppen, die besonders starke Zuwächse zeigen, nämlich den Kindern und Jugendlichen: Die Zunahme der Gesamtzahl kann praktisch auf die Zunahme im Bereich der Anzeigen wegen Ladendiebstahls zurückgeführt werden. Die in den letzten Jahren registrierten relativen Zuwächse in der Entwicklung der registrierten Gewaltdelinquenz (SZ 8920) junger Menschen bleiben dagegen für die Erklärung der Gesamtentwicklung quantitativ relativ bedeutungslos.

Alleine auf den Zuwachs wegen einfachen Ladendiebstahls registrierter Tatverdächtigen entfällt eine Größenordnung von 41% des Zuwachses der Gesamt-Tatverdächtigenbelastungszahl zwischen 1984 und 2001. Bei den Kindern macht der Ladendiebstahl 70%, bei den Jugendlichen 45% des Zuwachses der TVBZ in diesem Zeitraum aus. Die Veränderungen von **2001 gegenüber 2000** sind noch eindeutiger auf dieses Kontrolldelikt<sup>24</sup> zurückzuführen: Der Zuwachs der wegen Ladendiebstahls Registrierten entspricht einer Größenordnung von 59% des Zuwachses der Zahl der Tatverdächtigen insgesamt, 74% des Zuwachses bei den registrierten Kindern und 71% bei den Jugendlichen, während in den genannten Gruppen jeweils weniger als 10% (Kinder: 6,3%; Jugendliche: 8,4%) der Zunahme auf die Gewaltdelinquenz (SZ 8920) entfallen.

Eine - relativ - bedeutende Rolle spielt die Zunahme der wegen Gewaltdelikten Registrierten allenfalls bei den Heranwachsenden, wo fast die Hälfte der Zunahme der TVBZ 2001 gegenüber 2000 auf diese Gruppe entfällt.

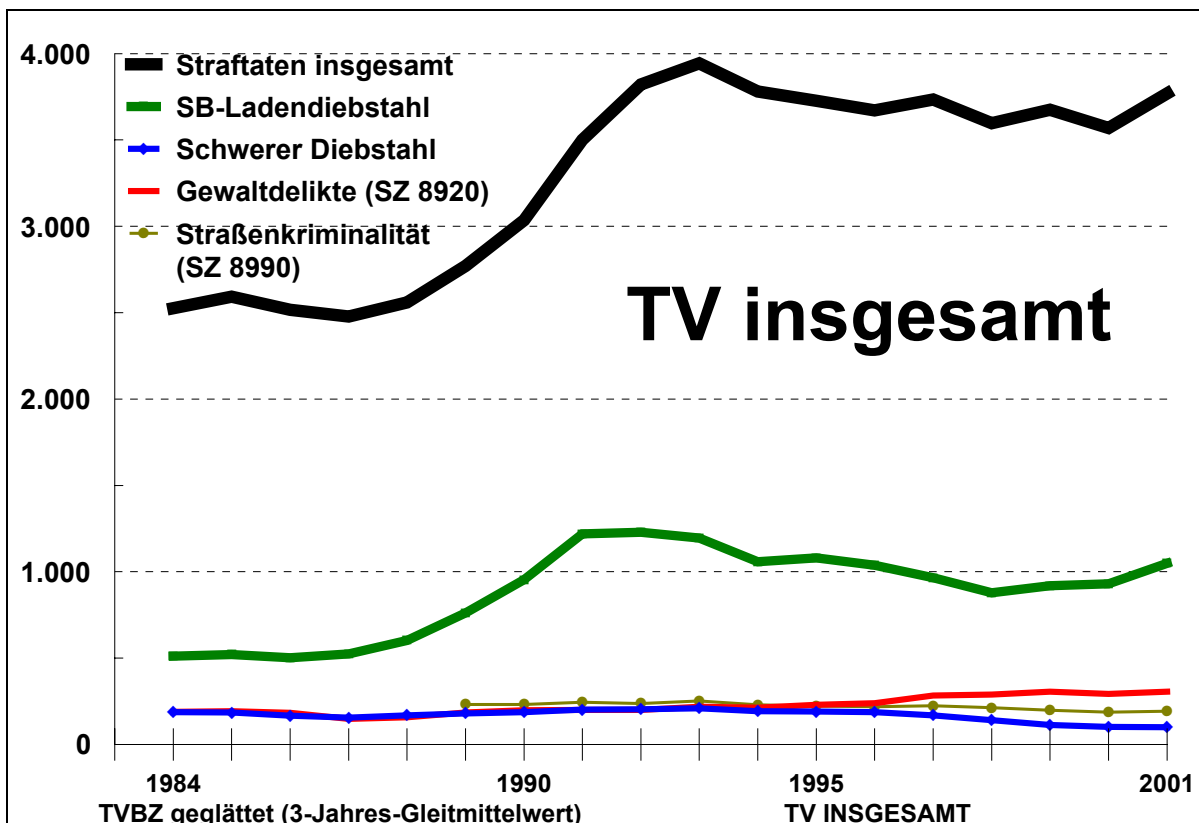
Auch hier sollte bei der Bewertung bedacht werden, dass diesem dramatisch erscheinenden Befund relativ kleine Zahlen mit erheblicher Streuung zugrunde liegen: Es handelt sich in den Jahren 1998 / 1999 / 2000 / 2001 jeweils in abs. Zahlen um 34 / 52 / 34 / 64 registrierte heranwachsende Tatverdächtige. Der hohe relative *Anteil* der Gewaltdelinquenz am *Zuwachs* der Tatverdächtigenbelastung dieser Altersgruppe rührt daher, dass - anders als bei den jüngeren Altersgruppen - der *Zuwachs* der Zahl der registrierten Heranwachsenden mit 71 nur gering ist, was wiederum vor allem daran liegt, dass - anders als bei den Kindern und Jugendlichen - der Ladendiebstahl hier in den letzten Jahren auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagniert (2001: Zuwachse gegenüber 2000 um einen heranwachsenden TV).

Auch dieses Beispiel illustriert, warum eine Bewertung von jährlichen Veränderungen etwa der Zahl der wegen Gewaltdelikten Registrierten einer Altersgruppe wegen der hohen Streuung bei relativ geringen absoluten Zahlen nicht möglich ist. Erst über 3 bis 5 Jahre anhaltende Niveauveränderungen erlauben hinreichend abgesicherte Aussagen. Hierfür empfiehlt sich die Ergänzung der jährlichen Lageberichte um die Zeitreihendarstellung von Gleitmittelwerten über jeweils mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre - und Zurückhaltung bei der Deutung kurzfristig auftretender Veränderungen, wenn diese auf relativ kleinen absoluten Zahlen beruhen.

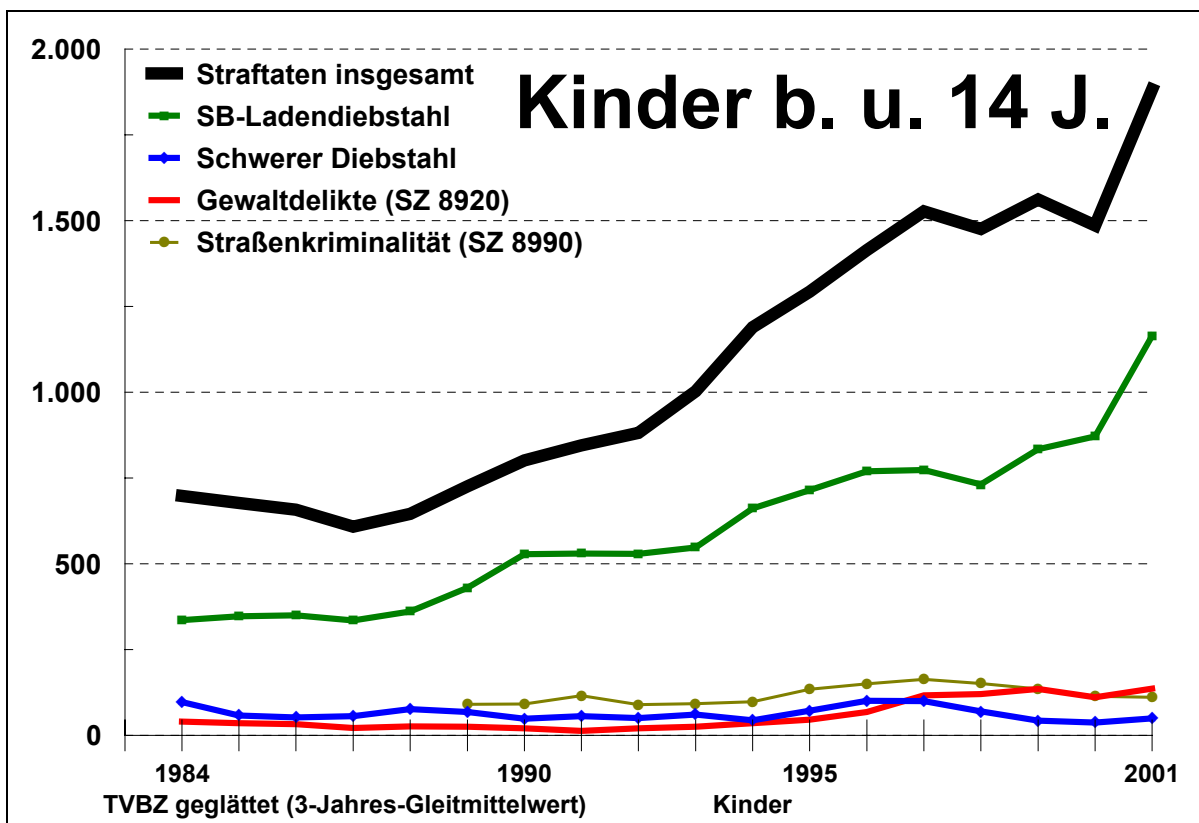
---

<sup>24</sup> Als Kontrolldelikte werden Delikte bezeichnet, deren Registrierungsaufkommen wesentlich von der Intensität und Form der Kontrolle (bei Ladendiebstahl: durch den Einzelhandel; bei BTM-Delikten: durch polizeiliche Ermittlungstätigkeit) abhängt. Veränderungen der Registrierungshäufigkeit bei Kontrolldelikten müssen deshalb nicht zwingend auf eine tatsächliche Zunahme der Begehungshäufigkeit zurückgehen, insbesondere, wenn es sich um Delikte mit einem typischerweise sehr hohen Dunkelfeld handelt .

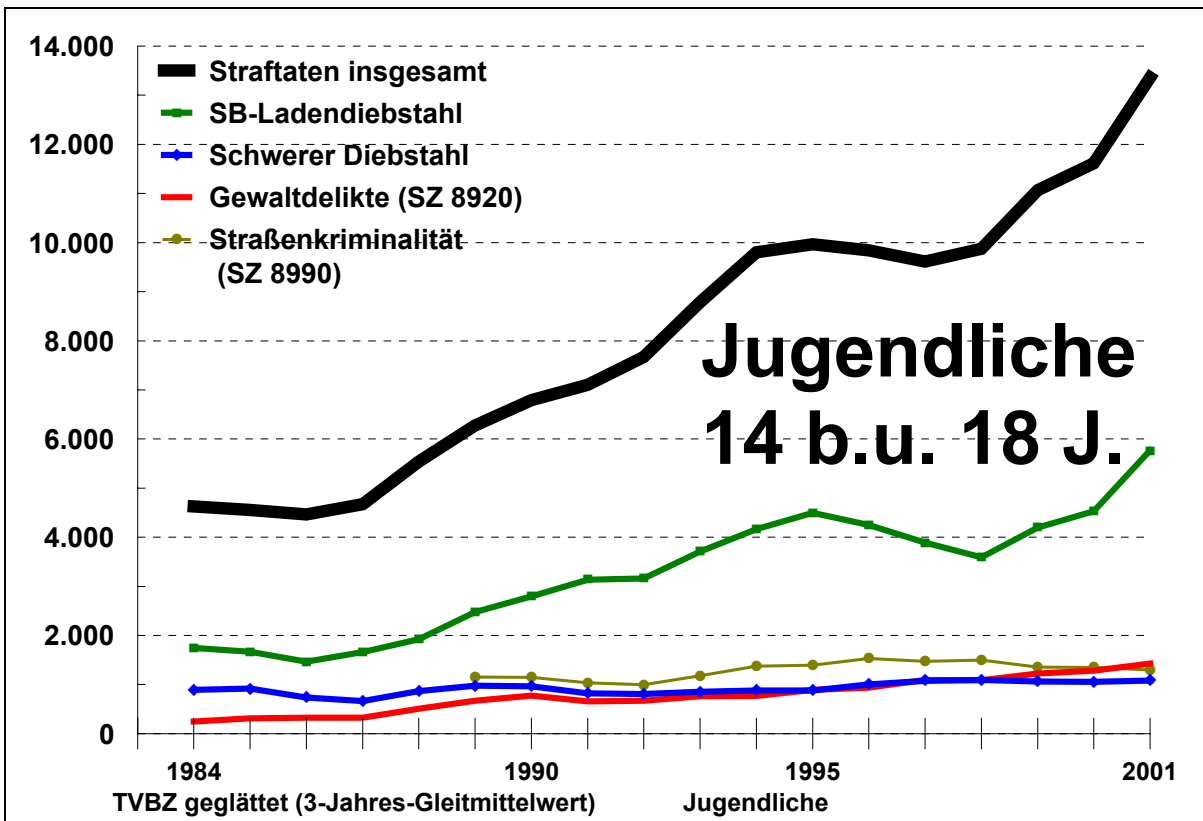
**3.4 Schaubilder: Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen insgesamt sowie nach Altersgruppen für Ladendiebstahl, Schweren Diebstahl, Gewaltdelikte und Straßenkriminalität in Reutlingen von 1984 bis 2001**



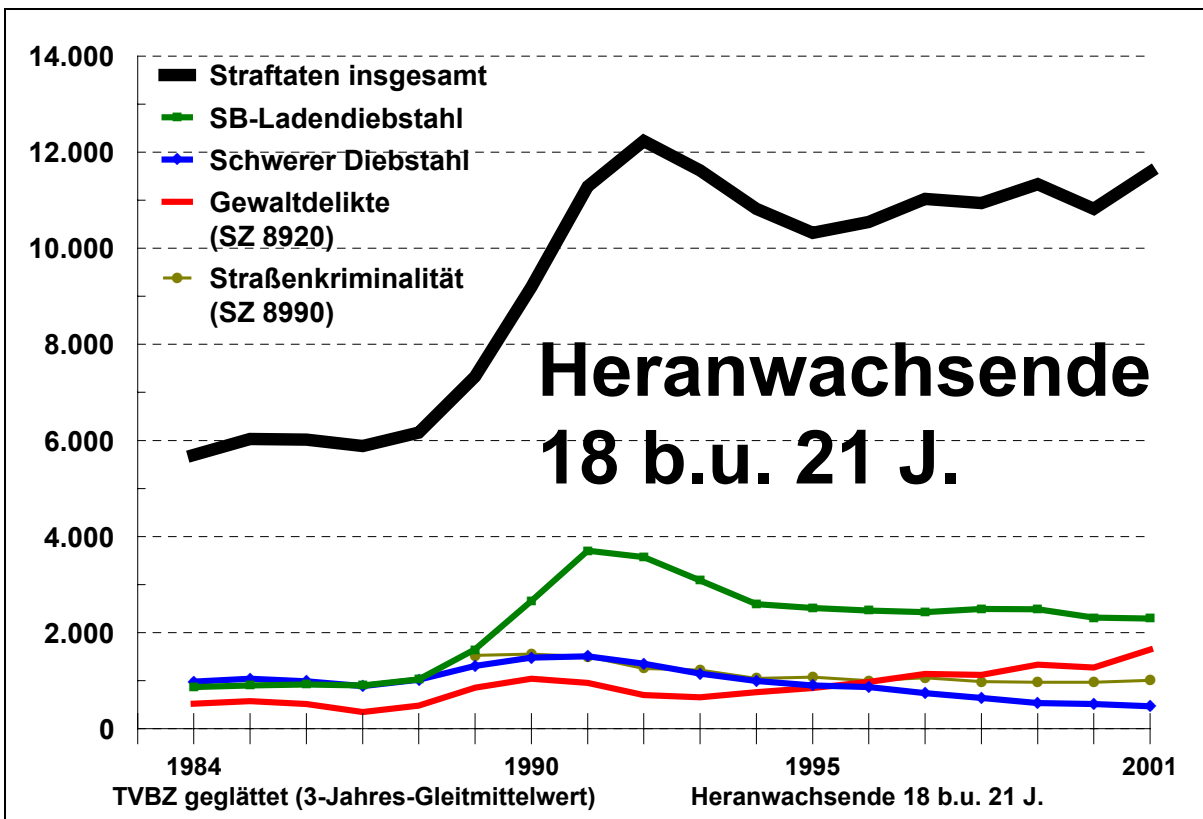
**3.4.1 Tatverdächtige insgesamt**



**3.4.2 Kinder**

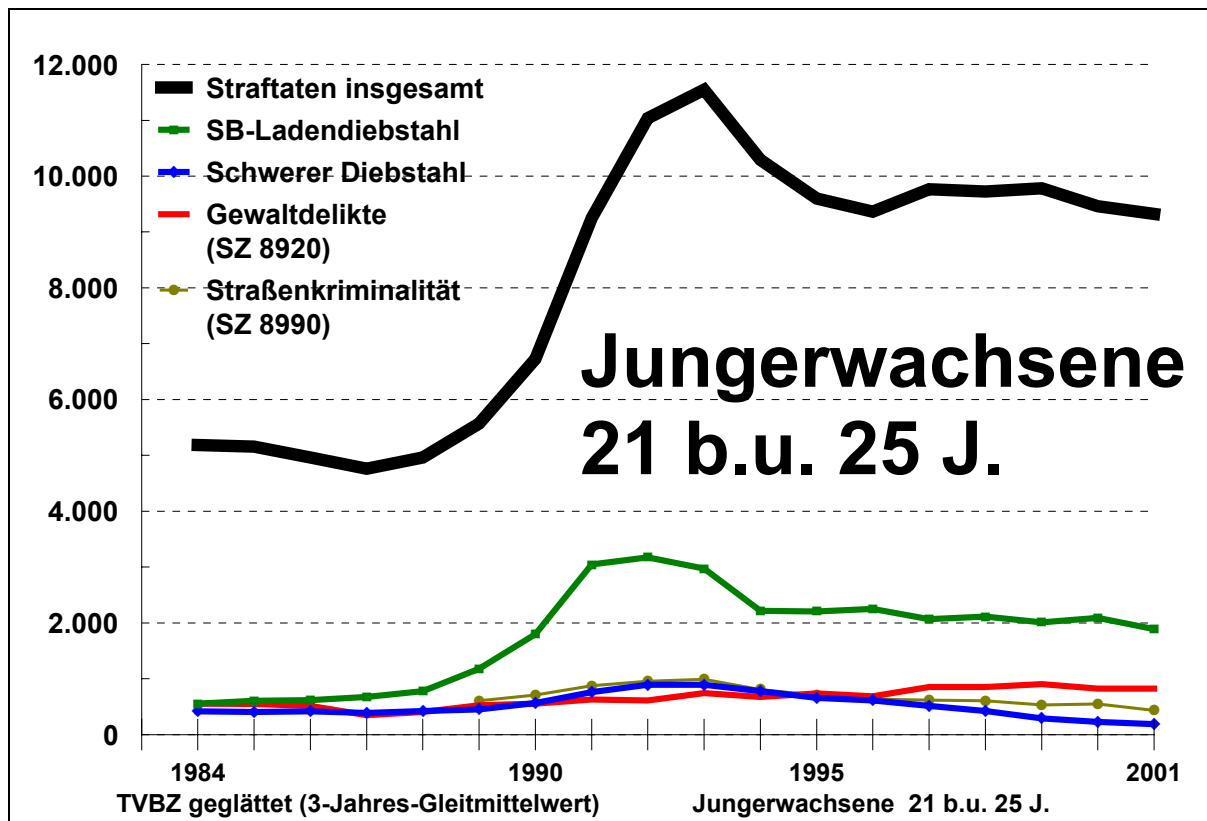


3.4.3 Jugendliche



3.4.4 Heranwachsende





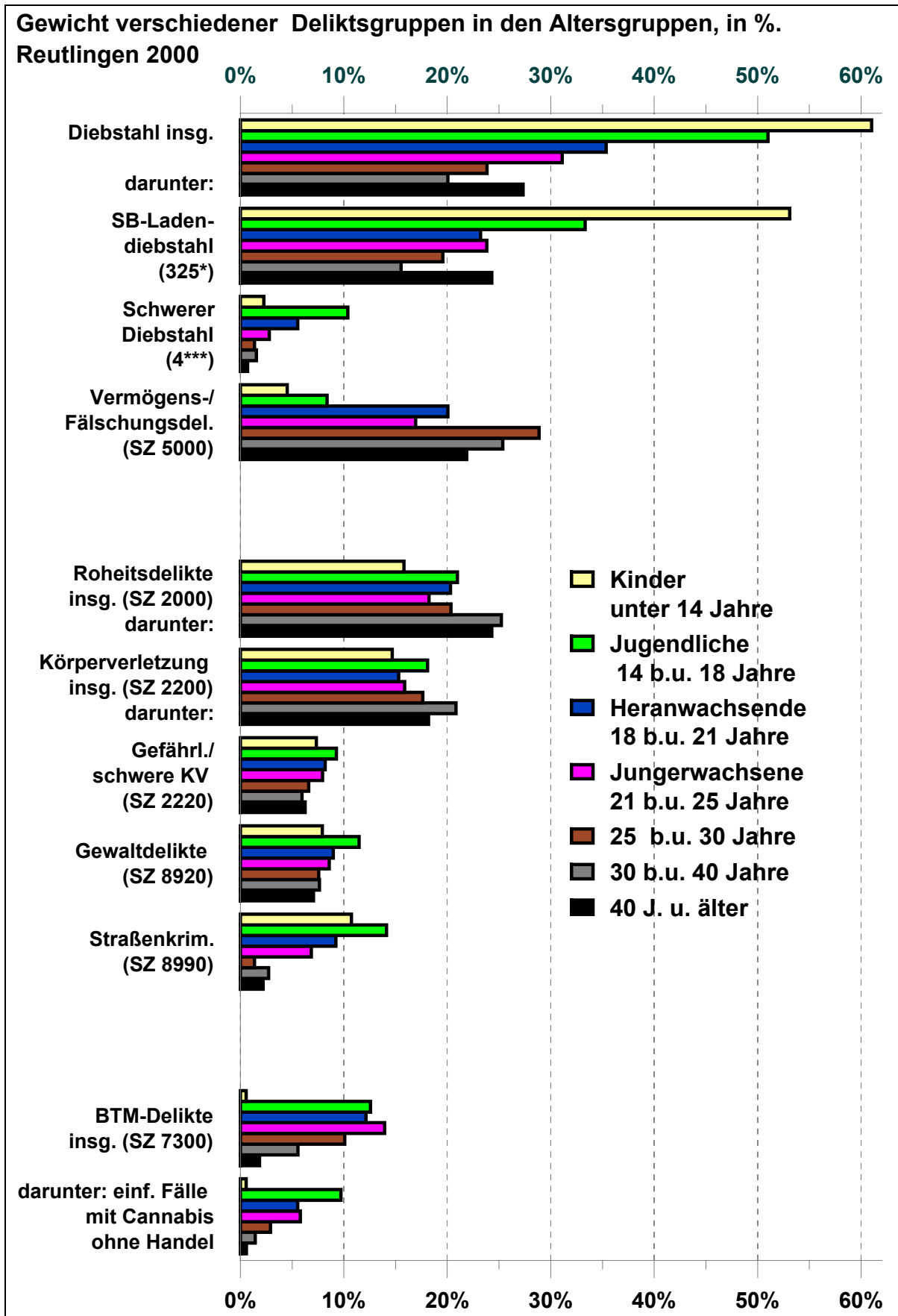
### 3.4.5 Jungerwachsene

### 3.5 Jugendtypische Delinquenz: Ladendiebstahl

Der Vergleich der Häufigkeitszahlen des Ladendiebstahls in den verschiedenen Altersgruppen zeigt bereits, dass für die jüngeren Altersgruppen andere - insbesondere Bagatelldelikte - charakteristisch sind als für die Tatverdächtigen insgesamt. Für eine sachgerechte Bewertung der Kriminalitätsbelastung der jungen Menschen und deren Entwicklung über die Zeit ist es deshalb angebracht, die Besonderheiten der registrierten Delinquenz junger Menschen im Vergleich zur Struktur der erwachsenen Tatverdächtigen zu betrachten.

Ohnehin ist es geboten, beim *quantitativen* Vergleich der Belastung junger Menschen mit den Erwachsenen auch die *qualitativen* Unterschiede der jeweils alterstypischen Delinquenz zu beachten: Bei den jüngsten Altersgruppen ist, wie das folgende Schaubild 3.5.1 zum Gewicht der verschiedenen Deliktsgruppen in den einzelnen Altersgruppen zeigt, Diebstahl (und hier insbesondere seine einfachste Form, der Ladendiebstahl) das eindeutig alterstypische Delikt: Wegen Diebstahls waren im Jahr 2000 von den Reutlinger Kindern 61%, 2001 sogar 69%, von den Jugendlichen 51% (2001: 55%) und von den Heranwachsenden noch 35% (2001: 31%) der registrierten Tatverdächtigen erfasst; alle älteren Gruppen bleiben unter dem Durchschnittswert von 30% der registrierten Tatverdächtigen insgesamt.

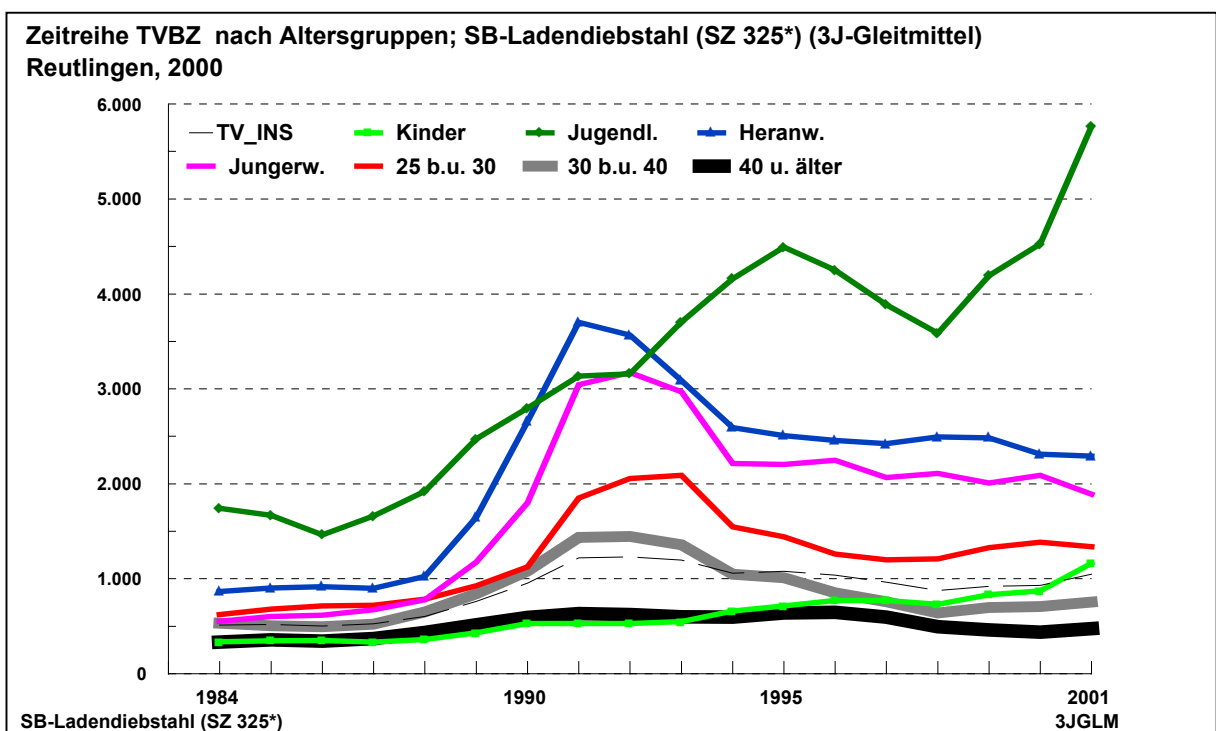
Vergleichsweise hohe Deliktsanteile in den höheren Altersgruppen entfallen demgegenüber auf die übrigen Vermögens- und Fälschungsdelikte mit ihrem hohen Schadensaufkommen sowie auf die Gruppe der Roheitsdelikte.



### 3.5.1 Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen in den Altersgruppen, in %. Reutlingen 2000

Besonders augenfällig ist die Bedeutung des Ladendiebstahls (wie insgesamt der leichteren Delinquenz) für die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastung bei den Kindern und Jugend-

lichen. Wenn sich deren Belastungsniveau mit diesem Delikt innerhalb von 15 Jahren verdreifacht hat, darf der Einfluss von Änderungen in der Art der Warenpräsentation sowie im Kontroll- und Anzeigeverhalten des Einzelhandels nicht unterschätzt werden. Bei der - angesichts der hohen Fallzahlen sicherlich gerechtfertigten - Erhöhung von Kontrolldichte setzt der Einzelhandel offensichtlich nicht etwa auf eine besser gesicherte Warenpräsentation oder mehr Präsenz von Verkaufspersonal in den Bereichen, die für Kinder und Jugendliche ein besonderes, durch Werbung und Art der Warenpräsentation gezielt forciertes Aufforderungspotential haben, sondern auf den Einsatz von auf Fangprämienbasis arbeitenden Ladendetektiven. Dies führt dazu, dass nicht die Verlockungs- und Gelegenheitsstruktur im Sinne von Prävention beeinflusst wird, sondern dass insbesondere die am wenigsten professionell vorgehenden Tätergruppen zunehmend registriert werden.



**3.5.2** Schaubild: Die Belastung der Altersgruppen mit Ladendiebstahl, 1984 .. 2001

### 3.6 Gewaltdelikte

Auch wenn demnach für die Delinquenz junger Menschen ganz überwiegend die leichte Eigentumsdelinquenz und nicht die Gewaltdelinquenz typisch ist, soll nicht übersehen werden, dass innerhalb der Gruppe der Roheitsdelikte - von denen der größere Teil auf erwachsene, nicht auf junge Täter zurückgeht - die jüngsten Altersgruppen jeweils mit überdurchschnittlichen Anteilen von Delikten der Unterkategorien 'Gefährliche und schwere Körperverletzung' (SZ 2220) und der Sammelkategorien 'Gewaltdelikte' (SZ 8920) vertreten sind; dies gilt auch für die Sammelkategorie 'Straßenkriminalität' (SZ 8990).

Bei der Straßenkriminalität junger Menschen handelt es sich um solche Formen der Delinquenz, die sich im öffentlichen Raum abspielen; bei jungen Menschen überwiegend um alterstypische Gewaltformen wie Raufereien, die sich typischerweise auf Straßen oder Plätzen, also im öffentlichen Raum, abspielen und bei denen - ebenfalls altersentsprechend - häufig mehrere beteiligt sind (wobei es nicht selten vom Ausgang abhängt, wer am Ende als Opfer und wer als Täter in Erscheinung tritt).

Anders, als die Bezeichnung dieser Deliktgruppen es suggeriert, und auch anders, als dies bei Übergriffen erwachsener Täter der Fall ist, handelt es sich bei Fällen der 'Straßenkriminalität' junger Menschen und hierunter insbesondere auch bei den Fällen der 'schweren / gefährlichen Körperverletzung' (SZ 2220) im Regelfall gerade *nicht* um Fälle, die mit besonders schwerwiegenden Verletzungen verbunden sind. Die Definition der gefährlichen Körperverletzung umfasst (entsprechend § 224 StGB) nämlich neben Fällen besonders brutaler Begehungsform, bei denen eine Waffe eingesetzt oder sonst das Leben des Opfers ernsthaft gefährdet wird, insbesondere auch alle jene Fälle, die "gemeinschaftlich" begangen werden - also Raufereien auf Schulhöfen und Plätzen - und zwar ohne dass dabei Waffen verwendet oder tatsächlich schwerwiegende Verletzungen verursacht worden wären. Gerade "gemeinschaftliche" Raufereien sind für Kinder und Jugendliche alterstypisch.

Auch wenn aus der Praxis von Polizei und Sozialarbeit immer wieder Einzelfälle besonders brutaler und rücksichtsloser Gewalt auch gegen bereits am Boden liegende Opfer berichtet werden, kann aus den vorliegenden Zahlen zur Gewaltdelinquenz nicht sicher auf eine quantitative Zunahme der tatsächlichen Fälle von schwerer Gewalt geschlossen werden. In der kriminologischen Literatur finden sich, gestützt auf einschlägige Untersuchungen, Hinweise darauf, dass Änderungen im Anzeigeverhalten - also eine zunehmende Aufhellung des Dunkelfeldes und eine zunehmende Bereitschaft, auch minderschwere Fälle zur Anzeige zu bringen - für die Zunahme der registrierten Fälle eine quantitativ bedeutsame Rolle spielen.<sup>25</sup>

Dies erhärten auch Daten zu den Bereichen schwerster Gewaltdelinquenz, in denen das Anzeigeverhalten eine geringe Rolle spielt, insbesondere den Tötungsdelikten: Bundesweit kommen auf 100.000 der Wohnbevölkerung gegenwärtig weniger vorsätzliche Tötungsdelikte als noch vor 30 Jahren<sup>26</sup>. Während einerseits die Fälle gravierender Gewaltkriminalität mit Todesfolge rückläufig sind, begünstigt andererseits die Zunahme zur Anzeige gebrachter und polizeilich registrierter Gewaltdelikte mit geringer Tatschwere die Einschätzung einer Zunahme der Gewaltkriminalität. Zur Bedeutung des Anzeigeverhaltens führt das bayerische Innenministerium in einer Presseerklärung zur Bewertung der Polizeilichen Kriminalstatistik Bayern 2000<sup>27</sup> aus: "Dass vor allem die Körperverletzungsdelikte stärker zugenom-

<sup>25</sup> Dazu jüngst Befunde bei Schwind/Fetchenhauer/Ahlborn/Weiß, Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt (Polizei + Forschung Bd. 3, herausgegeben vom Bundeskriminalamt Wiesbaden) 2001, S. 142, Übersicht S. 43. Danach beruhten, wie eine insgesamt dreimal durchgeführte Dunkelfeldbefragung von Opfern zeigte, mehr als zwei Drittel der Zunahme der in Bochum polizeilich registrierten Körperverletzungsdelikte auf einer Veränderung der Anzeigebereitschaft im untersuchten Zeitraum 1975-1998.

<sup>26</sup> Für Belege hierzu s. insb. den Periodischen Sicherheitsbericht (PSB) der Bundesregierung 2001, Zusammenfassung S. 41 und die ausführliche Darstellung in der Druckfassung (Berlin 2001) oder auf den Informationsseiten des BKA im Internet: <[http://www.bmi.bund.de/frame/dokumente/Artikel/ix\\_49371.htm](http://www.bmi.bund.de/frame/dokumente/Artikel/ix_49371.htm)> sowie unter <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/ki/psb-2001.htm>>

<sup>27</sup> Presseerklärung vom 9.3.2001; <<http://www.innenministerium.bayern.de/presse/staendig/index.htm>>

men haben, ist laut Beckstein nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in solchen Konfliktfällen heute häufiger die Polizei eingeschaltet wird, als noch vor einigen Jahren. Dies ist insbesondere bei den von Kindern und Jugendlichen begangenen Taten zu beobachten, vor allem dann, wenn sie verschiedenen Nationalitäten angehören."

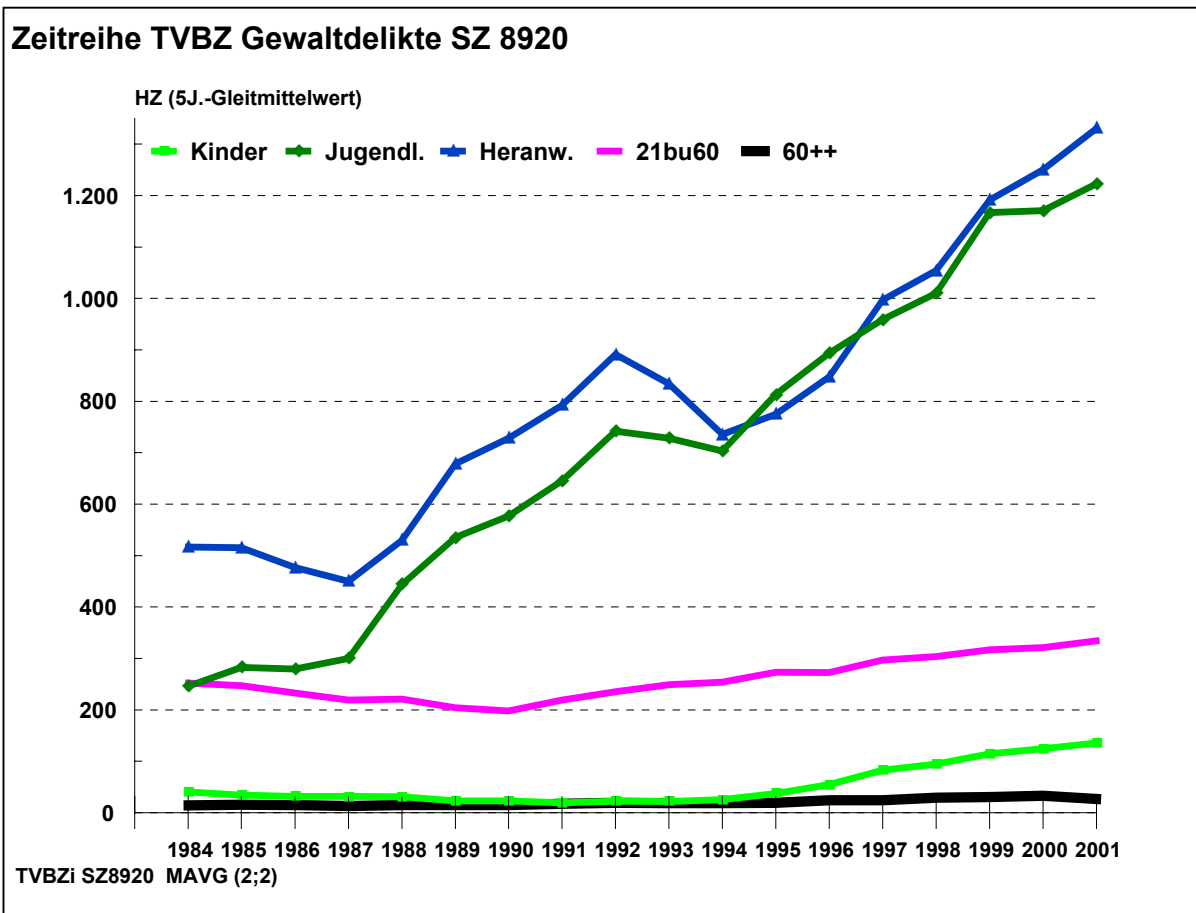
Bestätigt werden diese Einschätzungen durch eine von der kriminologischen Forschungsgruppe im Bayerischen LKA durchgeführte Auswertung der Ermittlungs- und Straftaten der 1989 und 1998 in München wegen Gewaltkriminalität registrierten Heranwachsenden und Jungerwachsenen.<sup>28</sup> Sie zeigte, dass der prozentuale Anteil der als „minder schwer“ beurteilten Fälle deutlich zugenommen hat (Kriterien für die Beurteilung der Schwere waren die „Schwere der vom Opfer erlittenen Verletzung, die Höhe des angerichteten Schadens etwa bei Raubdelikten, die bei der Straftat gezeigte kriminelle Energie und das Ausmaß der Gewaltbereitschaft“<sup>29</sup>). Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Folgen der Gewaltdelikte: Vorfälle mit schweren Verletzungen waren leicht rückläufig; zugenommen hatten dagegen die Anzeigen von Raubdelikten mit einem sehr geringen Beutewert.

Der Zunahme der Belastung der jungen Altersgruppen als Tatverdächtige der Gewaltdelinquenz im Sinne der polizeilichen Definition (SZ 8920) entspricht im Übrigen eine ganz analoge Entwicklung in den polizeilich registrierten Zahlen zur **Opfergefährdung**. Auch diese werden, um Vergleichbarkeit herzustellen, für die Schaubilder zur Tatverdächtigen- und zur Opferbelastung der Altersgruppen als Häufigkeitszahlen berechnet. Mit Rücksicht auf die geringen absoluten Fallzahlen für Reutlingen wird, um die Längsschnittentwicklung gegenüber zufallsbedingten Schwankungen deutlicher hervorzuheben und so den statistischen Trend sichtbar zu machen, hier jeweils der gleitende 5-Jahres-Mittelwert der Häufigkeitszahlen für Tatverdächtige und für Opfer in Reutlingen, 1984 bis 2001, dargestellt.

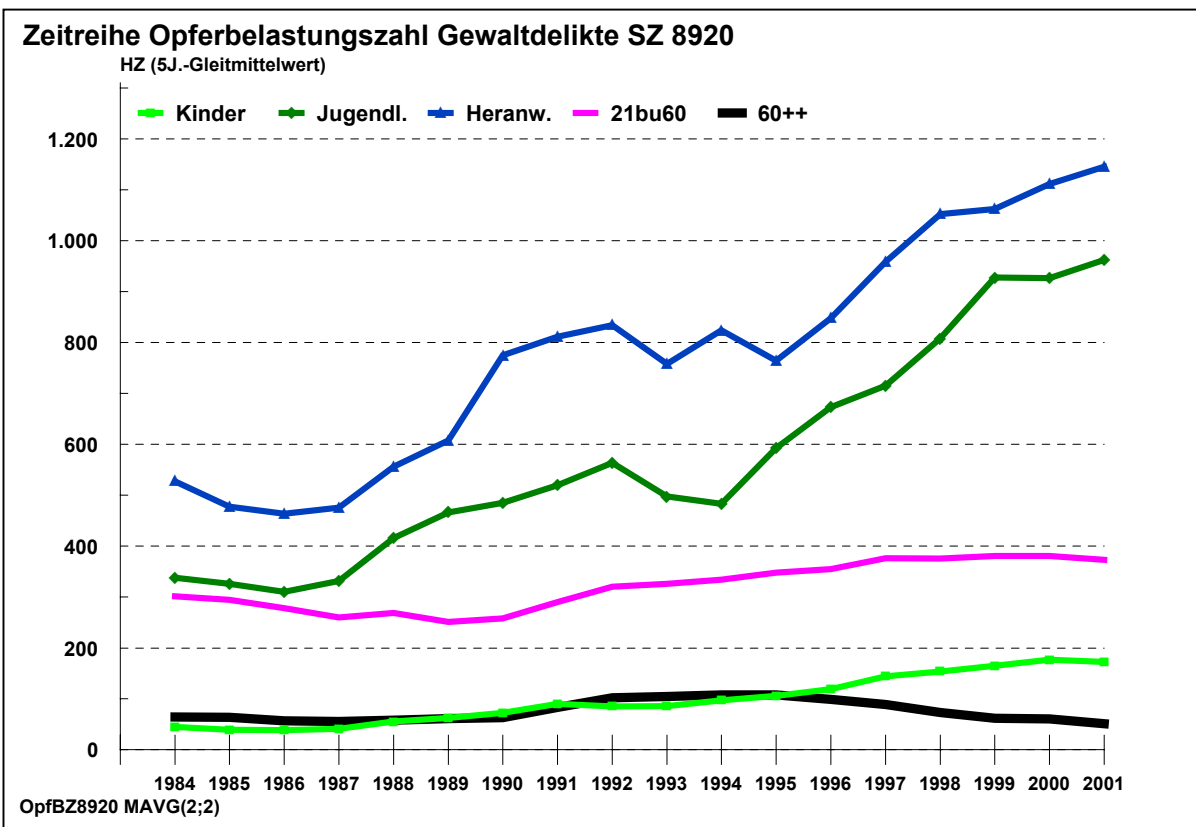
---

<sup>28</sup> Elsner/Molnar, Kriminalität Heranwachsender und Jungerwachsener in München, 2001; durch das Bayerische LKA im Internet veröffentlicht unter <<http://www.polizei.bayern.de/kriminalistik/forschung/jugend.pdf>>

<sup>29</sup> Elsner/Molnar, S. 178: "Ein bedeutender, aber nicht genau quantifizierbarer Teil der registrierten Steigerungsraten bei den absoluten Tatverdächtigenzahlen und den Belastungszahlen in den 90er-Jahren dürfte nicht einen realen Anstieg der Kriminalitätshäufigkeit, sondern eine *Veränderung der Kontrolldichte* widerspiegeln. Das Ausmaß der Anstrengungen des Einzelhandels zur Warensicherung beeinflusst die absoluten Tatverdächtigenzahlen genauso wie der weit höhere Personalansatz der Polizei zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität seit Anfang der 90er-Jahre. Auch die breite gesellschaftliche Diskussion zum Thema Gewalt führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer veränderten Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, die maßgeblich für die Anzahl der polizeilich registrierten Gewaltdelikte ist. .. Mehrere Befunde der als ein Teil des Projektes durchgeführten Analyse polizeilicher Kriminalakten belegen ein möglicherweise verändertes Anzeigeverhalten."



3.6.1 Schaubild: Zeitreihe Tatverdächtigenbelastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920



3.6.2 Schaubild: Zeitreihe Opferbelastungszahlen Gewaltdelikte SZ 8920

### 3.7 Junge Menschen - nicht nur Täter, sondern auch Opfer

Nicht nur als Tatverdächtige, sondern auch als Opfer sind junge Menschen in den vergangenen Jahren vermehrt in Erscheinung getreten; und ebenso wie als Tatverdächtige sind junge Menschen auch als Opfer registrierter Gewaltdelikte gegenüber den Altersgruppen der Erwachsenen deutlich überrepräsentiert. Schon diese Beobachtung legt die Vermutung nahe, dass ein großer Teil der Straftaten sich *innerhalb* der jüngeren Altersgruppen selbst abspielt, sich also überwiegend nicht etwa gegen ältere Opfer im Erwachsenen- und Seniorenalter richtet.

Um dies zu überprüfen, wurden in einer Sonderauswertung des polizeilichen Datenmaterials zu Tatverdächtigen und Opfern, jeweils bezogen auf die individuellen Täter-Opfer-Konstellationen, das Alter von Tatverdächtigem und Opfer paarweise zugeordnet. Die Verteilung der so gebildeten Tatverdächtigen - Opfer - Relationen zeigt die folgende Tabelle:

**3.7.1 Tabelle: Altersbeziehungen bei Täter-Opfer-Konstellationen**

Täteralter	Opferalter				Opfer gesamt
	bis unter 14	14 bis unter 21	21 bis unter 40	40 J. und älter	
<b>bis unter 14</b>	33	17	3	5	58
% der TV dieser Altersgruppe	56,9	29,3	5,2	8,6	100,0
% der Opfer (Spalten%)	32,4	5,8	0,5	1,9	4,6
<b>14 bis unter 21</b>	21	146	90	51	308
% der TV dieser Altersgruppe	6,8	47,4	29,2	16,6	100,0
% der Opfer (Spalten%)	20,6	50,0	15,0	19,2	24,4
<b>21 bis unter 40</b>	25	86	365	111	587
% der TV dieser Altersgruppe	4,3	14,7	62,2	18,9	100,0
% der Opfer (Spalten%)	24,5	29,5	60,8	41,7	46,6
<b>40 und älter</b>	23	43	142	99	307
% der TV dieser Altersgruppe	7,5	14,0	46,3	32,2	100,0
% der Opfer (Spalten%)	22,5	14,7	23,7	37,2	24,4
<b>TV Gesamt</b>	102	292	600	266	1.260
% der TV insgesamt	8,1	23,2	47,6	21,1	100,0
% der Opfer insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

In der Tabelle dargestellt sind die Angaben zur Altersgruppe der Täter und der Opfer in insgesamt 1.260 Täter-Opfer-Beziehungen (Reutlingen, Jahr 2000).

Die Zahlen in den hervorgehobenen Zellen zeigen, dass Opfer von Tatverdächtigen im Kindesalter überwiegend ebenfalls Kinder, Opfer von Jugendlichen und Heranwachsenden schwerpunktmäßig ebenfalls Jugendliche und Heranwachsende sind. Opfer von Erwachsenen werden zumeist Erwachsene.

Fast 50% der kindlichen Opfer werden allerdings Opfer von Erwachsenen; Opfer von Kindern werden dagegen weniger als 1 % (8 von 866) der erwachsenen Opfer.

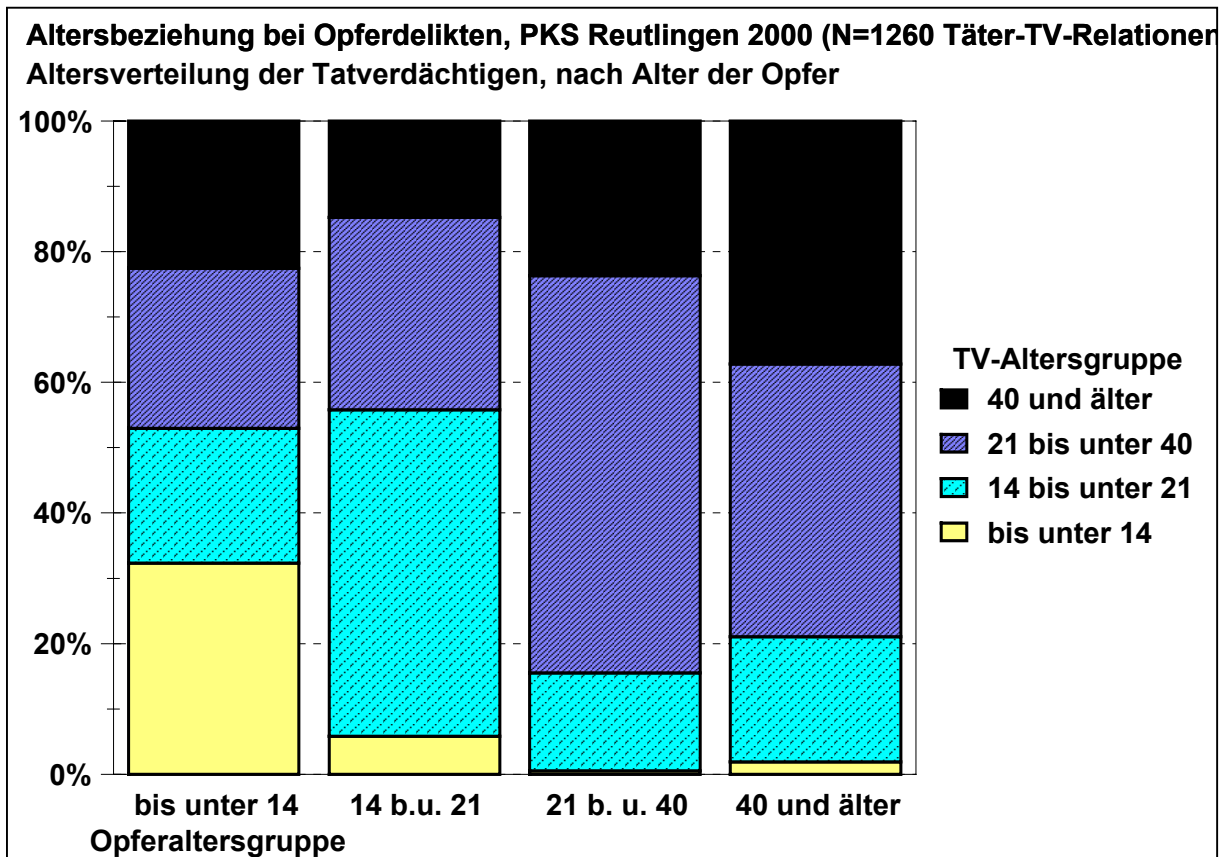
Angesichts dieses Befundes - der auch durch die Analysen im Statistisch-Prognostischen Bericht Baden-Württemberg und im Periodischen Sicherheitsbericht 2001 der Bundesregierung bestätigt wird - ist die in den vergangenen Jahren geführte Diskussion um eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters von derzeit 14 Jahren aus kriminologischer Sicht nicht nachvollziehbar: Es sind nicht die strafunmündigen Kinder, vor denen die ältere Bevölkerung geschützt werden müsste; vielmehr sind es insbesondere Kinder und junge Menschen, die eines vermehrten Schutzes vor Übergriffen älterer Täter bedürfen. Dies gilt um so mehr, als der größte (und in den Auswirkungen auf die Opfer besonders schwerwiegende) Teil der gewaltsamen Übergriffe - einschließlich sexueller Gewalt - von Erwachsenen gegenüber Kindern sich im sozialen Nahraum abspielt und ganz überwiegend im Dunkelfeld verbleibt (und deshalb nicht statistisch erfasst wird). Für das Feindbild einer Monstergeneration gewalttätiger Kids, die für die ältere Generation zur Bedrohung werden, besteht demnach kein Anlass. Tatsache ist jedenfalls, dass die polizeilich registrierten gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Beteiligung junger Menschen sich überwiegend innerhalb der selben Altersgruppen abspielen.

Zu Recht legen polizeiliche und kommunale Programme deshalb das Schwergewicht nicht auf repressive Bestrebungen, die junge Menschen primär als potentielle Täter sehen, sondern darauf, junge Menschen als Ansprechpartner und Zielgruppe in präventive Projekte mit einzubeziehen. Dass dies bei jungen Menschen auf Akzeptanz stößt, zeigen sowohl Befunde von Bevölkerungsbefragungen<sup>30</sup> wie auch Äußerungen Jugendlicher in den in für diese Studie in Reutlingen durchgeführten Interviews.

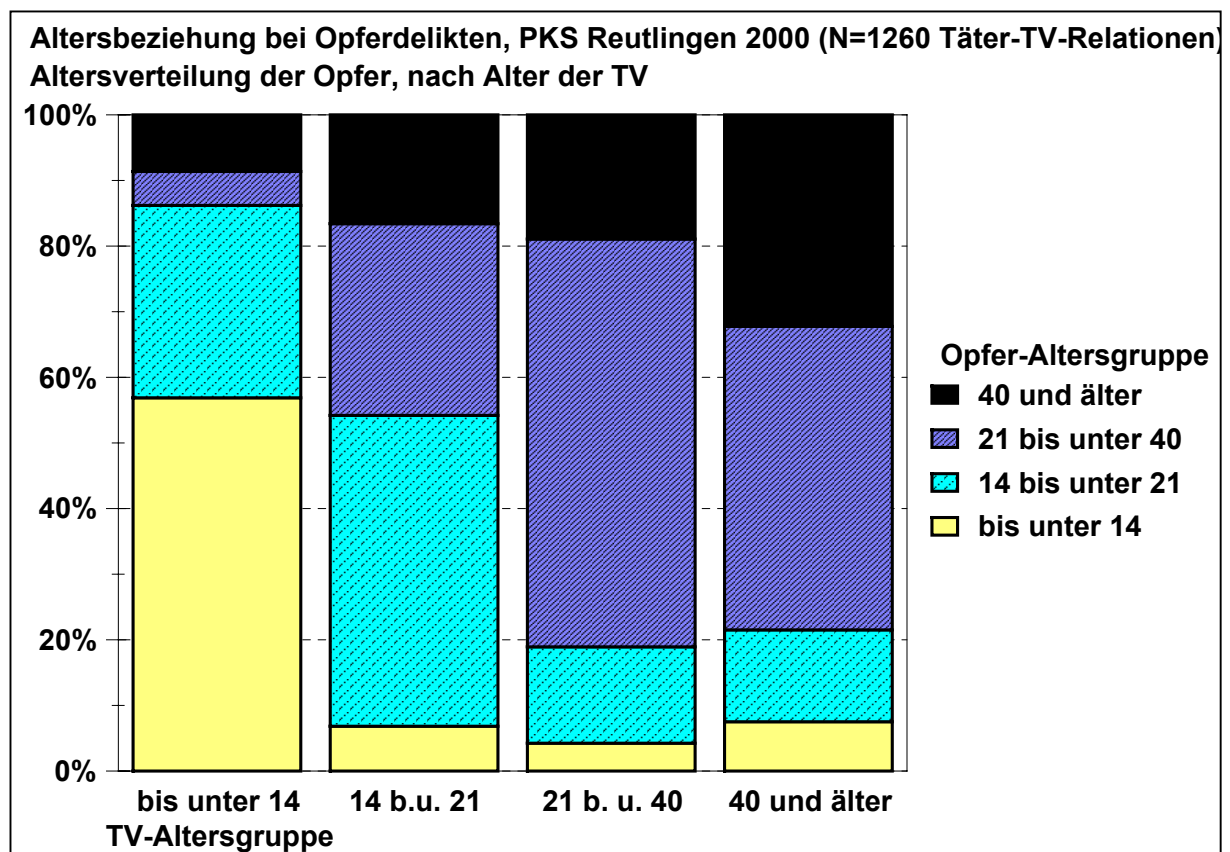
---

<sup>30</sup> Dölling/Hermann/Feltes/Heinz/Lisbach/Spiess/Kury/Obergfell-Fuchs: Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 81, 1998, 67-82.; Heinz, W., Spiess, G.: Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten, in: Feltes, Thomas (Hrsg.): *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*. Holzkirchen/Obb. 1995, 93-122.; Lisbach, B., Spiess, G.: Viktimisierungserfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Arbeit der Polizei. *Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung*, in: Dölling/Feltes/Heinz/Kury (Hg.), *Kommunale Kriminalprävention - Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg*, Holzkirchen/Obb. 2002 (im Erscheinen).





3.7.2 Schaubild: Altersverteilung der Tatverdächtigen bei Opferdelikten



3.7.3 Schaubild: Altersverteilung der Opfer im Täter-Opfer-Altersvergleich

## 4. Nichtdeutsche und deutsche Tatverdächtige im Vergleich

### 4.1 Methodische Vorbemerkung

Von den 3628 im Jahr 2000 in Reutlingen durch die Polizei registrierten Tatverdächtigen haben 58,5% die deutsche Staatsangehörigkeit. 40% dieser deutschen Tatverdächtigen kommen nicht aus Reutlingen, sondern haben ihren letzten bekannten Wohnsitz außerhalb von Reutlingen; in der Gruppe der 18 bis 30-jährigen kommt jeder zweite deutsche Tatverdächtige nicht aus Reutlingen selbst. 41,5% der registrierten Tatverdächtigen besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit; von diesen hatte etwa jeder dritte seinen letzten bekannten Aufenthalt außerhalb von Reutlingen.

Ist bereits die Deutung kleinräumiger - etwa auf eine Stadt mit Einpendlern aus dem Umland, wie z.B. Reutlingen - Belastungszahlen für die deutsche Bevölkerung problematisch, weil hier die Belastung der ortsansässigen Bevölkerung überschätzt wird,<sup>31</sup> so sind Aussagen zur Kriminalitätsbelastung der Nichtdeutschen methodisch noch weitaus problematischer. Aus diesem Grund stellt das Bundeskriminalamt der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2000 den folgenden Hinweis voran: *"Reelle Tatverdächtigenbelastungszahlen können für die nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden, weil in der Einwohnerstatistik die amtlich nicht gemeldeten Ausländer fehlen, die sich hier legal (z.B. als Touristen, Geschäftsreisende, Besucher, Grenzpendler, Stationierungstreitkräfte oder Diplomaten) oder illegal aufhalten. Außerdem sind selbst die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung sehr unzuverlässig, wie die letzte Volkszählung gezeigt hat"*.

Aber nicht nur die Zahlen für die nichtdeutsche Bevölkerung sind unzuverlässig; für die nichtdeutschen Tatverdächtigen haben polizeiinterne Untersuchungen gezeigt, dass die Erfassung des Aufenthaltsstatus (legaler Aufenthalt mit oder ohne Erfassung in der Wohnbevölkerung, Asylantragsteller, illegaler Aufenthalt) unter Bedingungen der polizeilichen Alltagspraxis häufig nicht valide möglich ist und - ausweislich späterer stichprobenartiger Nachprüfungen - unzutreffend ist.

So konnten nur Berechnungen zur deutschen wie zur nichtdeutschen Wohnbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Wohnort angestellt werden. Da zur Identifizierung der Gruppe

---

<sup>31</sup> Zum Vergleich der Belastung verschiedener Bevölkerungsgruppen werden Tatverdächtigenbelastungszahlen berechnet als Häufigkeitszahlen im Verhältnis zu je 100 000 der Wohnbevölkerung. Auf die grundsätzliche Problematik der Berechnung von Häufigkeitszahlen wurde in diesem Bericht bereits einleitend hingewiesen: Die Tatverdächtigenbelastungszahlen für die Stadt Reutlingen erfassen - im Zähler - alle in Reutlingen als tatverdächtig registrierten Personen (ob in Reutlingen mit Wohnsitz gemeldet oder nicht); die Zahlen für die Wohnbevölkerung - im Nenner - können aber nur die gemeldeten, legal und mit Wohnsitz sich aufhaltenden Personen berücksichtigen. Daher sind bereits die Tatverdächtigenbelastungszahlen für Reutlingen insgesamt überhöht; insbesondere darf von dieser Zahl nicht auf die kriminelle Belastung der ortsansässigen Reutlinger Bürgerschaft geschlossen werden, da nur ein Teil der registrierten Tatverdächtigen zur Wohnbevölkerung gemeldet ist und auch Tatverdächtige mit Wohnsitz außerhalb Reutlingens, ferner Durchreisende, Touristen sowie Ausländer ohne Aufenthaltsrecht bei der Berechnung von Häufigkeitszahlen im Zähler, nicht jedoch im Nenner berücksichtigt werden. Deshalb können hinreichend gültige Belastungszahlen nur für die deutsche Wohnbevölkerung auf Ebene der Bundesrepublik berechnet werden, da die deutsche Wohnbevölkerung im Regelfall in Deutschland mit Wohnsitz gemeldet ist; beim Vergleich kleinerer regionaler Einheiten werden aber auch diese Belastungszahlen durch ein- und auspendelnde Tatverdächtige (bei denen Wohnort und Tatort nicht identisch sind) verzerrt. Die in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen, die nach polizeilicher Feststellung ihren letzten festen Aufenthalt außerhalb Reutlingens hatten (also nicht zur Reutlinger Wohnbevölkerung gehören), belasten aber statistisch die für Reutlingen berechnete und auf die Wohnbevölkerung Reutlingens bezogene Tatverdächtigenbelastungszahl. (Die dadurch erfolgende Überschätzung der Delinquenz der örtlichen Bevölkerung trifft alle städtischen Ballungszentren; weitaus stärker allerdings Großstädte wie

der Aussiedler, die vergleichend mit einbezogen werden sollte, benötigte Daten fehlen, ist eine quantitative Einschätzung ihrer Belastung im Rahmen dieses Berichts nicht möglich<sup>32</sup>.

Ein Teil der Straftatbestände ist zudem an die Staatsangehörigkeit gebunden, kann nur von Deutschen bzw. von Nichtdeutschen begangen werden: Während für verschiedene (allerdings quantitativ unbedeutende) Deliktgruppen - Delikte nach dem Wehrstrafgesetz und Amtsdelikte - nur deutsche Täter in Betracht kommen, kommen für Verstöße gegen die Bestimmungen über Einreise und Aufenthalt ausschließlich Nichtdeutsche als Täter in Betracht. Hierzu gehören auch Verstöße gegen die in Deutschland besonders restriktive Beschränkung der örtlichen Bewegungsfreiheit von Asylantragstellern, die schon durch den Besuch von Verwandten oder Landsleuten in einem benachbarten Landkreis einen Rechtsverstoß begehen. Insbesondere wegen solcher Verstöße (sog. Statusdelikte) kann es zudem, wie polizeiinterne Erhebungen zeigten, in der Praxis zu erheblichen Übererfassungen kommen. Im Jahr 2000 finden sich unter 1505 registrierten Nichtdeutschen 266 (18%), die ausschließlich wegen solcher statusbedingter Verstöße registriert wurden, jedoch in keinem Fall wegen einer weiteren ‚klassischen‘ Straftat, wegen der auch ein Deutscher hätte registriert werden können.

Trotz all der genannten methodischen Einschränkungen und Probleme interessiert gleichwohl, in welchem Umfang die nichtdeutsche Bevölkerung im Vergleich zur deutschen am örtlichen Kriminalitätsgeschehen beteiligt ist. Denn auch wenn die bekannten Verzerrungsfaktoren - soweit die verfügbaren Daten dies zulassen - berücksichtigt werden, zeigt sich, dass sowohl im Längsschnitt als auch im Querschnittvergleich die Gruppe der Nichtdeutschen mit einem, gemessen am Bevölkerungsanteil, überdurchschnittlichen Beitrag zum registrierten Deliktsaufkommen erfasst wird.

#### 4.2 Die Entwicklung der Zahlen registrierter Tatverdächtiger mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich

Von der gemeldeten Wohnbevölkerung **Baden-Württembergs** hatten im Jahr 2000 12,5%<sup>33</sup> nicht die Deutsche Staatsangehörigkeit; unter den polizeilich registrierten Tatverdächtigen (einschließlich der nicht melderechtlich erfassten) 32,7%.<sup>34</sup>

---

Frankfurt, Hamburg oder Mannheim mit noch größerem Anteil von als Tatverdächtige registrierten Einpendlern mit Wohnsitz im Umland).

<sup>32</sup> S. dazu: Grundies, Volker: Kriminalitätsbelastung junger Aussiedler. Ein Längsschnittvergleich mit in Deutschland geborenen jungen Menschen anhand polizeilicher Registrierungen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 2000, 290-305; Grundies, Volker, Höfer, Sven, Tetal, Carina : Basisdaten der Freiburger Kohortenstudie: Prävalenz und Inzidenz polizeilicher Registrierung. Freiburg i.Br. 2002

<sup>33</sup> Bevölkerungsdaten zum 31.12.1999; Quelle: Statistisches Landesamt BW

<sup>34</sup> Zur Belastung der nichtdeutschen Tatverdächtigen führt die PKS Baden-Württemberg 2000 auf S. 58 aus: "Die Tatverdächtigenbelastungszahl der Nichtdeutschen ist .. knapp zwei- bis über dreimal höher" (*richtig müsste es heißen: zwei- bis über dreimal so hoch oder um das ein- bis über zweifache höher*) "als die der deutschen Wohnbevölkerung. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass Verstöße gegen das AuslG/AsylverfG fast ausschließlich von Nichtdeutschen begangen werden. Ohne diese Straftaten verringert sich die Tatverdächtigenbelastungszahl der Nichtdeutschen von 4920 (*in der PKS BW berechnet für die Bevölkerung ab 8 Jahren*) spürbar um 10,6% auf 4.399, sie übertrifft die Tatverdächtigenbelastungszahl der Deutschen (1.827) aber immer noch um das Zweifache" (PKS BW 2000, S. 58).

Von der gemeldeten Wohnbevölkerung der Stadt **Reutlingen** waren zur Jahresmitte 2000 (ebenso wie zur Jahresmitte 2001) 15,5% ohne deutsche Staatsangehörigkeit<sup>35</sup>; die 1505 nichtdeutschen Tatverdächtigen im Jahr 2000 machen 41,5% aller registrierten Tatverdächtigen (3628) aus. 248 zählen nicht zur Wohnbevölkerung; das sind 16,5% der nichtdeutschen oder 6,8% aller registrierten TV. Von diesen 248 *nicht* in Reutlingen gemeldeten Nichtdeutschen sind wiederum die meisten (184 von 248 = 74%) *ausschließlich* wegen an das fehlende Aufenthaltsrecht gebundenen sog. Statusdelikten registriert worden. Betrachtet man nur die Gruppe der Nichtdeutschen, die zur gemeldeten (aber nicht zwingend Reutlinger) Wohnbevölkerung zu zählen sind und die *nicht* ausschließlich wegen eines Statusdelikts aufgefallen sind, so bleibt ein Anteil von 34% der registrierten Tatverdächtigen, der zur *gemeldeten* nichtdeutschen Wohnbevölkerung zu zählen ist. Dieser Anteil ist nurmehr 2,2mal so hoch wie der Anteil der Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung (zum Vergleich der Größenordnungen anderer Ungleichverteilungen: Die Reutlinger Männer sind 3,3mal so hoch belastet wie die Frauen; der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden an den registrierten Tatverdächtigen ist dreimal so hoch wie ihr Anteil an der Wohnbevölkerung). *Im Jahr 2001 blieb die Zahl der registrierten Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit 1507 (gegenüber 1505 im Vorjahr) praktisch konstant, während die Zahl der registrierten deutschen Tatverdächtigen um 21% von 2123 auf 2567 zunahm. Der Anteil der Nichtdeutschen unter den Tatverdächtigen ging deshalb von 41,5 auf 37,0% im Jahr 2001 zurück (vgl. unten Schaubild 4.2.1)*

Der Anteil der Nichtdeutschen an den in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen liegt damit aus kriminologischer Sicht im Bereich des Erwartungswertes, wie er sich aus der besonderen demographischen und Sozialstruktur der zugewanderten Bevölkerung ergibt: Gegenüber der deutschen Wohnbevölkerung ist insbesondere der Anteil der Personen im Alter zwischen 21 und 30 Jahren unter den melderechtlich erfassten Nichtdeutschen deutlich höher; dies gilt vermutlich auch für die melderechtlich nicht zu erfassenden durchreisenden oder illegal sich aufhaltenden Personen. Die Altersgruppe der 21- bis unter 30-Jährigen macht im Jahr 2000 unter der deutschen Wohnbevölkerung Reutlingens 9,4% der Gesamtbevölkerung aus, unter der gemeldeten nichtdeutschen Wohnbevölkerung dagegen 20,2%. Die altersspezifische Tatverdächtigenbelastungszahl - die aus den genannten Gründen nur für die deutsche Bevölkerung wirklich hinreichend valide berechnet werden kann - beträgt 2.334 pro 100.000 der deutschen Wohnbevölkerung Reutlingens insgesamt; für die deutschen 21- bis unter 30-Jährigen ist die Tatverdächtigenbelastungszahl mit 4.998 2,4 mal so hoch wie die mittlere Belastung aller übrigen Altersgruppen mit einer TVBZ von 2.058.

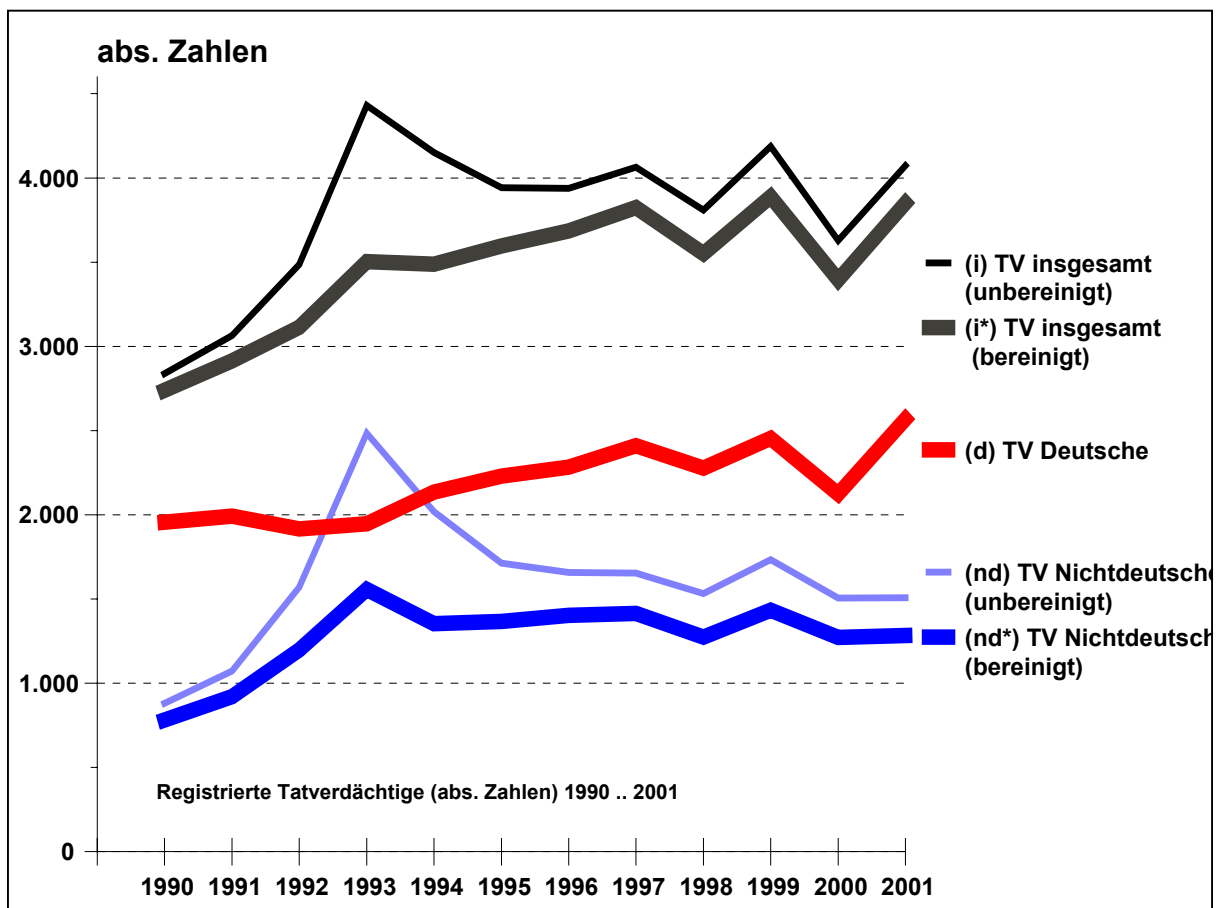
Von der deutschen Wohnbevölkerung unterscheiden sich die Nichtdeutschen nicht nur in der Altersstruktur und dem um ca. 7 Prozentpunkte höheren Männeranteil: Überrepräsentiert sind unter den Zuwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit Personengruppen mit nur

---

<sup>35</sup> Bevölkerungsdaten zur Jahresmitte 2000 und 2001; Quelle: von der Stadt Reutlingen zur Verfügung gestellte Daten zur Bevölkerungsstruktur.

geringem oder fehlendem schulischem und beruflichem Status und damit sehr begrenztem (oder aufgrund der ausländerrechtlicher Bestimmungen sogar völlig ausgeschlossenen) Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit 30% ist der Anteil der Nichtdeutschen unter den beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Wohnbevölkerung. Niedriger Sozialstatus, fehlende soziale und berufliche Integration und eingeschränkte legale Erwerbs- und Konsummöglichkeiten sind aber seit jeher auch bei benachteiligten und wenig integrierten Gruppen der deutschen Bevölkerung jeweils mit einer vergleichbar überdurchschnittlich hohen Delinquenzbelastung verbunden. Aus kriminologischer Sicht wird deshalb nicht auf die Staatsangehörigkeit abgehoben, sondern auf die besondere Bedeutung von Risikomerkmale wie mangelhafte soziale Integration, fehlende schulische und berufliche Qualifikation und fehlende Sprachkenntnisse mit den Folgen beschränkten Zugangs zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt und legaler Erwerbs- und Konsummöglichkeiten hingewiesen, die in der Gruppe der Zuwanderer (ob mit oder ohne deutschen Pass) häufiger vorfindbar sind als in der Gesamtheit der (alteingesessenen) deutschen Wohnbevölkerung. Aus diesem Grund spricht auch der Periodische Sicherheitsbericht (PSB) der Bundesregierung nicht von "Ausländern", sondern von "Zuwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit". In beiden Gruppen - Zuwanderer ohne oder mit deutscher Staatsangehörigkeit - sind, ebenso wie in benachteiligten Gruppen der ansässigen Wohnbevölkerung, insbesondere geringe Bildungsqualifikation und hohe Arbeitslosenrate mit jeweils erhöhtem Auftreten von Delinquenz verbunden.

Die auffällige Entwicklung der Zahl registrierter nichtdeutscher Tatverdächtiger in der ersten Hälfte der 90er Jahre zeigt das Schaubild zur Entwicklung der registrierten *absoluten* Tatverdächtigenzahlen von 1990 bis 2001:



4.2.1 Schaubild: Abs. Zahlen deutscher und nichtdeutscher TV. Reutlingen 1990 .. 2001

\* Unbereinigte Zahlen: alle in Reutlingen als tatverdächtig registrierten Personen. Bereinigte Zahlen: ohne nichtdeutsche Tatverdächtige, die nicht zur gemeldeten Wohnbevölkerung zählen; jedoch einschließlich von (deutschen wie nichtdeutschen) Personen, die ihren letzten bekannten Wohnsitz außerhalb Reutlingens haben, und einschließlich nichtdeutscher Tatverdächtiger, die ausschließlich wegen Verstößen gegen ausländerrechtliche Vorschriften registriert wurden.

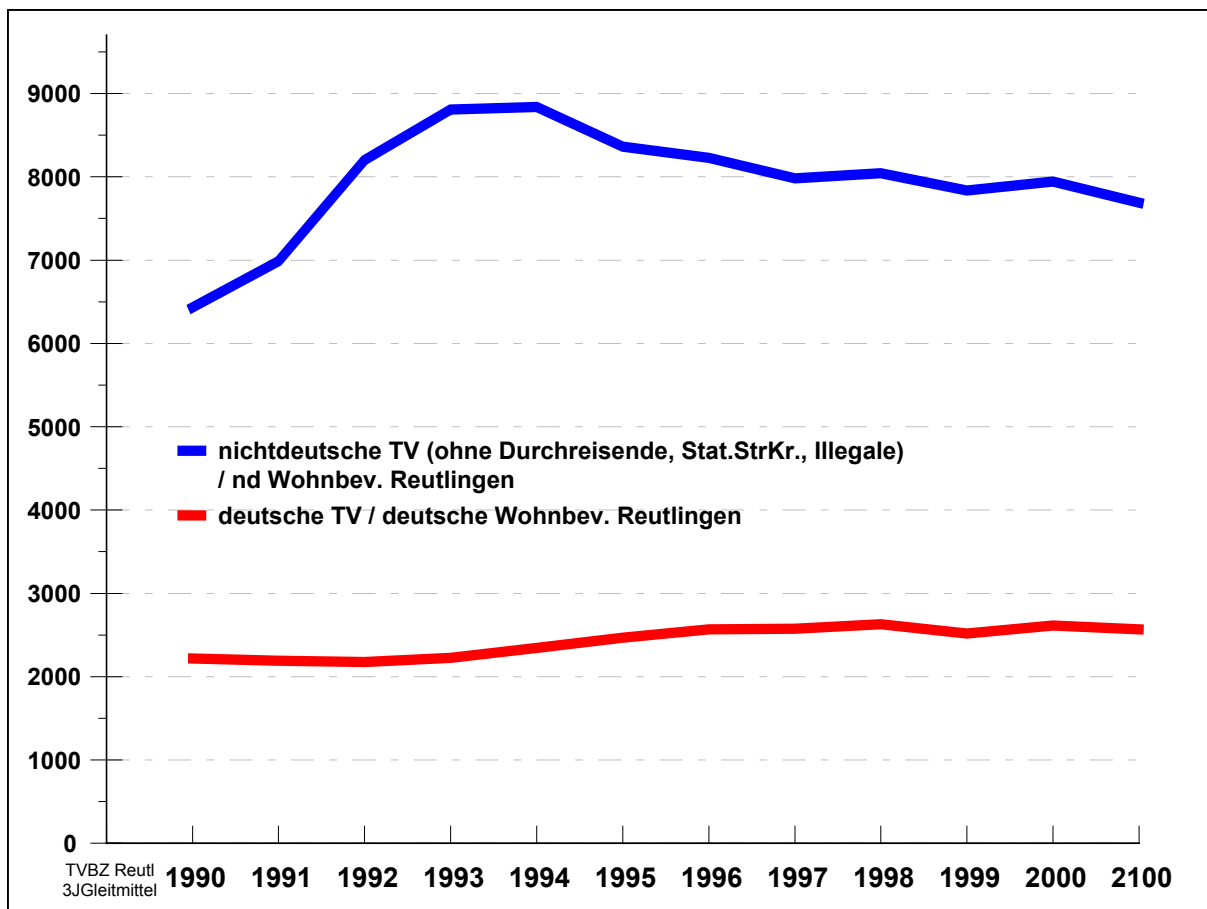
Erkennbar ist, wie die zeitweilig starke Zunahme der Zahl von Flüchtlingen und Asylantragstellern zu einem, wie dies in der kriminologischen Literatur charakterisiert wurde, 'Armutimport' geführt hat, der sich auch in den - vorübergehend extrem stark angestiegenen - absoluten Zahlen polizeilich registrierter nichtdeutscher Tatverdächtiger niedergeschlagen hat.

Die auffällige Zunahme in den Zahlen der registrierten Tatverdächtigen um das Jahr 1993 ist, wie schon das Schaubild 2.1.3 zum Vergleich der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung in Baden-Württemberg und in Reutlingen zeigt, weitgehend auf die Sonderentwicklung im ersten Drittel der 90er Jahre zurückzuführen. Sie hat zu einer deutlichen Niveauerhöhung der Belastung geführt, die sich bei allen Altersgruppen simultan durchgesetzt hat, jedoch nicht zu einem weiter andauernden Aufwärtstrend geführt hat, wie er in den Jahren bis etwa 1990 überlange Zeit mit teils ganz erheblichen Steigerungsraten der registrierten Kriminalitätsbelastung in Relation zur entsprechenden (deutschen und nichtdeutschen) Wohnbevölkerung zu beobachten war.

### 4.3 Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige in Relation zur gemeldeten Wohnbevölkerung

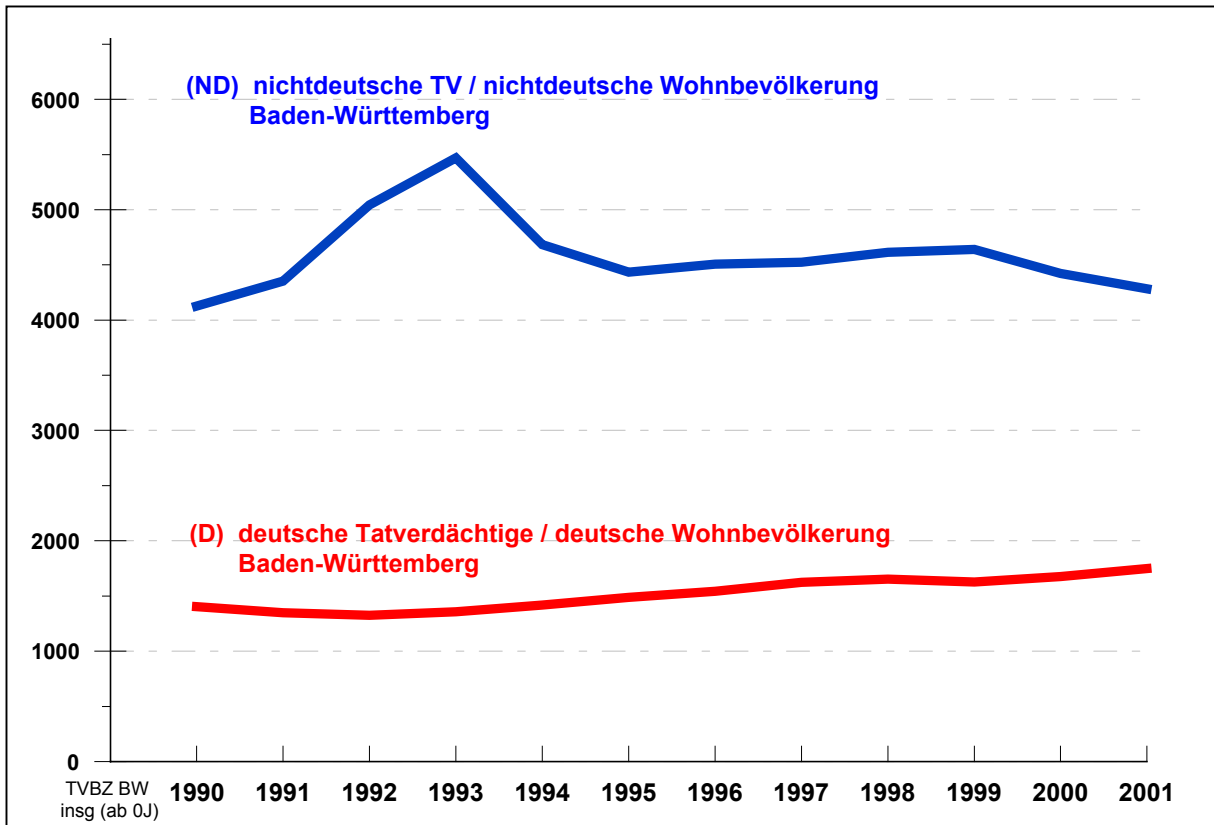
Auch wenn valide Häufigkeitszahlen nur für die deutsche Wohnbevölkerung berechnet werden können und - wegen der oben ausführlich dargestellten methodischen Vorbehalte und der resultierenden, auch durch Verwendung bereinigter Zahlen nicht völlig beseitigten, relativen Überschätzung der Belastung der nichtdeutschen Bevölkerung - ein direkter Vergleich der für die deutsche und für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung berechneten Häufigkeitszahlen nicht zulässig ist, soll doch die ungefähre Größenordnung der Belastung der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung ohne deutschen Pass - der sog. Nichtdeutschen - in ihrer zeitlichen Entwicklung dargestellt werden (vgl. zu Baden-Württemberg die entsprechende Darstellung auf S. 59 PKS für das Jahr 2000).

Auch die hier dargestellten 'bereinigten' Daten sind weiterhin zu Ungunsten der Nichtdeutschen verzerrt durch die sog. Statusdelikte, die in Reutlingen im Jahr 2000 die Belastung der Nichtdeutschen in einer Größenordnung um ca. 18% überhöhen. Da entsprechende Daten für andere Jahre nicht vorliegen, kann diese Überhöhung auch aus den 'bereinigten' Zeitreihendaten für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung nicht herausgerechnet werden.



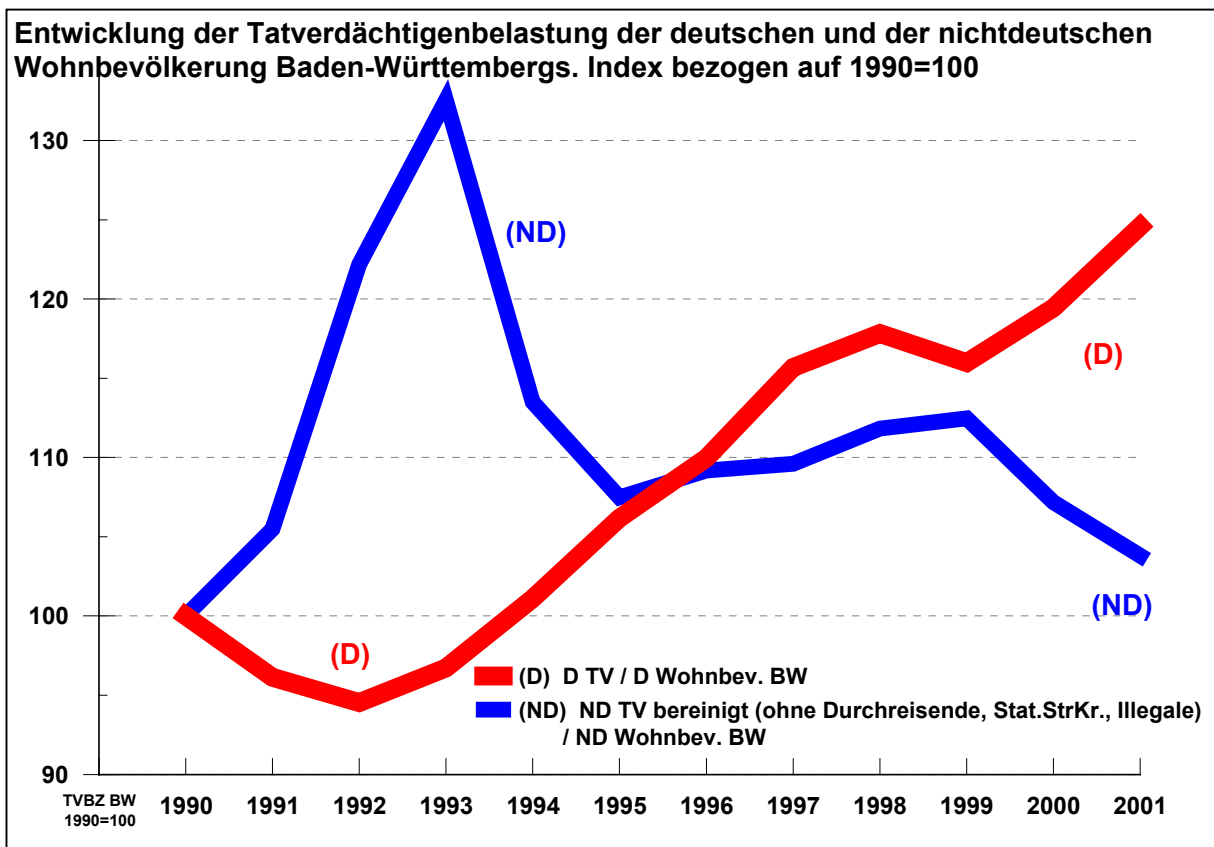
#### 4.3.1 Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Reutlingen 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung

Zum Vergleich die Größenordnung der Belastungszahlen der Jahre 1990 bis 2001 für die Bevölkerung (Gesamtbevölkerung, einschl. Kinder) des Landes Baden-Württemberg:



4.3.2 Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, Baden-Württemberg 1990 .. 2001, in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung

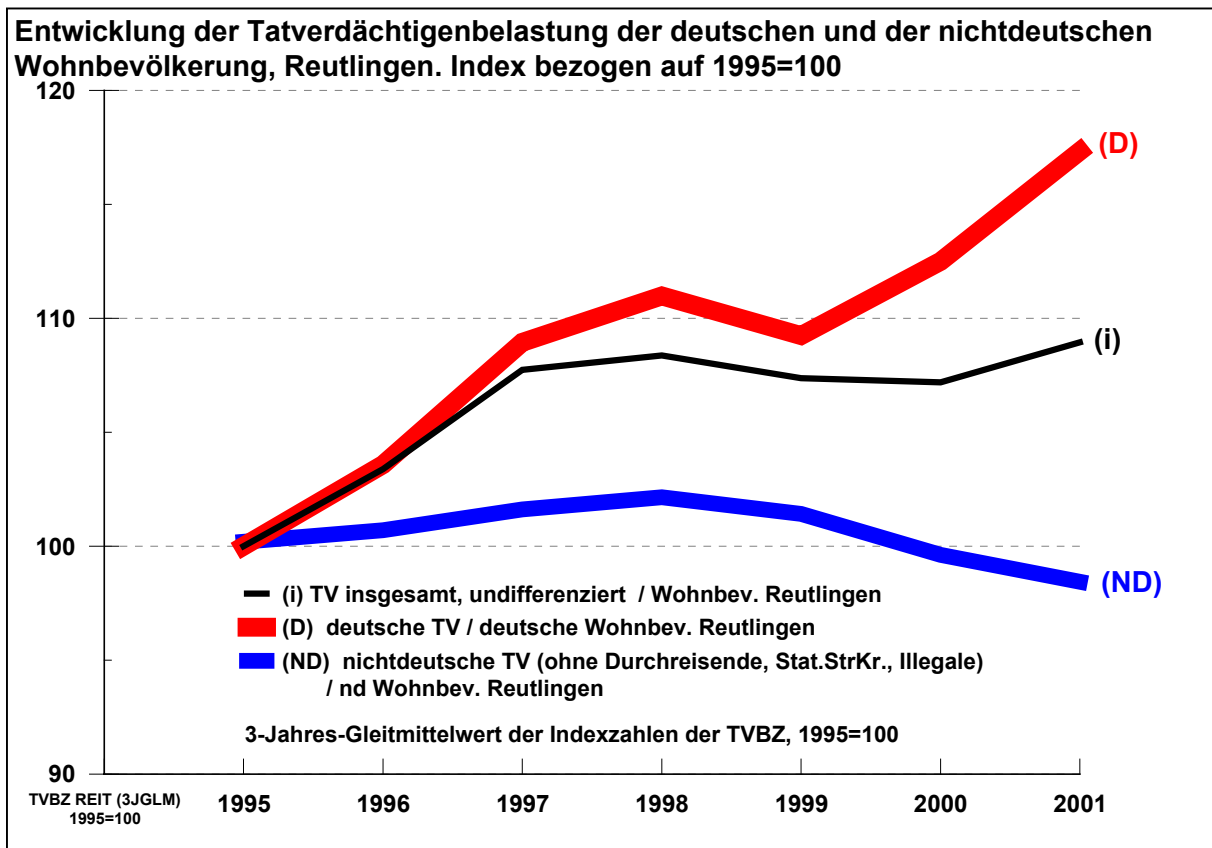
Deutlicher erkennbar werden die **relativen Veränderungen**, wenn die auf das Jahr 1990 indixierten Belastungszahlen verglichen werden:



4.3.3 Schaubild: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung Baden-Württembergs, bezogen auf 1990=100



Sichtbar wird wiederum, dass die Zunahme der Gesamtbelastung (berechnet für die Wohnbevölkerung insgesamt) im ersten Drittel der 90er Jahre fast gänzlich auf die vorübergehende Sonderentwicklung bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen zurückzuführen ist. In der Folgezeit stellt sich - allerdings ausgehend von einer zunächst außerordentlich hohen Belastung - die Entwicklung bei den Nichtdeutschen in den letzten Jahren sogar günstiger dar als die Entwicklung bei den Deutschen: Bei den Nichtdeutschen geht der Trend der Belastung derzeit (anders als bei den Deutschen) wieder zurück.



#### 4.3.4 Schaubild: Entwicklungstrend der Tatverdächtigenbelastung der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung, Reutlingen, bezogen auf 1995=100

Damit zeigt sich in Reutlingen, was ebenso auch für Baden-Württemberg insgesamt gilt: Das Belastungsniveau der nichtdeutschen Wohnbevölkerung ist zwar - aufgrund der ungünstigeren demographischen Zusammensetzung und geringeren beruflichen und sozialen Integration - erwartungsgemäß<sup>36</sup> höher als das der deutschen. Sowohl im längerfristigen Trend (seit 1990) wie auch besonders ausgeprägt in den letzten Jahren steigt jedoch die Belastung der deutschen Wohnbevölkerung insgesamt deutlich stärker als die der nichtdeutschen. Berechnet man Belastungszahlen für die Gesamtbevölkerung - ohne Differenzierung nach deut-

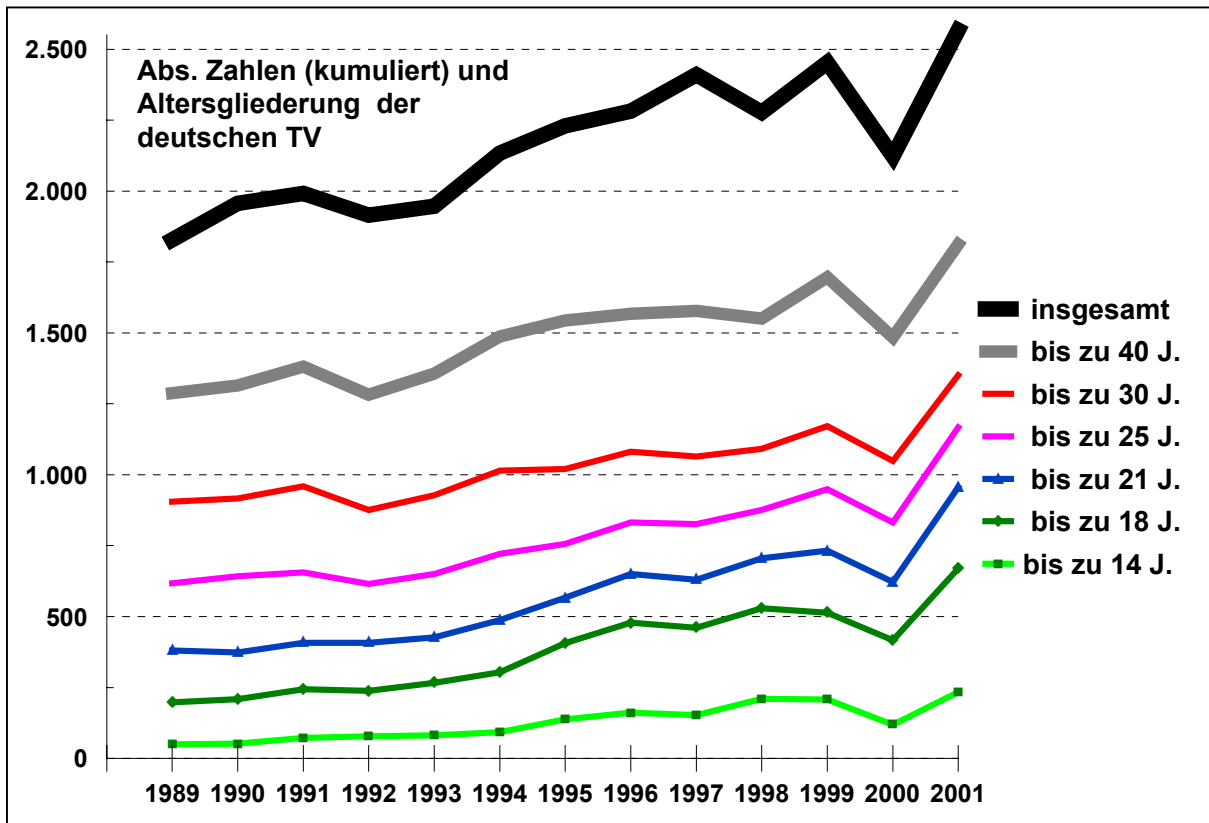
<sup>36</sup> Erwartungsgemäß deshalb, weil bei Vorliegen derselben Risiko- und Belastungsmerkmale auch vergleichbare Untergruppen der deutschen Wohnbevölkerung mit entsprechend erhöhter Häufigkeit polizeilich registriert werden - mit dem Unterschied, dass, anders als die Tatverdächtigen ohne deutschen Pass, die in der PKS gesondert ausgewiesen werden, die deutschen Risikogruppen statistisch nicht identifizierbar sind. Nicht das Merkmal 'Ausländer', also die Staatsangehörigkeit, ist das Risikomerkmale, sondern (insbesondere bei einem Teil der jungen Zuwanderer - gleich ob mit oder ohne deutschen Pass) noch unzureichende soziale Integration, Ausbildungs- oder Berufsperspektive.

schen und nichtdeutschen Tatverdächtigen - , so wird die ungünstigere Entwicklung bei den deutschen Tatverdächtigen durch die relativ günstigere Entwicklung bei den nichtdeutschen statistisch ein Stück weit 'maskiert'. Kurzfristige Zunahmen der Registrierungshäufigkeit bei Kindern und Jugendlichen werden allerdings derzeit bei der deutschen wie der nichtdeutschen Bevölkerung gleichermaßen beobachtet.

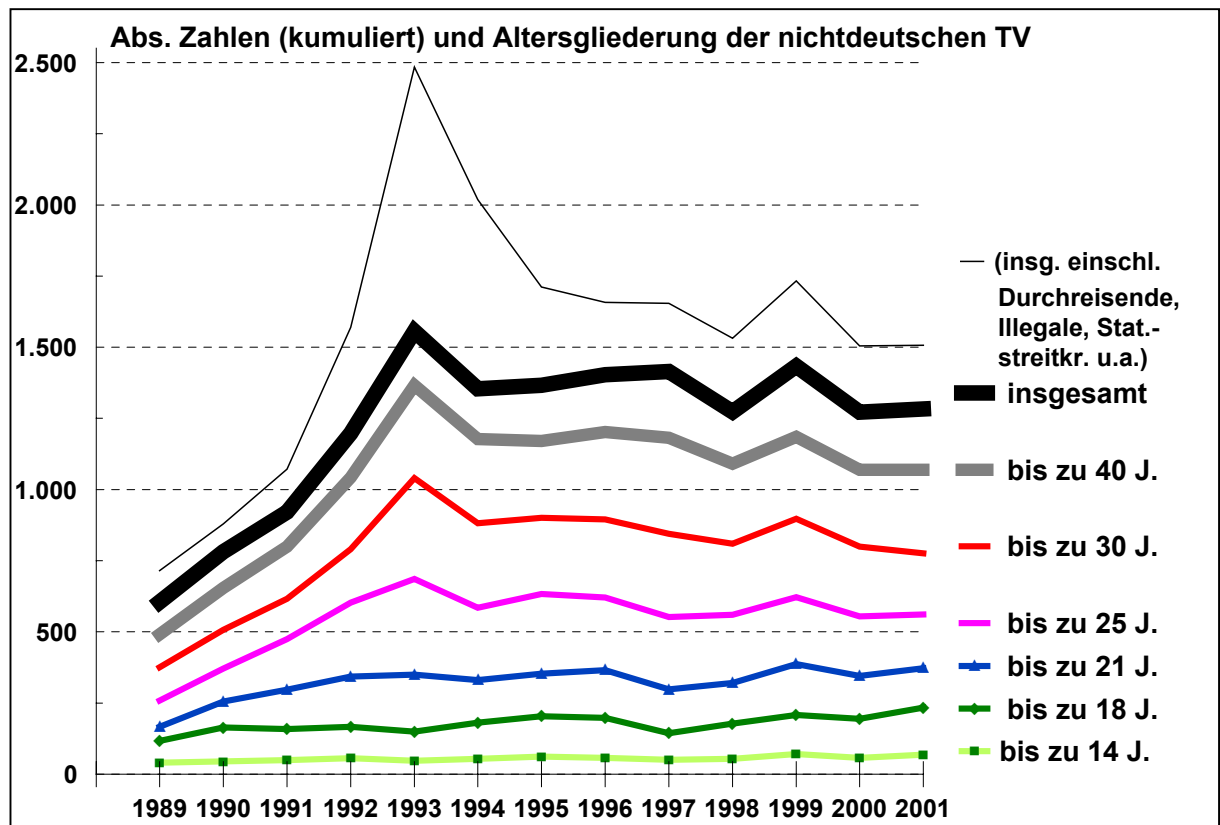
#### **4.4 Der Anteil der Altersgruppen bei den nichtdeutschen und den deutschen Tatverdächtigen im Vergleich**

Die höhere Tatverdächtigenbelastung der nichtdeutschen Bevölkerung wird - neben benachteiligenden Merkmalen wie geringem sozialem und beruflichem Status - auch durch den höheren Anteil der besonders aktiven Altersgruppen erklärt: Die Altersgruppe der 21- bis unter 30-Jährigen macht im Jahr 2000 unter der deutschen Wohnbevölkerung Reutlingens 9,4% der Gesamtbevölkerung aus, unter der gemeldeten nichtdeutschen Wohnbevölkerung dagegen mit 20,2% mehr als das Doppelte.

Die Altersstruktur der registrierten deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen in ihrer zeitlichen Entwicklung zeigen die folgenden Schaubilder 4.4.1, 4.4.2 und 4.4.3:

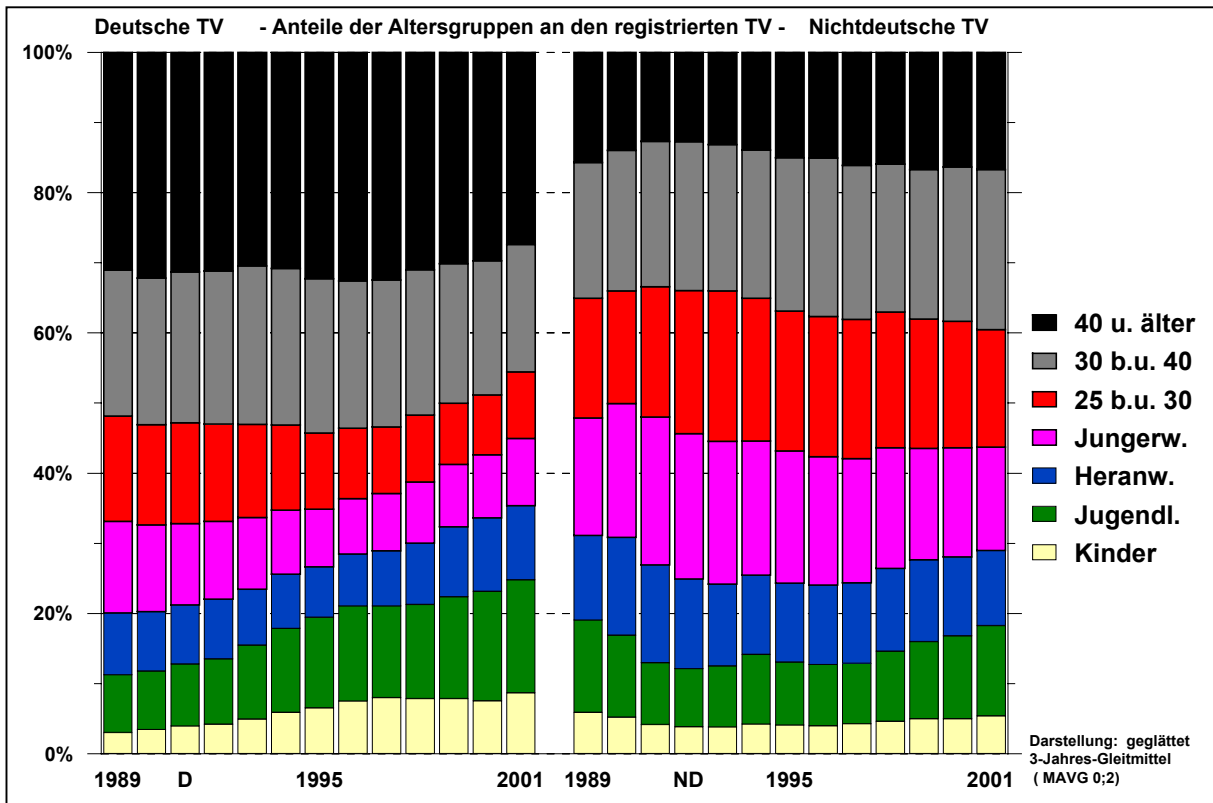


4.4.1 Schaubild: Die Entwicklung der Zahl deutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen



4.4.2 Schaubild: Die Entwicklung der Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger nach Altersgruppen (gleicher Maßstab)

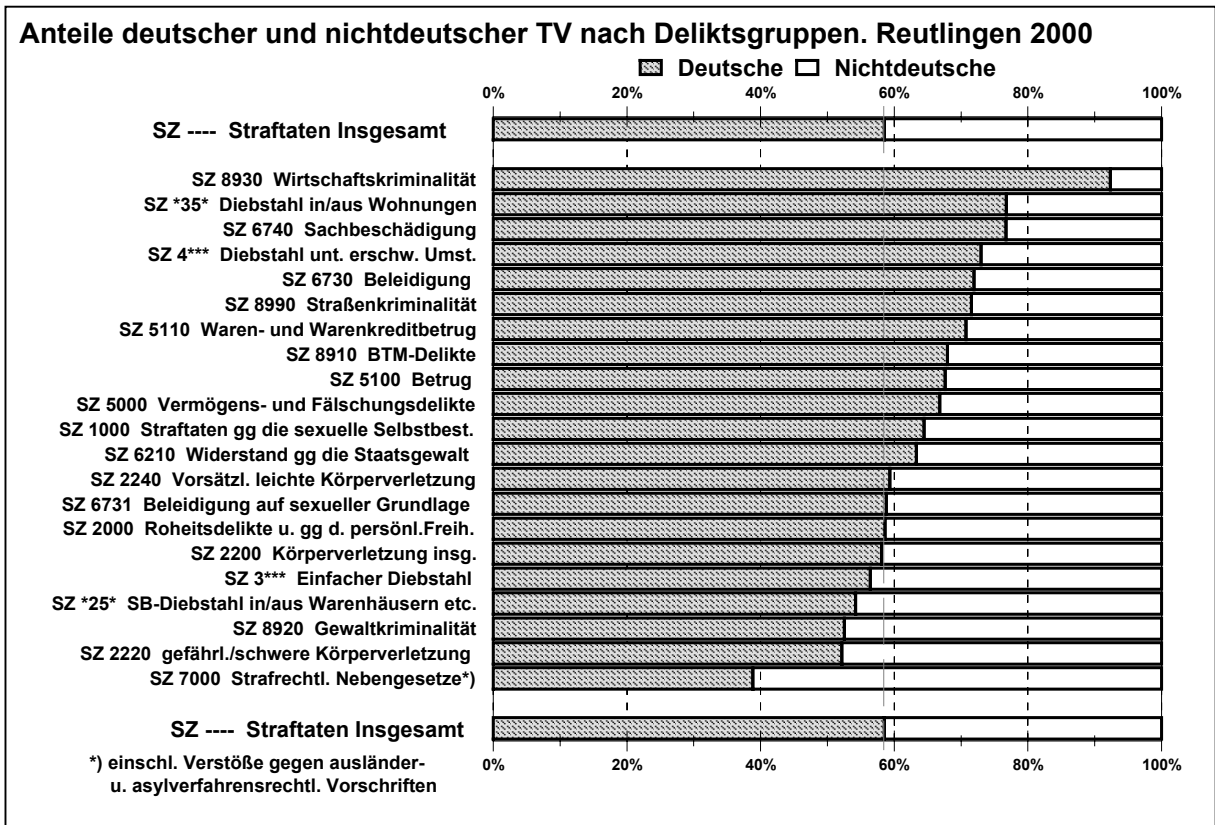
Vergleicht man die Alterszusammensetzung der deutschen und der nichtdeutschen TV, so zeigen sich bei den jüngsten Gruppen (Kinder / Jugendliche / Heranwachsende) zunächst leicht gegenläufige Trends; erwartungsgemäß - und entsprechend dem Überwiegen der Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung - sind unter den Nichtdeutschen die ältesten Jahrgänge schwächer besetzt, dagegen die der 21- bis unter 30-Jährigen stärker.



4.4.3 Schaubild: Die Entwicklung der Anteile der Altersgruppen unter den deutschen und den nichtdeutschen TV

#### 4.5 Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen, an der Gewaltdelinquenz und unter den Mehrfachtätern

Was die Anteile der verschiedenen Deliktgruppen betrifft, so finden sich die deutlichsten Abweichungen einerseits bei der Wirtschaftskriminalität, wo die deutschen TV das Feld beherrschen, und andererseits - erwartungsgemäß - bei den statusspezifischen Verstößen gegen die ausländerrechtlichen Bestimmungen (in der Gruppe der Verstöße gegen strafrechtliche Nebengesetze) bei den Nichtdeutschen. In geringerem Maße erhöht sind die Anteile nichtdeutscher TV bei den Gewalt-/Körperverletzungsdelikten, beim Kaufhausdiebstahl wie insgesamt beim einfachen Diebstahl. Fälle schweren Diebstahls, der Sachbeschädigung und, in geringerem Maße, auch BTM-Delikte sind dagegen bei den deutschen Tatverdächtigen überrepräsentiert.



#### 4.5.1 Schaubild: Die Beteiligung deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger an den einzelnen Deliktgruppen

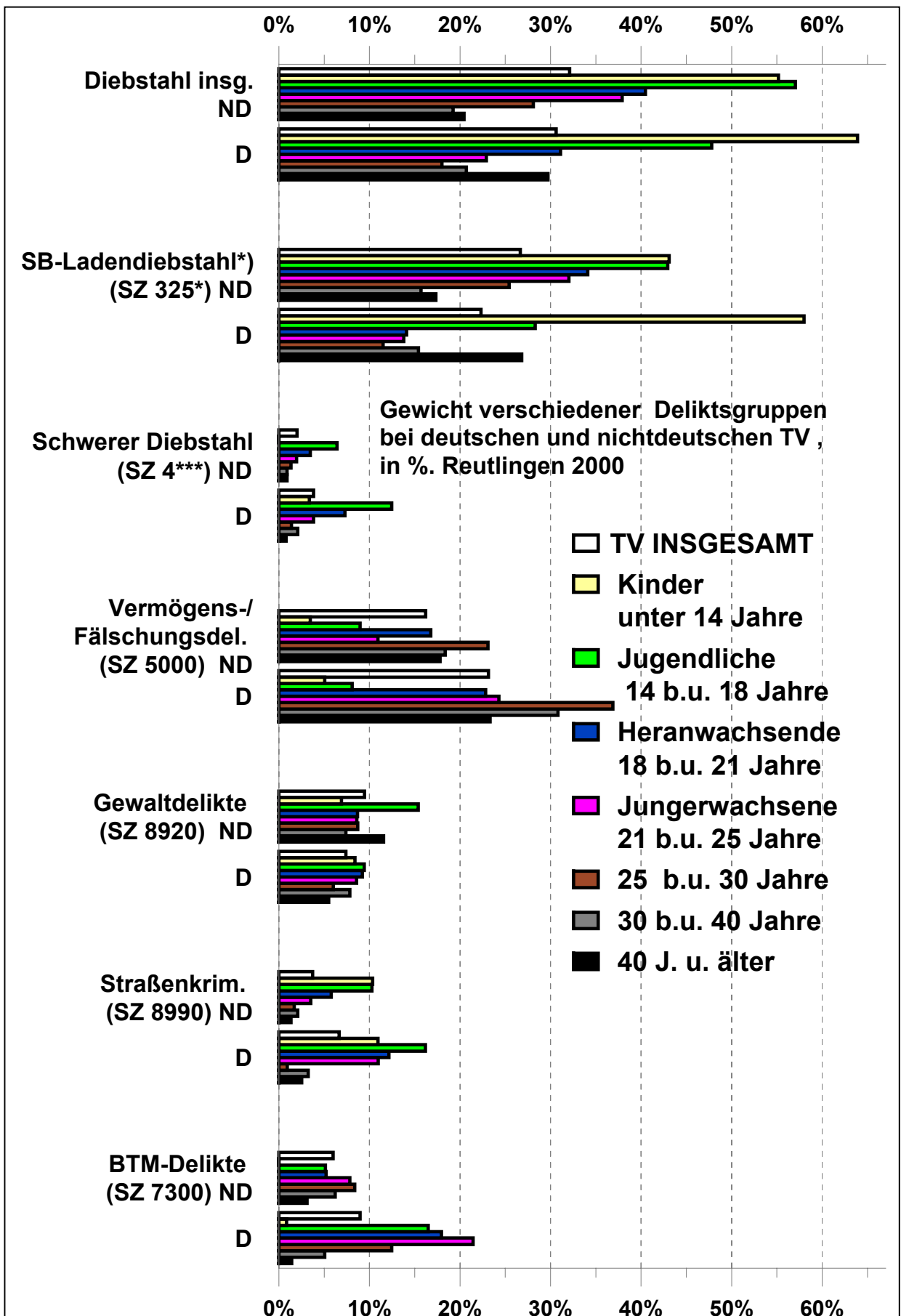
Die geringen Fallzahlen - in der folgenden Tabelle dargestellt anhand der Altersverteilung bei deutschen und nichtdeutschen TV der Gewaltdelinquenz (SZ 8920 der PKS) - lassen weitreichende Interpretationen der altersspezifischen Anteile nicht mehr zu.

#### 4.5.2 Tabelle: Gewaltdelikte (SZ 8920) nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Gewaltdelikte SZ 8920	Deutsche TV		Nichtdeutsche TV		zusammen (255 Fälle mit 299 TV)	
	n	% von N	n	% von N	N	%
Kinder	10	71,4	4	28,6	14	100,0
Jugendliche 14 b.u. 18.	28	53,8	24	46,2	52	100,0
Heranwachsende 18 b u. 21	19	55,9	15	44,1	34	100,0
21 b. u. 25 J.	18	45,0	22	55,0	40	100,0
25 b.u. 30 J.	13	33,3	26	66,7	39	100,0
30 b.u. 40 J.	34	57,6	25	42,4	59	100,0
40 Jahre und älter	35	57,4	26	42,6	61	100,0
Gesamt	157	52,5	142	47,5	299	100,0

Dargestellt wurden zuletzt die Anteile, die innerhalb der Deliktgruppen jeweils auf deutsche vs. nichtdeutsche TV entfallen.

Das folgende Schaubild zeigt die Zusammenhänge unter einer anderen Fragestellung: Dargestellt wird, jeweils für deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, **welches Gewicht die einzelnen Deliktgruppen innerhalb der verschiedenen Altersgruppen der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen haben.**



**4.5.3** Schaubild: Gewicht verschiedener Deliktgruppen bei deutschen und nichtdeutschen TV im Vergleich

\*) Die Deliktgruppe SZ 325\* umfasst nach Definition der PKS die Fälle einfachen Diebstahls (nicht jedoch Einbruchsdiebstahl) 'in/aus Warenhäusern, Verkaufsräumen, Selbstbedienungsläden'

57% der nichtdeutschen TV (im Vergleich zu 48% der deutschen TV) wurden wegen **Diebstahls** registriert.

Die **besondere Bedeutung des einfachen Ladendiebstahls<sup>37</sup> unter den jungen nichtdeutschen TV** zeigt sich darin, dass 2000 wegen Ladendiebstahls

- 43% der nichtdeutschen jugendlichen TV (gegenüber 28% der deutschen)
- 34% der nichtdeutschen heranwachsenden TV (gegenüber 14% der deutschen)
- 32% der nichtdeutschen jungerwachsenen TV (gegenüber 14% der deutschen)

und sogar noch

- 25% der nichtdeutschen 25- bis unter 30-jährigen TV (gegenüber 12% der deutschen) registriert wurden.

Nur bei den deutschen Kindern liegt der Anteil von Ladendiebstählen höher als bei den nichtdeutschen Kindern.

Die Delinquenz der nichtdeutschen 18- bis 30jährigen ist damit durch einen jeweils mehr als doppelt so hohen Anteil des Ladendiebstahls im Vergleich zu den deutschen TV gekennzeichnet.

**Schwerer Diebstahl** wird dagegen den deutschen Tatverdächtigen häufiger zum Vorwurf gemacht: Die Anteile des schweren Diebstahls sind von den Kindern bis zu den 25jährigen bei den deutschen TV doppelt so hoch wie bei den nichtdeutschen.

Auch die Anteile der **Straßendelinquenz** wie der **BTM-Delikte** sind bei den Tatverdächtigen bis unter 30 Jahren bei den deutschen TV deutlich höher als bei den jeweils gleichaltrigen Nichtdeutschen. Erst in den Altersgruppen ab 30 finden sich (bei allerdings sehr kleinen absoluten Zahlen) unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen höhere Anteile von BTM-Delikten als unter den deutschen Tatverdächtigen: bei den 30- bis unter 40-Jährigen 6% gegenüber 5% bei den deutschen TV; bei den TV ab 40 Jahren 3% (das sind in abs. Zahlen 7 TV) gegenüber 1,5%.

Höhere Anteile finden sich - abgesehen von den statusbedingten Verstößen - bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen bei den **Gewaltdelikten**; diese wurden registriert bei 15% der nichtdeutschen jugendlichen TV gegenüber 9% der deutschen und bei 12% (abs.: 26 TV) der nichtdeutschen TV ab 40 gegenüber 5% der deutschen TV derselben Altersgruppe.

Schließlich soll noch geprüft werden, ob die nichtdeutschen Tatverdächtigen unter Gesichtspunkten der **Mehrfachtäterschaft** als **wiederholt in Erscheinung getretene Tatverdächtige** von den deutschen TV abweichen. Erwartbar erscheint dies schon aufgrund der durch die ausländerrechtlichen Vorschriften begründeten höheren Kontrolldichte und Aufmerksamkeit gegenüber Nichtdeutschen.

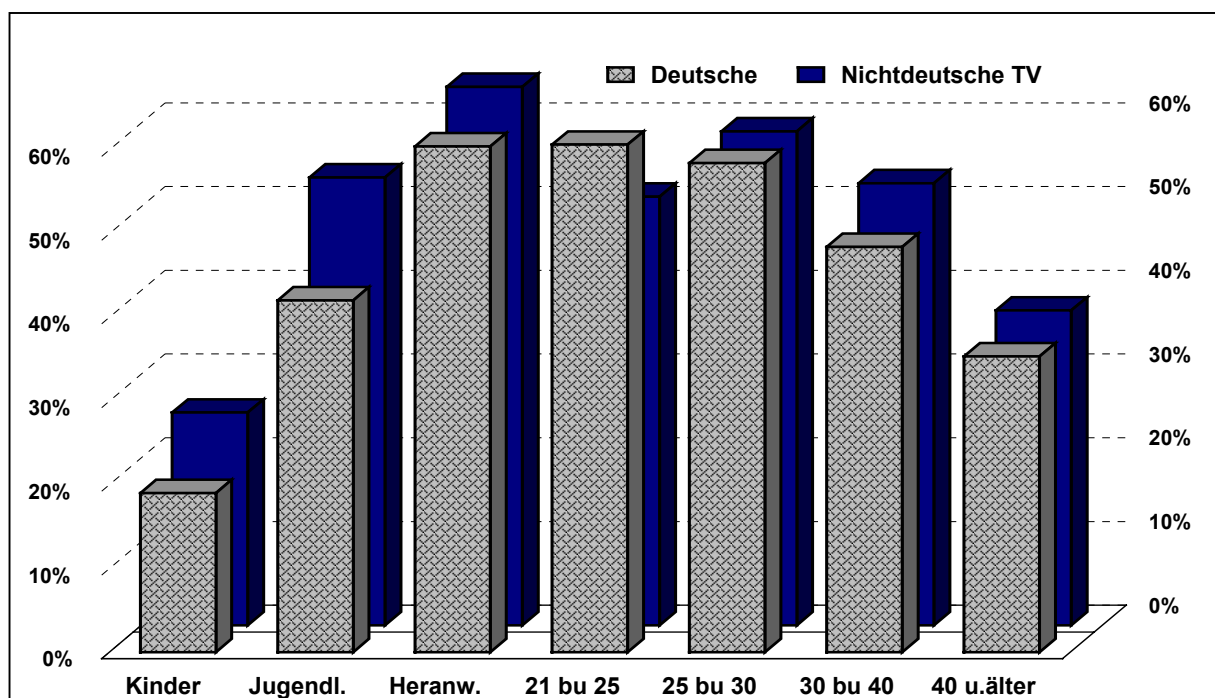
---

<sup>37</sup> SZ 325\*: Einfacher Diebstahl 'in/aus Warenhäusern, Verkaufsräumen, Selbstbedienungsläden'.

Von den 3628 im Jahr 2000 als tatverdächtig Registrierten insgesamt waren 1742 bereits in einem früheren Jahr registriert und / oder im Jahr 2000 öfter als einmal in Erscheinung getreten. Das entspricht knapp der Hälfte (48%) aller Registrierten; die nichtdeutschen Tatverdächtigen sind dabei (mit einer Relation 1,1:1) trotz der naheliegenden Annahme eines höheren Kontrolldruckes gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe nur geringfügig stärker als die deutschen beteiligt. Lediglich bei den unter 18-Jährigen sind die Nichtdeutschen unter den wiederholt in Erscheinung Getretenen mit einer Relation von 1,3:1 etwas häufiger vertreten.

#### 4.5.4 Tabelle: Mehrfach registrierte deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen

	insgesamt		deutsche TV		nichtdeutsche TV		Relation nichtdeutsche / deutsche TV
	%	% bez. auf n	%	% bez. auf n	%	% bez. auf n	
<b>Kinder</b>	21,1	180	19,0	121	25,4	59	<b>1,3</b>
<b>Jugendliche</b>	45,9	460	42,0	305	53,5	155	<b>1,3</b>
<b>Heranwachsende.</b>	62,2	384	60,4	202	64,3	182	1,1
<b>21 b. u. 25 J.</b>	55,4	471	60,6	213	51,2	258	0,8
<b>25 b. u. 30 J.</b>	58,8	514	58,4	219	59,0	295	1,0
<b>30 b.u. 40 J.</b>	50,3	765	48,4	428	52,8	337	1,1
<b>40 J. u. älter</b>	35,9	853	35,3	635	37,6	218	1,1
<b>Gesamt</b>	48,0	3627	45,3	2123	51,9	1504	<b>1,1</b>



4.5.5 Schaubild: Deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, die bereits zuvor oder mehrmals im Jahr 2000 in Erscheinung getreten waren



Welche **Anteile des registrierten Fallaufkommens** auf die ein- oder mehrmals in Erscheinung getretenen Täter entfallen, zeigen - zunächst für die Tatverdächtigen insgesamt und sodann für die nichtdeutschen Tatverdächtigen - die beiden folgende Tabellen:

**4.5.6 Tabelle: Mehrfachtäter im Jahr 2000; Tatverdächtige insgesamt**

Im Jahr 2000 n-mal in Reutlingen in Erscheinung getreten	Tatverdächtige (TV)			Fälle		Kumulierte Prozent der Fälle
	Häufigkeit (Zahl <b>Tatver- dächtige</b> )	Prozent der <b>Tatverdäch- tigen</b>	n-mal und <b>öfter</b> aufge- tretene <b>TV</b> (kumulierte % der TV)	Häufigkeit (Zahl <b>Fälle</b> )	Prozent der <b>Fälle</b>	
<b>1</b>	2883	<b>79,5</b>	100,0	2883	53,0	100,0
2	401	11,1	20,5	802	14,7	47,0
3	151	4,2	9,5	453	8,3	32,2
4	67	1,8	5,3	268	4,9	23,9
<b>5</b>	38	1,0	<b>3,5</b>	190	3,5	<b>19,0</b>
6	20	0,6	2,4	120	2,2	15,5
7	21	0,6	1,9	147	2,7	13,3
8	12	0,3	1,3	96	1,8	10,6
9	8	0,2	1,0	72	1,3	8,8
10	3	0,1	0,7	30	0,6	7,5
11	7	0,2	0,7	77	1,4	6,9
12	3	0,1	0,5	36	0,7	5,5
13	2	0,1	0,4	26	0,5	4,9
14	1	< 0,1%	0,3	14	0,3	4,4
16	2	0,1	0,3	32	0,6	4,1
18	3	0,1	0,2	54	1,0	3,5
20	2	0,1	0,2	40	0,7	2,6
23	1	< 0,1%	0,1	23	0,4	1,8
24	1	< 0,1%	0,1	24	0,4	1,4
25	1	< 0,1%	0,1	25	0,5	1,0
27	1	< 0,1%	< 0,1%	27	0,5	0,5
Gesamt	3628	100,0		5439	100,0	
	Tatverdächtige			Fälle*		

\* einschließlich von Fällen, die in einem früheren Jahr als zunächst nicht aufgeklärt in der PKS erfasst waren und erst im Jahr 2000 einem TV zugeordnet werden konnten; zur Vermeidung von Mehrfachzählungen werden diese Fälle in der PKS nicht als Fälle erneut gezählt.

Ein Beispiel zum Verständnis der Tabelle:

Mehr als 3/4 der Tatverdächtigen (79,5%) sind im Jahr 2000 nur einmalig registriert worden. 3,5% der im Jahr 2000 in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen wurden insgesamt fünfmal oder öfter registriert; diesen 3,5% der Tatverdächtigen werden 19% der im Jahr 2000 aufgeklärten<sup>38</sup> Taten zugeordnet. Mehr als 3/4 der im Jahr 2000 registrierten Fälle (100-19=81%) gehen dagegen auf Tatverdächtige zurück, die weniger als fünfmal in Erscheinung getreten sind.

<sup>38</sup> Darunter auch Taten aus früheren Jahren, die erst im Jahr 2000 aufgeklärt, d.h. einem Tatverdächtigen zugeordnet wurden.

4.5.7 Tabelle: Nichtdeutsche Mehrfachtäter im Jahr 2000

Im Jahr 2000 n-mal in Reutlingen in Erscheinung getreten	Nichtdeutsche Tatverdächtige (TV) .			Fälle		
	Häufigkeit (Zahl <b>Tatver- dächtige</b> )	Prozent der <b>Tatverdäch- tigen</b>	n-mal und <b>öfter</b> aufge- tretene <b>TV</b> ( <b>kumulierte</b> Prozent der <b>TV</b> )	Häufigkeit (Zahl <b>Fälle</b> )	Prozent der <b>Fälle</b>	<b>Kumulierte</b> Prozent der <b>Fälle</b>
1	1168	77,6	100,0	1168	51,1	100,0
2	184	12,2	22,4	368	16,1	48,9
3	64	4,3	10,2	192	8,4	32,8
4	30	2,0	5,9	120	5,2	24,4
<b>5</b>	18	1,2	<b>3,9</b>	90	3,9	<b>19,2</b>
6	12	0,8	2,7	72	3,1	15,2
7	11	0,7	1,9	77	3,4	12,1
8	9	0,6	1,2	72	3,1	8,7
9	3	0,2	0,6	27	1,2	5,6
10	1	0,1	0,4	10	0,4	4,4
11	2	0,1	0,3	22	1,0	3,9
16	1	0,1	0,2	16	0,7	3,0
25	1	0,1	0,1	25	1,1	2,3
27	1	0,1	0,1	27	1,2	1,2
<b>Gesamt</b>	<b>1505</b>	<b>100,0</b>		<b>2286</b>	<b>100,0</b>	

Verglichen mit den Mehrfachtätern insgesamt zeigen die **nichtdeutschen** Tatverdächtigen - obwohl auch die ausländer-spezifischen Statusdelikte (Verstöße gegen das ausländer- und asylverfahrensrechtliche Bestimmungen) hier mit enthalten sind - keine signifikante Abweichung; die nichtdeutschen Tatverdächtigen sind demnach nicht in überdurchschnittlichem Maße als Mehrfachtäter in Erscheinung getreten. Etwas mehr als die Hälfte der registrierten Fälle geht auf nur einmalig registrierte Tatverdächtige ohne deutschen Pass zurück.

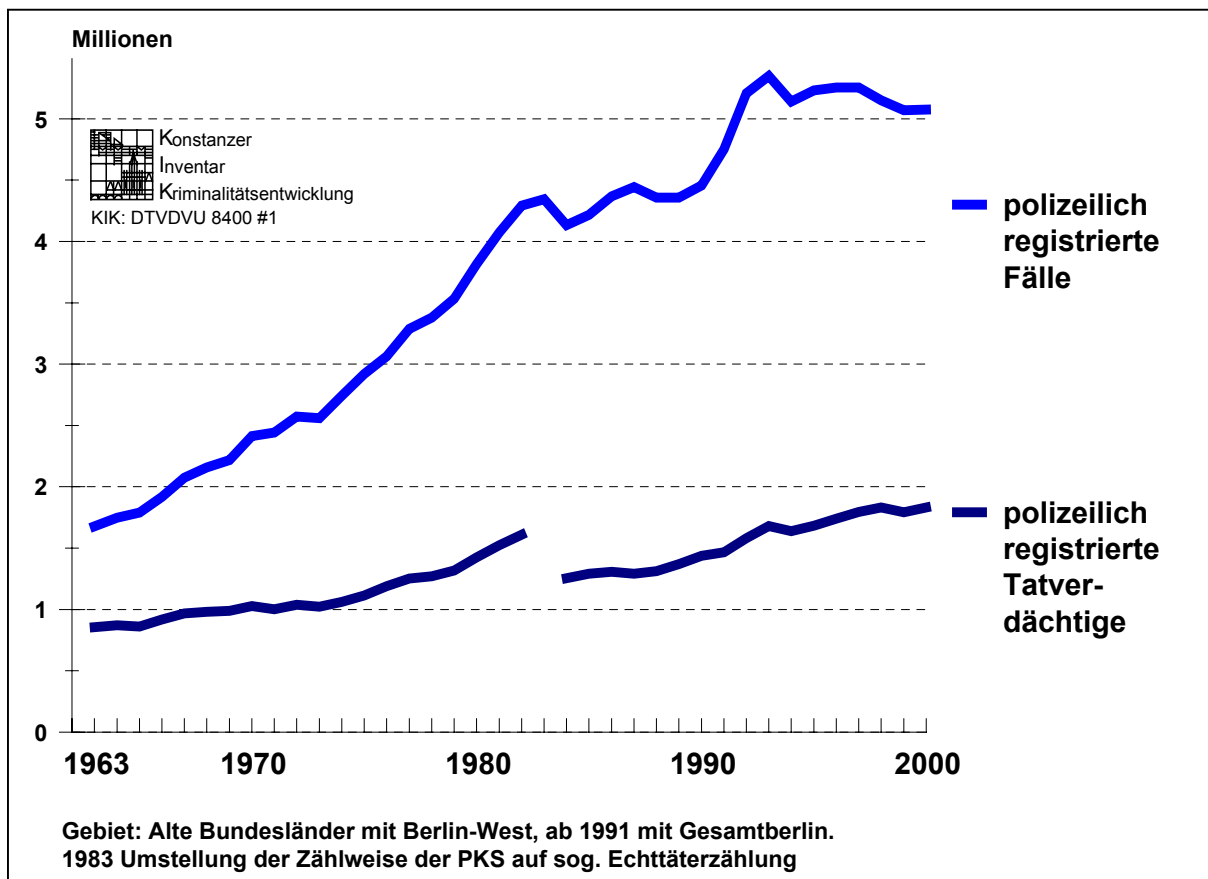
## 5. Ausblick: Ist eine Abschätzung der künftigen Entwicklung möglich?

### 5.1 Voraussetzungen einer prognostischen Abschätzung der örtlichen Kriminalitätsentwicklung

Wie bundes- und landesweit, so war auch in Reutlingen die Entwicklung der registrierten Kriminalität durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: die langjährige Zunahme der Tatverdächtigenbelastungszahlen in einzelnen Altersgruppen sowie Veränderungen in der demographischen Struktur der Bevölkerung.

Verschiedene Gruppen der Bevölkerung sind - je nach Alter, Geschlecht, Sozialmerkmalen, beruflicher und sozialer Eingliederung - unterschiedlich am Kriminalitätsgeschehen beteiligt. Änderungen des Bevölkerungsumfangs und Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur werden deshalb - selbst wenn sich an den Kriminalitätsraten der einzelnen Bevölkerungsgruppen und am Anzeigeverhalten nichts ändert - zu Änderungen der absoluten Zahl registrierter Fälle und Tatverdächtiger sowie zu Verschiebungen in den relativen Anteilen einzelner Gruppen am registrierten Kriminalitätsaufkommen führen. Bei einer Zunahme des Anteils besonders aktiver (junger) Altersgruppen wird zwangsläufig der Anteil junger Tatverdächtiger an der Gesamtheit der Tatverdächtigen zunehmen - ohne dass daraus gefolgert werden dürfte, junge Menschen wären öfter als in früheren Jahren straffällig geworden. Umgekehrt wird bei einem Rückgang der Jahrgangsstärken, einer Abnahme des Anteils junger Menschen und einem zunehmenden Durchschnittsalter der Bevölkerung bei unverändertem Kriminalitätsverhalten ein Rückgang von Häufigkeit und Häufigkeitszahl, bezogen auf die Wohnbevölkerung insgesamt, zu erwarten sein.

In der Vergangenheit wurde die Entwicklung der registrierten Kriminalität allerdings weniger mit Veränderungen der demographischen Struktur als vielmehr mit einem langanhaltenden Trend zur Steigerung der registrierten Kriminalität in Verbindung gebracht: Wenn die Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität in den 60er- und 70er- Jahren eine Vorhersage plausibel machte, dann die einer mittel- wie langfristig absehbaren gesetzmäßigen Zunahme der absoluten und der Häufigkeitszahlen mit durchschnittlichen jährlichen Steigerungen um jeweils 3 bis 6% gegenüber dem Vorjahr (**Schaubild 5.1.1**). Lange Zeit hatte eine derartige Projektion beobachteter und bis dahin langjährig stabiler Trends gute Erfolgsaussichten.

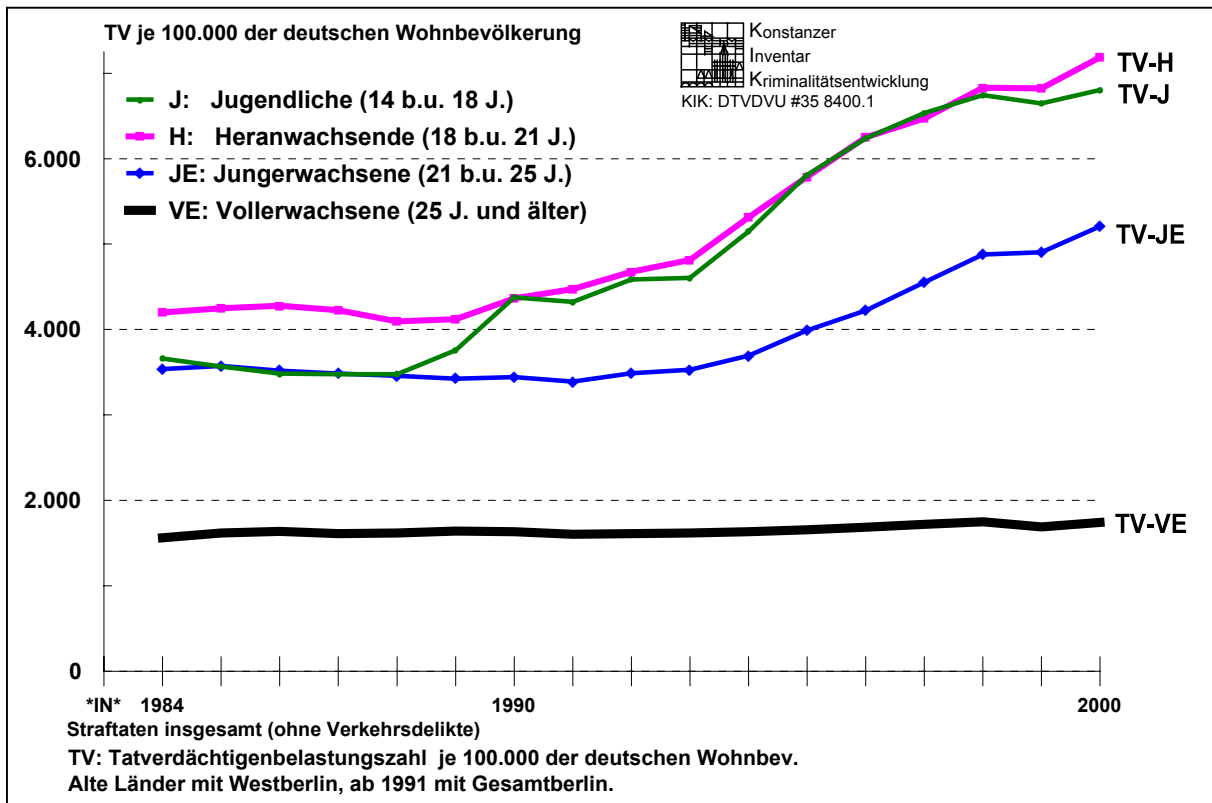


### 5.1.1 Schaubild: Entwicklung der Gesamthäufigkeitszahl polizeilich registrierter Fälle und relative 5-Jahres-Zunahme in %, BRD (alte Länder), 1963 .. 2000

Quelle: Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik>>

Ebenso unverbrüchlich scheint die Tendenz einer immer stärkeren Belastung der jungen Menschen zu sein (**Schaubild 5.1.2**); die Tatverdächtigenbelastungszahlen der verschiedenen Altersgruppen der Deutschen lassen - projiziert man den Trend der vergangenen zehn Jahre in die Zukunft - eigentlich nur noch den Wunsch zu, dass die Anteile junger Menschen weiter abnehmen (oder dass künftige Generationen gleich mit 30 Jahren zur Welt kämen) - denn nur ein Rückgang der Anteile junger Menschen kann uns, so scheint es, vor weiter steigender Kriminalität retten.<sup>39</sup>

<sup>39</sup> Differenziertere Ausführungen zur Kriminalitätsentwicklung finden sich auf den Internet-Seiten des Konstanzer Inventars <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/ki/>>, aus dessen Datenfundus auch die hier wiedergegebenen Schaubilder stammen; zur Entwicklung der registrierten Jugendkriminalität s. insbesondere Heinz, W.: Jugendkriminalität <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/he213-18.htm>> mit ausführlichen Daten- und Literaturnachweisen.



### 5.1.2 Schaubild: Deutsche Tatverdächtige, nach Altersgruppen. Häufigkeitszahlen für Straftaten insgesamt (ohne Verkehrsdelikte). BRD (alte Länder)

Tatsächlich deutet schon ein Vergleich der beiden Schaubilder darauf hin, dass neben dem Rückgang der (absoluten und relativen, jedoch nicht genau in Häufigkeitszahlen quantifizierbaren) Straftaten nichtdeutscher Tatverdächtiger insbesondere auch Verschiebungen in der Altersstruktur der deutschen Wohnbevölkerung, vor allem das Nachwachsen der relativ schwach besetzten Jahrgänge aus den 70er Jahren, dazu beigetragen haben, dass die *Gesamthäufigkeitszahl* registrierter Straftaten und Straftäter erwartungswidrig nicht weiter zugenommen hat - und dies trotz zunehmender Tatverdächtigenbelastungszahlen insbesondere bei den Jugendlichen und Heranwachsenden).

Für ernsthafte prognostische Aussagen reichen Projektionen der vorgefunden Trends in die Zukunft nicht aus. Voraussetzung für eine wissenschaftlich begründete Prognose ist neben der Kenntnis der empirischen Ausgangsbedingungen das Vorliegen eines hinreichend geprüften und bewährten theoretischen Modells, das das vergangene Kriminalitätsgeschehen zuverlässig erklärt und so die deduktive Ableitung prognostischer Aussagen ermöglicht.<sup>40</sup> Von diesem Stand ist (nicht nur) die Kriminologie weit entfernt<sup>41</sup>. Wie in den Wirtschaftswissenschaften oder der Meteorologie liegen mangels hinreichend komplexer und vollständiger Erklärungsmodelle Grundlagen für langfristige und langfristig erfolgreiche Prognosen nicht vor. Eine Aussicht auf Bewährung haben allenfalls kurzfristige, induktiv (durch empirische Verallgemeinerung) gewonnene Voraussagen, die - unter der Voraussetzung, dass sich die Randbedingungen im Wesentlichen im absehbaren Zeitraum nicht ändern - überwiegend auf der Berücksichtigung beobachteter Zusammenhänge zwischen einer beschränkten Zahl von Faktoren oder auf der kurzfristigen Projektion von aktuell erkennbaren Trends auf einen begrenzten Zeitraum beruhen. Es handelt sich also im Regelfall nicht um

<sup>40</sup> Zu den wissenschaftslogischen Voraussetzungen s. Spiess, G.: Kriminalprognose. In: Kaiser/ Kerner/ Sack/ Schellhoss (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch. 3. Aufl., Heidelberg 1993, 286-294.

<sup>41</sup> Dazu Heinz, W.: Was kann die Kriminologie zur Kriminalitätsprognose beitragen? In: BKA (Hrsg.): Zweites Symposium: Wissenschaftliche Kriminalistik. "Kriminalitätsprognose" und "Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis". Referate und Diskussionsbeiträge am 2. und 3. Oktober 1984 im Bundeskriminalamt Wiesbaden 1985, 31-118; ders.: Möglichkeiten und Grenzen von Kriminalitätsprognosen. In: Polizei-Führungsakademie (Hrsg.): Planung der Verbrechensbekämpfung: 1. Kriminalitätslagebilder. Münster 1987, 109-129; ders.: Gerübter Blick in die Zukunft des Verbrechens. Möglichkeiten und Grenzen von Kriminalitätsprognosen. Kriminalistik 41, 1987, 222-227.

Prognosen im wissenschaftlichen Sinne, sondern um mehr oder weniger begründete Projektionen aktueller Trends in die Zukunft.

Von der puren Prophetie unterscheiden sich begründete Prognosen oder Projektionen dadurch, dass sie zumindest auf einige als einflussreich erkannte empirische Bedingungen Bezug nehmen und zugleich die Grenzen der Vorhersagbarkeit aufgrund möglicher Veränderungen der Rahmenbedingungen mit bedenken.<sup>42</sup> Mehr als dies kann auch hier nicht versucht werden.

Mit den für diesen Bericht verfügbaren und im quantitativen Teil ausgewerteten Daten können mögliche Einwirkungen auf die zu erwartende künftige Kriminalitätsentwicklung in Verbindung gebracht werden mit

- der Entwicklung des Bevölkerungsumfangs und
- Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, insb. Verschiebungen der Altersstruktur, aber auch Effekten der Zu- oder Abwanderung von Personengruppen mit deutschem Pass (arbeits- und wohnungsmarktbedingte Zu-/Abwanderungsbewegung) oder ohne deutschen Pass (Flüchtlinge, Asylsuchende),

soweit diese Entwicklungen derzeit absehbar sind.

Nur zum Teil hängen diese Bedingungen von endogenen Faktoren (insbesondere der sog. natürlichen Bevölkerungsentwicklung durch Geburten und Sterbefälle in der ortsansässigen Bevölkerung) ab und sind insoweit aufgrund einer Abschätzung der mittelfristigen Bevölkerungsentwicklung prognostizierbar.

Daneben ist die Entwicklung von Bevölkerungsumfang und -struktur sowohl auf Landes- wie auf Ortsebene aber auch abhängig von der künftigen Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktgeschehens und auf dem Wohnungsmarkt, die sich erfahrungsgemäß einer hinreichend sicheren Prognose entzieht. Nicht nur globale wirtschaftliche Entwicklungen, sondern auch kurzfristige lokale Veränderungen können die Arbeitsmarktsituation und in deren Folge die Zu-/Abwanderung von Arbeitskräften mit ihren Familien, die örtliche Arbeitslosenrate und die Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben erheblich beeinflussen. Dasselbe gilt für die Effekte zuwanderungspolitischer Entscheidungen, die jedenfalls derzeit nicht absehbar sind. Sie können, wie die Entwicklung im ersten Drittel der 90er Jahre (sog. Asylkompromiss 1993) und die Entwicklung des Zuzugs sog. Spätaussiedler zeigt, zu weitreichenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur führen.

Derartige - exogene, insbesondere politische und wirtschaftliche - Faktoren sind einer hinreichend gesicherten Abschätzung nicht zugänglich. Vertretbar erscheinen mittelfristige Einschätzungen, welche die absehbare Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und die bekannten Merkmale der Tatverdächtigenstruktur auf dem Hintergrund der zuletzt beobachteten Entwicklung berücksichtigen.

Eine solche prognostische Einschätzung des künftigen örtlichen Kriminalitätsaufkommens wird, da sie auf einer *Projektion der derzeit beobachtbaren Zusammenhänge* zwischen Bevölkerungsstruktur und Kriminalitätsaufkommen beruht, nur von begrenzter Reichweite sein können und in ihrer Gültigkeit an das Fortbestehen der derzeit gegebenen wirtschaftlichen und zuwanderungspolitischen Rahmenbedingungen geknüpft sein.

Eine Abschätzung der mutmaßlichen weiteren Kriminalitätsentwicklung setzt insbesondere voraus,

- (1) dass die Entwicklung des Bevölkerungsumfangs stärker von vorhersehbaren endogenen (natürlichen) als von (nicht vorhersehbaren) exogenen Bedingungen beeinflusst wird;
- (2) dass mittelfristig stabile Belastungsniveaus oder Belastungstrends für die einzelnen Gruppen der Bevölkerung angenommen werden können;
- (3) dass ferner das örtliche Kriminalitätsgeschehen überwiegend von der bekannten Einwohnerstruktur der Stadt abhängig ist, also auf Umfang und Struktur der *örtlichen* Bevölkerung zurückgeführt werden kann.

---

<sup>42</sup> Vgl. Spiess, G.: Prophetie oder Prognose. Neue Kriminalpolitik 8, 1996, 31-36.

Soweit Aussagen über *einzelne Ortsteile* gemacht werden sollen, setzt dies *zusätzlich* voraus,

- (4) dass die Bevölkerungsprognose *kleinräumig* auf einzelne Stadtteile bezogen werden kann; dies ist auf Ortsteilebene noch problematischer, da wirtschaftliche Entwicklung und städtebauliche Entscheidungen als exogene Bedingungen hier noch größere Bedeutung (auch für stadtinterne Wanderungs- und Umschichtungsprozesse) haben;
- (5) dass mittelfristig stabile Belastungsniveaus oder Belastungstrends auch für die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung *der einzelnen Ortsteile* angenommen werden können und
- (6) dass auch das kleinräumige Kriminalitätsgeschehen in den Ortsteilen überwiegend von deren Einwohnerstruktur abhängig ist, also hauptsächlich auf die Bevölkerung vor Ort zurückgeführt werden kann.

Da der Wunsch der Auftraggeber war, von der Analyse des örtlichen Kriminalitätsgeschehens ausgehend die Möglichkeit prognostischer Aussagen über die mutmaßliche künftige Kriminalitätsbelastung zu prüfen, wird die Erkenntnissituation zu den genannten Punkten im Folgenden kurz dargestellt.

## **5.2 Bevölkerungsstruktur und Prognose der Bevölkerungsentwicklung; Auswirkungen auf altersspezifische Tatverdächtigenzahlen und -anteile**

Die Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2010<sup>43</sup> stellt prognostische Berechnungen zur mutmaßlichen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg an, wobei sie von der Annahme einer Konstanz der derzeitigen Geburtenrate und eines weiteren Anstiegs der Lebenserwartung ausgeht.

Ausgangspunkt der Vorausrechnung ist die Struktur der Bevölkerung zum Jahresende 1998; der Prognosehorizont reicht bis zum Jahr 2010. Erwartet wird, „dass sich im Zeitraum 1998 bis 2010 die baden-württembergische Bevölkerung - verglichen mit früheren Zeiträumen - nur noch mäßig um 0,8 % erhöhen wird. Die schon bisher beobachtbaren regional unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen werden sich aber auch zukünftig fortsetzen“. Da aus statistischen Gründen „zufallsbedingt für sehr kleine Regionaleinheiten keine verlässlichen Vorausrechnungen erstellt werden können“, werden Ergebnisse nur für Teilräume und Städte mit mindestens 20 000 Einwohnern ausgewiesen.<sup>44</sup> Nach der sog. Basisvariante<sup>45</sup> wird erwartet, dass „sich für das kommende Jahrzehnt nach dem starken Bevölkerungsanstieg zu Beginn der 90er Jahre ein eher geringes Bevölkerungswachstum - bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden - abzeichnet. Ursache hierfür sind die erwarteten relativ geringen Wanderungsgewinne einerseits und die aufgrund der Alterung der Bevölkerung immer größer werdenden Sterbeüberschüsse andererseits.“ „Bis zum Jahr 2005 erwartet das Statistische Landesamt einen Anstieg auf rund 10 533 000 Einwohner - etwa 107 000 Personen mehr als zum Jahresende 1998. Dieser Zuwachs von ungefähr einem Prozent entspricht in etwa der heutigen Einwohnerzahl der Großen Kreisstadt Reutlingen. Der bis dahin erwartete Bevölkerungsanstieg dürfte sich in erster Linie aus Wanderungsgewinnen von insgesamt 125 000 Personen ergeben.“ (..) „Zusammengenommen würden bis 2005 etwa 17 000 Personen mehr sterben als Kinder geboren. (...) Auf längere Sicht ist .. mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen. Nach heutiger Kenntnis würde dieser Abwärtstrend ..(nach 2010) allmählich beginnen und sich nach 2020/2025 verstärkt fortsetzen. So werden voraussichtlich um das Jahr 2030 mit knapp 10 Millionen Einwohnern etwa vier Prozent weniger

---

<sup>43</sup> Voraussetzungen und Vorgehen sind beschrieben bei Cornelius, I.: Zur Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 95 - 102; Brachat-Schwarz, W., Stein, U.: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2010. Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 3/2001, S.117-122. Wesentliche Aussagen der Bevölkerungsprognose für Baden-Württemberg sind zusammengefasst im Statistisch-Prognostische Bericht 2001 der Landesregierung und des Statistischen Landesamtes, Stuttgart 2001, S. 125 ff.

<sup>44</sup> Brachat-Schwarz/Stein a.a.O.

<sup>45</sup> Die Basisvariante unterstellt, dass sich die vergangene relative regionale Bevölkerungsentwicklung im Prognosezeitraum fortsetzen wird; besondere Annahmen zu einer künftigen Veränderung der Zuwanderung Nichtdeutscher werden nicht getroffen.

Menschen im Land leben als heute, um 2050 wäre mit rund 8,8 Millionen Personen wieder der Bevölkerungsstand von Ende der 60er Jahre erreicht. Dies sind knapp 16 Prozent weniger als heute.“<sup>46</sup>

Der Statistisch-Prognostische Bericht 2001 der Landesregierung stellt den für die Kriminalitätsentwicklung bedeutsamen Aspekt heraus: „... dass die Zahl der Bürger und Bürgerinnen im strafmündigen Alter aus heutiger Sicht bis zum Jahr 2010 relativ stärker ansteigen wird (+ 4 %) als die Gesamtbevölkerung (+ 1 %). Ende 2010 würden danach mit etwa 9,19 Mill. 14-Jährigen und Älteren 364 000 Personen dieser Altersgruppe mehr im Lande leben als Anfang des Jahres 2000. Diese Entwicklung ergibt sich aus den erwarteten Zuwanderungen und dem Aufrücken von noch relativ stark besetzten jüngeren Jahrgängen in das strafmündige Alter. Die im gleichen Zeitraum allmählich steigenden Gestorbenenzahlen werden durch diese Effekte mehr als ausgeglichen. Erst im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist dann besonders als Auswirkung schwächer besetzter Jahrgänge in der nachwachsenden Generation und deutlich steigenden Sterbefallzahlen mit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen. Die Gruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden wird aus heutiger Sicht bis um die Jahre 2007/2008 zahlenmäßig zunehmen (...). Mit knapp 878 000 Personen im Alter von 14 bis unter 21 Jahren wäre sie dann um nahezu 74 000 Jugendliche und Heranwachsende (+ 9 %) größer als Anfang 2000. Für die Folgejahre jedoch zeichnet sich hier eine rückläufige Entwicklung ab, weil dann – zunächst bei den Jugendlichen – weniger stark besetzte Geburtsjahrgänge nachwachsen. Gleichwohl läge die Zahl der jungen Menschen unter der strafmündigen Bevölkerung im Jahre 2010 mit rund 867 000 Jugendlichen und Heranwachsenden um fast 8 % höher als gegenwärtig. Etwas stärker ausgeprägt dürfte diese Entwicklung bei den 18- bis unter 21-Jährigen verlaufen. Bis 2010 würde nach den Vorausrechnungsergebnissen die Zahl der Heranwachsenden sogar um 10 % (etwa 34 000 Personen) gegenüber heute ansteigen. Danach allerdings ist auch hier mit abnehmenden Jahrgangsstärken zu rechnen.“<sup>47</sup>

Für *Reutlingen* folgen aus dem Prognosemodell des Statistischen Landesamtes die folgenden relativen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, bezogen auf das Jahr 2000:

---

<sup>46</sup> Leibing, E.: Künftige Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg - Strukturveränderungen und mögliche Auswirkungen. Die Gemeinde (BWGZ) 123, Heft 1/2000, S. 27-30.

<sup>47</sup> S. 127 f.



### 5.2.1 Tabelle: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung Reutlingen, 2000 .. 2010

JAHR	unter 15	15 b.u. 18	18 b.u. 25	25 b.u. 40	40 b.u. 65	65 u. älter	GESAMT.
<b>2000</b>	<b>17766</b>	<b>3419</b>	<b>8443</b>	<b>26568</b>	<b>36333</b>	<b>18042</b>	<b>110571</b>
2001	-0,1	+1,6	-0,7	-2,2	+1,2	+2,4	+0,2
2002	-0,8	+5,0	-1,0	-5,0	+2,4	+5,4	+0,4
2003	-1,8	+8,9	-0,8	-7,9	+3,5	+8,6	+0,6
2004	-2,9	+10,9	+0,0	-11,1	+4,5	+12,3	+0,7
2005	-4,7	+13,9	+0,6	-13,6	+5,5	+15,5	+0,8
2006	-6,7	+15,6	+1,8	-16,5	+6,8	+18,3	+0,8
2007	-8,2	+15,4	+3,0	-19,3	+8,5	+19,9	+0,8
2008	-10,0	+13,0	+5,4	-22,1	+10,2	+21,4	+0,7
2009	-11,9	+11,3	+7,5	-24,4	+11,7	+22,4	+0,6
2010	-13,4	+9,7	+8,6	-26,2	+13,6	+21,7	+0,5
<b>2010</b>	<b>15388</b>	<b>3749</b>	<b>9173</b>	<b>19615</b>	<b>41273</b>	<b>21953</b>	<b>111151</b>

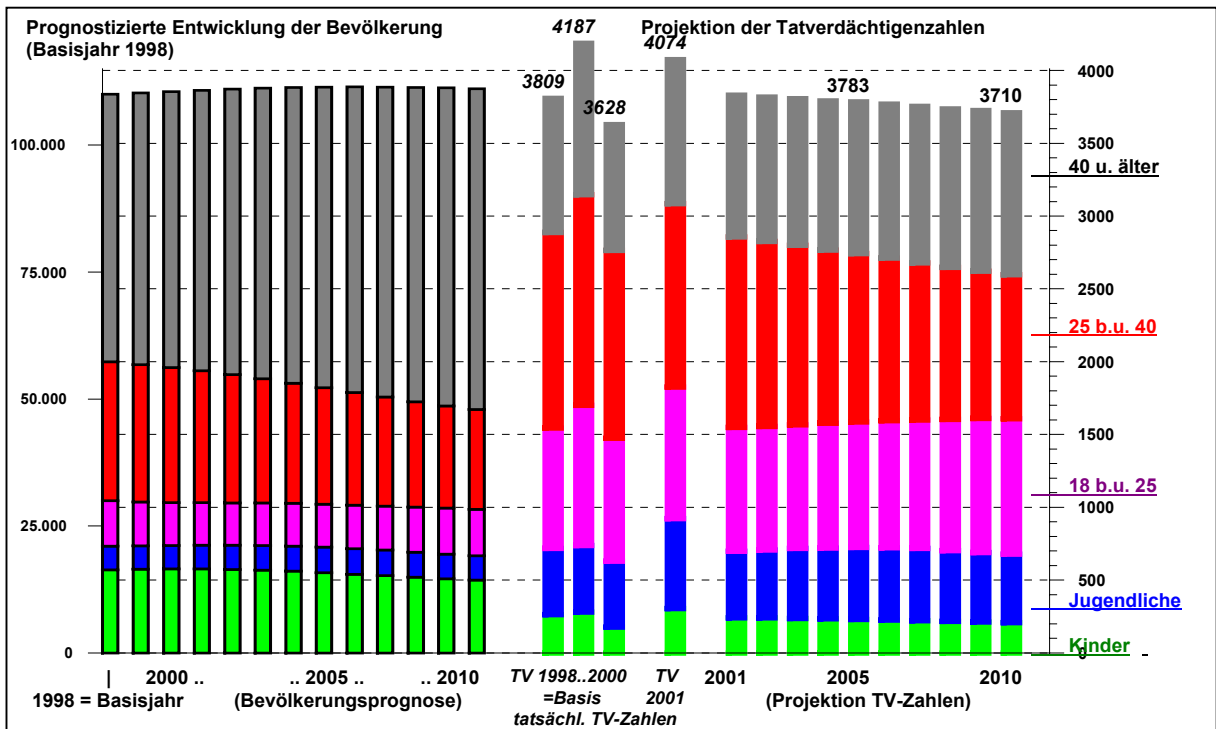
Abs. Zahlen für 2000 und 2010; relative Veränderungen bezogen auf das Jahr 2000

Datenquelle (Abs. Zahlen): Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Berechnungen durch den Verf.

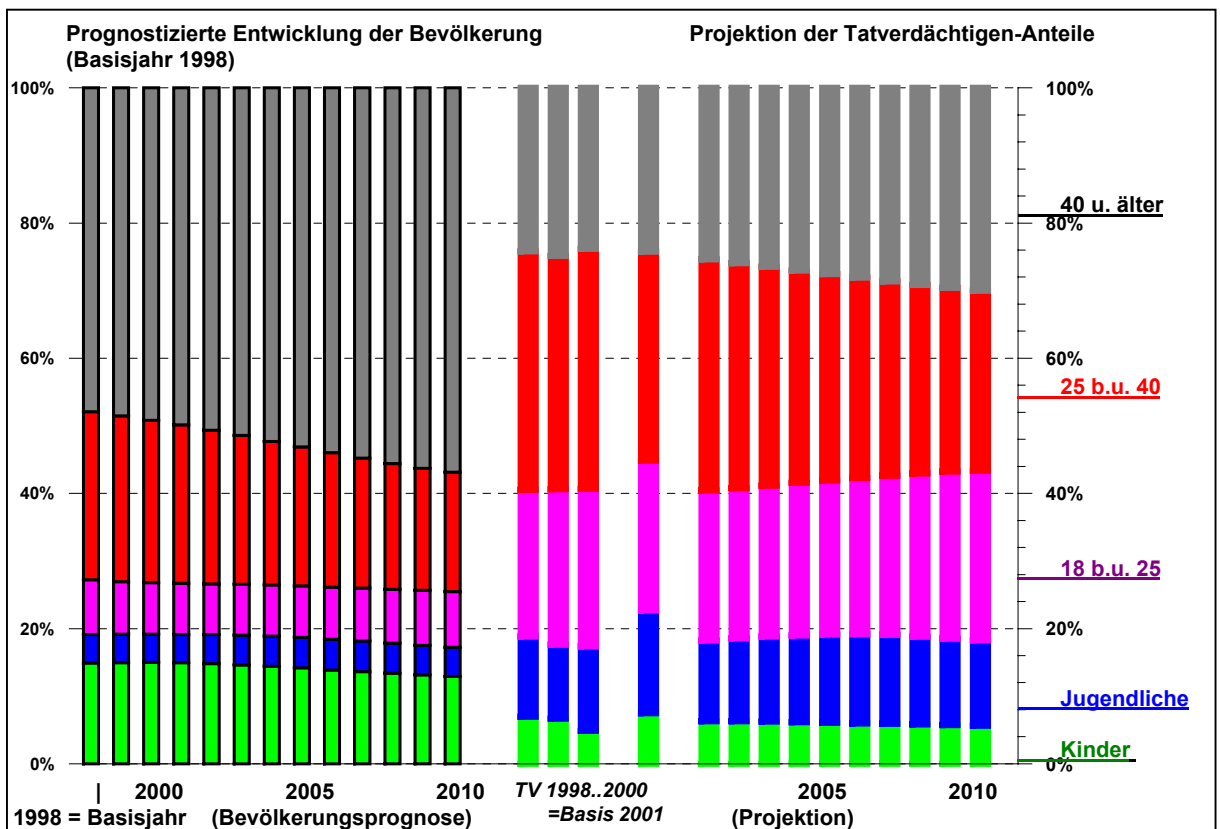
Aus der derzeitigen Altersstruktur der Bevölkerung der Stadt Reutlingen und den Annahmen des Prognosemodells ergeben sich - bei relativ gleichbleibender Einwohnerzahl - erhebliche Verschiebungen im Altersgefüge, und zwar derart, dass die Jahrgangsstärken der Jugendlichen, Heranwachsenden und Jungerwachsenen zunehmen (diese Altersgruppen weisen die höchste Deliktsbelastung auf), dagegen die Zahl der 25- bis unter 40-Jährigen abnehmen wird. Die stärksten Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur werden in Richtung der ältesten Jahrgänge erfolgen.

Da die verschiedenen Altersgruppen mit sehr unterschiedlichen Anteilen zur Gesamtzahl der in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen beitragen, ergeben sich auch Veränderungen in den Erwartungswerten für die Größenordnung der Tatverdächtigenzahlen aus den verschiedenen Altersgruppen und für die Gesamtzahl der in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen. Eine Projektion der in den Jahren 1998 bis 2000 ermittelten altersabhängigen Tatverdächtigenbelastungszahlen auf Basis der Bevölkerungsschätzung des Statistischen Landesamtes für die Stadt Reutlingen kann zeigen, welche Verschiebungen in der Altersstruktur der Tatverdächtigen und welche Größenordnung absoluter Tatverdächtigenzahlen folgt, wenn man die Gültigkeit des Prognosemodells zur Bevölkerungsentwicklung unterstellt und die derzeit beobachtete altersabhängige Registrierungsdichte als besten verfügbaren Schätzer für die mittelfristige Entwicklung heranzieht.

Das Ergebnis dieser Projektion zeigen die folgenden Schaubilder: Dargestellt werden die Schätzungen der Entwicklung der Altersstruktur der Wohnbevölkerung, wie sie sich aus dem Basismodell des Statist. Landesamtes BW ergeben, sowie (rechts) die Projektion der 1998 bis 2000 ermittelten altersabhängigen Registrierungsdichte auf die prognostizierten Bevölkerungszahlen.



5.2.2 Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerung (Basisjahr 1998) und Projektion der Tatverdächtigenzahlen (Basis: Jahre 1998 .. 2000)

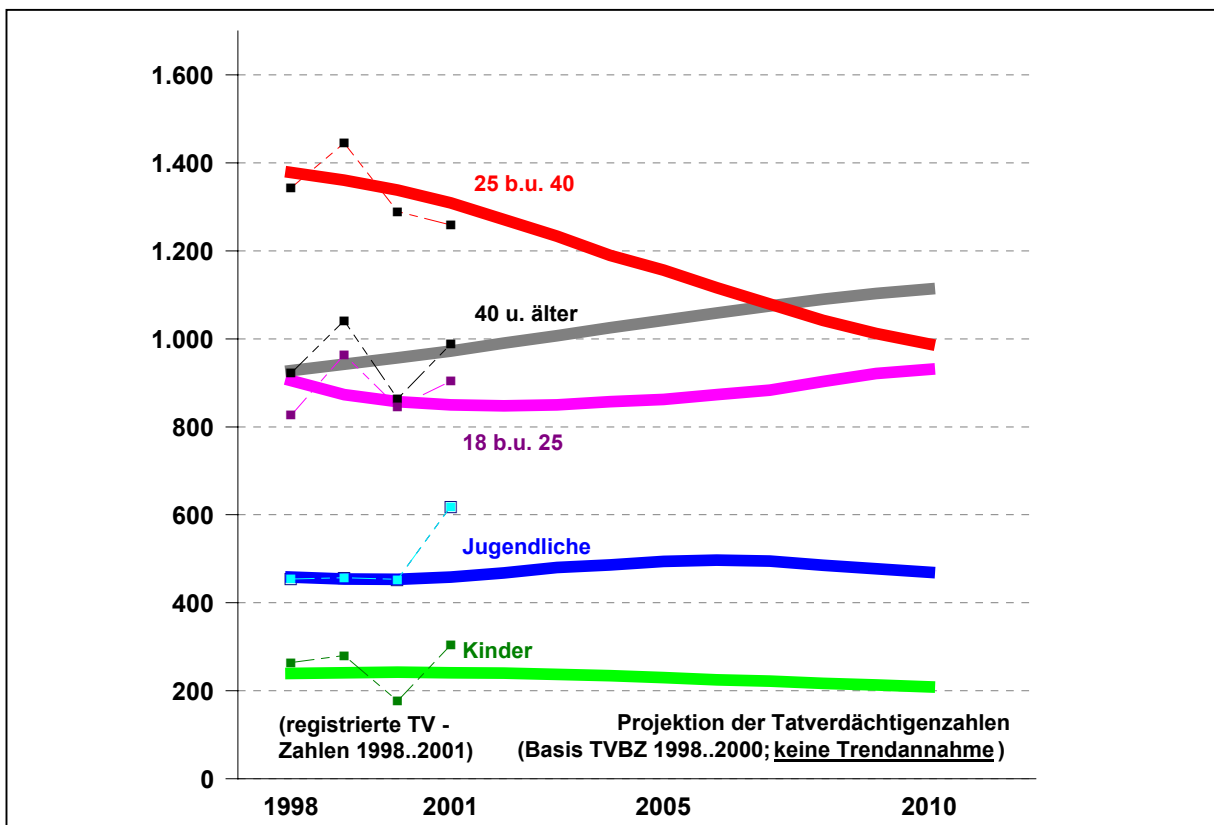


5.2.3 Schaubild: Prognostizierte Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und Projektion der Tatverdächtigenanteile

### 5.3 Was folgt aus dem Prognosemodell für die örtliche Kriminalitätsentwicklung?

Erkennbar wird, wie aus den erwarteten Verschiebungen im Altersgefüge und der ungleichmäßigen Kriminalitätsbelastung der verschiedenen Altersgruppen abgeleitet werden kann, dass *alleine* aufgrund des absehbaren demographischen Wandels zu erwarten ist, dass die absolute Zahl und der prozentuale Anteil

- der Jugendlichen zumindest vorübergehend ,
- ab etwa 2005 auch der Heranwachsenden,
- besonders aber der älteren Erwachsenen ab 40 zunehmen, dagegen Zahl und Anteil
- der Kinder geringfügig,
- der 25 - bis 40jährigen Erwachsenen aber erheblich abnehmen wird.



5.3.1 Schaubild: Alleine aufgrund demographischer Veränderungen erwartete Entwicklungstrends der abs. Tatverdächtigenzahlen

Diese Annahmen beruhen auf einer Projektion der gegenwärtig beobachteten Belastungsniveaus (nicht: der Veränderungstrends der Belastungsniveaus!) der Altersgruppen in Reutlingen auf die Bevölkerungsstruktur, wie sie sich unter Berücksichtigung der mittelfristig absehbaren Trends demographischer Veränderungen in den nächsten 10 Jahren entwickeln würde, *falls* die altersspezifischen Belastungsniveaus gegenüber der Situation 1998 bis 2000 (und entgegen dem beobachteten Trend) nicht weiter zunehmen würden.

Die im ersten der drei Schaubilder wiedergegebenen absoluten Zahlen dürfen allerdings nicht so gedeutet werden, dass eine solche Projektion eine Schätzung des genauen Täter-

aufkommens in einem bestimmten Jahr erlauben würde. Erkennbar ist nämlich vor allem eines: **Die Größenordnung der - in der Tendenz - erwarteten Änderung der Tatverdächtigenzahlen im Laufe von zehn Jahren ist bei den Altersgruppen bis zu 25 Jahren deutlich kleiner als die Unterschiede in den tatsächlichen Tatverdächtigenzahlen der Jahre 1998, 1999 und 2000.** Erst bei Einheiten mit hinreichend großen absoluten Zahlen (und erheblich geringerer Zufallsstreuung in den Gesamtzahlen, also für die Landes- oder Bundesebene) wäre es nach den Regeln der Statistik möglich, Veränderungen der erwarteten Größenordnung gegen die Zufallsstreuung so weit abzusichern, dass bereits hinreichend präzise (und damit auch überprüfbare) Aussagen für die Erwartungswerte der Folgejahre gewonnen werden können.

Für zahlenmäßig kleinere Einheiten - insbesondere aber für einzelne Landkreise und Städte oder gar für Ortsteile - können statistisch vertretbare prognostische Aussagen deshalb nicht abgeleitet werden.<sup>48</sup> Zudem sind die mit dem demographischen Prognosemodell verbundenen Annahmen so weit von exogenen Bedingungen abhängig, dass eine Projektion über einen längeren Zeitraum nicht mehr vertretbar wäre.

Die dargestellte Projektion der altersabhängigen Tatverdächtigenzahlen zeigt, welche *Entwicklungstrends* aus den demographischen Annahmen des Prognosemodells und der derzeit ermittelten Tatverdächtigenstruktur abzuleiten sind. Auch unter der Annahme, dass die Voraussetzungen des Modells sämtlich zutreffen, ist für die jeweils in den *einzelnen* Jahren ermittelten TV-Zahlen mit *erheblichen Schwankungen* um den abgeleiteten Trend zu rechnen, wie dies auch schon in der Vergangenheit der Fall war. Der Informationsgehalt der dargestellten Projektion liegt deshalb darin, dass sie zeigt, wieweit die in den Folgejahren *tatsächlich* zu beobachtende Entwicklung der ermittelten Tatverdächtigenzahlen *auf die Effekte der demographischen Veränderungen* zurückzuführen ist und wieweit sie (insofern sie von den abgeleiteten Trends abweicht) auf substantielle Veränderungen zurückgehen, die durch *andere* als demographische Gründe erklärt werden müssen.

Insbesondere ist festzuhalten, dass eine weitere Zunahme von absoluten Zahlen und Anteilen der *unter 25-jährigen* Tatverdächtigen in Reutlingen in der Größenordnung, wie sie in Schaubild 5.3.1 dargestellt ist, noch *nicht* eine Änderung der Straffälligkeit innerhalb dieser Altersgruppen belegen würde, da entsprechende Verschiebungen schon *alleine* aufgrund der absehbaren demographischen Veränderungen zu erwarten sind. Insofern erlaubt die hier angestellte Vorausschätzung zwar keine Prophetie in Bezug auf künftige Entwicklungen, kann aber helfen, den erwartbaren Entwicklungstrend in seiner Abhängigkeit von demographischen Veränderungsprozessen abzusehen und dadurch mögliche Fehldeutungen der absehbaren Entwicklung zu vermeiden.

So folgt aus den hier angestellten Berechnungen u.a., dass (alleine aus demographischen Gründen) die Berechnung von Tatverdächtigenbelastungszahlen für die Wohnbevölkerung

---

<sup>48</sup> Befunde zur Tatverdächtigenstruktur nach einzelnen Ortsteilen sind im Anhang dieses Berichts in mehreren Schaubildern dokumentiert.

*insgesamt* die Kriminalitätsentwicklung anders (je nach aktuellen demographischen Veränderungen: günstiger oder ungünstiger) erscheinen lassen wird als die jeweils für die einzelnen *Altersgruppen* berechneten Belastungszahlen. Vor allem aber wird die traditionelle Form, in der die besondere Belastung der jugendlichen und heranwachsenden Altersgruppen in der PKS immer wieder hervorgehoben wird (durch Gegenüberstellungen der prozentualen Anteile an der Wohnbevölkerung insgesamt zu den prozentualen Anteilen an den Tatverdächtigen insgesamt) absehbar zu dem Eindruck führen, diese Altersgruppen hätten sich ungünstiger entwickelt als die Gesamtheit der Bevölkerung - und zwar selbst dann, wenn die Tatverdächtigenbelastungszahlen im langjährigen Trend tatsächlich stabil bleiben würden.

Dieser - nur anscheinend paradoxe - statistische Zusammenhang ist vermutlich nicht ganz leicht nachvollziehbar. Die Schaubilder 5.2.2 und 5.2.3 lassen immerhin auch ohne komplizierte Berechnungen erkennen, dass trotz einer leichten Abnahme des Anteils der unter 25jährigen an der *Wohnbevölkerung* der Anteil dieser Altersgruppen an den registrierten *Tatverdächtigen* insgesamt zunimmt - und zwar auch dann, wenn, wie in dem hier zugrundeliegenden Rechenmodell, *konstante* Tatverdächtigenbelastungszahlen *innerhalb* der einzelnen Altersgruppen angenommen werden. Grund ist die Disparität der Belastungszahlen der einzelnen Altersgruppen, die deshalb nicht einfach analog zu den demographischen Veränderungen, sondern mit jeweils unterschiedlichen Gewichten zum registrierten Delinquenzaufkommen insgesamt beitragen und auch künftig beitragen werden.

So zeigt diese Analyse des Zusammenhangs von Altersstruktur und Tatverdächtigenzahlen, dass nicht nur die Besonderheiten der demographischen Struktur der *Nichtdeutschen* zu einer Überschätzung deren Belastung im Vergleich zu den Deutschen führen, wenn Prozentanteile an der Bevölkerung und Prozentanteile an den registrierten Tatverdächtigen einander gegenübergestellt werden; auch bei der *deutschen* Wohnbevölkerung können unzureichend differenzierte Vergleiche zu irreführenden Deutungen und falschen Folgerungen führen. Jedenfalls sollte deutlich geworden sein, warum die Gegenüberstellung von *Prozentanteilen* der nichtdeutschen vs. deutschen, oder der jungen vs. alten Tatverdächtigen leicht zu Fehldeutungen führen kann.<sup>49</sup> Wo, wie dies leider nur für die deutsche Wohnbevölkerung hinreichend exakt möglich ist, altersspezifische Häufigkeitszahlen berechnet werden können, sollten stets diese zur sachgerechten Bewertung der Kriminalitätsbelastung und der Kriminalitätsentwicklung der verschiedenen Altersgruppen herangezogen werden.<sup>50</sup>

#### 5.4 Alternativszenarien unter der Annahme weiterhin steigender Belastung der jungen Altersgruppen

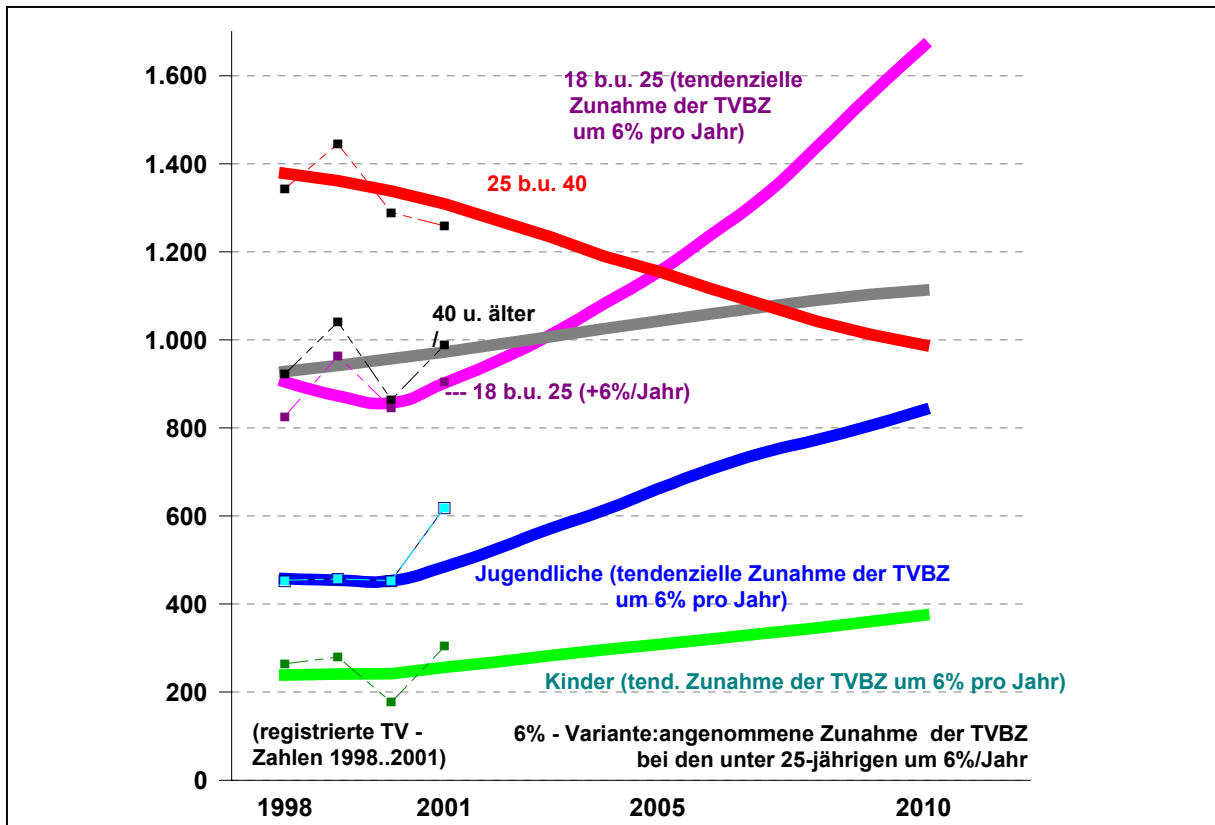
Die vorgestellten Folgerungen aus den mittelfristig angenommenen Änderungen der örtlichen Bevölkerungsstruktur beruhen auf einer Projektion der zuletzt ermittelten altersspezifischen Belastungsniveaus in die Folgejahre ohne Annahme eines weiteren Niveaustiegs der Tatverdächtigenbelastungszahlen. Auf dem Hintergrund der über lange Zeit bundes- und landesweit kontinuierlich angestiegenen Belastung insbesondere der Altersgruppen der 14- bis 25-Jährigen wird man dieses Modell als ausgesprochen optimistisches Szenario ansehen, auch wenn es mit den zuletzt (im Mittel der letzten drei Jahre) in Reutlingen beobachteten Daten kurzfristig gut vereinbar erscheint.

---

<sup>49</sup> Dies gilt beispielsweise für die in der Tagespresse wiederholt zu lesende Schlagzeile "Straftäter werden *immer jünger*", die sich auf den zunehmenden *Anteil* junger Tatverdächtiger unter den Tatverdächtigen insgesamt bezieht. Abgesehen davon, dass ein verjüngender Effekt des Ladendiebstahls auf die Täter bislang nicht nachgewiesen wurde (zum Glück für den Einzelhandel, der sich des Andrangs älterer Ladendiebe sonst wohl kaum erwehren könnte) - eine solche Aussage aufgrund von Prozentzahlen ist ebenso unsinnig wie es die folgende Behauptung wäre: Seit 1993 hat der *Anteil* der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter den in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen um ein Viertel abgenommen - die Straftäter werden also *immer deutscher*.

<sup>50</sup> Das Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung (KIK) <<http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/>> stellt aus diesem Grund der Fachöffentlichkeit Zeitreihendaten der altersspezifischen Tatverdächtigen- und Kriminalitätsbelastung zur Verfügung, die in dieser Form den amtlich veröffentlichten Statistiken nicht zu entnehmen sind.

Ein - gemessen an den derzeit beobachteten Trends - *realistischeres Szenario* ergibt sich unter der Annahme, dass längerfristig mit einer tendenziellen Zunahme der Belastungsniveaus der Jugendlichen, Heranwachsenden und Jungerwachsenen (also der 14- bis unter 25-Jährigen) in einer Größenordnung von 6 % relativ zum jeweiligen Vorjahresniveau zu rechnen ist (wie dies der Größenordnung der *bundesweit* beobachteten Trends entsprechen würde, vgl. oben Schaubild 5.1.2).



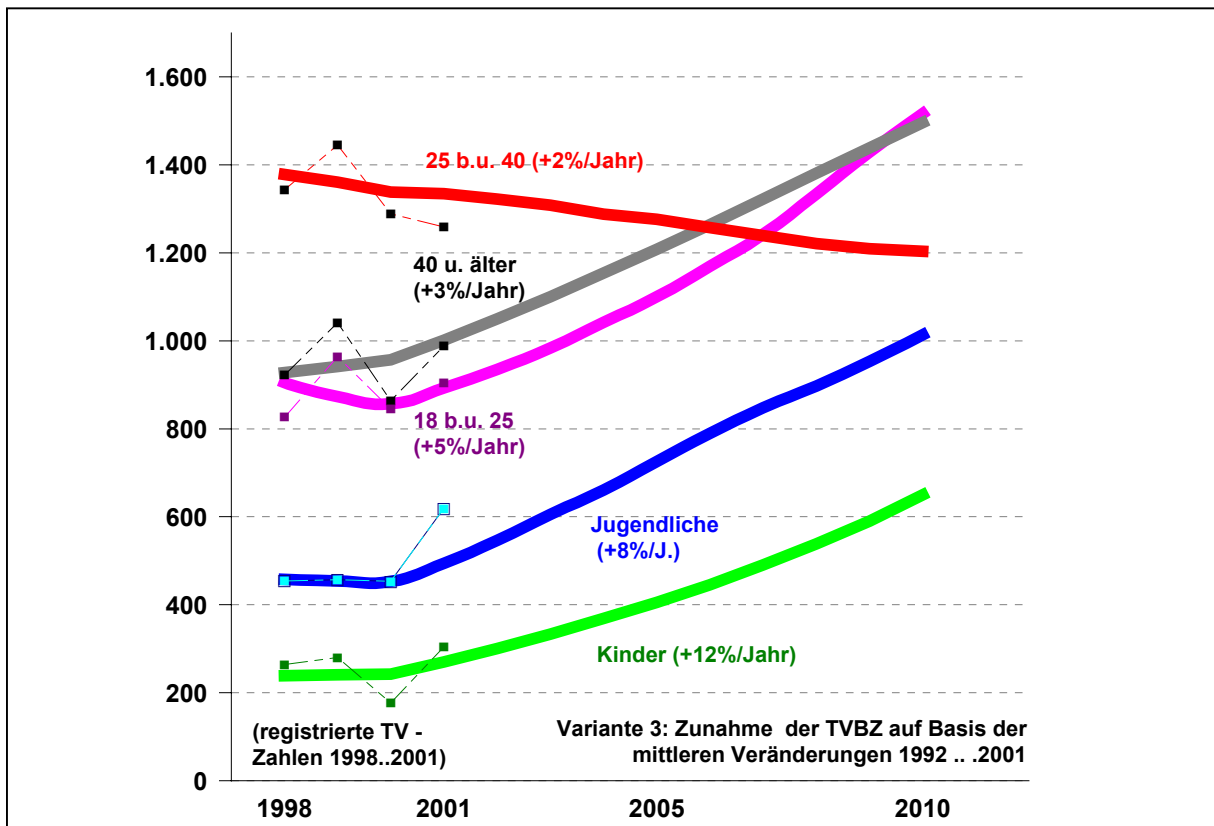
**5.4.1 Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen bei 6%- Trend-Annahmen für die Belastung der 14- bis 25-Jährigen**

Das Prognoseszenario in Schaubild 5.4.1 zeigt im Vergleich zu Schaubild 5.3.1, wie die Annahme eines Trends zur weiteren Zunahme der Belastung der Altersgruppen der 14- bis 25-Jährigen führt (die 6%-Variante entspräche dem zuletzt beobachteten gemittelten Trend der alten Bundesländer für die deutschen Tatverdächtigen - Schaubild 5.1.2).

Bereits in diesem 6%-Szenario erscheint die Zunahme der *absoluten Zahl* der jugendlichen und heranwachsenden/jungerwachsenen Tatverdächtigen erheblich; dies aber vor allem aufgrund der bis etwa 2010 erwarteten Zunahme der Zahl junger Menschen dieser Altersgruppen. Zur Einordnung dieses hypothetischen Szenarios ist es allerdings angebracht, die bisher tatsächlich bundesweit wie örtlich beobachtete Entwicklung vergleichend heranzuziehen: Auch eine solche Entwicklung würde sich durchaus noch weitgehend in der Bandbreite von Veränderungen bewegen, wie sie im vergangenen Jahrzehnt beobachtet wurden; die Auswirkungen auf die Tatverdächtigenzahlen insgesamt wären, gemessen an der Streubreite der bisher beobachteten Zahlen und unter Berücksichtigung des wachsenden Anteils der 18- bis 25-Jährigen an der Wohnbevölkerung, keineswegs dramatisch.

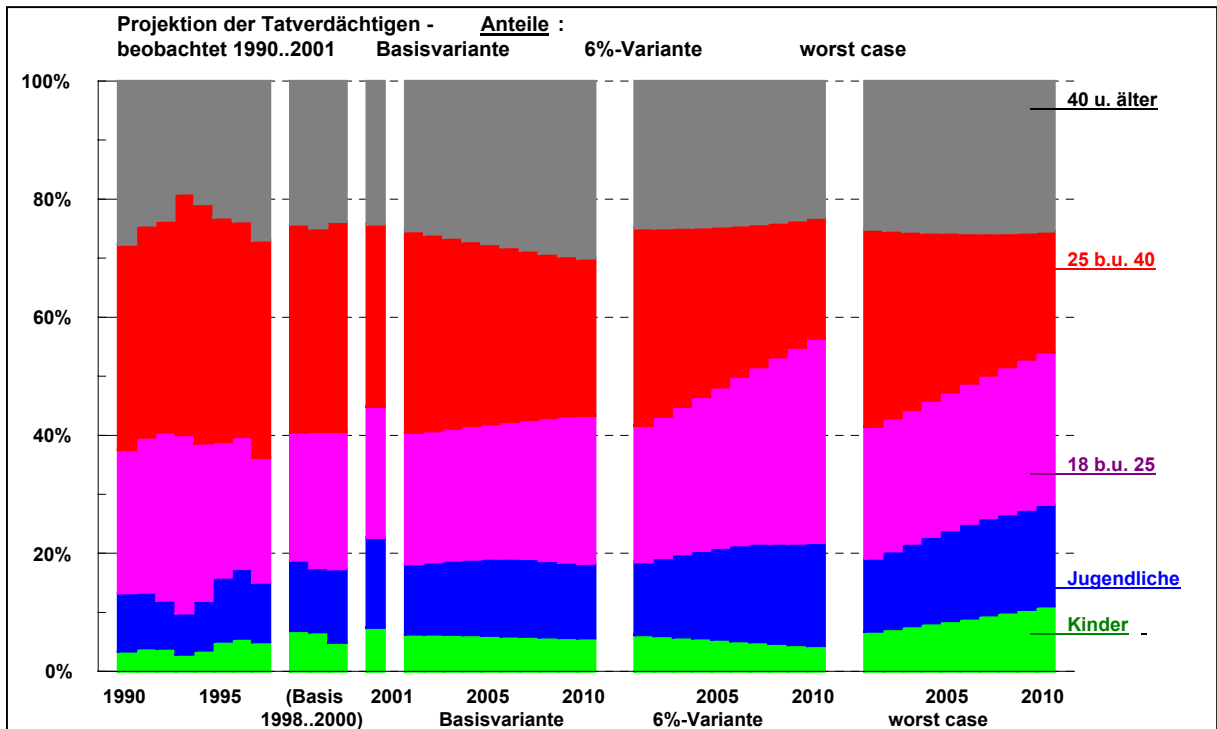
Neben dieser 6%-Variante wird zur Veranschaulichung eine weitere Variante berechnet, in der die altersspezifischen Trends aus den gemittelten jährlichen Veränderungsdaten zwischen den Jahren 1992 bis 2001 gewonnen und auf die prognostizierte Bevölkerungsstruktur bis zum Jahre 2010 projiziert werden. Unter diesen - vergleichsweise sehr ungünstigen -

Annahmen ergäbe sich 2010 gegenüber 2000 eine Zunahme der absoluten Zahl der Tatverdächtigen insgesamt in einer Größenordnung von 50% (s.u. Schaubild 5.4.3).

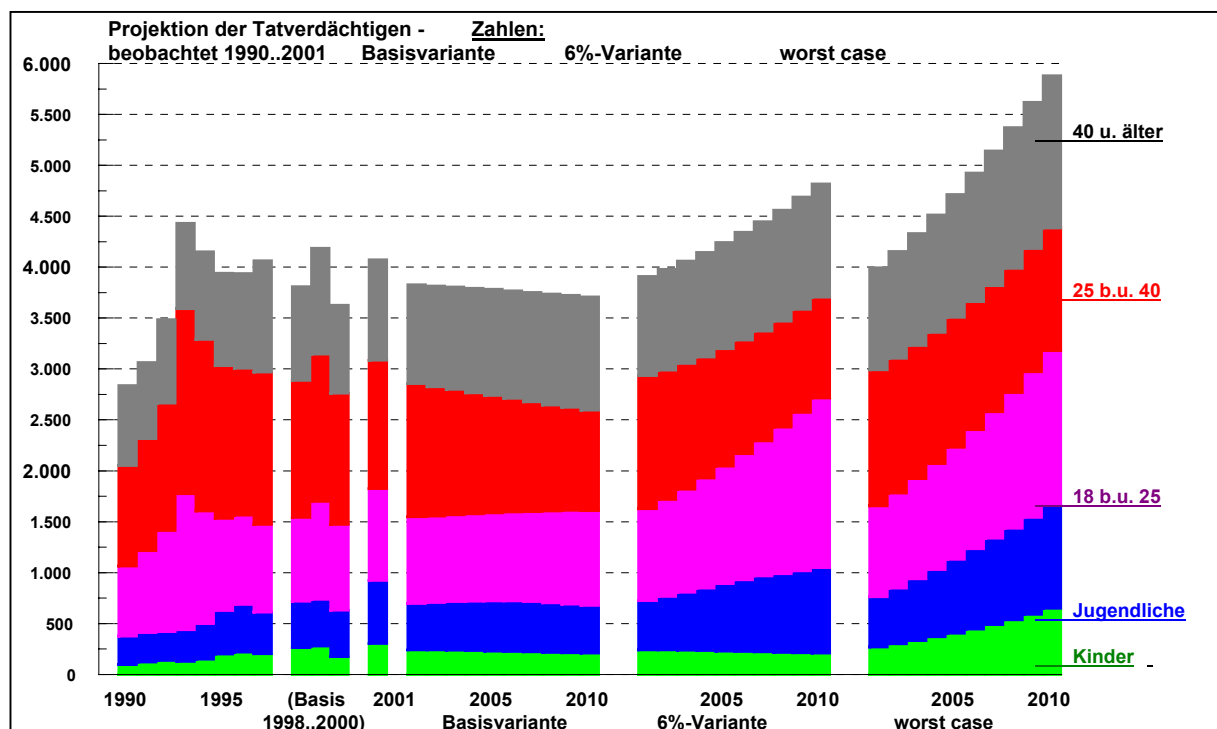


#### 5.4.1 Schaubild: Projektion der TV-Zahlen der Altersgruppen entsprechend den gemittelten Veränderungsraten der vergangenen 10 Jahre

Insbesondere bei dieser Projektion mit ihren dramatischen Ergebnissen etwa bei den tatverdächtigen Kindern muss noch einmal daran erinnert werden, dass die Streuung der jährlichen Veränderungsraten (und damit auch der statistische Schätzfehler des angenommenen Trends) wegen der kleinen absoluten Zahlen extrem hoch ist: So wurden in den Jahren seit 1996 jeweils jährliche Veränderungen der Tatverdächtigenbelastungszahl der Kinder von -9%; +40%; +6%; -36%; +73% beobachtet (bei einer Streubreite der abs. Zahlen zwischen 177 und 304). Diese Projektion darf deswegen nicht als hinreichend gesicherte Prognose betrachtet werden, sie sollte vielmehr als hypothetisches *worst case* - Szenario interpretiert werden, das darstellt, mit welchen Größenordnungen registrierter Tatverdächtiger unter den hier zugrundegelegten Annahmen gerechnet werden müsste, wenn die überproportionalen Zuwächse der Belastung insbesondere der jüngeren Altersgruppen (die sich, wie gezeigt, vor allem im Bereich der Bagatelldelinquenz abspielten) unverändert fortgeschrieben werden.



**5.4.2** Projektion der Tatverdächtigen-Anteile nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten Anteilen



**5.4.3** Projektion der Tatverdächtigen-Zahlen nach der Basisvariante und der 6%-Variante im Vergleich zu den 1990 bis 2000 beobachteten absoluten Tatverdächtigen-Zahlen

Bei allen drei hier dargestellten Varianten handelt es sich um *Modellrechnungen* auf der Grundlage von alternativen, aber jeweils beobachtungsnahen und damit nicht unrealistischen Annahmen über die Auswirkung unterschiedlicher Trends in der Belastung der 14- bis 25-Jährigen im Rahmen der erwarteten Bevölkerungsentwicklung. Sie stellen also keine prophetische Vorhersage künftiger Entwicklungen dar, sondern zeigen, innerhalb welchen



Rahmens sich die Entwicklung *unter Voraussetzung der Gültigkeit der zugrundegelegten Annahmen* mutmaßlich bewegen wird. Dabei ist, wie die Streuung der tatsächlich beobachteten Werte zeigt, auch in künftigen Jahren mit erheblichen Schwankungen der jeweils in einzelnen Jahren beobachteten Werte um den dahinterliegenden Trend zu rechnen. Realistisch ist es, wie aus allen drei Szenarien hervorgeht, damit zu rechnen, dass infolge absehbarer demographischen Veränderungen (und trotz des zunehmenden Altersdurchschnitts der Bevölkerung) Zahl und Anteil der unter 25-Jährigen an den registrierten Tatverdächtigen in den kommenden Jahren zunächst überproportional zunehmen werden, bevor - nach 2010 - wieder deutlich geringer besetzte jüngere Jahrgänge in die (nicht nur, aber auch in delinquenter Hinsicht) besonders aktiven Altersstufen nachrücken werden.

### **5.5 Grenzen der demographischen Prognosebasis: Besonderheiten der demographischen Struktur Reutlingens**

Grenzen der Präzision jeder Trendprognose ergeben sich zunächst unvermeidlich aus den in Reutlingen zwangsläufig *geringen absoluten Zahlen*, auf denen die Ermittlung der Basiswerte der Projektion beruht.

Der Schätzfehler wird ferner dadurch vergrößert, dass (selbst wenn die Richtigkeit der prognostischen Annahmen unterstellt wird) das Modell nur für den Teil der örtlich registrierten Delinquenz Annahmen treffen kann, der auf *aufgeklärte* Delikte von in Reutlingen nicht nur registrierten, sondern auch *ansässigen* Tatverdächtigen zurückgeht. Dies trifft, wie bereits dargestellt, für mehr als ein Drittel der in Reutlingen registrierten Tatverdächtigen jedoch nicht zu.

Die Verlässlichkeit der Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere der regionalisierten Modellrechnungen, hängt hauptsächlich davon ab, dass die Annahmen über die *endogenen* Einflussbedingungen (vor allem die natürliche Bevölkerungsbewegung, abhängig von Geburtenrate und Lebenserwartung) - sich bewähren und dass *exogene* Entwicklungen (vor allem regionale und überregionale Wanderungsbewegungen) nicht zu massiven Änderungen in den Randbedingungen des Prognosemodells führen.

Aufgrund der vom Statistischen Landesamt in dankenswerter Weise verfügbar gemachten Daten kann die besondere Problematik der Bevölkerungsentwicklung Reutlingens anhand der Daten zur Bevölkerungsbilanz verdeutlicht werden. Die Bevölkerungsbilanz - als Saldo der Zu- und Abgänge - ergibt sich aus dem Geburtenüberschuss oder -defizit sowie aus dem Wanderungssaldo.

### 5.5.1 Tabelle : Bewegungsgrößen von Geburten- und Wanderungssaldo in Stadt und Landkreis und im Land Baden-Württemberg im Vergleich

Bevölkerungsbilanzen je 1000 der Ausgangsbevölkerung am 31.12.1994	1. Stadt Reutlingen	2. Landkreis Reutlingen	3. Land BW insges.
(a) Lebendgeborene 1995..1999 je 1000 *)	51	56	55
(b) Gestorbene 1995..1999 je 1000 *)	48	47	47
<b>(c) Geburtenüberschuss (a-b) 1995..1999 je 1000 *)</b>	<b>+4**</b>	<b>+9</b>	<b>+7</b>
(d) Zugezogene 1995..1999 je 1000 *)	412	367	370
(e) Fortgezogene 1995..1999 je 1000 *)	391	351	357
<b>(f) Wanderungssaldo (d-e) 1995..1999 je 1000 *)</b>	<b>+20</b>	<b>+15</b>	<b>+13</b>
<b>(g) Bevölkerungsveränderung (c+f) (1995..1999 je 1000 *)</b>	<b>+24</b>	<b>+25</b>	<b>+20</b>
Bewegungsgröße der Wanderungen (d+e)	803	718	727
Bewegungsgröße der Geburten u. Sterbefälle (a+b)	99	103	102
*) je 1000 der Ausgangsbevölkerung am 31.12.1994	107782	270038	10272069

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten des Statist. Landesamtes BW.

\*\* Rundungsbedingt kann die Subtraktion der abgedruckten ganzen Werte (z.B. 51 - 48) scheinbar ein anderes als das wiedergegebene (mit den ungerundeten Werten korrekt berechnete) Ergebnis (hier: 4 statt 3) ergeben.

Die Bewegungsgröße der Wanderungen (d+e) ist demnach 8 x so groß wie diejenige der Geburten/Sterbefälle (a+b); das resultierende Wanderungssaldo (f) ist in Reutlingen fünfmal so groß wie das Geburtensaldo (im Landkreis und in Baden-Württemberg insgesamt dagegen nur etwa doppelt so groß).

In Hinblick auf die oben unter 5.1 aufgeführten Bedingungen für eine Kriminalitätsprognose aufgrund der verfügbaren Daten über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die anzunehmenden resultierenden Verschiebungen in der Altersstruktur bedeutet dies:

Die Entwicklung des Bevölkerungsumfangs wird stärker als von den (relativ gut vorhersehbaren) endogenen (natürlichen) Bedingungen von der Entwicklung des Wanderungsgeschehens beeinflusst. Entwicklungen der lokalen und regionalen Arbeitsmarktstruktur sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land können deshalb im Voraus schwerlich absehbare Auswirkungen auf Umfang und Struktur der örtlichen Bevölkerung haben, die in der – fachlich solide begründeten - Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes nicht berücksichtigt sind und prinzipiell nicht berücksichtigt werden *können*. Auch überregionale Entwicklungen, etwa neuerlich (bürger-)kriegsbedingte Fluchtbewegungen, und politische Entscheidungen über die Zuwanderung von Nichtdeutschen und Aussiedlern können (derzeit nicht prognostizierbare) Auswirkungen haben, die über die absehbaren Effekte der (endogenen) Bevölkerungsentwicklung und der ‚normalen‘, im Prognosemodell berücksichtigten Migrationseffekte quantitativ weit hinausgehen.

Für die Frage, wie die Entwicklung des Kriminalitätsgeschehens in den einzelnen *Stadtteilen* eingeschätzt werden kann, ist ferner zu bedenken, dass hier Bevölkerungsumfang und –struktur von sehr untergeordneter Bedeutung sind. Eine Projektion der absehbaren Entwicklung der Kriminalitätsbelastung kann für die innerörtliche Analyse deshalb nicht auf ortsteilspezifische Tatverdächtigen-Häufigkeitszahlen gestützt werden. Die im **Anhang** dokumentierte Verteilung der absoluten Zahlen von registrierten Tatverdächtigen zeigt, dass die Verteilung von Taten und Tatverdächtigen über die Ortsteile weniger von der Bevölkerungs-

struktur abhängt als von der funktionalen Differenzierung der Stadt: In Innenstadt oder Industriegebiet werden nicht deshalb im Verhältnis zur Wohnbevölkerung überdurchschnittlich viele Taten und Tatverdächtige registriert, weil dort eine besonders delinquente Bevölkerung leben würde, sondern weil bestimmte Gegenden vermehrt aufgesucht werden, um Arbeits-, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten wahrzunehmen. Insbesondere junge Menschen suchen häufig anonyme Örtlichkeiten außerhalb des Wohnviertels und außerhalb der unmittelbaren Wahrnehmung durch Eltern und Nachbarschaft auf, um dort ihre Freizeit mit Gleichaltrigen zu verbringen; Außerhausaktivitäten sind - abgesehen von den jüngsten Altersgruppen - in aller Regel nicht mehr an das unmittelbare Wohnviertel gebunden; dasselbe gilt zwangsläufig auch für Straftaten, die im Rahmen außerhäuslicher Aktivitäten begangen werden.

#### **5.6 Folgerungen: Kein Anlass zur Dramatisierung. Wichtig sind 'positive Gelegenheitsstrukturen', aussichtsreich ist Prävention.**

Für präventive Überlegungen und auch für zielgruppenbezogene Präventionsansätze ist deswegen die Orientierung an vorhandenen *Gelegenheitsstrukturen* (negativen - im Sinne von Tatgelegenheiten - wie positiven Gelegenheitsstrukturen - im Sinne von Freizeitangeboten und zielgruppenorientierten integrationsfördernden Maßnahmen) allemal aussichtsreicher als der Versuch einer Identifizierung (und womöglich auch Stigmatisierung) von Wohnquartieren mit einer problembehafteten oder auffälligen Bewohnerstruktur.

Die statistische Analyse der Reutlinger Kriminalitätsdaten hat keinen Hinweis darauf erbracht, dass – gemessen an den verfügbaren kriminalstatistischen Vergleichsdaten und dem kriminologischen Kenntnisstand über die Belastung von jungen Menschen und von nicht-deutschen Bevölkerungsgruppen – in Reutlingen eine auffällige und zu besonderer Besorgnis Anlass gebende Kriminalitätsstruktur vorliegen würde. Dies gilt sowohl für die jungen Menschen als auch für die Nichtdeutschen, die sich in Reutlingen aufhalten. Wirklich schadensintensive Delikte sind nicht die Domäne dieser beiden hier besonders analysierten Gruppen. Die Zunahme polizeilicher registrierter Kriminalität geht - örtlich wie landesweit - jedenfalls nicht auf die Gruppe der Nichtdeutschen zurück; nicht vom (deutschen oder ausländischen) Pass, sondern von der sozialen Integration und der mit dieser zusammenhängenden Lebensperspektive hängt die Gefährdung ab - gleich, ob es sich um Gruppen der angestammten deutschen Wohnbevölkerung, um Zuwanderer mit deutschem Pass (Aus-siedler) oder um Zuwanderer ohne deutsche Staatsangehörigkeit und deren (größtenteils in Deutschland aufgewachsene) Nachkommen handelt.

Soweit - wie derzeit - vor allem die jüngeren Altersgruppen zum Zuwachs polizeilich registrierter Delinquenz beigetragen haben (und mutmaßlich auch in den kommenden Jahren weiter beitragen werden), geht dieser quantitative Zuwachs ganz überwiegend auf minder-schwere Deliktsbereiche mit hohem Dunkelfeld zurück, dessen Aufhellung zudem von der Entwicklung des Kontroll- und Anzeigeverhaltens, etwa im Einzelhandel beim Ladendieb-

stahl, beeinflusst wird. Hier scheinen nicht Dramatisierung und mehr Repression, sondern ein Mehr an Prävention angezeigt und aussichtsreich.

Dass gewalttätig ausgetragene Konflikte unter Jugendlichen vermehrt registriert (und das heißt auch: vermehrt von Betroffenen oder Zeugen zur Anzeige gebracht) werden, ist ein derzeit bundesweit beobachtetes Phänomen. Dass Opfer von Gewaltdelikten oder deren Angehörige heute häufiger den Weg zur Polizei finden, wird im Übrigen auch aus polizeilicher Sicht positiv zu bewerten sein. Neben dem Ausbau von Opferorientierung und des Opferschutz misst die polizeilichen Praxis und Öffentlichkeitsarbeit zurecht der Gewaltprävention einen hohen Stellenwert zu. Junge Menschen treten nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer von Gewaltdelikten in Erscheinung; und sie sind, wie kriminologische Untersuchungen zu Opfergefährdung und Kriminalitätsfurcht belegen, als Zielgruppe für präventive Bemühungen vor Ort durchaus aufgeschlossen und ansprechbar.

\* \* \*

Es deutet somit insgesamt nichts darauf hin, dass die erwachsenen Bürger der Stadt Anlass hätten, sich vor einer heranwachsenden ‚Monstergeneration‘ zu fürchten; aber es gibt sicher Anlass, zu sehen (und das bestätigen auch einige der in den Interviews wiedergegebenen Äußerungen), dass Konflikte zwischen Gruppen junger Menschen und Gewaltbereitschaft die jungen Menschen selbst beschäftigen und als Probleme wahrgenommen werden: Nicht primär als potentielle Täter, sondern als Ansprechpartner und ‚Nachfrager‘ von Prävention sollten die jungen Menschen von Polizei und Kommune angesprochen werden.

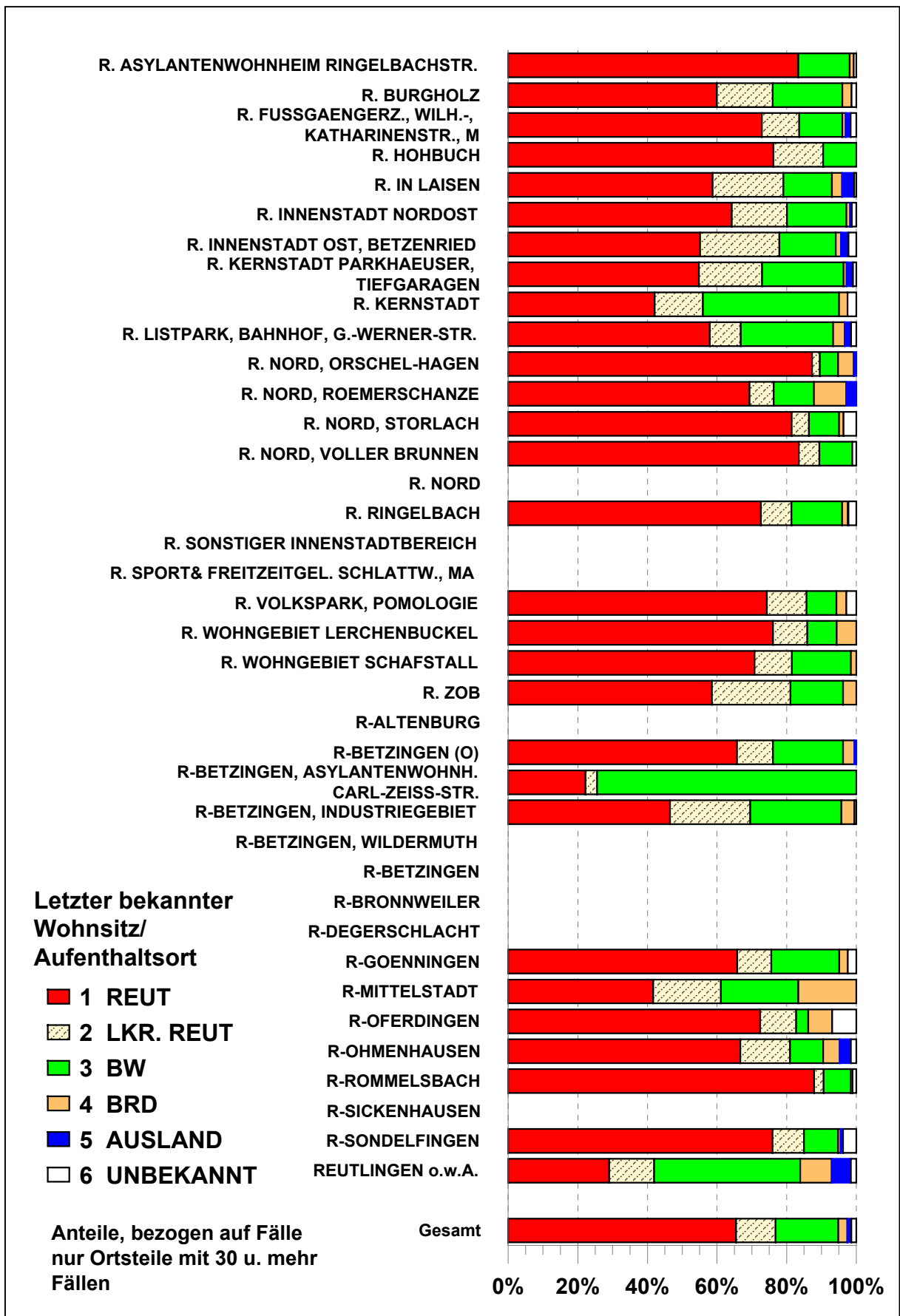
Der Befund bestätigt auch insofern den Grundgedanken der kommunalen Kriminalprävention: nicht einseitig auf Repression zu setzen, sondern dem Ausbau von Prävention, der Unterstützung und Förderung sozialer Integration und der Verbesserung der sozialen und beruflichen Lebensperspektiven von jungen Menschen den Vorrang zu geben - gleich, ob es sich um „Einheimische“ oder „Zugewanderte“ handelt.

Dass in den kommenden Jahren - und zwar alleine schon aus demographischen Gründen - absehbar mit einem steigenden Anteil und mit steigenden absoluten Zahlen von unter 25-jährigen Tatverdächtigen zu rechnen ist, zeigt, dass die Kommunen gut beraten sind, auch im Interesse der Prävention in gute Startbedingungen und in den Ausbau einer positiven Gelegenheitsstruktur für die heranwachsenden Generationen zu investieren.

- 
- 6. Anhang zu Kapitel 2:**  
**Verteilung der registrierten TV über die Ortsteile nach Altersgruppen und nach Staatsangehörigkeit (Schaubilder)**
- 6.1 TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltort (Abs. Zahlen)
  - 6.2 TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltort (Anteile in %)
  - 6.3 TV nach Aufenthaltsstatus (Abs. Zahlen)
  - 6.4 TV nach Aufenthaltsstatus (Anteile in %)
  - 6-5 TV nach Altersgruppen (Abs. Zahlen)
  - 6.6 TV nach Altersgruppen (Anteile in %)

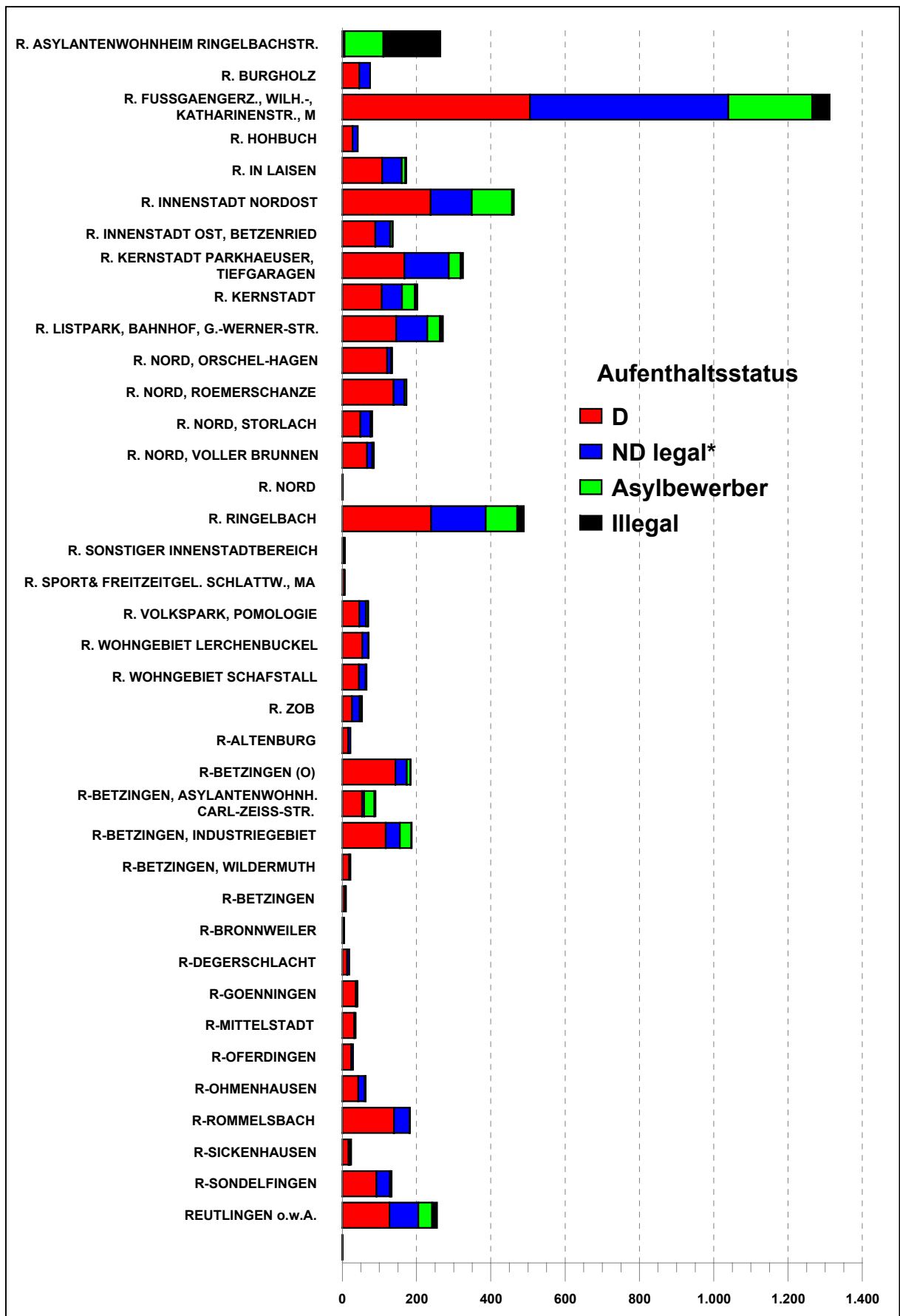


6.1 TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltsort (Abs. Zahlen)



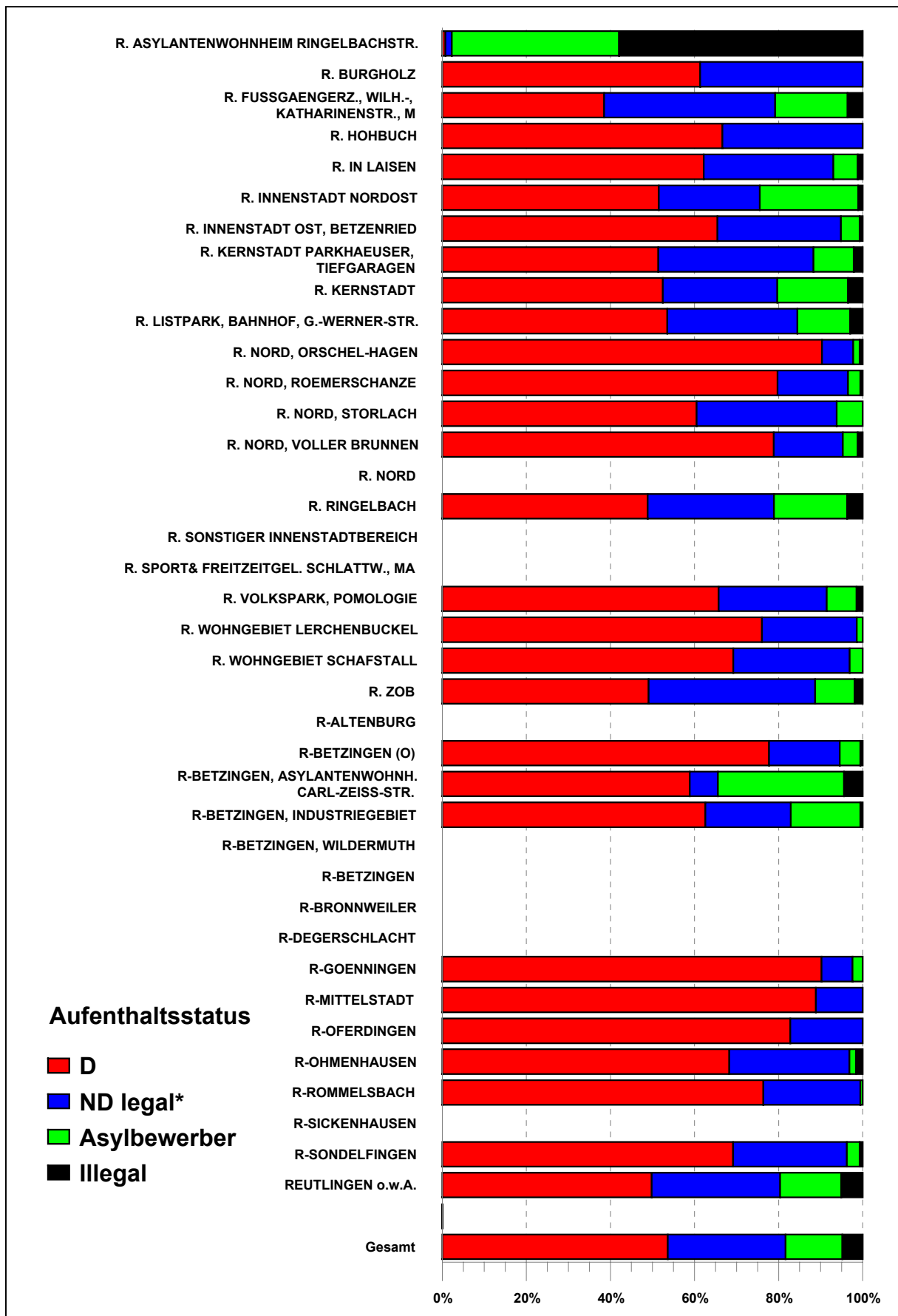
Prozentanteile nicht dargestellt für Ortsteile mit weniger als 30 Fällen

6.2 TV nach letztem bekanntem Wohnsitz/Aufenthaltsort (Anteile in %)



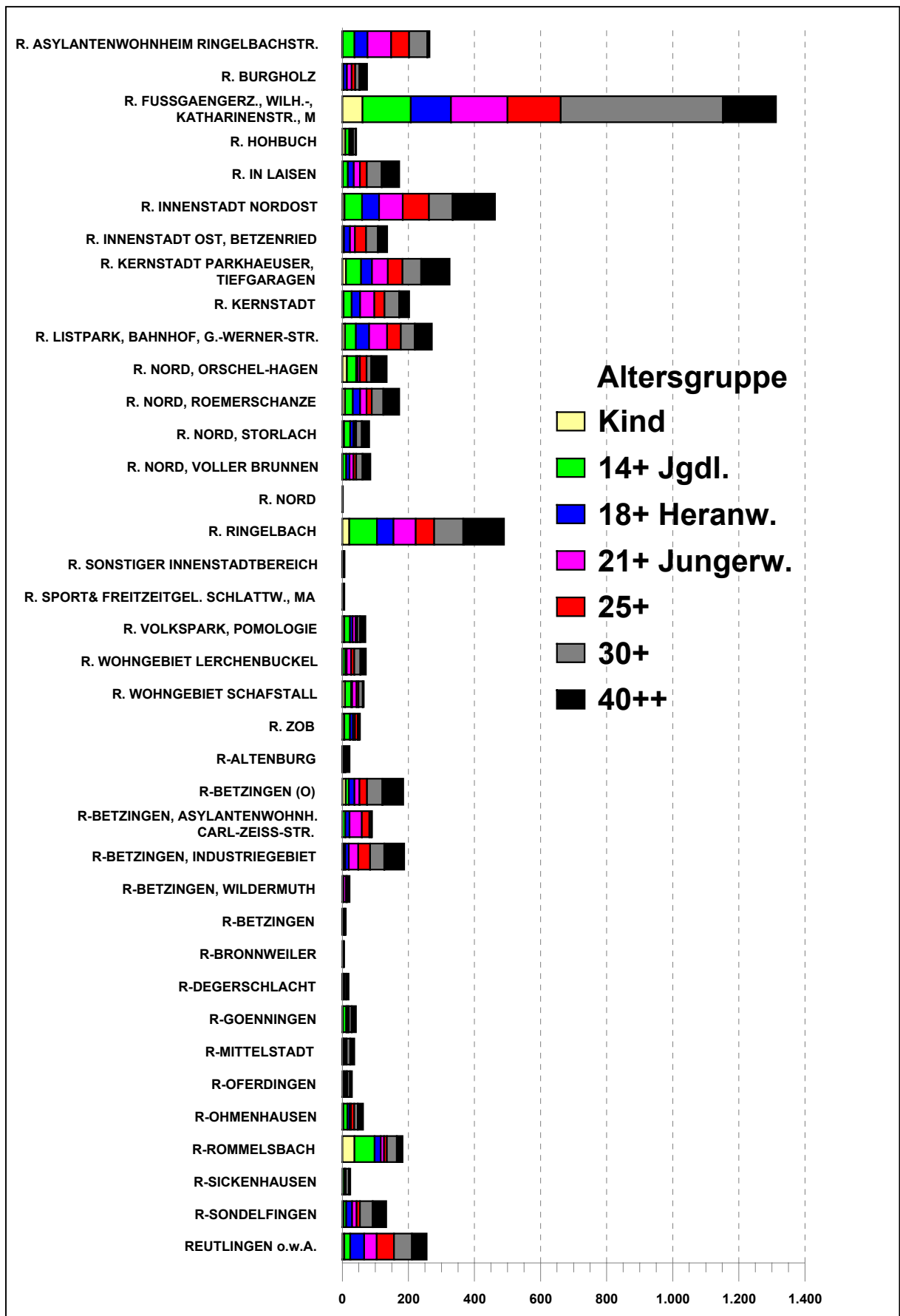
6.3 TV nach Aufenthaltsstatus (Abs. Zahlen)



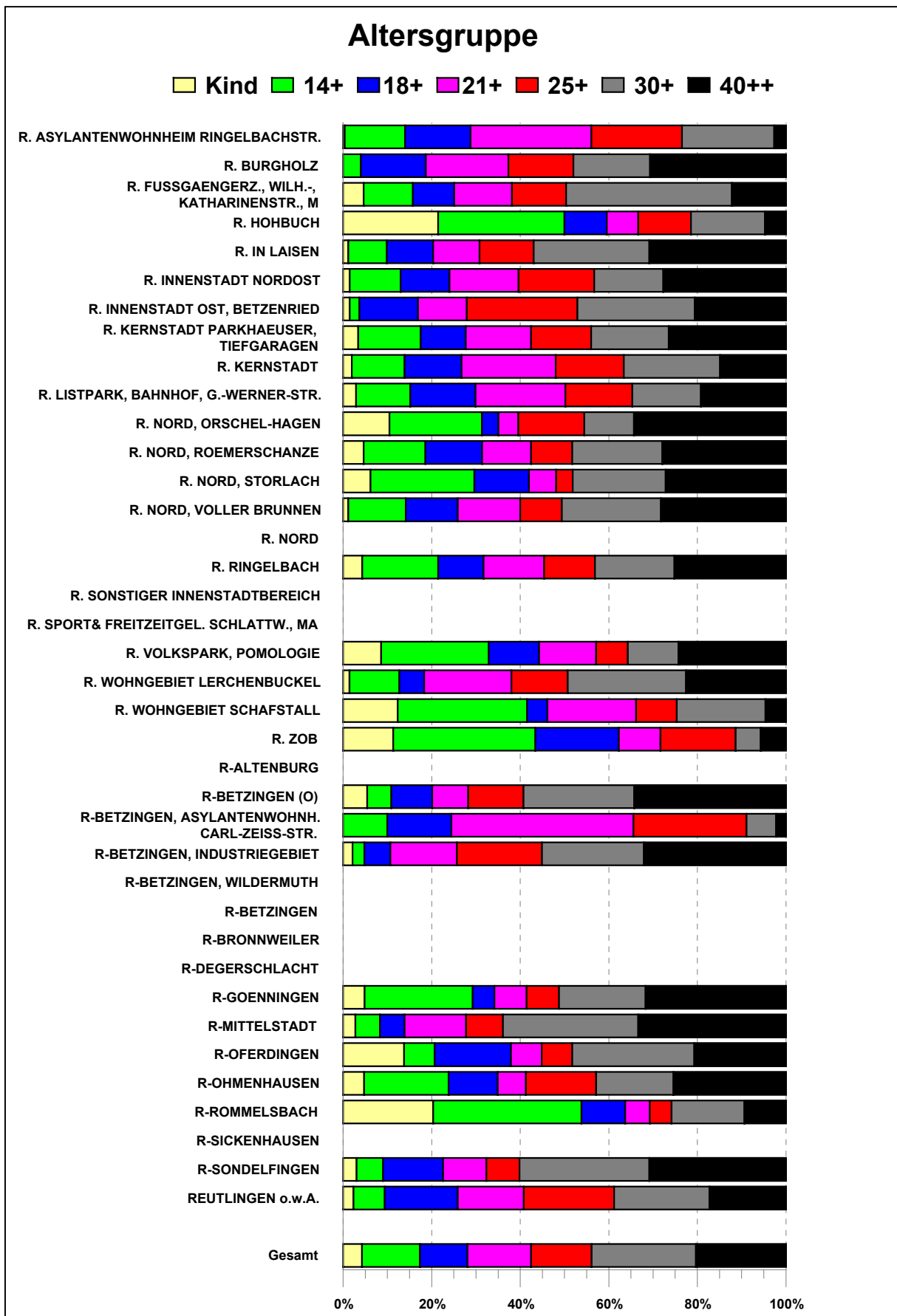


Prozentanteile nicht dargestellt für Ortsteile mit weniger als 30 Fällen

6.4 TV nach Aufenthaltsstatus (Anteile in %)



6.5 TV nach Altersgruppen (Abs. Zahlen)



Prozentanteile nicht dargestellt für Ortsteile mit weniger als 30 Fällen

## 6.6 TV nach Altersgruppe (Anteile in %)

## Kapitel 3: Qualitative Analyse

### Interviews mit Schülerinnen und Schülern

*„Gewaltsituationen wie böswillige Rempelen, Schlägereien oder Belästigungen gehören in der Lebenswelt von Jugendlichen offensichtlich zum Alltag“.*

Mit dieser Überschrift wurden 1999 die Ergebnisse von Befragungen von Berufsschülern aus Tübingen und Reutlingen, die 1997 durchgeführt wurden, in einem Bericht im Reutlinger Generalanzeiger zusammengefasst<sup>51</sup>. Ob dieses Ergebnis, gewonnen anhand der Befragung von 19 Jugendlichen, tatsächlich für die Situation in Reutlingen zutrifft, wird zu überprüfen sein. Um die Lebenswelt und Sichtweise von Reutlinger Jugendlichen zum Thema „Jugendkriminalität“ einzufangen, haben wir Gruppeninterviews mit Schülern Reutlinger Schulen durchgeführt. Vor dem Hintergrund der finanziellen Grenzen des Projektes mussten sowohl die Methode als auch der Umfang der Befragtengruppe entsprechend begrenzt werden. Dennoch können die Ergebnisse unserer Auffassung nach als typisch (wenn auch nicht repräsentativ im statistischen Sinne) angesehen werden: Wir gehen davon aus, dass jeder, der ähnliche Gespräche oder Interviews in Reutlingen durchführen würde, zu vergleichbaren Ergebnissen kommen würde. Die methodisch gewählte Mischung aus strukturiertem und offenem Interview bot sich für den Zweck und für die Zielgruppe besonders an, weil dadurch die Festlegung auf (von den Forschern oder dem Auftraggeber vorgegebene) Themen oder Sichtweisen reduziert und den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wurde, individuelle Schwerpunkte zu setzen (gleiches gilt natürlich auch für die Befragungen der Lehrer, der Sozialarbeiter, der Polizeibeamten u.a.).

Insgesamt wurden in vier Tübinger Schulen Gruppeninterviews mit Schülern durchgeführt. Die Befragungen waren vom Oberschulamt Tübingen mit Scheiben vom 02.07.01 genehmigt worden. Die Auswahl der Schulen erfolgte in Abstimmung mit dem Schulamt der Stadt Reutlingen, wobei bewusst keine Schwerpunktsetzung auf als „problematisch“ geltende Schulen erfolgte. Vielmehr sollte versucht werden, ein möglichst repräsentatives Bild der Einschätzung der Problematik der Jugendkriminalität aus der Sicht der Schüler zu bekommen. Insgesamt nahmen an den Gruppeninterviews **41 Schüler** teil. Ihren Eltern war zuvor über die Schulen ein Schreiben übermittelt worden, in dem sie über die Zielrichtung des Projektes sowie über die Datenschutzregelungen informiert wurden. Die Eltern mussten ihren Kindern eine schriftliche Genehmigung zur Teilnahme an dem Gruppengespräch mitgeben<sup>52</sup>, und vor

---

<sup>51</sup> Bericht im Reutlinger Generalanzeiger vom 15.9.1999; Studie von Gerd Meyer, Tübinger Institut für Politikwissenschaften über „zivilcouragiertes“ Verhalten von Berufsschülern in Tübingen und Reutlingen.

<sup>52</sup> Wenn die Bescheinigung nicht vorgelegt werden konnte, wurden die betreffenden Schüler vom Gruppeninterview ausgeschlossen.

dem Gruppengespräch erfolgte nochmals ein datenschutzrechtlicher Hinweis. Die Auswahl der Schülerinnen und Schüler, die an dem Gruppeninterview teilnahmen, wurde den Schulen bzw. der Schulleitung überlassen. Den Gruppeninterviews lag ein *Fragenraster* zugrunde. Die Gruppeninterviews wurden offen geführt und nicht auf Tonband aufgezeichnet. Für den Projektbericht wurden die während der Gespräche erstellten und danach überarbeiteten Protokollnotizen verwendet.

Für den Bericht wurde versucht, möglichst die Anonymität der Schulen zu erhalten; teilweise ist dies aber nur bedingt möglich, da Ortskundige auch aus scheinbar nebensächlichen Bemerkungen Rückschlüsse auf bestimmte Schulen ziehen können; zudem geht diese Anonymisierung auch zulasten etwaiger Präventionsplanungen. Dennoch soll hier dem Wunsch des Auftraggebers soweit entsprochen werden, wie dies methodisch zulässig ist.

### **Umfang und Qualität von Jugendkriminalität**

„*Schlägereien wegen Kleinigkeiten*“, Erpressung, Diebstahl – dies sind die Delikte, die von den Jugendlichen genannt werden, wenn man danach fragt, was sie unter „Jugendkriminalität“ verstehen. Dabei betrachten bei weitem nicht alle Schlägereien als ein Problem oder gar als das Hauptproblem. Ein größeres Problem seien Gruppen: „*Der „Einzelne macht wenig*“. Hierfür wird ein Beispiel angeführt: Ein Ausländer aus Rommelsbach wurde beleidigt, er hat sich eine Gruppe gesucht, zusammen sind sie dann nach P. gefahren, „*wo es viele Rechte gibt*“, und es kam zu einer Schlägerei auf dem Marktplatz dort.

Grundsätzlich als Problem werden „*Ausländer und Rechtsradikale*“ benannt, allerdings: „*Nur ein kleiner Anteil der Ausländer ist gewaltbereit, in vielen Vororten gibt es mit den Ausländern weniger ein Problem als in der Innenstadt.*“

Andere Schüler wiederum kennen das Problem Erpressung nicht, haben bestenfalls davon gehört. Diebstahl wird als größeres Problem als Erpressung gesehen: Kleidung und Wertgegenstände aus Umkleiden werden gestohlen, und man hat auch Angst, etwas könnte aus dem Klassenraum gestohlen werden. „*Geklaut wird, um die Sachen wieder zu verkaufen.*“ So wird berichtet, dass einem Schüler vor Jahren „*Spielzeug*“ entwendet worden sei, einem Schüler wurde vor Kurzem ein Basketball gestohlen, einer Schülerin das Handy im Reutlinger Freibad, einer weiteren Schülerin ein Füller aus dem Klassenzimmer an der Schule.

Der Bereich Körperverletzungen wird angesprochen, ohne dass es zu konkreten Angaben kommt. Für Urkundenfälschungen hingegen wurde ein Beispiel genannt: „*Schüler fälschen ihre Ausweise, um an Alkohol/Zigaretten zu kommen*“.

Auch an einer anderen Schule wird Klauen, Schlägereien, Erpressung („*aber hier an der Schule gibt's das nicht!*“), Waffenbesitz genannt. Bei Schülern dieser Schule seien schon Messer und Gaspistolen gefunden worden. Es sei leicht, Waffen zu bekommen über ältere Freunde oder die „richtigen“ Leute – auch an dieser Schule.

Ladendiebstahl spielt nach Einschätzung der Schüler keine große Rolle mehr, weil in den Läden die Überwachungsmaßnahmen verstärkt wurden in den letzten Jahren.

Unter den Schulen bzw. Schülern scheint es Probleme und Rivalitäten zu geben. So äußern Schüler einer Schule: *„Die ... schubsen uns Hauptschüler“, „...die ... denken, sie sind die Größten“, „...wir von der ... machen nichts und schlagen nur zurück...“* Ein Schüler von ... habe einen ...-Schüler wegen einer kleinen *„Schubserei“* gleich angezeigt. Demgegenüber sei einem Mädchen von der ...-Schule eine Zigarette von einer Schülerin der ...-Schule am Hals ausgedrückt worden, wobei man dies nicht selbst gesehen habe, sondern *„nur davon gehört“* hat. Ein ...-Schüler wiederum soll einen Schüler der ...-Schule mit dem Messer bedroht haben. Mehrere Schüler betonen, dass oft Bemerkungen fallen wie *„Typisch Hauptschüler!“* oder *„Die ...-Schule ist die schlimmste Schule in Reutlingen!“* Zu den Schülern einer Sonderklasse wird gesagt: *„Da sind die schlimmsten Schüler von Reutlingen drin!“*

### **Orte**

Als Orte, an denen sich Jugendkriminalität ereignet, werden von den Schülern genannt: Pommologie, Aral-Tankstelle vor Reutlingen in Storlach, Orschel-Hagen, Rommelsbach, Stadtmitte, Eishalle: *„Wenn man in Rommelsbach oder Orschel-Hagen unterwegs ist, dann ist da einfach mehr los als bei uns an der Schule.“* An der Eishalle gebe es oft Schlägereien, vor allem Samstagsabends und in Verbindung mit Alkohol und Drogen: *„Die saufen sich da voll und schlagen sich!“* – keiner der befragten Schüler war aber selbst daran beteiligt bzw. davon betroffen. Jede Gruppe habe am ZOB „ihren“ Platz. Die neuen ZOB-Cliquen *„sitzen nur rum“*. Als Grund, warum man den ZOB meidet, wird z.B. genannt: *„Ich habe Streit mit einem Mädchen, dessen Mutter mich als „Hure“ und „Schlampe“ beleidigt!“* Daher gehe ich nicht mehr an den ZOB!“ Andere Schüler wiederum sehen keine Probleme mit bestimmten Örtlichkeiten (auch nicht mit dem ZOB).

### **Rechte Gewalt**

Schüler berichten über Gewalt von Rechten, die z.B. als Clique auf einem Dorffest auftauchten und mit verbaler Gewalt anfangen. Anzeige wird nicht erstattet in solchen Fällen, und falls man ein blaues Auge hat, erzählt man den Eltern, man sei unglücklich gefallen. Aber: Rechte mit Glatze und Springerstiefeln seien leicht einzuordnen, man weiß, woran man ist mit ihnen. Die *„Nadelstreifen-Rechten“* seien viel unheimlicher, nicht zu fassen. Sie seien zu erkennen am Hitler-Gruß, an judenfeindlichen Parolen u.ä.. Davon gebe es viele an der Schule, aber die Lehrer seien uninteressiert.

## Waffen

An einer anderen Schule wurde geäußert, dass Waffenbesitz teilweise ein Problem sei: *„Das ist an dieser Schule kein Problem, aber z.B. an der ...-Schule“*. Die Schüler berichten von einem Zwischenfall (Körperverletzung mit Messer) auf einem Schulfest; der Täter bekam „nur“ eine Geldstrafe.

In der Stadt haben die Mädchen alleine Angst. Auf die Frage, wie viele von ihnen bewaffnet seien, gaben mehrere Schülerinnen an, sie hätten meistens Messer, Reizgas oder C0-2-Waffen dabei.

An einer anderen Schule sollen vereinzelte Schüler Waffen (Messer) haben: Aussagen wie: *„Ein siebenjähriger hatte mal ein Messer dabei“* relativieren jedoch die Problematik. Mehrere Befragte bemerkten allerdings, dass die Nothämmer aus dem Bus geklaut würden, um als Schlagwerkzeug eingesetzt zu werden (*„Wenn man sie mal braucht“*).

## Ausländer und Asylbewerber

Probleme mit Asylbewerber werden als Einzelfälle angesehen; *„Bandenkriege“* gibt es nicht (mehr). Probleme gebe es teilweise mit ausländischen Jugendlichen. Diese würden sich am ZOB herumtreiben und seien sehr aggressiv, insbesondere auch in der Pomologie und im Stadtpark. Es wurden Aussagen gemacht wie: *„Ausländer suchen Streit“*, drohen oft mit *„Gruppenschlägen“*. Aggressionen gingen dabei oft von Türken aus. Man hätte nur die Chance wegzurennen. Wenn man Probleme in der Schule habe, werde dies aber immer intern geregelt.

## Drogen

Die Schüler bestätigen, dass Drogen konsumiert werden, allerdings *„hauptsächlich leichte“*. Der Haschischkonsum sei gestiegen, Alkohol sei überall erhältlich (auch für Schüler unter 16) und führe vereinzelt zu Problemen mit Schülern in der Schule. Selbst 13-jährige konsumieren schon *„richtige“* Drogen. Doch das Problem Drogenkonsum gehe quer durch alle Altersgruppen. Drogen seien zu bekommen am ZOB, am Marktplatz, in Metzingen, am Bahnhof, in oder an der ...-Schule und neuerdings auch in Orschel-Hagen. Wenn man die *„richtigen“* Leute kenne, bekomme man Drogen, Schutz, Waffen und könne so zum *„ZOB-Gangster“* werden. Heroin gebe es am Bahnhof; *„die Schwarzen dort sind bestimmt Dealer (habe nichts gegen Schwarze, ich hab selbst schwarze Freunde, aber die da gucken sich immer so um...)“*. Außerdem lägen dort Spritzen herum. Weiche Drogen würden aber auch im Bus verkauft. Einige Schüler äußern Angst davor, in die Eishalle zu gehen, weil man dort geschlagen werde. *„Auch Drogen kann man da kaufen“*. Nach 20.00 Uhr traue sich da keiner mehr hin.

## Ursachen

Die Schüler erwarten, dass sich die Situation verschlimmert, weil alles in viel früherem Lebensalter anfängt: Rauchen, Kriminalität; *„die Kleinen gucken Verhalten von den Großen und aus Filmen ab“*. Schlägereien seien schon härter geworden, es werde *„halbtot geprügelt und mit Waffen“*. Die Lehrer kümmerten sich nicht darum, der Rektor verweise Schüler im Extremfall von der Schule. Häufig wird gesagt, dass sich die Situation negativ verändert habe: Jüngere Schüler seien *„frech“*, sagen Sachen *„was ich mich früher nicht getraut hätte“*. Die Qualität der Gewalt nehme zu, *„man schlägt, wenn man älter ist, schon mal eher ins Gesicht“*. Die Entwicklung sei schlimmer geworden, wird immer wieder betont. Man würde oft angemacht werden. Auch werde man öfters angesprochen und gefragt, ob man „Gras“ kaufen wolle.

Aber auch andere Äußerungen gab es: *„In Reutlingen wird es nicht schlechter“*, sagte ein Schüler; *„Ich habe das Gefühl, hier in der Schule schon!“* konterte ein anderer.

Zu den Gründen und Ursachen für Jugendkriminalität können die Schüler meist keine konkreten Angaben machen. Eine Schülerin sagt: *„Die wollen cool sein und greifen daher zur Gewalt!“*

*„Russen“* würden durch Schlägereien auffallen. Sie seien in Hohbuch/Schafstall zu finden, sowie allgemein auf der Straße (nicht in Jugendhäusern), sie tauchten auf *„Schulschwofs“* auf. Die Gründe für das Verhalten der „Russen“ werden in deren Einstellung gesehen: *„Denen geht alles am Arsch vorbei“*. Auch das Elternhaus spiele eine wichtige Rolle: *„Die geben ihnen noch 20 Mark, damit sie gehen“*. Die 16- bis 17-Jährigen würden sich als *„Russen“* sehen, nicht als Deutsche. Allerdings wird auch gesagt, dass es in sich geschlossene *„Russen-Cliquen“* nicht mehr gebe, ebenso wenig wie das cliquenmäßige Gegeneinander von Türken und *„Russen“*.

*„Die Russen“* würden oft Streit aus Langeweile suchen. Es fange meist mit Sätzen an wie: *„Warum hast du mir keine Zigarette?“* Schlägereien würden angezettelt, um sich zu beweisen. Aus Neid werde geklaut (z.B. Handys). Die jugendlichen Täter hätten Stress im Elternhaus, würden *„verschlagen“*. Langeweile wird ebenfalls als Faktor genannt - abends sei nichts los in Reutlingen, in die Jugendhäuser *„geht keine Sau rein“*, Vereine seien zu teuer.

Hinzu käme, dass die Jungs *„cool“* sein wollen. Zum sozialen Umfeld der Ausländer wurde gesagt: *„Die sprechen schlecht Deutsch und die Eltern der Ausländer gehen den ganzen Tag arbeiten, haben keine Zeit“*.

## Lösungsvorschläge

Erstaunt hat hier die Aussage eines Schülers, dass Beratungslehrer *„nichts bringen“*, zumindest im Bereich *„Schlägerei“* treffe dies zu. *„Es ist nicht möglich, dass Einzelpersonen (Leh-*



*rer, Schüler, T.F.) zur Besserung beitragen; eine Einzelperson kann die anderen in der Gruppe nicht zum 'Guten' bringen. Deshalb helfen auch die Beratungslehrer nichts.“*

Bei den Lösungen wurde von den Jugendlichen der Wunsch nach mehr Polizei deutlich und vielfach geäußert. Dies betrifft den ZOB, die Pomologie, aber auch die Schulbusse. *„Sozialarbeiter können nur den Jüngeren helfen, bei den Älteren hilft kein Reden mehr“*. Einige Schüler sind der Meinung, dass in Deutschland die Strafen für Körperverletzung und Mord zu lasch sind. Härter durchgreifen und schärfere Strafen gilt für viele als Lösung. So berichten einige, dass sie durch eigene unangenehme Erfahrungen (Gerichtsverhandlung) zum Nachdenken und zur Einsicht gekommen seien. Die Polizei solle *„geschickter“* arbeiten, indem unbekannte, jüngere, locker gekleidete *„Undercover-Leute“* eingesetzt werden, die nicht auf den ersten Blick an Bauchtasche und *„Walkie-Talkie“* als Polizisten zu erkennen sind. Es sollte mehr Polizisten geben. Die Polizei sollte sich bei den Jugendlichen informieren, da nur sie wissen, was wirklich los ist. Die Polizei sollte sich mehr um die wirklich schlimmen Sachen wie Drogen und Schießereien kümmern statt um Kleinigkeiten wie Skaten am falschen Ort oder 16-Jährige ohne Personalausweis. Den Schülern ist am ZOB zu wenig Polizei. Sie wünschten sich mehr uniformierte Polizisten. Kleinigkeiten würden von der Polizei verfolgt, insgesamt habe man wenig Vertrauen in die Polizei. Wenn es Probleme gebe würde man die mit *„Eigeninitiative“* (Verstärkung durch Kumpels) klären. Man würde lieber selbst zurückschlagen. Wenn man zur Polizei gehen würde und Anzeige zu erstatten, könne man mit Repressalien durch die Täter wegen der Anzeige rechnen.

Als Lösungsansätze werden aber auch genannt: Mehr Lehrer und mehr Zivilstreifen der Polizei an der Schule.

Haschisch sollte nach der Auffassung einiger Befragter legalisiert werden, es sei harmloser als Alkohol, der aggressiv mache. Der Hasch-Konsum würde nicht steigen dadurch, weil es sowieso viele nehmen.

Es sollte zudem mehr mit den Schülern über das Problem Gewalt gesprochen werden, von den Lehrern in Gemeinschaftskunde und Religion, aber nicht erst in der 9. Klasse, sondern schon viel früher. Die Polizei sollte regelmäßig in den Schulen Vorträge und Gespräche mit den Jugendlichen veranstalten, wobei ihnen auch die rechtlichen Folgen von Gewalttätigkeit und Drogenkonsum/-handel vor Augen geführt werden sollten.

Von der Stadt Reutlingen wünschen sich die Jugendlichen mehr Jugendzentren, mehr attraktive Angebote (Streetball-Turniere würden gern angenommen), einen Platz zum Skaten in der Stadtmitte.

Bei vielen überwiegt bei der Frage nach den Lösungen eine gewisse Resignation: *„Man kann nichts verändern!“* oder die Einstellung *„Die xy-Schule ist schlechter als wir!“*

## Interviews mit Lehrerinnen und Lehrern

In den vier Schulen, in denen die Schüler-Interviews durchgeführt wurden, wurden ebenfalls Gruppengespräche mit Lehrerinnen und Lehrern geführt. Das methodische Vorgehen entsprach dem bei den Interviews mit Schülerinnen und Schülern. Insgesamt haben sich **30 Lehrerinnen und Lehrer** an den Gruppeninterviews beteiligt.

## Umfang und Qualität von Jugendkriminalität

Viele Lehrer sind der Auffassung, dass die Aggressivität in Klassenzimmern und in Pausen gestiegen sei; so etwas habe es vor acht bis zehn Jahren nicht gegeben. Kriminalität zeige sich in Wellen, die Lehrer bekämen nur die extremeren Ereignisse mit. Die Qualität der Gewalt habe sich verändert, sei härter geworden, es werde nicht mehr darauf geachtet, wohin geschlagen wird.

Zu der verbalen Gewalt war die Einschätzung unterschiedlich: Sie wird zum Teil als nicht „so tragisch“ angesehen. Die Zunahme der verbalen Gewalt wird daran festgemacht, dass man z.B. offen unter Jugendlichen (z.B. im Zusammenhang mit Video-Filmen) über abgehackte Köpfe rede. Es gebe keine inhaltlichen Tabus mehr, „*keine Beißhemmung*“: „*Wenn du zur Polizei gehst, schlag ich dich tot.*“

Als Problem wird auch Mobbing genannt und die Schaffung von „Sündenböcken“: Einzelne Schüler würden in übelster Weise ausgegrenzt. Früher merkte man, dass ein Schüler allein sei und er keine Freunde hat, aber es sei nicht viel passiert. Heute werde dieser Schüler aggressiv angegangen, man gehe in der Gruppe gegen ihn vor, z.B. durch aggressive verbale Attacken. Hier erfolgt auch ein Hinweis auf die Zunahme der weiblichen Aggressivität und die Gewaltbereitschaft von Mädchen.

An Delikten wird Erpressung genannt (Angst auf dem Schulweg: „*Da wollen mich welche verhauen*“; Eigentumsdelikte hätten zugenommen. Allerdings: „*Die Lehrer bekommen nur die Spitze des Eisbergs mit, 'mafiotisch', geklaute Ware wird wieder verkauft.*“ Ladendiebstahl wird auch als Zugang zu einer Gruppe („Mutprobe“) und als Element von Gruppenzugehörigkeit beschrieben.

Das „Problem Schulbus“ taucht immer wieder auf: Schüler werden nicht aus dem Bus gelassen, so dass sie an ihrer Schule vorbeifahren und dann irgendwo anders aussteigen. Die Gewalt in Schulbussen habe zugenommen.

Zum Thema Drogen wurde gesagt, dass es in allen Klassen jemanden gebe, der schon einmal damit zu tun hatte. Direkt drogenabhängige Schüler gebe es aber wenig. Andere wiederum geben an, „*nur ganz vereinzelt in Kontakt mit Drogen gekommen*“ zu sein. Bis vor

einem Jahr hätte es noch Drogenhandel und Konsum in Schulinähe gegeben, durch Maßnahmen der Polizei sei dies aber in die Stadtteile verdrängt worden.

Alkoholprobleme werden als gravierender eingeschätzt; so z.B. konkretisiert durch Unterrichtsabwesenheit mit der Begründung am Vortag gefeiert zu haben. Bei Schulfesten, die offiziell ohne Alkohol stattfinden sollen, bringen sich die Schüler selbst etwas mit. In der Haupt- und Realschule gebe es Drogen bereits in der 5. und 6. Klasse.

Zur Opferrolle von Schülern wird formuliert: *„Die, die am meisten Angst haben, werden am meisten traktiert.“* Dies hänge vermutlich mit der allgemein zunehmenden Aggressivität zusammen.

Auch das Thema Vandalismus wird als Problem genannt. So werden Fotos von Vandalismus gezeigt: zerstörte Toiletten, Waschbecken, Papierhalter (dies komme regelmäßig vor).

### **Orte**

Als „gefährliche Orte“ werden genannt: Hohbuch, Schafstall (Russlanddeutsche, die sich dort treffen), der ZOB. In einer Schule seien viele Jugendliche die zu den sog. *„ZOBlern“* gehören. Auch im Bereich Betzenried an der alten Bahnlinie auf dem Spielplatz soll es Probleme geben. Hier sei ein Streetworker tätig geworden. Orschel-Hagen und Rommelsbach werden ebenfalls als Kriminalitätsschwerpunkte genannt: Rommelsbach, vor der Grundschule, Sportplatzbereich; Hinweis auf den Ausländerspielplatz in Rommelsbach, Maehdergebiet. Weitere „Problemorte“: Pomologie, Eishalle, Marktplatz (Drogen) und Bierkeller FH Reutlingen (Drogen). Ein Schüler soll gegenüber den Lehrern gesagt haben: *„Wenn man als Deutscher über den Marktplatz läuft, kriegt man eine auf die Mütze“.*

Aber andererseits berichtet ein Lehrer, der im Hohbuch wohnt: *„Kürzlich waren Schüler bei mir zu Hause, bis ca. 23.30 Uhr und seien danach mit dem Fahrrad nach Hause gefahren. Die Schüler hatten absolut keine Angst“.*

### **Ursachen**

Lehrer an einer (Real-)Schule nennen als wesentlichen Aspekt von Gewalttätigkeiten Konflikte mit Ausländern, insbesondere Türken, die ihre Gewaltbereitschaft auch zugeben. *„Die Türken sagen, dass sie diese Gewaltbereitschaft für notwendig halten.“* Bei den Türken entstanden starke Spannungen durch den Konflikt zwischen deutschen Freiheiten und türkischem Erziehungsideal. Andere Lehrer (Hauptschule) waren der Meinung, dass türkische Schüler überhaupt nicht mehr auffallen.

Bei Italiener wiederum, so die These eines Lehrers, sei der Erziehungsstil oft durch elterliche Gewalt geprägt. Schüler würden ihnen erzählen, dass sie absichtlich in eine Disco gehen würden, von der sie wissen, dass es nach einer Stunde dort eine Prügelei gebe. Schüler, die auffallen, seien in der Regel auch in Bezug auf ihre Schulleistungen schlecht.

Ein Lehrer war der Meinung, *„es bahne sich langsam was an“*. Andere widersprachen dieser These. Angst besteht aber, das sich die schweren Delikte hochschaukeln, wobei noch keine Häufung an den Schulen gesehen wird. Die schulischen Probleme werden als *„Dumme-Jungen-Streiche“* angesehen. Schüler, welche kurz zuvor die Klos verschmiert hatten, hätten sich nach internem Druck und entsprechenden Ermittlungen freiwillig gemeldet.

Einige Lehrer einer Schule äußern, dass es wegen der Attraktivität des Schulgebäudes und der *„edlen Baumaterialien“* kaum zu Sachbeschädigungen komme.

Als großes Konfliktpotential wird die eine bestimmte Schule angesehen. Schüler der 7.Klassen hätten Angst vor den Schülern dieser Schule. Es sei die Rede von *„Gymnasiasten klopfen“* und von Feindbildern. Es werde *„nicht geredet, sondern nur geschlagen“*. Spannungen seien sichtbar vorhanden. Diese würden *„abgebaut“*, z.B. durch Spucken und provozieren. In den Sonderklassen seien Schüler *„die an der Grenze der Beschulbarkeit stehen“*. *„Lehrer müssen Schüler eskortieren“*, da es ein *„Feindbild Gymnasiasten“* gibt. Im Hauptschulbereich habe inzwischen die nonverbale Auseinandersetzung Priorität, wobei insbesondere die Hauptschüler eine besonders auffallende Gewaltsprache hätten. Allgemein könne man ein Spannungsfeld zwischen den beiden Schulen feststellen. Insbesondere auch durch die Kleineren aus der 5. und 6. Klassen. Als besonders problematisch wird das Phänomen Mobbing angesehen. Durch schwer *„beschulbare Kinder“*, welche bereits mehrfach mit der Polizei in Kontakt gekommen seien und kein Respekt mehr vor der Polizei haben, komme es immer wieder zu solchen Vorfällen.

Beleidigungen gegenüber den Lehrern eines Gymnasiums seien üblich. Auch gebe es einen *„gnadenlosen Sexismus, verstärkt gegen Mädchen und Machogehabe“* (Bezeichnung als *„Fotze“* oder Anmachen wie *„Hey – Lust zum Ficken“* seien normal). Allerdings sei dies kein Massenphänomen, und es seien auch keinesfalls nur Ausländer, die hier auffallen würden, sondern verschiedene soziale Schichten. *„Unhöfliches Verhalten“* deute darauf hin, dass es keine Werteordnung mehr gebe. Dies betreffe nicht nur das Verhältnis zwischen Schüler und Lehrer, sondern auch zwischen Schülern untereinander.

Aber auch hier finden sich gegenläufige Aussagen wie die, dass es keine Tendenzen im Anstieg der Jugendkriminalität gebe. Es passiere angesichts der mehr als 1.000 Schüler

sehr wenig; das sei an anderen Schulen anders. Es wird von „Wellenbewegungen“ gesprochen. Eine deutlich Verschlechterung zeichne sich aber nicht ab. Dennoch: Schüler „kiffen“ zu früh, auch in Kombination mit Alkohol. Besonders bei Mädchen sei dies auffällig. Eine zunehmende Gewaltbereitschaft sei durchaus zu verzeichnen. Zugenommen habe das Bedrohen und Angst einjagen durch Auftreten in Gruppen. Der Vandalismus hingegen hätte eher abgenommen. Oft wird von Einzelfällen gesprochen, ohne dass eine generelle Zunahme gesehen wird. Es habe früher auch schon schlimme Vorfälle gegeben. Es habe aber eine „Verschiebung des Alters“ stattgefunden. Immer mehr Jüngere (5.-7.-Klässler) würden Körperverletzungen und Bedrohungen begehen. Die Lehrer sprechen auch von „unterschwelligem“ Verhalten bezüglich eines falsch verstandenen Ehrencodexes: „*Man verpfeift niemand!*“ Wenn Problemschüler einmal nicht da seien, herrsche plötzlich eine viel entspanntere Atmosphäre.

An einer anderen Schule wurde dagegen darauf hingewiesen, dass es dort keine besonders auffällige Gruppen gebe. Da es in den Schulklassen sehr viel unterschiedliche Nationalitäten gebe, würde es zu keiner Gruppenbildung kommen. Ein ehemaliger Schüler und ein BFJ-ler wären eine Zeitlang immer wieder zur Schule gekommen und hätten Probleme bereitet. Ein Lehrer nannte auch eine „Arabergruppe“ von der er mal gehört habe, dass diese im Park auftreten sollen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es Spätaussiedler gebe, die unter sich bleiben wollen, die „Feldzüge“ veranstalten, weil z.B. jemand was gegen Ausländer gesagt hat. Russlanddeutsche Jugendliche „*treten in Gruppen auf, fallen als relativ aggressiv auf*“. „*Mitnahmekinder*“ zeigten ein hohes Maß der Verweigerung der Integration, auch über die Sprache. Sie könnten zwar Deutsch, aber sobald ein zweiter „Russe“ anwesend sei, werde Russisch gesprochen. Die größte Gewaltbereitschaft sei bei der Gruppe der Russlanddeutschen vorhanden: „*Erste Generation, das waren die Intelligenten. Am Anfang waren die Russen die angenehmsten Schüler, heute die aggressivsten; Mädchen gleiten oft weg, kommen nicht regelmäßig zur Schule, und sind am Rande der Prostitution*“.

Weitere Ausländer-Gruppierungen müssten eingehender untersucht werden. Die Frage sei: „*Sind Ausländer schneller gewaltbereit, weil ihnen die verbale Ausdrucksmöglichkeit fehlt?*“.

Daneben gebe es „*Wohlstandskriminelle*“ aus der oberen Mittelschicht und aus Akademikerfamilien; diese bilden Gruppen, knacken Autos, brechen Gartenhäuser auf.

Häufig wird auf die Gruppenproblematik hingewiesen: Die Gruppe würde häufig die Gewalt akzeptieren, Ausübende seien jedoch Einzelpersonen.

Als mögliche Ursachen wurde von der „*Verwahrlosung auf der emotionalen Ebene*“ gesprochen, und die Hilflosigkeit verschiedener Eltern in der Erziehung. Von Seiten der Eltern würden keine Sanktionen mehr erfolgen. Bei Strafarbeiten würde man das Verhalten der Lehrer kritisieren und nicht nach dem Grund fragen. Die festgestellte „*innere Verwahrlosung*“ wird mit Beispielen aus dem Ethik-Unterricht belegt: „*Einer Verkäuferin, die sich zugunsten des Kunden verrechnet hat, muss man dies nicht sagen*“, „*Wenn man mit dem Fahrrad ein parkendes Auto schrammt, fährt man am besten weiter.*“ Dies wird als grundsätzliches gesellschaftliches Problem gesehen. „*Auch die Erwachsenen verhalten sich egoistisch.*“ Es erfolge durch die Jugendlichen „*keine Übernahme von Verantwortung*“. Beispiel: Jugendliche im Park in der Nähe der Schule besetzen Bänke, lassen viel Müll liegen. Wenn man sie darauf anspricht, sagen sie, ihr Vorgänger wäre verantwortlich. „*Es fehlt der Respekt vor Menschen und Dingen.*“ An der Schule finde kein soziales Lernen mehr statt. Stattdessen sei eine stark zunehmende Isolierung und Individualisierung festzustellen: „*Früher wurde gemeinsam gesungen, heute sitzt jeder allein mit seinem Walkman im Bus*“. Psychologische Beratungsangebote (der Schule) würden oft nicht angenommen und von den Eltern nicht gestützt werden. Andere sagen: „*Das macht bei uns die Religion bzw. der Religionsunterricht*“.

Als weitere Ursachen werden genannt, dass die Schule keine Möglichkeit habe, „*Schülern mit schwachen Leistungen zu einem Erfolgserlebnis auf einem anderen Gebiet zu verhelfen*“. Oft gebe es kein funktionierendes Elternhaus. Es gebe „*Eltern, die ihre Kinder in der Schule abgeben.*“

Sprachprobleme bei ausländischen Gruppen werden vereinzelt als Ursache genannt, wobei man sich jedoch einig ist, dass in der Regel keine mündlichen Ausdrucksprobleme bestehen. Probleme liegen eher bei den Eltern, die sehr schlecht Deutsch sprechen.

Zum Teil zeigen sich die Befragten pessimistisch in Bezug auf die Jugendproblematik. Schon in den 1. und 2. Klassen sei eine „*Distanzlosigkeit*“ der Kinder zu beobachten. Das kindliche Verhalten sei nicht mehr so vorhanden. Ein Lehrer berichtet vom Unterschied Dorf-/Stadt-schule. In der Stadt herrschten andere Gewaltformen, dort sei man auch abgehärteter.

Viele Befragte thematisieren auch das Fernsehen. Gewaltfilme würden Phantasien anregen und Bedürfnisse wecken, diese herauszulassen. Eine Lehrerin betont deutlich, dass zuviel Anspruch auf die Erziehung der Schüler als auf den eigentlich Auftrag der Wissensvermittlung Wert gelegt werde. Dies müsse auch von anderen Institutionen geleistet werden.

Betont wird aber auch, dass die Schüler sich mit der Schule identifizieren müssen. Die Schule müsse attraktiver sein. Es müsse eine Entlastung der Hauptschulen durch andere Institutionen erfolgen. Der Bildungsauftrag komme offensichtlich zu kurz. Viele Schüler würden durch das Jugendamt und andere soziale Einrichtungen „*vertherapiert*“; wichtig sei in diesem Bereich die Familienhilfe.

Eine „Ausländerproblematik“ wird aber insgesamt zunehmend weniger gesehen. Eher im Gegenteil: Je mehr Deutsche es in der Klasse gebe, um so mehr Probleme würden entstehen. In manchen Klassen gebe es nur vier oder fünf Deutsche. Die Leistungsbereitschaft sei bei ausländischen Schülern höher, dennoch: „*Ausländer machen mehr Konflikte, weil sie auch mehr haben!*“

### **Lösungsvorschläge**

Hier werden zum Teil sehr konkrete Vorschläge gemacht. So habe die Realschule keinen Schulsozialarbeiter, sollte aber einen haben. Ein Sportprofilierungsprogramm soll auch zur späteren Integration in Vereinen führen. Kleinere Klassen werden ebenso wie mehr Nachmittagsunterricht angesprochen („*Es gibt Schüler, die gern zum Nachsitzen kommen*“ – damit sie in der Schule sein können. Das nicht mögliche Mittagessen an den Schulen sei ein Problem, gerade in der Innenstadt. Die Gründung von Fördervereinen sowie Erlebnispädagogik (Studienfahrten, Klassenfahrten) werden ebenfalls genannt. In der Schule im Bildungszentrum Nord würde bereits reagiert: Dort gebe es eine fächerübergreifende Thematisierung von Gewalt und Aggression, ein Streitschlichterprogramm, auf das der Rückgang der Gewalt im letzten Jahr auch zurück geführt wird.

Als weiterer Lösungsansatz wird darauf hingewiesen, dass bei Schülerpartys auf dem Schulgelände zur Verhinderung von Streitigkeiten ein privater Security-Service angestellt werde. Vorfälle würden solange intern ermittelt, bis die Verantwortlichen herausgefunden werden. Dann erfolge eine „*erzieherische Maßnahme*“ (Putzhilfe). Dies habe abschreckende Wirkung. Eine Anzeigeerstattung erfolge in der Regel nicht. Straftaten werden fast nie bei der Polizei angezeigt, „*man möchte niemand kriminalisieren*“. In die Zukunft gerichtet wird auf die schlechte Arbeitsmarktsituation (Zahl der Lehrstellen) hingewiesen.

## Interviews mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern

Insgesamt konnten die Interviews mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Reutlingen nicht in dem Umfang durchgeführt werden, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Neben dem Gespräch zu Beginn des Projektes mit dem Leiter der Abteilung Jugend beim Amt für Jugend und Sport konnten noch ein Gespräch mit Sozialarbeitern im Amt für Jugend (an dem zwei Sozialarbeiter teilnahmen) sowie ein Gespräch mit zwei Mitarbeitern im Jugendhaus Schafstall realisiert werden. Darüber hinaus wurde noch ein Gespräch mit Mitarbeitern des Jugendgemeinschaftswerkes der Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus geführt.

Folgende Beobachtungen und Bemerkungen erscheinen für das Projekt hierbei von Bedeutung:

### „Multi-Kulti-Gruppen“

Hier wurde darauf hingewiesen, dass es in der Innenstadt weniger die klassischen *peer-groups* gebe, die sich durch ethnische und räumliche Zugehörigkeit definieren. Es handele sich eher um „*Interessengemeinschaften, die zwischen den Cliques hin- und herzappen*“. Im Vordergrund stehen „*event, fun und action*“. Auch das Alter spiele hierbei eine untergeordnete Rolle. Somit sei es durchaus nicht ungewöhnlich, wenn ein 16-Jähriger mit einem 20-Jährigen in die Disco gehe. Das Zusammenleben in diesen „*Multi-Kulti-Gruppen*“ gehe zwar nicht ohne Stress ab, laufe aber relativ gut. Viele Jugendliche würden zwischen den Gruppen hin und her gehen, ohne Probleme zu haben. Dies wird darauf zurückgeführt, dass Jugendliche eher die Schulen wechseln und somit jeder jeden kennt. Der zwanglose Umgang zeige sich auch darin, dass sich Neuankömmlinge sehr schnell in diese Gruppen integrieren.

### „Vietnamesen“

Die Vietnamesen seien aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, trotz hoher Integrationsprobleme. Sie verteilen sich auf die ganze Stadt, leiden allerdings unter schlechten Wohnverhältnissen und Ausgrenzung. Kinder im Alter bis 14 Jahren seien integriert, Jugendliche und junge Erwachsene von 16 bis 25 Jahren eher isoliert. Der angestaute Frust wird vor allem in Spielhöllen kompensiert, zum Teil gleiten sie auch in die Drogenszene ab.

### Treffpunkte

Hier wird auf die „Handymania“ hingewiesen: Es gebe keine klassischen Treffpunkte mehr, sondern eher spontane Vereinbarungen, die über Handy organisiert werden: „*Da stehen dann auf einmal 20-30 Leute da.*“



### **Attraktivität der Innenstadt**

Die Zuwanderung von Jugendlichen aus den Stadtteilen in die Innenstadt sei sehr stark. Die Hauptursache dafür seien die Anonymität, die man dort habe. Viele Jugendliche entkommen durch die Anonymität in der Innenstadt der Kontrolle durch Eltern, Nachbarn u.a. in den Wohngebieten. In der Innenstadt können sie tun, was ihnen sonst verboten ist, z.B. Rauchen, Alkohol trinken. Als weitere Ursache wird genannt: „*Laufsteg und Bühne*“. Die Fußgängerzone dient den Jugendlichen als „*Laufsteg und Bühne*“, bei der man sich dem anderen Geschlecht zeigen und präsentieren kann.

Viele verschiedene Jugendgruppen, die in der Innenstadt unerwünscht sind, seien zum ZOB abgedrängt worden. „*80-100 Personen fliegen dort herum.*“ Die Gruppen durchmischten sich. Durch die starke Kontrolltätigkeit der Polizei („*Die Jugendlichen werden am Tag 6-8 Mal kontrolliert*“) wird der ZOB jedoch immer uninteressanter und die Jugendlichen wandern in die Stadtteile zurück. Allerdings treffen sich am ZOB jetzt vermehrt jüngere Jugendliche (5.-Klässler), die es spannend und toll finden, mit der Polizei zu tun zu haben. Sehr problematisch sei in der Vergangenheit das „Anmachen“ von gleichaltrigen Jugendlichen, die mit dem Bus fahren, gewesen.

### **Gewalt**

Es wird sehr stark beobachtet, dass Auseinandersetzungen unter den Jugendlichen gewalttätiger geworden sind. Die Hemmschwelle sei niedrig. Auf Jugendliche, die am Boden liegen, werde noch eingetreten. Auch die Umgangssprache der Jugendlichen verrohete zunehmend. Die Ursache dafür, dass sich in den Polizeistatistiken die quantitative und qualitative Zunahme von Gewalt nicht abzeichne, wird in der niedrigen Anzeigebereitschaft der ausländischen Bevölkerung gesehen, die Vorbehalte gegen die Polizei haben. Als Beispiel hierzu wurden Fußballturniere genannt, die von Sozialarbeitern organisiert wurden. Diese Fußballturniere mit Jugendlichen waren immer gut, allerdings wurden die Spiele immer aggressiver und es wurde unfair gespielt. Vor fünf Jahren kam es bei einem Turnier zu einer Massenschlägerei, die durch die Polizei aufgelöst werden musste. Seitdem werden weniger Veranstaltungen dieser Art angeboten, weil die Jugendlichen schon mit dem Gedanken hingehen, sich dort zu prügeln.

### **Kontrolldruck durch Polizei**

Als sehr problematisch wird der hohe Kontrolldruck der Polizei, der auf die Jugendlichen ausgeübt wird, angesehen. „*Strafverfolgung ist okay, aber durch den hohen Kontrolldruck fühlen sich die Jugendlichen ausgegrenzt und leiden darunter*“. Die Ausgrenzung, die vor allem ausländische Jugendliche in vielen Lebensbereichen erfahren (z.B. auf der Arbeitssuche) werde durch die polizeilichen Repressionen noch zusätzlich verstärkt. Die Polizeikon-

trollen wirkten kontraproduktiv, da sie die Jugendlichen stigmatisieren, ihr Selbstwertgefühl verletzen und ihr „Unerwünscht-Sein“ ständig bestätigen. Dies führe bei den Jugendlichen zu Resignation und Perspektivlosigkeit. *„Ich bin der Depp und werde es immer bleiben. Warum soll ich dann eine Ausbildung machen?“*

### **Intoleranz der Erwachsenenwelt**

*„Das subjektive Angstgefühl der Bevölkerung ist fatal. Sobald mehr als zehn Jugendliche zusammen stehen fühlt sich der Bürger bedroht.“* In der Gesellschaft gibt es kein Verständnis und keine Toleranz gegenüber den Jugendlichen, so die Auffassung der Sozialarbeiter. *„Wenn man in der City wohnt, muss man einfach damit rechnen, dass es laut wird.“* Zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen finde kein Dialog mehr statt. Bevor gesprochen werde, wird die Polizei angerufen. In einem Extremfall seien die Jugendlichen schon per Videokamera gefilmt worden. Komme es in wenigen Fällen einmal zum Gespräch, so seien es vor allem die Erwachsenen, die die Jugendlichen in einem hochaggressiven Ton zurechtweisen. *„Die Aggressivität der Erwachsenen überträgt sich auf die Jugendlichen“.* Ein *„wertschätzender Dialog“* werde mit den Jugendlichen nicht geführt. Es entstehe der Eindruck, dass von der Bevölkerung ein *„Feindbild Jugend“* aufgebaut wird, indem die Dinge unnötig dramatisiert werden. Insbesondere die Stigmatisierung der Jugendgruppen als Kriminelle wird von Seiten der Sozialarbeiter als *„völlig albern“* angesehen.

### **Präventionsansätze**

Elternarbeit: *„Viele Eltern wissen nicht, was sie machen sollen.“* Deshalb sei es wichtig, die Eltern zu beraten, Strukturarbeit zu leisten. Dazu würden Dolmetscher benötigt. Als Beispiel wurden türkische Eltern benannt, die ihre Erziehungsaufgabe an die Schule abgeben wenn zu Hause die Erziehung beendet ist. Zu diesem Punkt gab es jedoch eine gegensätzliche Auffassung: Gerade in türkischen Familien werde die Erziehung sehr ernst genommen. Bei Begehen einer Straftat werde Schande über die ganze Familie gebracht.

### **Räume schaffen!**

*„Es müssen Räume geschaffen werden, wo sich die Jugendlichen treffen können, ohne ständig kontrolliert zu werden.“* Damit die Plätze von den Jugendlichen angenommen werden, sei es wichtig die Jugendlichen von Anfang an einzubinden und zu beteiligen. Diese Plätze sollte es auch in der Innenstadt geben. Hierzu wird auf das *„Projekt Bushaltestelle“* hingewiesen: Die Stadt Reutlingen machte den Jugendlichen das Angebot, sich *„etwas zu wünschen“*. Daraufhin wurde von den Jugendlichen viele Ideen entwickelt vom Streetball bis zum *„Hip-Hop-Dance-Floor“*. Umgesetzt wurde von der Stadt auf dem Steinenberg-Platz eine *„Bushaltestelle“*, also ein Pavillon für die Jugendlichen, der wie eine richtige Bushaltestelle gestaltet wurde. Auch ein Basketballkorb wurde angebracht.

### **Dialog Schule und Betrieb**

Beklagt wurde, dass es einen Dialog zwischen Schulen und Betrieben in Reutlingen nur in seltenen Fällen gebe. Der neue Trend sei, dass niemand für etwas zuständig ist. Das Hilfsangebot für Jugendliche sei in Reutlingen allerdings überschaubar und übersichtlich. Jugendliche könnten sich damit zurechtfinden.

### **Mehr Investitionen in die Jugendsozialarbeit**

Mehrere Male wurde die schlechte finanzielle und personelle Ausstattung der Jugendarbeit beklagt: *„Man kann soviel machen. Projekte zur Selbstwertförderung, Erlebnispädagogik, ..., an den Ideen mangelt es nicht. Aber wir haben kein Geld und keine Leute dafür. Es fehlt an Personalstellen. Zwei Leute in einem Jugendhaus ist Wahnsinn. Früher haben das sieben bis acht Leute gemacht. Die Qualität der Jugendhäuser ist dementsprechend mies. Hinzu kommt, dass die Fachhochschule Reutlingen demnächst schließt und dadurch viele Praktikanten wegfallen werden. Inzwischen gibt es viele, die den Beruf gar nicht machen wollen. Gründe hierfür sind die ungünstige Arbeitszeit oft bis in den Abend, wenig Verdienst, schwierige Arbeit mit „Problemjugendlichen“ und die generelle Unsicherheit.“*

### **Zusammenarbeit mit der Polizei?**

Zur Zusammenarbeit mit der Polizei meint man, dass man auf Informationen von der Polizei angewiesen sei, man könne aber wenig zurückgeben. Die Informationen, die man im Arbeitskreis „Sichere Innenstadt“ bekomme, würden ausreichen. Gemeinsame Streifen mit der Polizei kann man sich nicht vorstellen: *„Ich kann einem Polizisten auf der Straße auch nicht „Hallo“ sagen, sonst würde ich mein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen gefährden.“*

### **Aussiedler**

*„Die Aussiedler grenzen sich selber aus“*, war eine der Aussagen. Sie würden im Stadtteil Schafstall unter sich bleiben. Aufgrund der Skepsis jugendlicher Spätaussiedler gegenüber allem Staatlichen sei der Zugang zu diesen Gruppen schwierig. Viele Aussiedlerfamilien wurden in bestimmten Stadtteilen untergebracht, wie z.B. Münsingen, wo sich Gruppen von jugendlichen Aussiedlern gebildet haben, die dann gegen türkische Jugendliche vorgehen. Es kam zu Schlägereien. Auch im Wohngebiet Schafstall gab es Probleme, wobei sich dort die Lage beruhigt hat und bei den jetzigen Anzeigen handelt es sich vorwiegend um Anzeigen wegen Ruhestörung. In Betzingen werden Asylanten und Aussiedler gemeinsam untergebracht und das könnte Probleme bringen. Die Masse der Spätaussiedler komme in Großfamilien. Funktioniert der Familienverband, dann gebe es wenig Probleme, d.h. wird der Vater als Familienoberhaupt akzeptiert, dann habe er die Macht und könne die alten Wertvorstellungen aufrechterhalten. Verliere der Vater aber seine Autorität, was in dieser neuen Ge-

sellschaft sehr schnell passieren kann, dann wird die alte Ordnung aufgebrochen und es könne zu Alltagskriminalität und Missachtung der Gesetze kommen.

Allgemein werde eine Verschlechterung der Schulbildung der ankommenden Jugendlichen verzeichnet. Dies sei darauf zurückzuführen, dass sich in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion die Schulsituation verschlechtert habe. Die ankommenden Neuzugänge seien schlechter ausgebildet, weil es dort (in Russland) zu häufigem Schulausfall komme und auch die tägliche Betreuung große Lücken aufweise. Die Gewöhnung an regelmäßigen Schulunterricht und regelmäßige Arbeit sei teilweise verlorengegangen.

Ein weiteres Problem zeige sich in den Kindergärten. Einige Kinder hätten Sprachprobleme in beiden Sprachen, d.h. sie beherrschten beide Sprachen nicht perfekt. Daraus könnten sich später Probleme bei der Einordnung der Identität ergeben.

Im Jugendgemeinschaftswerk werde versucht, ein Miteinander der verschiedenen Gruppen von Jugendlichen, d.h. der Gruppen aus verschiedenen Nationalitäten zu erreichen, aber das sei eine große Hürde, die kaum zu überbrücken ist. Statussymbole stellten ein großes Problem dar, wie z.B. Autos (BMW), Handys. Da Markenwaren für viele Jugendliche sehr erstrebenswert sind, das Geld dafür aber nicht vorhanden ist, komme es zu Diebstählen. Das Handy habe auch deshalb einen besonders hohen Stellenwert, weil es zur Verständigung der Gruppen untereinander diene. Per Handy werden Treffpunkt vereinbart und können so auch schnell verlagert werden.

Die subjektive Wahrnehmung der Jugendlichen sei, dass die Polizei sie sofort kontrolliert (z.B. auf dem Aldi-Parkplatz). Auch eine nur geringe Sachbeschädigung werde sofort angezeigt, und die Jugendlichen fühlten sich dadurch ausgegrenzt. Den Jugendlichen dauere das Strafverfahren zu lange und sie könnten deshalb diesen Prozess oft nicht nachvollziehen. In dieser Zeit ereigneten sich oft schon wieder neue Anzeigen und so seien teilweise mehrere Verfahren anhängig. Anzeigen kommen vorwiegend wegen Lärmbelästigung, Sachbeschädigung, (Umwerfen von Mülltonnen, Abfall liegen lassen). Drogenkonsum finde statt, sei aber nicht die Regel. In den meisten Fällen werde von der betroffenen Familie versucht, das Problem unter sich zu regeln. Wenn es nicht möglich ist, würden die Jugendlichen nach Kasachstan geschickt und dort 'behandelt'. Von der dortigen Behandlung verspreche man sich mehr, weil dort die Abschottung so groß sei, dass es kaum eine Möglichkeit gebe, an Drogen zu kommen. Drogenprobleme entstünden vermehrt dort, wo der Familienverband nicht mehr funktioniert oder der große Bruder auch Drogen nimmt. Dann versuchten es die Geschwister ebenfalls.

Im Jahr 2001 sei insgesamt eine Verbesserung gegenüber der letzten drei Jahre eingetreten, weil die Verringerung der Bildungsmaßnahmen in den Jahren 1996/97 aufgehoben wurden. Das Netz der Fördermaßnahmen sei wieder verdichtet worden und so würden die Maßnahmen wieder besser greifen.

Als Lösungsansätze werden genannt: Für die Jugendlichen muss etwas bei der Jugendarbeit herauskommen; „Man darf nicht nur wegnehmen!“ Das vorhandene Potential der Jugendlichen müsse ins Positive umgelenkt werden: erst Zuhören, dann Beurteilen, dann Handeln. Es wird auch darauf hingewiesen, dass sich das „System“ verändert hat: „Was ist Schule – für was brauche ich das?“ sei eine häufig gestellte Frage der Jugendlichen. Die soziale Umgebung (Elternhaus, Familie) sei oft problematisch: es werde fehlende Sozialkompetenz praktisch weitergegeben; soziale Werte werden nicht vermittelt. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass Jugendliche nicht blöder werden, sondern eher anspruchsvoller. Häufig sage niemand den Jugendlichen/Kindern, WIE etwas zu machen ist. Die Vernetzung Jugendhilfe/ Jugendamt/ Polizei/ sozialer Dienst/ Arbeitgeber müsse stimmen und sei wichtig. Die Kooperationen zwischen Jugendeinrichtungen und Handwerksbetrieben sollten verbessert werden: Jugendliche ohne entsprechende schulische Bildung könnten bei persönlichem Einsatz trotzdem eine Ausbildung machen.

## Interviews mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

### Delikte

Nach Angaben der Polizeibeamten ereignen sich Körperverletzungsdelikte vor allem nach Schulschluss oder im Freizeitbereich, zum Großteil am ZOB. Die Anzeige erfolge in den meisten Fällen durch die Eltern. Hingewiesen wird darauf, dass „*immer zwei dazu*“ gehören, d.h. oftmals haben alle Beteiligten ihren Beitrag geleistet; deshalb erfolgt auch meistens keine Anzeige durch die Jugendlichen. Bei den Körperverletzungsdelikten im Schulbereich seien keine Auffälligkeiten bezüglich der Wohnorte von Tätern/Opfern zu erkennen. Die Qualität der Körperverletzung beginne bei der Ohrfeige und sei nach oben offen, das richte sich oft danach, ob die Beteiligten allein oder in einer Clique seien. Täter und Opfer kennen sich in der Regel. Gewalt habe auch oft banale Gründe: Ein Jugendlicher frage z.B. einen anderen, ob er eine Zigarette habe. Dieser verneint und beziehe dafür Schläge. Der Geschädigte rufe evtl. über Handy die Polizei, die dann anfährt. Zum Teil sind dann noch beide Parteien vor Ort, vor allem bei Gruppen; Einzelpersonen (Opfer und Täter) verlassen den „Tatort“ meist vor Eintreffen der Polizei.

Körperverletzungsdelikte würden (als Sanktionierung) meist im „Projekt Handschlag“ erledigt, oder auch oft durch Einstellung durch die Staatsanwaltschaft gegen Auflagen (Arbeitsstunden). Bestimmte Altersgruppen oder bestimmte Schulen, die bei Körperverletzungsdelikten besonders auffallen, gebe es nur teilweise. Hauptsächlich gehe es um die Hauptschule, im Gymnasium werde weniger „*geschlägert*“. Gymnasiasten provozieren gerne die „dummen“ Hauptschüler, diese schlagen dann zu. Der Altersdurchschnitt dürfte bei 14 Jahren liegen, das Spektrum reiche von 12 bis 16 Jahren, wobei man es kaum mit 12jährigen zu tun habe; sie bilden die unterste Grenze. Bei den Asylbewerbern dominiere die Eigentumskriminalität. Hauptdelikt bei den Asylbewerbern seien Ladendiebstähle, jetzt aber auch wieder mehr Taschen- und Trickdiebstähle, z.B. „*Geldbeutel ziehen*“. Im Bereich „Schafstall“ häuften sich immer wieder mal Lärmbelästigungen durch Jugendliche; teilweise auch an der ...-Schule, dort treffen sich abends unter dem überdachten Eingang die Jugendlichen. Autoradios werden aufgedreht, es wird Alkohol konsumiert und viel Müll produziert.

### Drogen

„***Kiffen ist für die wie Cola trinken***“: In Vernehmungen seien die Jugendlichen relativ offen in Bezug auf ihren Drogenkonsum, aber sie erzählen nichts über die „Szene“, geschweige denn werden Namen genannt. Bei „den Russen“ könne man im „*Rauschgift-Bereich*“ schon eine gewisse Cliquen- bzw. Bandenbildung beobachten, z.T. mit Ortsfremden, die die Reutlinger Szene nutzen („Infrastruktur“). Es sei allgemein bekannt, dass es bei „den Russen“ ein „Rauschgift-Problem“ gibt; vor allem werde Heroin genommen. Es sei hier eine Entwicklung zu beobachten, dass Eltern immer gleichgültiger reagieren: Ladendiebstahl wird als normal

angesehen, manche Eltern sagen lediglich: „*Jetzt fängt sie schon an wie ihre ältere Schwester*“. Dies gilt aber nicht nur für Ausländer. Es herrscht der Eindruck vor, dass es im „Rauschgift-Bereich“ gerade „*explodiert*“, vor allem was das Kiffen bei den Jugendlichen und Heranwachsenden betrifft. Ein „*immer laxerer*“ Umgang mit Softdrogen wird kritisiert; so seien auch schon 14jährige mit Haschisch erwischt worden unter den 15-/16jährigen sei Hasch sehr weit verbreitet, es herrsche kein Unrechtsbewusstsein. Ich „*sehe in der Zukunft einiges auf uns zukommen: noch laxerer Umgang, noch geringere Hemmschwelle*“ meint ein Polizeibeamter.

### **Cliquen**

Zwischen den einzelnen Gruppen gebe es kaum Rivalitäten, meinten die Polizeibeamten. Nur wenn fremde Cliquen zufällig aufeinander treffen, könne es Ärger geben. In der Regel seien die Cliquen aber unter sich; „*Ariba*“ hat z.B. mit „*ZOB*“ nichts zu tun. Zu einer Art „*showdown*“ zwischen Gruppen komme es selten. Berichte über Banden- oder Cliquenkämpfe seien oft nur „*Scheißhausparolen*“, Gerüchte, Geschichten, etc. An den meisten Auseinandersetzungen seien nur zwei oder drei Personen beteiligt.

### **Entwicklung**

„*Ich schätze, wir werden uns in der Jugendkriminalität auf diesem Niveau einpendeln, also kein deutlicher Anstieg, kein gravierender Rückgang*“. „*Wir stellen oft fest, dass Jugendliche eine Phase durchmachen und mit 18/19 Jahren „die Kurve doch noch kriegen*“.

### **Mädchen**

Als „*Preis der Emanzipation*“ werden „*schlägernde Mädchen am ZOB*“ gesehen; aber auch sonst habe die Häufigkeit von Gewalt durch und unter Mädchen zugenommen. Täter und Opfer seien dabei aber generell beide weiblich. Die Mädchen wollen sich vor den Jungs produzieren und sein wie die Jungs. Geschichten von übermäßig aggressiven Mädchen, von Tritten und harten Prügeln seien aber auch hier nur Märchen und Klischees. So sei es generell: Es gebe eine „*Einschüchterungstaktik, es wird einfach viel erzählt und erfunden*“. Vor allem junge Araber beeindruckten durch eine große Klappe und erzeugten so beim Gegner/Opfer Angst vor Repressalien oder weiterer Gewalt.

### **Aussiedler**

In bezug auf Probleme im Zusammenhang mit „*Russlanddeutschen*“ wurde betont, dass die Beteiligten das meist unter sich ausmachen. Da dringe nichts bis zur Polizei durch. Es seien eigenständige, von einander getrennte Gruppen, vor allem Russen und Türken, wobei es Banden in diesem Sinne in Reutlingen nicht gebe. Es seien eher Cliquen, wobei örtlich keine

Gruppen festzulegen sind (keine „Reviere“). Zur Zeit hätten viele noch immer erhebliche Sprachprobleme; andererseits wird vermutet: *„Ich glaube, die verstellen sich nur, wenn sie mit der Polizei reden“*. Eine Integration habe bisher nicht stattgefunden, *„die bleiben unter sich“*. Andererseits wird auch gesagt: *„Ich glaube, die Integration ist in Wirklichkeit nicht so schlecht. Vielleicht sind ja nur gerade die auffällig, die sich NICHT integrieren.“*

Im Zusammenhang mit seiner Diplomarbeit an der Hochschule für Polizei hat **Manuel Hörger** Interviews mit Polizeibeamten in mehreren Städten Baden-Württembergs (darunter auch in Reutlingen) zum Problembereich „Jugendliche Aussiedler“ durchgeführt. Aus Datenschutzgründen werden die folgenden Zitate nicht einzelnen Personen oder Städten zugeordnet. Vor dem Hintergrund der Gesamtproblematik haben wir uns entschieden, einen längeren Passus aus der Arbeit von Manuel Hörger in dem Projektbericht aufzunehmen<sup>53</sup>.

Eine Tendenz ist deutlich erkennbar: Je anonym der Kontakt zu den Spätaussiedlern ist, desto größer ist auch eine skeptische bis ablehnende Haltung der (Streifen-) Polizisten festzustellen oder positiv formuliert: Je enger der persönliche Kontakt zu den Spätaussiedlern ist, desto unvoreingenommener und offener ist auch die Einstellung der Polizisten. ... *„Es wird schon viel Toleranz gefordert, häufig wird diese Toleranzschwelle auch überschritten.“* ... Neutraler fallen die Antworten bei den Ermittlungsdiensten der Kriminal- und Schutzpolizei aus. Dort werden die Spätaussiedler eher als schweigsame und verschlossene Menschen erlebt, zu denen man kaum Zugang findet. ... *„Die Aussiedler sind sehr schwer zugänglich, für alle, die damit zu tun haben. Man weiß nicht was in ihnen vorgeht.“* Das gleiche Gefühl hat ein anderer artikuliert: *„Wir bekommen einfach keine Informationen und erfahren auch nicht, wie sie (die jugendlichen Spätaussiedler) das alles so sehen.“*

Das Blatt wendet sich allerdings, wenn Polizisten persönliche Kontakte zu Spätaussiedlern haben wie zum Beispiel ein Polizist, der nebenbei einen jugendlichen Spätaussiedler betreut. *„Ich kann selbst die ganz ‚üblen Typen‘ irgendwie verstehen“*, antwortet er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen. Auch ein anderer findet zu vielen Jugendlichen einen Zugang: *„Mit dem Großteil kommt man eigentlich prima klar.“* ... Es zeigt sich deutlich der Wandel von anfänglicher Voreingenommenheit aufgrund mangelnden, beziehungsweise einseitig negativen Kontaktes hin zu einer sehr offenen und unvoreingenommenen Einstellung: *„Seit ich mich mit den Spätaussiedlern und der gesamten Problematik näher befasse, habe ich mich sozusagen um 180 Grad gewendet. Früher hat man halt keinen Kontakt gehabt. Und wenn es Kontakt gab, dann nur die unterste Schublade. Du hast da nie positive Erfahrungen gemacht. Man hat sie dann in eine Schublade gesteckt und gesagt: ‚Die können doch nichts außer Saufen, Klauen und Randalen machen.‘ Aber das war irgendwo falsch, keine Frage.“*

Die Gesamtheit der Spätaussiedler betreffend differenzieren manche zwischen der ersten Auswanderungswelle von Spätaussiedlern, die sich problemlos integriert haben und den ‚Nachzüglern‘, die erst in den letzten Jahren hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen gekommen sind, kaum noch einen Bezug zu Deutschland haben, und sich relativ schwer integrieren. Fast durchgängig wird der Unterschied zwischen den älteren Generationen und der jüngeren Generation erwähnt. Während es mit den Eltern und Großeltern in keiner Form Probleme gibt, tritt die jüngere Generation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen relativ häufig negativ in Erscheinung. Ganz drastisch drückt es ein Streifendienstbeamter aus: *„Mit den älteren Aussiedlern kann man sich super unterhalten,*

---

<sup>53</sup> Wir danken Manuel Hörger für die Zustimmung hierzu. Die Passagen wurden teilweise gekürzt. Die gesamte Arbeit wird Mitte 2002 verfügbar sein (Hörger 2002).



*aber die Jungen sind einfach Ratten.“ Auch ein anderer sagt: „Mit den Eltern haben wir eigentlich gar keine Probleme.“*

Die Erfahrung ist bei allen befragten Dienststellen dieselbe: Es sind vor allem die männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den Spätaussiedlern, die polizeilich auffällig werden. Sehr bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass sehr häufig nur eine kleine Gruppe von Intensivtätern für den Großteil der Straftaten verantwortlich ist: *„Wir haben es mit einem harten Kern, von etwa 10 Jugendlichen zu tun, die den gesamten Stadtteil aufmischen“. „Die Mehrheit versucht sich schon zu integrieren, aber ein paar wenige fallen extrem auf. Und diese Wenigen sind verantwortlich dafür, dass der Ruf der ganzen Bevölkerung der Spätaussiedler schlecht ist.“ „Nachdem wir die fünf Haupttäter weg hatten, war Ruhe!“ „Die Mehrzahl der Delikte wird von einigen wenigen Intensivtätern begangen“*

Die Mädchen hingegen treten kaum negativ in Erscheinung: *„Die Mädchen integrieren sich besser und haben bessere Zukunftsperspektiven.“* Auch ein anderer berichtet, dass die Mädchen sich an den Trinkgelagen und Auseinandersetzungen der Jungen kaum beteiligen, allenfalls einmal mit einem Ladendiebstahl in Erscheinung treten. Die Mädchen werden von den Polizeibeamten eher als stille und verschlossene Beobachterinnen beschrieben, die sich der Hierarchie der Gruppe unterordnen.

Die Polizei wird hinsichtlich der Spätaussiedler vor allem mit Gewaltdelikten, der Rauschgiftkriminalität sowie mit Vandalismus, Sachbeschädigungen und Ruhestörungen in Verbindung mit Saufgelagen konfrontiert. Bei den Gewaltdelikten auffallend ist eine besonders brutale Vorgehensweise. Man spricht von einer neuen Qualität der Brutalität und von einer massiven Anwendung von Gewalt, bei der die Möglichkeit eines Todesfalls in Kauf genommen wird. Ebenso wird berichtet von einer ‚sehr brutalen Vorgehensweise‘ und einer erhöhten Aggressivität, insbesondere wenn Alkohol in Verbindung mit gruppenspezifischen Prozessen hinzukommen: *„Ja, ich meine schon, dass die Aggressivität stärker ausgeprägt ist bei denen (den Spätaussiedlern). Das hängt mit der Gruppendynamik zusammen. Ein Einzelner ist nie das Problem, aber in der Gruppe will jeder stärker sein als der andere. Und natürlich spielt der Alkohol eine große Rolle, der enthemmt die Jungs gnadenlos.“*

Bezüglich der Rauschgiftkriminalität sprechen einige von einer drastischen Erhöhung und ‚Turbo-karrieren‘. *„Das war auch für uns schockierend, wie die losgelegt haben, die sind gleich auf Heroin. Von Null auf Hundert.“ „Was das Drogenproblem betrifft, da haben wir wirklich ein Problem. Es werden hauptsächlich harte Drogen ‚vercheckt‘..... Das ist schon erschreckend. Das ist für... zuviel.“*

Auffallend in allen Städten sind nächtliche Ruhestörungen, die häufig in Verbindung mit Alkohol stehen. Dabei treten vor allem Gruppen von Jugendlichen in Erscheinung. Mit Einzelnen gibt es fast nie Probleme. *„Die Mehrzahl der Einsätze, die wir haben, sind Ruhestörungen. Das sind überwiegend die Jugendlichen, die noch bis spät in die Nacht herumsitzen und die Musik aufgedreht haben“. „Diejenigen, die ein Fahrzeug haben, fahren auf einen Parkplatz, stellen dort die Musik an, in der Tankstelle wird Wodka gekauft, und dann wird getrunken“.*

Viele berichten, dass Probleme intern geregelt werden. Anstatt begangenes Unrecht beziehungsweise Straftaten bei der Polizei anzuzeigen, zeigt sich vielmehr die Tendenz, Probleme intern zu regeln. So berichten Kriminalbeamte, dass sie bei den Gewaltdelikten von einem riesigen Dunkelfeld ausgehen, da Streitigkeiten untereinander geregelt werden. Die Polizei würde häufig nur über Außenstehende beziehungsweise Rettungsdienste, Ärzte oder Krankenhäuser etwas erfahren. *„Die Spätaussiedler regeln ihre Probleme selbst“; „Da wird auch viel so geregelt. Per Handschlag. Im*

wahrsten Sinne des Wortes.“ „Grundsätzlich kann man sagen, dass vieles intern geregelt wird. ...Gegenüber der Polizei wird nichts gesagt und es wird erstmal russisch miteinander gesprochen. Das ist eine verschworene Gemeinschaft.“ Polizisten stoßen bei Ermittlungen in der Regel auf eine „Mauer des Schweigens“. Selbst bei eindeutigen Beweisen wird dies in Abrede gestellt oder geschwiegen: „Manche könntest du an den Füßen aufhängen, die würden keinen Ton sagen. Und da können die Umstände oder die Aussagen noch so widersprüchlich sein, denen ist das egal.“ „Du bekommst nichts heraus bei denen. Gar nichts. Die hocken vor dich hin und machen einfach keine Angaben. Punkt aus. Nichts weiter. ... Selbst bei ganz klarer Sachlage und eindeutigen Zeugenaussagen hatten wir den Fall, dass die beschuldigten Spätaussiedlern rigoros alles abgestritten haben.“ „Die Aussiedler überlegen es sich nicht nur zweimal, sondern viermal, ob sie was sagen oder nicht.“ „Eins plus eins ist bei denen nicht unbedingt gleich zwei“. „Ich weiß nichts, ich habe nichts gesehen, ich habe nichts gemacht“ (über die Standardantwort jugendlicher Spätaussiedler bei Vernehmungen.) „Da herrscht ein absoluter Zusammenhalt. Du sagst bei mir nichts, und ich sage bei dir nichts. Einen Kumpel würde man da nie verraten“ „Das Problem ist, dass du meistens gegen eine ‚Mauer des Schweigens‘ läufst. Wir hatten schon mehrfach den Fall, dass wir wegen einer Schlägerei alarmiert wurden. Als wir dann vor Ort waren, war nichts mehr, und zu uns hat es geheißen: „Was wollt ihr hier, das ist die russische Wanne hier draußen.“

Bei den Vernehmungen fällt insbesondere auf, dass bestimmte Bemerkungen zu möglichen Konsequenzen von Seiten des Vernehmungsbeamten überhaupt keine Wirkung zeigen. „Und als die in Untersuchungshaft kommen sollten, haben wir gesagt: Hey, du machst die deine berufliche Karriere kaputt, daher wäre es sinnvoll, wenn du die Verdunklungsfahr ausräumst, sprich wenn du Angaben machst. Das hat gar nicht interessiert. Ist halt so, was soll's, war die Antwort.“ „Wenn du zu ihnen sagst: Entweder du packst jetzt aus oder du fährst halt ein ! Das zieht bei den Deutschen und auch bei anderen, aber bei den Russen zieht das gar nicht. Das interessiert die nicht. Die gehen da lieber in den Bau.“ „Du brauchst da gar keinen strengen Ton anschlagen, weil die lachen da sowieso nur darüber. Also du redest mit denen schlichtweg normal, und lässt es dir nicht anmerken, dass sie dich ärgern“. „Nein, da wird gar nicht groß herumdiskutiert, weil das keinen Wert hat. Du machst dir nur die Nerven kaputt und die lachen dich aus. Die mangelnde Kooperationsbereitschaft und das Misstrauen in die Institution ‚Polizei‘ wird darin gesehen, dass die Spätaussiedler andere Erfahrungen mit der russischen Miliz in den Herkunftsländern gemacht haben. Nach der Ansicht einiger würde aus diesem Grund die deutsche Polizei belächelt werden. Dies zeige sich schon bei der Belehrung, die von den jugendlichen Spätaussiedlern als Zeichen der Schwäche gedeutet wird und ein ‚Lächeln auf ihren Gesichtern‘ entstehen lässt. Andere berichten, dass die von Korruption verfilzte Miliz in der ehemaligen UdSSR und ihren Nachfolgestaaten bei der Bevölkerung kein Vertrauen besitzt, und dieses Misstrauen würde auch die deutsche Polizei zu spüren bekommen. Hinzu kommt nach Meinung der Experten, dass die Spätaussiedler rohere Methoden gewohnt sind. Ein Körperverletzungsdelikt habe dort mit Sicherheit nicht den Stellenwert wie in Deutschland. „In Russland würde eine Frau, die vergewaltigt wurde, nie zur Polizei gehen.“ Die Polizei besitzt dort kein Vertrauen in der Bevölkerung. Die Spätaussiedler haben mit der Polizei in ihren Herkunftsländern völlig andere Erfahrungen gemacht. Sie haben dort eine gewalttätige Polizei erlebt, die sofort zuschlägt.“ Die Erwartungshaltung eines beschuldigten Spätaussiedlers vor einer polizeilichen Vernehmung kommt in dem folgenden Beispiel sehr gut zum Ausdruck: „Auf das Revier kam mal ein betrunkenen Spätaussiedler zur Vernehmung als Beschuldigter. Der Kollege hat ihn dann gefragt, warum er betrunken ist. Da kann man doch nicht vernünftig antworten. Daraufhin sagt er zu uns: „Damit er die Schläge besser aushält.“

Ursache des Schweigens: Wer bei der Polizei eine Aussage macht, wird als Verräter bestraft. Offensichtlich haben Personen, die bei der Polizei eine Aussage machen mit massiven Repressalien zu rechnen. Die Angst vor diesen Racheakten ist vielfach größer als die Angst vor strafrechtlichen

Sanktionen. Fast alle befragten Polizeibeamten berichten über interne Maßregelungen von ‚Verrätern‘. Dies zeigt wie weit verbreitet diese Praxis ist. *„Wer etwas sagt, bekommt Schwierigkeiten“*. *„Wer bei der Polizei ein Aussage macht, hat mit harten Repressalien zu rechnen. ... Vor den Russen haben sie Angst, und die ist nicht unbegründet“*. *„Man erfährt nur selten etwas von diesen versteckten Maßregelungen, aber manchmal bekommen wir etwas mit. Allerdings erzählt das nur einer inoffiziell und wenn er völlig fertig ist. Und dann siehst du mal, was da abgeht. Einer hat mir mal erzählt, wie so ein Verräter aus den eigenen Reihen bestraft wird. Der musste sich hinlegen und dann haben die anderen über ihn gepisst. Ins Gesicht gepisst. Das ist die schlimmste Strafe für einen Russen“* (über interne Maßregelungen bei den Spätaussiedlern). *„Die wissen ganz genau, sobald sie ein Wort sagen, dann bekommen sie dermaßen Schläge, dass sie nie wieder den Mund aufmachen. Da wird intern ein Druck ausgeübt, das ist gnadenlos. Man muss auch den inoffiziellen Druck sehen, der da ausgeübt wird. Jeder kennt jeden. Und jeder weiß, wenn jemand zur Polizei geht, dann hat er ein Riesenproblem. Das hört man immer wieder, hauptsächlich von den Jugendlichen. Die sagen: „Wenn du zur Polizei gehst, bist du der Verräter!“*. *„Wenn da herauskommt, dass jemand gegenüber der Polizei eine Aussage macht, dann stehen die vom Ansehen her schon mal ganz mies da“*.

Zu den zum Teil sehr aggressiven Verhaltensweisen jugendlicher Aussiedler werden folgende Beobachtungen berichtet: *„Wenn sie betrunken sind, dann spielt es keine Rolle wer da vor ihnen steht, ob Polizei oder sonst jemand. Und da kann es auch zu massiven Angriffen gegen Polizeibeamte kommen.“* *„Hauptsächlich, wenn sie Wodka getrunken haben, werden sie brutal aggressiv. Auch gegenüber der Polizei. Das ist denen scheißegal, ob da jemand in Uniform dasteht oder nicht.“*

Nach Auffassung vieler Befragter könnte das Verhältnis zwischen Polizei und Spätaussiedler durchaus verbessert werden. Offen aufeinander zugehen, das Gespräch suchen, sich kennen lernen, Hintergrundwissen haben sei dabei wichtig. *„Aufeinander zugehen ist ganz wichtig. Und man sollte versuchen sie aus der Reserve zu locken, sie zu öffnen und ins Gespräch zu kommen. Man muss ihnen zeigen, dass wir nicht nur eine strafende Institution sind, die ihnen in ‚den Arsch tritt‘, sondern wir helfen auch mal bei Fragen und Problemen. „Trotz aller negativer Erfahrungen sollten wir unvoreingenommen den Aussiedlern gegenüber sein, und wir müssen das Gespräch suchen.“* Eine Aufklärung der jugendlichen Spätaussiedler über die Arbeit der Polizei und die gesetzlichen Möglichkeiten und ihre Sinnhaftigkeit in einem demokratischen Rechtsstaat ist ebenso wichtig, ... Eine Aufklärung und Unterrichtung der Spätaussiedler über die gesellschaftlichen Abläufe in der Bundesrepublik halten mehrere für sehr wichtig. ...wie eine Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten über die Geschichte, Hintergründe, Probleme und Lebenswelten der Spätaussiedler. Genauso wichtig wäre aber auch für viele eine Fortbildung der Polizeibeamten. Ein Hintergrundwissen über die Spätaussiedler könnte helfen, Berührungsängste abzubauen und mehr Handlungskompetenz zu erhalten. *„Wenn man die Geschichte der Russlanddeutschen kennt und die Hintergründe, dann hat man schon ein besseres Verständnis für die Leute bekommen. Du hast da schon einen ganz anderen Zugang bekommen. Du hast nicht mehr gesagt: Ach diese „Russen“, sondern du hast auch erfahren wie die Menschen so sind und woher sie kommen.“* Ein persönlicher Bezug baut Vorurteile ab, schafft Vertrauen und erleichtert den Umgang mit den Spätaussiedlern. Man sollte daher den Spätaussiedlern ein gewisses Verständnis entgegenbringen, dadurch wäre das Auftreten als Polizist auch etwas ausgewogener. Man sollte als Polizist versuchen, irgendwie einen Bezug zu den Menschen aufzubauen, auch wenn es nicht immer leicht ist.

Nach der weiteren Entwicklung der Aussiedlerproblematik befragt, gab der Großteil der befragten Polizeibeamten an, dass sich das Problem mit der zunehmenden Integration der Spätaussiedler im Laufe der Zeit von selbst lösen wird. Ganz entscheidend ist hierbei die Integration der Spätaus-

siedler. Diese wird jedoch durch die Ghettosituation sehr erschwert, wenn nicht fast unmöglich gemacht. Man könnte es auch so formulieren: Solange es ein Ghetto gibt, wird es auch keine Integration geben.“ „*Der hohe Anteil von Aussiedlern in xy und die Konzentration in einem Stadtteil führen zu einem großen Integrationsproblem. ... Das Problem wird sich aber geben, wenn die Integration vollzogen ist.*“ „*Das Problem wird sich in den nächsten Jahren sowieso von selbst lösen. Mit den Türken hatten wir anfangs auch Probleme und das hat sich mittlerweile alles beruhigt.*“ „*Mit der nächsten Generation ist das ganz anders. Da bin ich überzeugt davon. Vielleicht noch zehn Jahre, wenn diese Generation nachkommt, und dann haben wir mit den Spätaussiedlern genauso wenig Probleme wie mit den ehemaligen Gastarbeitern und ihren Nachkommen heute.*“

### **Auswertung der Reutlinger Tageszeitung**

Um einerseits die Stadt Reutlingen besser kennen zu lernen und andererseits zu prüfen, welche Tendenzen es in der Berichterstattung über Jugendkriminalität in der Reutlinger Zeitung gibt, wurde auch eine Auswertung von Zeitungsberichten im „*Reutlinger Generalanzeiger*“ durchgeführt. Dazu wurden alle Berichte, die sich mit dem Thema Jugendkriminalität im weitesten Sinn beschäftigten, im Zeitraum zwischen September und Dezember 2001 ausgewertet. Die Analyse hat ergeben, dass die Berichte generell sachlich und neutral sind. Es kann keine Tendenz zur Stigmatisierung bestimmter Personengruppen (z.B. Ausländer oder ethnische Minderheiten) festgestellt werden. Ebenso erfolgt keine quantitative oder qualitative „Überhöhung“ in der Berichterstattung, die möglicherweise zu einer Verstärkung des vorhandenen Furchtpotentials bei den Lesern bzw. den Einwohnern von Reutlingen führen könnte. Die Bandbreite der Delikte, über die berichtet wird, reicht von rechtsextremistischen Taten über Raub- und Körperverletzungsdelikte bis hin zu Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Letztere machen einen gewissen Schwerpunkt in der Berichterstattung aus. Der Umfang der Berichterstattung mit Bezug zur Jugendkriminalität erscheint ebenfalls angemessen: Insgesamt wurden in dem Auswertungszeitraum von vier Monaten rund 30 Berichte zu dem Bereich der Jugendkriminalität gefunden; dies bedeutet, dass etwa jeden zweiten bis dritten Tag über Jugendkriminalität berichtet wird. Die Durchsicht der Artikel lässt dabei vermuten, dass in der Regel der offizielle Pressebericht der Reutlinger Polizei verwendet oder abgedruckt wurde.

## Beobachtungen „vor Ort“

Im Verlaufe des Projektes versuchten wir uns auch ein Bild von den räumlichen Gegebenheiten in Reutlingen und Umgebung zu machen, um so die Situation in Reutlingen und die in den Gesprächen geschilderten Probleme besser zu verstehen und einordnen zu können. Dazu wurden mehrere Besuchstermine in Reutlingen benutzt. Anlässlich einer Jugendchutzstreife wurden zudem im Juli 2001 zusammen mit dem Jugendsachbearbeiter der Reutlinger Polizei, Herrn Hildenbrand, verschiedene Örtlichkeiten aufgesucht, die als typische Treffpunkte von Jugendlichen in Reutlingen gelten<sup>54</sup>. Dazu gehörten der ZOB, die Eishalle, die Carl-Diem-Sporthalle, die Half-Pipe Römerschanze, die Pomologie sowie ein Schulhof. Dabei wurden sowohl gemischtgeschlechtliche Gruppen als auch nur männliche und nur weibliche Gruppen Jugendlicher angetroffen. Bei uns herrschte dabei der Eindruck vor, dass es sich um im Vergleich zu anderen Städten um harmlose und wenig auffällige Treffpunkte handelt. Auch der „jugendtypische Müll“, der vereinzelt festgestellt wurde, war eher bescheiden. Wir konnten uns insgesamt des Eindrucks nicht erwehren, dass das, was in anderen Städten niemanden interessieren und kaum stören würde, in Reutlingen möglicherweise bereits als mittleres bis größeres Problem wahrgenommen wird, wobei dies weniger für die Polizei als für die Bürger gilt, die die Polizei anfordern. Aus diesem Grunde wurde auch darauf verzichtet, diese und weitere Beobachtungen, die z.B. Anfang 2002 im „Billy Bob's“, in der Eishalle und im „City Bowling“ stattfanden, ausführlicher zu protokollieren. Über das hinaus, was an vergleichbaren Orten in anderen Städten ebenfalls festzustellen wäre, gab es hier keine besonderen Beobachtungen. Ob und ggf. wie die offensichtlich in Reutlingen vorhandene erhöhte Sensibilität der Bevölkerung jugendtypischen Verhaltensweisen gegenüber zu erklären ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, wird zu überlegen sein. Auffallend war auch der offene, kommunikative und fast freundschaftliche Umgang zwischen dem Jugendsachbearbeiter der Reutlinger Polizei und den angetroffenen Jugendlichen. Alle Jugendlichen waren sofort zu einem Gespräch bereit, und wir hatten den Eindruck, dass sie unseren „Besuch“ als willkommene Abwechslung betrachteten. Das Interesse der Jugendlichen an dem Gespräch war teilweise so groß, dass wir es von unserer Seite aus abbrechen mussten. Hier wäre – mehr Zeit und mehr finanzielle Mittel vorausgesetzt – sicherlich eine spannende qualitative Studie zur Sichtweise der Cliques-Jugendlichen möglich.

---

<sup>54</sup> Ihm sowie den Mitarbeitern der Polizeidirektion Reutlingen, die uns hierbei und bei den Gesprächen unterstützten, sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

## Kapitel 4: Bewertung

### Der ökologische Faktor

Kriminalität und abweichendes Verhalten sind räumlich unterschiedlich verteilt. Diese Einsicht ist für die Meta-Ebene einer Region oder eines Landes ebenso gültig wie für die Mikro-Ebene, d.h. für eine Gemeinde oder eine Nachbarschaft. Dennoch werden die daraus zu ziehenden Konsequenzen häufig verkannt. Die räumliche Verteilung der registrierten Kriminalität in Reutlingen lässt sich anhand der jährlichen polizeilichen Kriminalstatistik bzw. des entsprechenden Jahresberichts der Polizeidirektion Reutlingen nachzeichnen. Sie ist im Kapitel 2 ausführlich dargestellt. Die von Kriminalität betroffenen Gebiete sind auch in dem Kriminalitätslagebild der Polizeidirektion Reutlingen sachlich dargestellt und kommentiert.

In diesem Zusammenhang ist wissenschaftliche wie politische Vorsicht im Umgang mit solchen Daten geboten:

- Die polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Hellfeld-Statistik, d.h. es werden dort nur die Straftaten erfasst, die der Polizei bekannt bzw. dort gemeldet werden. Nicht berücksichtigt ist dabei das sog. Dunkelfeld, d.h. Straftaten, die zwar begangen, aber entweder nicht bekannt werden oder nicht der Polizei gemeldet werden. Die kriminologische Forschung geht aber von einer unterschiedlich hohen Dunkelziffer aus. Sie reicht von 1:1 z.B. bei Mord und Totschlag (d.h. auf eine registriertes Tötungsdelikt kommt ein weiteres, nicht von der Polizei registriertes Delikt) bis 1:12 oder mehr. Für den großen Teil der Diebstahlsdelikte geht man von einem Verhältnis von 1:3 aus.
- Dunkelfeldstudien konnten aber nicht nur nachweisen, dass die Dunkelziffer regional unterschiedlich ist; sie konnten auch zeigen, dass in der polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesene deliktische wie räumliche Schwerpunkte nicht unbedingt Schwerpunkte im Dunkelfeld sein müssen und umgekehrt<sup>55</sup>. Hinzu kommt, dass man aufgrund neuerer kriminologischer Studien zur Verbrechensfurcht und zum subjektiven Sicherheitsgefühl davon ausgehen muss, dass sich auch diese subjektiven Einschätzungen möglicherweise sowohl von den Hellfeld-, als auch von den Dunkelfeld-Schwerpunkten unterscheiden<sup>56</sup>. Manche Bemerkungen in den von uns geführten Gesprächen deuten darauf hin, dass ein aus anderen Befragungen bekanntes Phänomen auch in Reutlingen vorhanden ist: Man schätzt vor allem außerhalb des eigenen Nahraums die Probleme dramatisch (oder dramatischer) ein; im eigenen Umfeld fühlt man sich eher relativ sicher.
- Des weiteren ist große Vorsicht angebracht, wenn Zusammenhänge zwischen

---

<sup>55</sup> Vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995; Feltes (Hrsg.) 1995

bestimmten sozio-strukturellen Faktoren und Kriminalitätsfaktoren hergestellt werden. So sind in Studien z.B. statistisch eindeutige Zusammenhänge zwischen dem Anteil alleinerziehender Mütter und der Kriminalitätsrate (oder in den USA zwischen der Hautfarbe und der Kriminalitätsrate) zu finden; ebenso zwischen sozialem Status in einem Wohngebiet und Kriminalität. Solche „Ergebnisse“ lassen aber keinen wissenschaftlich seriösen Schluss auf mögliche Ursachen oder kausale Zusammenhänge zu. Ökologische Zusammenhänge dürfen nicht als kausale Erklärungen individuellen (kriminellen) Verhaltens interpretiert werden<sup>57</sup>. Es handelt sich vielmehr um Beschreibungen, nicht um die Erklärung des individuellen Verhaltens von Menschen.

- In der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion um die Ursachen städtischer Gewaltphänomene spielt die These, dass die soziale Desintegration der städtischen Gesellschaft die zentrale gesellschaftliche Ursache für die Zunahme von Gewaltproblemen insbesondere bei Jugendlichen sei. Die Frage, ob sich diese These insgesamt theoretisch wie empirisch belegen lässt (vgl. dazu Eisner 2001) kann hier nicht vertieft werden. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass Integration und Desintegration von Jugendlichen und von Nicht-Deutschen auch für Reutlingen wichtige und relevante Themen sind.

Prinzipiell lassen sich Gebiete mit einer hohen Rate von Gewaltkriminalität durch folgende Faktoren charakterisieren (hier zusammengestellt nach einer jüngeren Studie aus dem Ruhrgebiet, wobei die Grundstrukturen der Ergebnisse – mit einigen Unterschieden - denen anderer nationaler und internationaler Studien entsprechen)<sup>58</sup>:

- hohe Bevölkerungsdichte
- unterdurchschnittlicher Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren
- überdurchschnittlicher Anteil von jungen Erwachsenen zwischen 20 und 30 Jahren
- hoher Anteil von Einpersonen-Haushalten
- unterdurchschnittliche Anzahl von Kindern je Haushalt
- hoher Anteil von alleinerziehenden Müttern
- hohe Scheidungsraten
- niedriger Anteil von verheirateten Paaren
- hohe Raten von Teenager-Schwangerschaften und im Vergleich dazu niedrige

---

<sup>56</sup> Vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995; Feltes 2000

<sup>57</sup> Vgl. Strohmeier 2001



Geburtenraten bei Frauen zwischen 20 und 30 Jahren

- hoher Anteil von „ethnisch Fremden“ (insbesondere unter 15 und zwischen 20 und 30 Jahren)
- hoher Anteil von Arbeitslosen

Insgesamt lässt sich damit ein Gebiet bezeichnen, das als *„auseinanderfallendes Milieu städtischer Arbeiterklasse, ... aufgrund struktureller Veränderungen in Umwandlung in ein städtisches Unterschichtmilieu begriffen ist“*<sup>59</sup>. Weiteren Faktoren wie z.B. Armut und familienstrukturelle Faktoren stehen mit den genannten Faktoren in engem Zusammenhang. Strohmeier fasst seine Ergebnisse wie folgt zusammen<sup>60</sup>:

*„Die Interpretation der Ergebnisse unterstützt die Vermutung, dass es in allen größeren Städten 'delinquente Milieus' gibt. Gebiete mit besonderer Gewalttätigkeit lassen sich in westlichen Gesellschaften charakterisieren durch relative Armut und sozialem Ausschluss. Dennoch müssen wir immer im Auge behalten, dass wir es hier mit ökologischen (statistischen) Korrelationen von räumlichen Einheiten zu tun haben, die keine Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten von Menschen zulassen. Die städtische Unterschicht sind nicht per se die gewalttätigen Kriminellen, selbst wenn es einen (statistischen) Zusammenhang zwischen Armut und Gewalttätigkeit gibt. Alles was wir bislang wissen ist, dass Gewalttätigkeit dort häufiger auftritt, wo 'arme Menschen' leben, und dass es zunehmend Gebiete in größeren Städten gibt, die als 'gefährliche Orte' charakterisiert werden können.“*

Die Übertragung dieser Ergebnisse auf die Reutlinger Situation ist in der vorliegenden Studie nicht zu leisten. Die Erkenntnisse aus dieser wie aus ähnlichen kriminalgeographischen und sozio-ökonomischen Studien sollten jedoch im weiteren Verlauf der Planungen und Entscheidungen auch in Reutlingen (z.B. bei der Bauleitplanung oder bei Jugendhilfemaßnahmen) berücksichtigt werden. Je früher Anstrengungen unternommen werden, das Abgleiten eines räumlichen Bereiches, einer Nachbarschaft oder eines Viertels zu verhindern, umso erfolgversprechender dürften sie sein. Auch wenn es derzeit für Reutlingen keine Hinweise auf einen derart verfestigten Stadtteil gibt, den die Studie von Strohmeier beschreibt, so sollten doch Bemühungen unternommen werden, das Image z.B. der Stadtteile Rommelsbach, Orschel-Hagen, Hohbuch oder Schafstall zu verbessern.

### **Verbrechensfurcht in Raum und Zeit**

In den letzten Jahren mehren sich die Hinweise darauf, dass die Bürger einen Zusammenhang zwischen „Unordnung“ im Gemeinwesen und Kriminalität sehen. So waren in einer im Jahr 2000 in Großbritannien durchgeführten Studie 37 % der Befragten der Auffassung, dass

---

<sup>58</sup> Strohmeier 2001, S. 25

<sup>59</sup> Strohmeier aaO.

„Unordnung“ in ihrem Wohngebiet einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität hat. Rund ein Drittel der befragten Erwachsenen waren dabei der Auffassung, dass Vandalismus und auf der Straße herumhängende Jugendliche ein großes Problem darstellen. Dabei stellte sich heraus, dass diese „Unordnung“ insbesondere in Gebieten als problematisch empfunden wurde, die als „low income“ bzw. als von der Stadt betreute Wohngebiete charakterisiert wurden. Dort ist man offensichtlich eher der Auffassung, dass solche Unordnung einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität im Wohngebiet hat, als in sozial besser gestellten Wohnvierteln. Vieles deutet darauf hin, dass nach dieser und anderen Befragungen und Untersuchungen es gerade die unteren sozialen Schichten sind, für die solche Probleme eine (objektive und/oder subjektive) Belastung darstellen.

In diesem Zusammenhang taucht auch immer wieder das Problem der Divergenz zwischen objektiver Lage und subjektiver Wahrnehmung auf. So betrachteten z.B. in dieser Studie mehr als ein Drittel der Befragten Vandalismus, auf der Straße herumhängende Jugendliche oder öffentliche Unordnung als ein sehr großes Problem, obwohl nur 9 % der Erwachsenen tatsächlich mit „antisozialem Verhalten“ innerhalb des letzten Jahres konfrontiert worden waren. Hierbei handelte es sich um Ruhestörungen, Streitigkeiten zwischen Nachbarn oder rüdes Verhalten von Jugendlichen. 15% der Erwachsenen gaben an, im letzten Jahr belästigt oder verängstigt worden zu sein. Darüber hinaus waren es insbesondere junge Leute und Schüler, die angaben, mit „antisozialem Verhalten“ konfrontiert worden zu sein. Zumindest für England konnte in dieser Studie auch gezeigt werden, dass das Straftatenniveau höher ist in Gebieten mit einem höheren Niveau von empfundener Unordnung. Diejenigen, die Unordnung als ein großes Problem in ihrer Nachbarschaft ansehen, sind auch am meisten besorgt über die Kriminalitätsentwicklung<sup>61</sup>.

In Bezug auf die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden wissen wir aufgrund von umfangreichen kriminologischen Untersuchungen der letzten Jahre, dass nicht unbedingt ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der in der polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Straftaten und dem Opferwerden (Viktimisierung) bestehen muss. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden ist danach im wesentlichen von den Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstand, Schulbildung, Wohnortgröße und Region des Wohnortes abhängig. Bürger mit den Attributen jung, männlich, unverheiratet, haben allgemein ein deutlich höheres Viktimisierungsrisiko. Diese Beziehungen sind durch zahlreiche Opferstudien bestätigt worden<sup>62</sup>.

---

<sup>60</sup> Die Studie liegt leider nur in Englisch vor; Übersetzung hier von TF

<sup>61</sup> Budd/Sims 2001

<sup>62</sup> Vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1998

Auf der anderen Seite haben verschiedene Untersuchungen auch gezeigt, dass es keinen kausalen oder linearen Zusammenhang zwischen Viktimisierung und Verbrechensfurcht gibt. In einer eigenen Untersuchung konnte ich sogar nachweisen, dass Menschen, die nicht selbst Opfer einer Straftat geworden sind, sondern jemanden kennen, der berichtet hat, Opfer geworden zu sein, höhere Ängste haben als Menschen, die selbst Opfer geworden sind (Feltes 2001). Dies gilt zumindest für leichtere Straftaten und die nicht-multiple-Viktimisierung, also das Opferwerden, das sich auf ein ein- bis zweimaliges Ereignis beschränkt. Bei schweren Delikten oder bei häufigem Opferwerden gilt dies (auch für Reutlingen<sup>63</sup>) nicht. Ungeachtet dessen ist die Analyse des subjektiven Sicherheitsgefühls und damit der Einstellungen der Bürger von großer Bedeutung, weil dadurch sowohl das subjektive Wohlbefinden, als auch die empfundene Lebensqualität in einer Gemeinde oder Nachbarschaft entscheidend geprägt wird. Für den Bürger ist es demnach möglicherweise weniger von Bedeutung, wie sich die objektive Sicherheitslage bzw. die Wahrscheinlichkeit darstellt, Opfer einer Straftat zu werden; für ihn sind subjektive Empfindungen, berichtete Ereignisse, Einstellungen gegenüber bestimmten (Wohn)gebieten oder auch das Image eines bestimmten Viertels hier von starker Bedeutung. Aus stadtplanerischer Sicht ist dies insoweit von Bedeutung (und auch bisher erkannt worden) als ein Wohnviertel, das einmal unter einem gewissen „Imageproblem“ leidet, dieses „Label“ nur schlecht los wird und sich damit möglicherweise ein Teufelskreis auftut, in dem bestimmte Bevölkerungsgruppen dieses Wohngebiet meiden. Aufgabe der Kommune wie im Übrigen auch der Polizei muss es hier sein, einerseits ein möglichst realistisches Bild der individuellen Bedrohung bzw. der objektiven Sicherheitslage zu vermitteln. Dadurch können Hinweise gegeben werden, um eine rationale Befriedung anzuzielen. Auf der anderen Seite zeigen die Erfahrungen, dass lediglich rationale Argumente in diesem Bereich oftmals keine Einstellungsveränderung bewirken. Vielmehr müssen Ängste und Befürchtungen der Bürger auch ernst genommen werden, wenn sie nicht objektivierbar sind. Nur so kann auf Dauer Zufriedenheit im Gemeinwesen und Zustimmung zu einer lokalen Politik erreicht werden.

Die Erfahrungen mit gemeinwesenorientierten Projekten der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass es ganz unterschiedliche Problemkonstellationen in verschiedenen Stadtteilen geben kann. Es gibt aber auch Stadtteile (und z.T. Gemeinden), in denen Probleme verschiedenster Art zusammenkommen und so insgesamt ein bestimmtes, z.T. bedrohliches Klima entsteht. Im Zusammenhang mit einer Studie im Schwarzwald – Baar - Kreis konnten wir dies im Jahr 2000 für eine kleine Gemeinde an der deutsch - schweizerischen Grenze aufzeigen, wo die Bürger in praktisch allen Belangen schlechtere Bewertungen abgegeben haben als Bürger in vergleichbaren Gemeinden oder Stadtteilen. Obwohl die objektive Kriminalitätsbelastung dieser Gemeinde nicht über der Belastung anderer, vergleichbarer Ge-

---

<sup>63</sup> vgl. Kury/Obergfell-Fuchs/Braun 1999, S.106

meinden lag, gaben die Bürger hier eine höhere Viktimisierung, verstärkte Verbrechensfurcht und auch ansonsten eine verstärkte Wahrnehmung von Problemen der öffentlichen Ordnung an. Dieses Beispiel zeigt, dass Probleme in einem Bereich in einer Gemeinde nicht isoliert betrachtet werden dürfen, sondern dass vielmehr versucht werden muss, einen übergreifenden Ansatz zur Problembewältigung zu finden. Oftmals „strahlen“ Probleme aus einem bestimmten Bereich in andere Bereiche aus bzw. führen insgesamt zu einem schlechten Image oder zu einer Abwertung bestimmter Wohngebiete.

In Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen haben die Studien der letzten Jahre gezeigt, dass neben den bekannten „Problemgruppen“ der älteren Menschen und der Frauen (beide Gruppen zeichnen sich in der Regel durch höhere Furchtwerte und stärkeres Vermeidungsverhalten aus) neuerdings zunehmend Jugendliche und sogar Kinder über verstärkte Kriminalitätsfurcht berichten und auch hierbei der Ruf nach mehr Polizei deutlicher als früher aufkommt. Zwar ist in der Kriminologie schon lange bekannt, dass junge Menschen sowohl als Täter als auch als Opfer von Straftaten überrepräsentiert sind. Bislang ging man jedoch davon aus, dass aufgrund des jugendlichen Alters diese Ereignisse keine Auswirkungen auf die subjektive Befindlichkeit und auf die psychologische Verfasstheit der jungen Menschen haben. Hiervon wird man nunmehr abrücken müssen. Diese Studien haben gezeigt, dass junge Menschen zunehmend unter der Angst leiden, Opfer von Straftaten und Belästigungen im Alltag zu werden<sup>64</sup>. Auch die in Reutlingen geführten Interviews mit jungen Menschen haben dies bestätigt. Auch hier sind es allerdings in der Regel nicht unmittelbar selbst wahrgenommene Ereignisse sondern in vielen Fällen berichtete oder kolportierte Geschehnisse. Möglicherweise spielt hier bei der Bewertung dieser Situationen etwa eine Rolle, dass wir im Rahmen der Schweizer Befragung als „Opferwerden vom Hörensagen“ bezeichnet haben: Durch (überhöhte) Berichte von anderen wird das eigene Bild von bestimmten Situationen, Gegenden oder Zusammenhängen negativ geprägt. Aber auch hier ist wiederum zu betonen, dass diese subjektiv empfundene Wahrnehmung von großer Bedeutung ist, weil sich daran das tatsächliche Verhalten der jungen Menschen orientiert.

Während man z.B. früher davon ausging, dass vor allen Dingen alte Menschen ihre Freizeitaktivitäten einschränken, trifft dies zunehmend auch für jüngere Menschen zu<sup>65</sup>. Aus unseren Befragungen im Schwarzwald-Baar-Kreis, aber auch aus anderen Studien wissen wir, dass bis zu einem Drittel oder mehr der Bürger nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Straßen und Örtlichkeiten in ihrer Gemeinde meiden um zu verhindern, dass ihm dort etwas passiert.

---

<sup>64</sup> Zur Viktimisierung junger Menschen vgl. Heinz u.a. 2001, S. 111, 119; zur Verbrechensfurcht vgl. Rüter 2000, S. 227, 245 für Bonn

<sup>65</sup> Die Ergebnisse der Dunkelfeldanalyse von Kury u.a. (1999) für Reutlingen, wonach vor allem über 30-jährige eine erhöhte Verbrechensfurcht zeigen, sind hier wegen der geringen Absolutzahlen mit Vorsicht zu interpretieren. Die von uns durchgeführten Interviews haben eine deutliche Verbrechensfurcht auch bei Jugendlichen in Reutlingen gezeigt.

Diese Verbrechensfurcht hat, gleich ob sie berechtigt ist oder nicht, Konsequenzen: Durch das Meiden von Straßen, Wegen und Plätzen werden diese auch objektiv „leerer“ und damit automatisch furchterregender. Es beginnt eine „Furchtspirale“: Da weniger Menschen unterwegs sind, hat man mehr Angst, da niemand da ist, der einem helfen könnte. Da man mehr Angst hat, meidet man diese Gegenden, die dadurch erneut leerer werden oder zum Sammelpunkt von bestimmten „angstmachenden“ Gruppierungen werden.

Studien in Deutschland konnten zudem nachweisen, dass Ängste und Unsicherheiten sehr stark zusammenhängen mit besonders konservativen und repressiven politischen Einstellungen. Danach wird vermutet, dass die Problematisierung von sog. „Disorder-Problemen“ (Schmutz, Penner, herumhängende Jugendliche) eher ein Reflex von persönlichen Ängsten und von repressiven Einstellungen der Bürger ist als eine Abbildung von realen Problemen (Rüther 2000, S. 227).

Auch sozialpsychologisch sind die Ängste durchaus interpretierbar. In einer Gesellschaft und in einer Lebenswelt, in der vieles, wenn nicht sogar alles reglementiert und reguliert ist, sind die Herausforderungen und Schwierigkeiten begrenzt. Die Jugendpsychologie hat schon früher nachweisen können, dass Jugendliche aber sehr wohl Anregungen, Herausforderungen und Belastungen brauchen, um sich entsprechend zu entwickeln. Auf der anderen Seite suchen Erwachsene oder auch ältere Menschen durchaus nach solchen Furchterlebnissen, wenn allgemeine Ängste vorhanden sind, die man nicht konkret zuordnen kann. Solche allgemeinen Ängste sind aber in der Gesellschaft sehr wohl nach wie vor und möglicherweise auch verstärkt vorhanden. Krankheit, Alter und die Gefahr, Arbeitslos zu werden, sind nach wie vor Themen, die allerdings öffentlich immer weniger thematisiert werden. Möglicherweise werden diese Ängste und Befürchtungen dann in den Bereich der Kriminalitätsangst verlagert, wo sie einerseits konkret erfassbar und andererseits auf bestimmte Personen oder Personengruppen bezogen werden können. Hinzu kommt, dass man sich für Krankheit und Gesundheit, Alter und die soziale Lage irgendwie selbst verantwortlich fühlt, während Kriminalität etwas ist, das „die Anderen“, „die Fremden“ betrifft und von ihnen ausgeht. Da wir jedoch wissen, dass Kriminalität durchaus ubiquitär und weitaus weiter verbreitet ist als dies gemeinhin angenommen wird (so gilt z.B. jeder dritte deutsche männliche Erwachsene als vorbestraft) kann dieses Bild vom Kriminellen als dem Fremden nicht gelten. Vielmehr wird eine Sündenbockfunktion hier artikuliert, die Probleme und Schwierigkeiten auf bestimmte Personengruppen fixiert.

Der Versuch, Kriminalitätsfurcht über den Weg einer erhöhten Polizeipräsenz zu reduzieren, ist skeptisch zu bewerten. Auch wenn die Bürger bei den meisten Befragungen immer mehr Polizei verlangen und kritisieren, dass Polizei nicht genug vorhanden ist, gibt es durchaus

Hinweise dafür, dass Polizeipräsenz nicht immer funktional für eine Erhöhung der subjektiven Sicherheit ist. Zwar steigt mit steigender Häufigkeit der Polizeipräsenz die subjektive Sicherheit zuerst einmal an, sie sinkt dann aber ab einem bestimmten Punkt wieder deutlich ab. Die größte subjektive Sicherheit ergibt sich nach einer Studie von Reuband<sup>66</sup> wo die Polizei häufig, mindestens einmal die Woche, aber nicht täglich gesehen wird. Reuband vermutet, dass sich Polizeipräsenz an Orten, mit denen man vertraut ist, anders auswirkt als an Orten geringer Vertrautheit. Es gibt offensichtlich einen Schwellenwert, dessen Überschreitung für das Sicherheitsgefühl der Bürger kontraproduktiv ist. In unserer Befragung von 20.000 Bürgern in Deutschland<sup>67</sup> konnten wir feststellen, dass die Wahrnehmung von Polizeipräsenz in der Tendenz sogar eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden ist: Im Gegensatz zu Reuband zeigte sich hier, dass der Effekt der wahrgenommenen Polizeipräsenz im Wohngebiet nur gering ist, allerdings in der „falschen“ Richtung: Diese Wahrnehmung ist in der Tendenz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden. Ein Befund, der auch durch verschiedene örtliche Bürgerbefragungen bestätigt wird. Aus diesem Grunde wird man sehr wohl abwägen müssen, ob man polizeiliche Präsenz in bestimmten Bereichen (massiv) verstärkt. Das Pro und Kontra ist hier abzuwägen und in jedem Fall ist eine Überprüfung der Reaktionen der Bürger auf diese Maßnahmen zu empfehlen. Empfehlenswert ist es sicherlich auch, eine entsprechende Pressearbeit, mit der die Gründe für die Polizeipräsenz offengelegt werden.

In der von uns im Jahr 2000 im Schwarzwald-Baar-Kreis durchgeführten Studie wurde u.a. nach der Bewertung von verschiedenen „Problemen“ in den Gemeinden gefragt. Dabei zeigte sich, dass Autofahrer für durchweg die Hälfte der Befragten ein „ziemliches oder großes Problem“ darstellen. An zweiter Stellen rangieren in der Problembewertung parkende Autos, gefolgt von Müllproblemen. Erst danach kommen aber Jugendliche, die in manchen Gemeinden massiv als „ziemliches oder großes Problem“ gesehen werden. Bis zu 44 % der Befragten benannten dies so. Geht man dabei der Frage nach, was konkret dieses „ziemliche oder große Problem“ ausmacht, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Sieht man einmal von dem Thema „Auto“ ab, das die allgemeinen Problembenennungen dominiert, dann ziehen sich die Themen „Fremde“ und „Jugend“ wie ein roter Faden durch viele der bisherigen Studien. Dies trifft auch für Reutlingen zu<sup>68</sup>. „Fremde“ sind Ortsfremde und Kulturfremde. Und auch Jugendliche werden besonders dann als Problem betrachtet, wenn sie keine „Eingeborenen“ sind. Entsprechend ist meistens (aber nicht immer) dort, wo die meisten Fremden sind, das persönliche Sicherheitsgefühl am niedrigsten und umgekehrt fühlen sich in kleineren Ortsteilen, wo „jeder jeden kennt“, die Menschen besonders sicher. Ob man sich sicher oder unsicher, wohl oder unwohl fühlt hat wohl damit zu tun, ob man die

---

<sup>66</sup> Reuband 1999

<sup>67</sup> Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1998

<sup>68</sup> vgl. Kury u.a. 1999, S. 107 f.

Leute kennt oder nicht kennt. Die Frage ist: "Die Leute, denen ich begegne – weiß ich die einzuordnen, weiß ich, was ich von denen zu erwarten habe?" Wenn man die Menschen und ihren Hintergrund kennt, glaubt man, die Situation leichter einordnen zu können. Entsprechend ist man vorbereitet, kann sein Verhalten anpassen und somit sichergehen, dass man nur absehbare Reaktionen hervorruft. Denn sich "sicher fühlen" ist manchmal nur ein anderer Begriff für "alles unter Kontrolle haben". Die Begegnung mit einer Gruppe (unbekannter) Jugendlicher oder junger Erwachsener macht dies deutlich: Sobald dort ein bekanntes Gesicht in der Gruppe ist, wird die Fremdheit und damit die Verunsicherung aufgehoben und man hat keine Angst mehr. Was ebenfalls beunruhigt, ist die Tendenz (fremder) Jugendlicher und junger Erwachsener, Gruppen zu bilden. Das Unsicherheitsgefühl wird vor allem dadurch verstärkt, dass die Befragten diesen Gruppen meist alleine begegnen, man ist als Erwachsener meistens alleine unterwegs und nicht in Gruppen, und fühlt sich so schon zahlenmäßig den anderen unterlegen und damit unsicher. Zusammenhänge zwischen "Herumlungen" und erhöhter Devianz oder Kriminalität werden hergestellt, ohne dass es dafür "objektive" Nachweise gibt. So gaben in der Schweizer Befragung als Grund für ihre Ängste an bestimmten Stellen in ihrer Stadt viele Bürger an, dass "sich dort in der Nähe (ihrer Meinung nach) Straftaten ereignen". Auf der anderen Seite gibt nur ein Bruchteil der Befragten an, dass sie dort, wo sie Angst haben, schon einmal selbst Opfer einer Straftat geworden sind. Offensichtlich ist das "Wissen vom Hörensagen" hier bedeutsamer als die eigene Erfahrung.

Neben diesen personalisierten Befürchtungen spielen "Signale der Sicherheit" bzw. Signale der Unsicherheit oder Unordnung (signs of incivility) (zu denen auch überquellende Müllcontainer oder nicht geleerte Papierkörbe gehören) in dieser Diskussion ebenso wie das Stichwort der "social disorder" eine zunehmende Rolle.

### **Das Alter**

Zu den gefestigten Erkenntnissen der empirischen Kriminologie gehören folgende Tatsachen:

- Jugendkriminalität ist ubiquitär, d.h. sie kommt überall und bei allen vor.
- Die Opfer- und Täter-eigenschaft ist oftmals austauschbar, d.h. wer heute Täter ist, kann morgen Opfer sein und umgekehrt.
- Strafrechtliche Interventionen können dysfunktional sein, wenn sie die kriminelle Karriere eines Jugendlichen verfestigen; ihr Unterbleiben kann andererseits ebenso schädlich sein, weil dann das Abgleiten in eine Verfestigung abweichenden Verhaltens möglicherweise begünstigt wird. Das „Kunststück“ besteht somit darin, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Intervention zu finden.

In einer an der Pittsburgh University, USA durchgeführten Langzeitstudie werden seit einiger

Zeit 1.500 männliche Jugendliche und ihre kriminellen Karrieren über 15 Jahre beobachtet. Dabei zeigen sich zwei Ergebnisse, die allerdings vor dem Hintergrund deutscher Studien kritisch zu würdigen sind: Zum einen beeinflussen die Gemeinde und die Nachbarschaft entscheidend die Jugendkriminalität (dieses Ergebnis kann man auch für Deutschland bestätigen), zum anderen soll sich dieser Studie zufolge eine kriminelle Karriere bereits im Alter zwischen 7 und 14 Jahren entwickeln und verfestigen. „Karrierekriminelle“ sind als Phänomen und Problem auch in Deutschland untersucht worden. Allerdings stellt man hier eher auf die Episodenhaftigkeit jugendlichen kriminellen Handelns ab, d.h. dass man massive und im Ergebnis eher schädliche Interventionen oder Sanktionen ablehnt und versucht, auf Kinder und Jugendliche mit pädagogischen Konzepten zuzugehen. Man weiß schon längst, dass positive wie negative Interventionen nach diesem Zeitpunkt so gut wie keine (zumindest keine positiven) Effekte haben<sup>69</sup>. Die Einsicht, dass repressive Intervention in der Regel zu spät kommt, ist hierzulande (zumindest in der Theorie) weit verbreitet, auch wenn die Umsetzung dieser Erkenntnis in der Interventionspraxis und in der Politik oftmals als nicht ausreichend angesehen werden muss<sup>70</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis ist die Zielsetzung der Leitlinien Jugendarbeit 2000, im Rahmen der offenen Jugendarbeit auch Angebote für Kinder ab 10 Jahren zu machen, richtig gewählt. Wenn „jugendspezifische Verhaltensweisen und unbändiges Freizeitverhalten bei Kindern ab etwa 10 Jahren“ (Stadt Reutlingen 2000, S. 31) beobachtet werden, so ist allerdings zu erwarten, dass dies nicht bei allen Reutlinger Bürgern auf ungeteilte Zustimmung und Akzeptanz stößt. Entsprechend wird diese Form von Jugendarbeit der Öffentlichkeit angemessen vermittelt werden müssen, ohne diese berechtigten und pädagogisch positiv zu bewertenden Verhaltensweisen junger Menschen dabei zu beeinträchtigen.

### **Der Gesundheitsfaktor**

Durch die Einführung eines nationalen Gesundheits-Monitoringsystems lassen sich Indikatoren für die Gesundheitsberichterstattung auch auf kleinräumiger, regionaler Ebene festmachen<sup>71</sup>. Dabei wird zunehmend im In- und Ausland erkannt, dass Kriminalität in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt: Gewalttätiges Verhalten wird wie selbstschädigendes und selbstgefährdendes Verhalten als „gesundheitsbezogenes Verhalten“ und damit als ein Faktor in diesem Monitoring-System gesehen<sup>72</sup>; auch der Faktor „Gewalt in der Familie“ spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Wichtig für die Politik einer Gemeinde erscheint dabei die Einsicht, dass zu einer „gesunden Umwelt“ auch die Möglichkeit gehört, frei von

---

<sup>69</sup> Studie von Rolf Loeber u.a., hier zitiert nach einem Vortrag auf der Tagung der European Society of Criminology, Lausanne 2001; die Publikationen aus dem Life History Studies Forschungsprogramm von Loeber u.a. finden sich unter [www.ojjdp.ncjrs.org](http://www.ojjdp.ncjrs.org)

<sup>70</sup> vgl. dazu Steffen 1999, Steffen/Elsner 2000 sowie die Studien der Forschungsgruppe Kriminologie des Bay. Landeskriminalamtes, download <http://www.polizei.bayern.de/kriminalistik/forschung/forschung.htm>

<sup>71</sup> Arbeitsgemeinschaft AGLMB 1996



Gewalt in jeglicher Form aufzuwachsen. Kriminologisch gestützt wird diese Annahme durch nachgewiesene Zusammenhänge zwischen eigenem Gewalterleben (einschl. sexuellem Missbrauch) in der Familie und späterer eigener Straffälligkeit bzw. Gewalttätigkeit<sup>73</sup>. Ziel einer kommunalen Präventionspolitik muss es daher sein, den engen Bereich der „unmittelbaren“ Kriminalität zu verlassen und in Richtung einer insgesamt gesunden Umwelt zu denken, wie dies z.B. in amerikanischen Präventionsprogrammen seit einiger Zeit getan wird.

### **Straße als sozialer Raum**

Die Beobachtung, dass Strassen, Wege und Plätze, Parks und Bushaltestellen, Fußgängerzonen und ähnliches für Jugendliche eine besondere Bedeutung besitzen, ist ebenso alltäglich wie bedeutsam. Während für Erwachsene diese öffentlichen Räume lediglich funktionalen Zwecken dienen (sieht man einmal von bestimmten „Flaniermeilen“ ab), also der Bewegung von A nach B, dem Einkaufen, dem gesundheitsfördernden Spaziergang etc., sind sie für Jugendliche besondere soziale Räume. Vor dem Hintergrund der Auflösung konventioneller Familienstrukturen, der sozialen Un-Funktion von Schulen<sup>74</sup> und dem meist kaum vorhandenen nicht-kommerziellen Freizeitangebot bieten öffentliche Räume die einzige Möglichkeit des Peer-Group-Austausches, aber auch der inter-geschlechtlichen und inter-ethnischen Kommunikation. Die dabei von Jugendlichen gezeigten Verhaltensweisen sind von jeher auf wenig Verständnis bei Erwachsenen gestoßen. Die (notwendige) Ablösung vom Elternhaus erfolgt eben auch durch solche Verhaltensweisen, die von der Erwachsenengesellschaft nicht immer als angemessen betrachtet werden. Unsere Interviews in Reutlingen haben gezeigt, dass dort die Schule sowohl als Raum, als auch als Institution, in der Menschen arbeiten und leben, von den Jugendlichen als sozialer Erlebnisraum wahrgenommen und genutzt wird, auch wenn die strukturellen Beschränkungen des Schulsystems dem teilweise entgegen stehen. Als einer der wenigen verbliebenen nicht-kommerziellen Freizeiträume kommt der Schule in dem städtischen Umfeld, wo Strassen und Plätze oftmals keine Lebensräume für Kinder und Jugendliche mehr sind oder sein können, besondere Bedeutung zu. Die Schulen und die für Jugendarbeit Verantwortlichen sollten sich diesem Aspekt verstärkt zuwenden.

Mike Presdee (2000), ein britischer Kriminologe, hat sich intensiv mit der Jugendkultur auf der Straße und den daraus entstehenden Konflikten beschäftigt. Er sieht diese Kultur mit ihren zum Teil schillernden und für Erwachsene oftmals nur schwer nachvollziehbaren Facetten als wesentlich für die individuelle soziale und kulturelle Entwicklung der Kinder und

---

<sup>72</sup> Vgl. Strohmeier 2001, S. 8

<sup>73</sup> Vgl. dazu die Forschungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. unter [www.kfn.de](http://www.kfn.de)

<sup>74</sup> Gemeint ist hiermit die Tatsache, dass im herkömmlichen Schulsystem (Halbtagschule) kein Raum für soziales Erleben ist. Die Pausen sind aus verschiedenen Gründen stressbehaftet, Schulstunden primär auf Wissensvermittlung angelegt und der Weg zur und von der Schule oftmals mit negativen (Gewalt-) erfahrungen belastet.

Jugendlichen an<sup>75</sup>. Folgt man dieser Interpretation, dann wird deutlich, wie das Aufeinandertreffen der verschiedenen „Kulturen“ von Jugendlichen untereinander sowie von Jugendlichen und Erwachsenen zu „lesen“ ist. Junge Menschen wollen die Straße und/oder 'eigene' Räume besitzen, weil sie ein konstituierender Faktor ihres Lebens und ihres Erwachsenwerdens ist. Verlieren sie die Strasse oder ihre Räume, verlieren sie ein Stück ihres Lebens. Und sie verlieren damit auch die Möglichkeit der Integration in die Gesellschaft, auch wenn sie ihr teilweise den Eindruck vermitteln, sie zu bekämpfen.

Die kriminologische Forschung konnte zeigen, dass Kriminalität sich oftmals an wenigen Orten und Plätzen konzentriert, wobei sich dies für Reutlingen nur bedingt gezeigt hat (vgl. Anhang 6 zum Kapitel 2). Die oftmals berichtete Konzentration von Kriminalität oder 'Problemen'<sup>76</sup> sowie die Tatsache, dass auch polizeiliche Funkstreifenwageneinsätze sich auf bestimmte Bereiche konzentrieren, wird man kritisch zu analysieren haben, ob dies tatsächlich mit gehäuften Problemen dort oder einfach nur mit einer verstärkten Frequentierung dieser Bereiche zusammenhängt. Versuche, sich präventiv mit solchen Erkenntnissen zu befassen, sind bislang wenig erfolgreich gewesen. So ist die Idee des „Defensible Space“ von Oscar Newman bereits 1972 aufgegriffen und auch später mit Überlegungen zur präventiven Ausgestaltung öffentlicher Räume ausgefüllt worden<sup>77</sup>. Inzwischen geht man davon aus, dass persönlichen Beziehungen in einer Nachbarschaft und die kommunikativen Prozesse dort eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle spielen<sup>78</sup>. Zwar können räumliche und architektonische Gestaltungen durchaus als präventive Mittel in bestimmten Situationen genutzt werden, aber sie sind immer nur zusätzliche Mittel<sup>79</sup>. Prävention muss immer die in einem bestimmten Bereich lebenden Menschen als Ziel haben, weil es diese Menschen sind, die aktiv sowohl in der Begehung von Straftaten, als auch in der Prävention sind<sup>80</sup>.

Die Vor-Ort-Besuche in Reutlingen haben uns gezeigt, dass es hier prinzipiell die gleichen Phänomene gibt wie in anderen Städten – allerdings weniger ausgeprägt, objektiv weniger bedrohlich, aber dennoch sichtbar. Jugendliche verteidigen in ihren Cliquen und Gruppen das Territorium, das sie für sich in Anspruch nehmen. Dies kann im ungünstigen Fall zu

---

<sup>75</sup> „In some sense there is a continuing struggle by young people to take possession of the street as their own space, whilst much policing is aimed at reclaiming what is perceived as public space. It is therefore no surprise to see young people defending the street, which often becomes the place where battle takes place. Here the street becomes the setting and the stage where the drama of street action conveys the certainty of character ... Much of this behaviour, especially violent behaviour, is a 'cohesive and coherent drama, acted for an audience of friends, family and foe' ... Young people perform being tough in order to become tough, they dress for the performance of the fight and carry the costume of violence with them ... Fantasy for many young people is the 'artificial dreams' of Adorno, which makes it possible to bear the rationality of official everyday life. The young people now perform their lives ... as their culture and social behaviour becomes theatre”.

<sup>76</sup> Eck 1997, S. 283

<sup>77</sup> Newman 1972

<sup>78</sup> Taylor/Gottfredson 1986

<sup>79</sup> Eine Zusammenstellung und Auswertung deutscher kriminalgeographischer Studien findet sich bei Kasparzak 2000.

Problemen bis hin zu Kämpfen von Cliques untereinander führen, wobei die Tatsache selbst als normaler und positiver Vorgang der 'Inbesitznahme' städtischen Lebensraums durch Gruppen junger Menschen zu bewerten ist, da sie konstitutiv für städtische Sozialisation ist. Oder anders formuliert: Man kann nicht erwarten, dass Jugendliche, die im städtischen Umfeld leben, die gleichen Verhaltensweisen an den Tag legen wie diejenigen, die im dörflichen Umfeld aufwachsen.

Dabei ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass es in Reutlingen keine Hinweise auf besondere, über das 'übliche' Maß hinausgehende Probleme gibt (zumindest keine solchen, die eine besondere Bedrohlichkeit haben). Allerdings ist nicht auszuschließen, dass solche Kämpfe dann entbrennen, wenn der den Jugendlichen prinzipiell zur Verfügung stehende öffentliche Raum reduziert wird, in dem zum Beispiel Jugendliche und/oder ihre Cliques aus bestimmten Bereichen vertrieben werden oder wenn bestimmte Bereiche für Jugendliche „unattraktiv“ gemacht werden würden, um sie fernzuhalten. „Jugendtypisches Balzverhalten“ muss sich im öffentlichen Raum abspielen; nur da kann es von den Zielpersonen, aber auch von Konkurrenten entsprechend wahrgenommen werden. Die Verbindung der dabei gezeigten jugend- und zeittypischen Verhaltensweisen mit anderen „Belästigungen“ (wie Lärm und Abfall) führt auch bei Kumulation von kleinen Problemen zur Abwehrhaltung bei Bürgern. Die „erwachsene“ Wohnbevölkerung meidet die jugendtypischen Treffpunkte und geht damit ihrer eigenen Angst und etwaigen Konflikten aus dem Wege. Jugendliche besetzen so städtische Räume und über (von den Erwachsenen so empfundene) Macht aus. Diese sozialpsychologisch empfundene Bedrohung der in sich geschlossenen Erwachsenenwelt muss transparent gemacht und durchbrochen werden. Es darf kein „Kampf um öffentliche Räume“ entstehen. Aber auch Jugendliche selbst schränken zunehmend ihre Freizeitaktivitäten ein, in dem sie solchen Territorialkonflikten aus dem Weg gehen. Die so entstehende Furchtspirale ist aus der Opferforschung bekannt: Das individuelle Sicherheitsgefühl sinkt, man meidet bestimmte Bereiche, die dadurch wiederum an Furchtqualität gewinnen und noch stärker gemieden werden. In Verbindung mit einer generell zu beobachtenden sinkenden Toleranzschwelle, einer sinkenden Schwelle polizeilichen Einschreitens (aufgrund der niedrigeren „Störungsschwelle“ bei den Bürgern) kann es zu territorialen Kleinkriegen kommen, die aber durchaus eskalieren können. Das muss aber nicht sein, wenn Jugendlichen Identifikations- und Aufenthalts-'Räume' in einem weiteren Sinne zugestanden werden, so, wie ja auch Erwachsene und bestimmte Gruppen Erwachsener, je nach kulturellen Präferenzen, sich selbstverständlich solche Räume schaffen (und die Kommune das auch unterstützt und trägt; von der Vereins- und Sport- bis zur sog. Hochkultur, die ja jeweils solche Identifikations- und Gestaltungs-Räume eröffnet).

Die neuere jugendkriminologische Forschung zum Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität<sup>81</sup> zeigt, dass sog. „Nachbarschaftsnachteile“ dann einen Einfluss auf jugendliche Straftäter (vor allem Intensivtäter) haben, wenn eine niedrige Schwelle des Schutzes vor jugendtypischen Risiken hinzukommt (wofür Familie und Schule verantwortlich sein können). Je weniger Zeit in der und mit der Familie verbracht wird, umso mehr Zeit wird auf Strassen und Plätzen verbracht und umso höher ist, diesen Studien zufolge, die Delinquenzwahrscheinlichkeit. Dies nicht unbedingt deshalb, weil die tatsächliche Delinquenz oder gar Kriminalität Jugendlicher angestiegen ist; vielmehr spricht vieles dafür, dass die so entstandene erhöhte Sichtbarkeit und 'Fremdheit' bestimmter jugendtypischer Verhaltensweisen zu einer Zunahme der formellen Reaktionen führt. Jugendtypische Verhaltensweisen, auf die früher eher informell reagiert wurde, werden verstärkt zum Gegenstand polizeilichen Eingreifens und polizeilicher Registrierung. Die Polizei wird dabei durchaus auch funktionalisiert, um individuelle oder kommerzielle Interessen durchzusetzen.

Entscheidend ist aber ungeachtet dieser Bewertung, wer sich wann wo aufhält. Diesem Aspekt sollte in der Jugendarbeit und bei Jugendhilfeplanungen stärker berücksichtigt werden.

### **„Jugendtypischer Müll“ und anderes...**

Im Rahmen der Vor-Ort-Besuche, aber auch bei vielen Gesprächen in Reutlingen spielte der sog. „jugendtypische Müll“ oder „jugendspezifischer Abfall“ in Verbindung mit oder ohne (jugendtypischem) Lärm eine Rolle. Dieser „jugendtypische Müll“ markiert das Revier und signalisiert den anderen, dass dieser Bereich „besetzt“ ist (s. unten zum Thema „Raum“). Während die Vertreter von Polizei, Schule und Sozialarbeit auf diese Problematik relativ gelassen reagieren, scheint dies für die Reutlinger Bürger ein gewisses und beständiges Ärgernis zu sein, obwohl es sich im Vergleich zur 'Vermüllung' und 'Verlärmung' der Strassen durch den Individualverkehr objektiv betrachtet um eher marginale Probleme handelt. Ob man hier mit einer Aktion „Sauberes Reutlingen“ bei Jugendlichen Erfolg haben wird, ist zu bezweifeln. Erfolgversprechender scheinen da persönliche Ansprachen durch die Institutionenvertreter, wie wir sie z.B. auf der „Jugendschutzstreife“ beobachten konnten. Die Jugendlichen zeigten hier durchaus Verständnis für die Bitte des Polizisten, den Müll (Zigaretenschachteln, Kippen und Cola-Dosen) wegzuräumen. Ob diese Bitten tatsächlich nachhaltigen Effekt haben, wird man aber bezweifeln müssen. Hier sollte man sich die aus der Graffiti-Prävention bekannten Prinzipien zu Nutze machen: Wo Müll ist oder entsteht, kommt weiterer hinzu. Somit sollte versucht werden, jedes Entstehen solcher kleiner „Mülldeponien“ zu verhindern – und zwar durch positive, und nicht durch repressive Maßnahmen, weil letztere eher Widerstand und Revolte hervorrufen würden. Möglicherweise könnten hier „jugendtypische Abfallbehälter“, die durch die Stadt regelmäßig geleert werden, für Abhilfe sorgen. Die Entwicklung ei-

---

<sup>81</sup> z.B. Wikström 2000

nes entsprechenden Objektes und die Umsetzung der Idee sollte aber in jedem Fall gemeinsam mit den Jugendlichen erfolgen.

### **Aussiedler**

Die Problematik der Aussiedlerjugendlichen und ihrer (angeblich) erhöhten Kriminalität kann in diesem Bericht nicht ausführlich behandelt werden. Dazu ist auf die bislang vorliegenden Studien hinzuweisen, die z.B. bei Hörger (2002) ausführlich dargestellt werden. Hierauf wird im folgenden Bezug genommen.

Einen ersten Versuch mittels wissenschaftlicher Methoden eine Aussage über die Kriminalität der Spätaussiedler zu machen, wagte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) im dortigen Bundesland im Jahre 1996. Die Forscher stellten zwei verschiedene Gruppen von Landkreisen zusammen: Landkreise mit einer hohen Aussiedlerzuwanderung wurden zu der Gruppe A zusammengefasst. Die Gegengruppe B bildeten Landkreise mit eher geringem Aussiedlerzugang. Die Kriminalitätsentwicklung der beiden Landkreisgruppen zwischen 1990 und 1996 wurde daraufhin miteinander verglichen, was zu dem folgenden Ergebnis führte: In der Gruppe der „Aussiedler-Landkreise“ (Gruppe A) kam es zu massiv höheren Kriminalitätszunahmen als in der Landkreisgruppe B, vor allem in den Bereichen der Gewaltkriminalität, den Diebstahlsdelikten und der Rauschgiftkriminalität. Die Autoren der Studie kommen daher zu dem Ergebnis, *„dass der entscheidende Einflussfaktor, der die Unterschiede in der Kriminalitätsentwicklung erklären könnte, die Zuwanderung von Deutschen aus den Ländern der früheren Sowjetunion, aus Polen und Rumänien ist.“* (Pfeiffer/ Brettfeld/ Delzer, 1997, S. 46). Dieses Ergebnis wird von den Autoren insofern etwas relativiert, *„dass der landesweit in Niedersachsen zu beobachtende Anstieg der Jugendkriminalität nicht allein den Aussiedlern zugeschrieben werden kann. Offenkundig hat es auch für einen Teil der einheimischen Deutschen einen Wandel der Lebenslagen gegeben, der die Entstehung von Kriminalität fördert“* (Pfeiffer/ Brettfeld/ Delzer 1997, aaO.).

Einer Studie des Bayrischen Landeskriminalamtes aus dem Jahr 2000 (Luff 2000 und Luff 2001) zufolge sind in den Jahren 1997 und 1998 die Aussiedler in Bayern ähnlich hoch mit Kriminalität belastet gewesen wie die Deutschen. Aufgrund der Tatsache, dass die tatverdächtigen Aussiedler und die von ihnen begangenen Delikte in den ausgewählten Regionen überrepräsentiert sind, ist im landesweiten Durchschnitt mit einer noch geringeren Kriminalitätsbelastung der Aussiedler zu rechnen. Luff kommt daher zu dem Ergebnis, dass *„die Quantität der Aussiedlerkriminalität derzeit nicht besorgniserregend ist. ... die Anzahl der polizeilich registrierten tatverdächtigen Aussiedler bietet keinen Anlass zur Dramatisierung“* (Luff 2000, S.190). Betrachtet man allerdings die Entwicklung der Aussiedlerkriminalität in den Jahren 1997 bis 1999, so ergeben sich andere Tendenzen: Sinkenden Fallzahlen von

deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen stehen dann Zunahmen der von Aussiedlern begangenen Straftaten im zweistelligen Prozentbereich gegenüber. Auffällig ist auch die Zunahme der Mehrfachtäter unter den Aussiedlern. Bei den Deutschen und Nichtdeutschen nimmt die Anzahl der Mehrfachtäter tendenziell ab. Bei den Intensivtätern in der Kategorie „10 und mehr Delikte“ ist ein deutlicher prozentualer Rückgang zu verzeichnen. Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei den Aussiedlern. Hier sind deutliche prozentuale Zunahmen bei den Mehrfachtätern festzustellen. Nach Luff wird diese Entwicklung vorrangig durch die Kriminalität der jungen Aussiedler bestimmt. Neben den Jugendlichen fällt der hohe Anteil von 10- bis 13- jährigen Aussiedler-Kinder auf. Nach Luff sind es diese beiden Altersgruppen, die maßgeblich den „Trend“ tatverdächtiger Aussiedler zum einfachen Diebstahl beeinflussen. Jeder zweite tatverdächtige jugendliche Aussiedler wird mit einem einfachen Diebstahl polizeilich registriert. Bei den 18- bis 24- jährigen tatverdächtigen Aussiedlern unterscheidet sich die Kriminalitätsstruktur deutlich von den jüngeren Jahrgängen. Nicht mehr der einfache Diebstahl beherrscht das Bild, sondern die Rauschgiftkriminalität ist das im Jahr 1999 am häufigsten registrierte Delikt bei dieser Altersgruppe. Im Rahmen einer Aktenauswertung von 50 analysierten Rohheitsdelikten, konnte der Mythos vom außergewöhnlich gewalttätigen Spätaussiedler nicht empirisch verifiziert werden. Nur in fünf Fällen ging der Tatverdächtige bei der Straftatbegehung sehr brutal vor. Der äußerst massive Einsatz von Gewalt konzentriert sich auf die mittleren Altersgruppen der 25- bis 29- Jährigen und 30- bis 39- Jährigen. Jede zehnte von Aussiedlern begangene Straftat (10,4 %) fällt unter die Rubrik „Straßenkriminalität“. Diese Delikte sind in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar und werden damit von der Öffentlichkeit auch entsprechend wahrgenommen.

Das Ziel der Studie des Max-Planck-Instituts Freiburg (Grundies 2000) war es, eine Aussage über die Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern in Baden-Württemberg auf wissenschaftlicher Grundlage zu treffen. Aus den Daten der Freiburger Kohortenstudie konnte über eine aufwendige Identifizierung der Aussiedler anhand ihrer Geburtsorte der Umfang der polizeilichen Registrierungen von Aussiedlern in Baden-Württemberg genauer bestimmt werden. Darüber hinaus konnte anhand der jährlichen Zuzugszahlen von Aussiedlern die Gesamtzahl der Aussiedler in Baden-Württemberg abgeschätzt werden. Damit war es möglich Registrierungsdaten zu berechnen, die das Verhältnis von polizeilich erfassten Aussiedlern zur Gesamtzahl der Bevölkerungsgruppe ausdrücken. Im Ergebnis zeigt diese Studie eine erhöhte Kriminalitätsbelastung jugendlicher Aussiedler. Die Registrierungsdaten der Aussiedler liegen 1996 fast über den gesamten untersuchten Altersbereich von 8 bis 24 Jahren um 200 bis 300 Prozent höher als bei den Deutschen. Bei den Aussiedlern steigen die Registrierungsdaten etwa ab dem 12. Lebensjahr drastisch an und erreichen ein Maximum bei den 16- Jährigen. Danach kommt es wieder zu einem relativ starken Rückgang bis zu den 24 – Jährigen, die ein wenig höher belastet sind, als die Deutschen. *„Offensichtlich (sind) gerade jugendliche Aussiedler verstärkt belastet“* (Grundies, 2000, S. 301). Die Entwicklung der Re-

gistrierungsraten zwischen 1984 und 1996 zerfällt bei den Aussiedlern in zwei Bereiche: Während in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre ein relativ moderater Anstieg zu verzeichnen ist, steigen die Registrierungsraten ab 1990 sehr stark an. Nach Grundies stellt sich damit die Frage, *„ob seit 1990 überwiegend Aussiedler zuziehen, deren soziokulturelle Merkmale und Motivationslagen sich gegenüber den früher immigrierten Aussiedlern so verändert haben, dass hieraus ein erhöhte kriminelle Auffälligkeit erfolgt.“* (Grundies, 2000, S. 301 f.). Eine Auswertung der Daten nach Herkunftsländern ergab deutliche Unterschiede: Während die Kriminalitätsbelastung der aus Rumänien stammenden Aussiedler in etwa dem Niveau der einheimischen Deutschen entspricht, liegen die Raten der aus Polen und den GUS-Ländern stammenden Aussiedler von 1984 bis 1990 um etwa 30 % über dem Niveau der Deutschen. Ab 1990 kommt es zu einem drastischen Anstieg der Registrierungsraten bei den aus den GUS-Ländern stammenden Aussiedlern, während der Anstieg der aus Polen stammenden Aussiedler moderater ausfällt. *„Die Zeiten, in denen die Eingliederung der Aussiedler sich als relativ problemlos darstellte, scheinen vorbei“* (Grundies, 2000, S. 304)

Ein Bericht von Albrecht (2001) geht auf die für Migranten registrierten Kriminalität und auf ihre „Integration“ in die Drogenkonsumszene in Osnabrück ein, Ein (unveröffentlichter) Bericht des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg vom 4. Juli 2001 stellt die Drogenproblematik bei Spätaussiedlern aus polizeilicher Sicht dar. Daraus ergibt sich ein besorgniserregendes, drastisches Bild der Situation insbesondere junger Spätaussiedler hinsichtlich von Suchtgefährdung und Drogenabhängigkeit. Die Anzahl der tatverdächtigen Spätaussiedler im Zusammenhang mit der Drogenkriminalität stieg im Jahr 2000 um 10,6 Prozent gegenüber 1999 und dies trotz rückläufiger Zuwanderungszahlen. Damit stellt die Gruppe der Spätaussiedler 9,4 Prozent aller Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Rauschgiftkriminalität und ist damit weit überrepräsentiert. Der überwiegende Teil der tatverdächtigen Spätaussiedler stammt aus den Herkunftsländern Kasachstan, Russland und Polen. Bei den Spätaussiedlern aus Russland wurde ein Anstieg von 20,1 Prozent festgestellt. Auffällig ist auch die hohe Belastung der Tatverdächtigen mit dem Herkunftsland Kasachstan, die mittlerweile 50 Prozent aller tatverdächtigen Spätaussiedler stellen. 85,5 Prozent aller Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz stehen im Zusammenhang mit Cannabis und Heroin. In den letzten Jahren ist im Zusammenhang mit Spätaussiedlern hochprozentiges Heroin mit einem Wirkstoffgehalt zwischen 40 und 75 Prozent festgestellt worden.(durchschnittliche Konzentration: 2-8 %). Im Jahr 2000 wurde bei tatverdächtigen Spätaussiedlern die dreifache Menge an Ecstasy-Einheiten gegenüber dem Jahr 1999 sichergestellt. Nach den Erkenntnissen des Landeskriminalamtes erobern russische OK-Gruppierungen Marktanteile in Deutschland, wobei hier lebende Spätaussiedler Organisationsaufgaben übernehmen. Spätaussiedler stellen einen zunehmenden, überproportional hohen Anteil an den Drogentoten. Dieser Anteil stieg von 14 Prozent im Jahre 1999 auf 19,5 Prozent im Jahre 2000. Bei den Opfern handelt es sich überwiegend um männliche Personen. Die Anzahl von Drogentodes-

fällen unter jungen Aussiedlern hat sich bundesweit von 36 im Jahre 1999 auf 162 im Jahre 2000 mehr als vervierfacht. Nach diesem Bericht ist nach wie vor das extreme Suchtverhalten insbesondere bei den Heranwachsenden aus der Gruppe heraus erschreckend. So wird mit Drogen oftmals in Verbindung mit Alkohol leichtfertig umgegangen. Spätaussiedler haben entweder schon in ihren Herkunftsländern Erfahrungen mit Drogen gemacht oder durchlaufen innerhalb kürzester Zeit nach ihrem Eintreffen eine exzessive Drogenkarriere (sogenannte „Turbo-Karriere“) und steigen sofort mit hochdosiertem Heroin ein. Mit der eigenen Gesundheit wird sorglos umgegangen. Auffallend ist auch die hemmungslose Weitergabe von Drogen an Freunde und Verwandte. Der Konsum von Drogen findet hauptsächlich im Privatbereich statt. Etwa 75 Prozent der Drogentoten wurden als Alleinkonsumierende in der eigenen Wohnung oder in der Wohnung von Bekannten aufgefunden. Bei der Hälfte der Drogenopfer aus der ehemaligen Sowjetunion lagen keinerlei polizeilichen Vorkenntnisse vor. Durch diese Abschottung nach außen fehlt es an Einwirkungsmöglichkeiten durch Polizei und Hilfeeinrichtungen.

Es liegt auf der Hand, dass die Gesamtproblematik jugendlicher Aussiedler nur durch weitere intensive Anstrengungen von Seiten der Stadt Reutlingen, und der Institutionen, die sich schon bislang der jugendlichen Aussiedler annehmen, bewältigt werden kann. Im Rahmen der Projektarbeit wurde deutlich, dass hier in Reutlingen bislang sehr gute Arbeit geleistet wurde, die fortgeführt und durch entsprechende finanzielle Unterstützung gesichert werden sollte. Insbesondere die Ansätze, russlanddeutsche Multiplikatoren oder Mittler einzusetzen, sind ausgesprochen sinnvoll und erfolgversprechend. Auch da die Probleme der Aussiedler in ihren Ursprungsländern in den letzten Jahren stärker geworden sind (dies gilt insbesondere für Jugendliche, nachdem das Schulsystem dort teilweise zusammengebrochen ist), sind die Anstrengungen in Reutlingen zu intensivieren. Dabei ist die Nachhaltigkeit von Maßnahmen und die schulische Einbindung der Jugendlichen von besonderer Bedeutung. Ein erneuter Rückgang der Fördermittel, wie dies in den Jahren 1995/96 der Fall war, hätte deshalb fatale mittel- bis langfristige Folgen. Bereits im Vorschulbereich sollte sich der Sprachproblematik dieser Gruppe angenommen werden, aber auch dem oftmals nicht oder wenig strukturierten Alltag, bedingt durch einen weitgehenden Verfall der Familienhierarchie, die bisher für eine Wertorientierung und für eine subjektiv wie objektiv vorhandene Sicherheit in der Lebensgestaltung sorgte. Dabei spielt es keine Rolle, wie man die „Qualität“ dieser Werte oder dieser Sicherheit beurteilt; der Wegfall dieser Orientierungspunkte hat jedenfalls dann eindeutig negative Auswirkungen, wenn an ihre Stelle keine neuen, für die Kinder und Jugendlichen akzeptablen Muster treten.

In diesem Zusammenhang sollte verstärkt die Problematik Gewalt in (Aussiedler-) Familien thematisiert werden. Der Zerfall herkömmlicher Strukturen und Hierarchien führt bekanntermaßen zu Aggressionen, die sich vor allem den Schwächeren gegenüber artikuliert (Kinder,



Jugendliche, Frauen und Mädchen); dies hat wiederum, wie kriminologische Studien gezeigt haben, mittelfristige negative Auswirkungen auf die Sozialisation und damit auf das Verhalten dieser Personen. Wenn russlanddeutsche Frauen als „qualifiziert, emanzipiert, aber abgemeldet“ durch einen unserer Gesprächspartner gekennzeichnet werden, dann verdeutlicht dies plakativ diese Problematik.

Die vereinzelt berichteten verbalen und non-verbalen Probleme mit und zwischen russlanddeutschen, türkischen und „deutschen“ Jugendlichen hängen wesentlich mit den Faktoren Hierarchie und Selbstbewusstsein zusammen. Maßnahmen, die dies nicht berücksichtigen, können nicht erfolgreich sein.

Die Polizei wird im Umgang mit russlanddeutschen Jugendlichen eine besondere Sensibilität an den Tag legen müssen, wie dies auch bei Hörger (2002) und in dem Auszug aus dieser Arbeit oben beschrieben ist. Der Eindruck, dass russlanddeutsche Jugendliche die (von ihnen so empfundenen) „ständigen“ Polizeikontrollen leid sind und daher ihr eigenes Feindbild mit entsprechenden Aggressionen aufbauen, ist im Verlauf der Projektarbeit immer wieder entstanden. Hier würde auch bei der Polizei ein „Kulturmittler“ sinnvoll sein. Die Sehnsucht nach dem schnellen, großen Geld (sicherlich bereits im Heimatland entstanden und geschürt) und nach entsprechenden Statussymbolen (die insbesondere für statusniedrige Jugendliche von besonderer Bedeutung sind, wie wir aus der Jugendforschung wissen) kann sich für russlanddeutsche Jugendliche fatal auswirken. Der Kreislauf: Schlechte Sprachkenntnisse - niedrige Schulbildung – niedriger sozialer Status – schlecht bezahlte Arbeit (wenn überhaupt) – Schulden – hoher Ehrenkodex – starker Zusammenhalt in der ethnischen Gruppe – belastete Familienverhältnisse – Gewalt - .... muss frühestmöglich durchbrochen werden. Durch rechtzeitige und geeignete Maßnahmen zur Schul- und Berufsinformation muss sichergestellt werden, dass die Jugendlichen das System verstehen, nachdem Leben und Arbeit in Deutschland „funktioniert“.

Generell kann festgehalten werden, dass Ausgrenzungsmechanismen und/oder gezielt auf Jugendliche ausgeübter oder von diesen so empfundener Druck eher dysfunktional ist. Vielmehr muss versucht werden, im (ggf. auch konflikthaften) Dialog aufeinander zuzugehen und kommunikativ transparente Lösungen zu schaffen. Die „Alltagskontrollen“ durch die Polizei sollten im Hinblick auf ihre tatsächliche Notwendigkeit, ihre symbolische Funktion (den Anwohnern und der Öffentlichkeit gegenüber) und ihre „Risiken und Nebenwirkungen“ überprüft werden. Dies insbesondere deshalb, weil im Rahmen der Projektarbeit die insgesamt gute Einschätzung und Bewertung der mit der Jugendkriminalität in Reutlingen verbundenen Jugendkriminalität aufgefallen ist. Dieses Potential und dieses Wissen sollte auch im Sinne der betroffenen Jugendlichen genutzt werden.

## Cliquen und Gruppen

In der 1998 in Reutlingen durchgeführten kriminologischen Dunkelfeldanalyse (Kury u.a. 1999) wurde u.a. auch nach Problemlagen in der Stadt gefragt. Bei der offenen Abfrage zeigte sich, dass in erster Linie soziale Probleme, d.h. die (nach Befragtenmeinung weiter auszubauende) Kinder- und Jugendarbeit, die Ausländerproblematik und auch die Drogenproblematik von den Reutlinger Bürgern benannt wurden<sup>82</sup>. Bei den geschlossenen Fragen wurden u.a. „sich langweilende und nichtstuende Jugendliche“ und erneut Ausländer und Asylanten genannt (Kury u.a. 1999, S. 107). Für die Forscher war damals auffallend, „dass... auch Aspekte sozialer Verwahrlosung sowie bestimmte Bevölkerungsgruppen genannt wurden“ (Kury u.a. aaO.). Dazu wird angemerkt, dass nicht unbedingt durch die Gruppen eine besondere Gefährdung ausgehe, sondern eher bei den Reutlinger Bürgern Vorannahmen über das Verhalten bestimmter Gruppen vorhanden seien, die im Hinblick auf eine Integration als kritisch zu bewerten sind. Es könne die Gefahr bestehen, dass Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt oder gar als „Sündenböcke“ abgestempelt werden.

44% der Reutlinger sind dieser Befragung zufolge im übrigen der Auffassung, dass mehr Polizeikontrollen die Sicherheit erhöhen könnten. „Dies deutet aber auch teilweise darauf hin, dass bei den Bürgern eine recht große Tendenz besteht, ihre Sicherheit an die bewährten Ordnungsinstanzen zu übertragen, nicht selten bedeutet dies aber auch ein „Zurücklehnen“, verbunden mit der Einstellung „die Experten werden das schon machen““ (Kury u.a. 1999, S. 65).

Wenn sich mehr als die Hälfte der in dieser Studie Befragten in der Reutlinger Innenstadt „sehr“ oder „ziemlich“ unsicher fühlen (51,7%), dann hat Reutlingen offensichtlich ein Problem, das weniger in der tatsächlichen Situation bzw. in der rationalen Lage begründet ist, sondern im emotionalen Bereich liegt. Bei den Gründen für diese Ängste spielen vor allem „personenbezogene Gründe“ eine Rolle, wobei sich „anders aussehende oder sich verhaltende Mitbürger an vorderster Stelle“ als Projektionsfläche für Unsicherheitsgefühle anbieten. Es sind „besonders die Ausländer und Asylanten, aber auch insgesamt Problemgruppen, die für das Erleben von Unsicherheit verantwortlich gemacht werden“ (Kury u.a. 1999, S. 68). Immerhin 8,6% der Befragten äußerten dabei „Angst vor Jugendlichen“, 9,8% vor Randgruppen, 12,7% vor Ausländern/Asylbewerbern. Konkrete Erfahrung mit Straftaten haben dabei nur die wenigsten: Nur 1,6% derjenigen, die einen Grund für ihre Furcht in der Reutlinger Innenstadt nannten, gaben an, dass sie diese Angst wegen Delikten in der Vergangenheit

---

<sup>82</sup> 9,8% der Befragten gaben als „dringendstes Problem in der Gemeinde“ fehlende Kinder- und Jugendarbeit an, 8,7% die Ausländerproblematik und 8,5% die Drogenproblematik. Damit sind diese drei Bereiche die am häufigsten einzeln genannten Probleme; „Jugendkriminalität“ wird dabei nur von 2,4% genannt (Kury u.a. 1999, S. 55)

haben. Und obwohl noch weniger, nämlich nur 1,3% angaben, dass diese Angst wegen mangelnder Polizeipräsenz vorhanden ist, fordern 42,4% eine größere Polizeipräsenz, mehr Personenkontrollen und private Sicherheitsdienste, um die „Sicherheit“ in der Innenstadt zu verbessern. In Verbindung mit den 9,8% der Befragten, die ein härteres Einschreiten der Polizei fordern, sind somit mehr als die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass die „Sicherheitsprobleme“ durch die Polizei gelöst werden können oder sollen.

Die konkret benannten „Furchtorte“ sind dabei (in Übereinstimmung mit dem, was bei vergleichbaren Befragungen in anderen Städten ermittelt wird): Innenstadt (Wilhelmstrasse, Metzgerstrasse, Marktplatz) mit 25,1% der Nennungen, „Parks, Spiel- und Sportplätze und Schulen“ (Pomologie, Volkspark, Markwasen u.a.) mit 13,5% und der Bereich des Hauptbahnhofes mit 6,1%. Erst danach kommen Tiefgaragen (5,7%), schlecht beleuchtete Gegenden (4,5%) oder „Orte, wo sich Jugendliche/Ausländer treffen“ (2,4%).

Stellt man diesen Zahlen die polizeilich registrierten Delikte gegenüber, so wird die Diskrepanz zwischen Realität und individueller Wahrnehmung massiv deutlich: In ganz Reutlingen wurden im Jahre 2000 36 Raubüberfälle registriert, davon ganze 8 (in Worten: acht) im Freien (Kriminalitätslagebild 2000, S.11). Hinzu kamen im Jahr 2000 110 Fälle der „Bedrohung“ sowie 713 Körperverletzungsdelikte (davon 207 gefährliche und schwere Körperverletzungen, die sich überwiegend innerhalb der Gruppe der jungen Menschen selbst abspielen). Unter der Rubrik „Straßenkriminalität“ wurden für Reutlingen insgesamt 1.508 Straftaten registriert, wobei hierzu auch der Fahrraddiebstahl sowie Diebstahl an, aus und von Kfz gehört.

Legt man einmal die Zahl der im Landkreis Reutlingen registrierten Einwohner zugrunde<sup>83</sup> (hierauf bezieht sich die Erfassung in der Polizeilichen Kriminalstatistik), so ergeben sich folgende (fiktive) Berechnungen für die Wahrscheinlichkeit eines Bürgers, Opfer einer der folgenden Straftaten zu werden:

- |   |           |
|---|-----------|
| • Raub insgesamt:                           | 1: 7.685  |
| • darunter Raub im Freien                   | 1: 34.583 |
| • Bedrohung                                 | 1: 2.515  |
| • Gefährliche oder schwere Körperverletzung | 1: 1.337  |

---

<sup>83</sup> 276.671; Kriminalitätslagebild 2000, S. 5

Dies bedeutet, dass im Jahr 2000 nur einer von 34.000 Bürgern des Landkreises damit rechnen musste, Opfer eines Straßenraubes zu werden. Da man zusätzlich berücksichtigen muss, dass ein nicht unerheblicher Teil der Opfer vor allem der Delikte im Innenstadtbereich Touristen oder Pendler sein dürften, so zeigt dieses Beispiel, wie wenig real die Opferfurcht der Reutlinger Bürger ist.

Die von uns durchgeführten Besuche und Beobachtungen vor Ort bestätigen diesen Eindruck. Viele der als „problematisch“ eingestuft Bereiche sind auch nach Einschätzung der Polizei tatsächlich unproblematisch.

Auch die in den Interviews wiedergegebene Angst ist oftmals eher eine „Angst aus zweiter Hand“, die allerdings – wie in einer anderen Studie gezeigt werden konnte – durchaus dramatischere Auswirkungen auf die Verbrechensfurcht und das subjektive Sicherheitsgefühl haben kann als unmittelbare, „eigene“ Angst (Feltes 2001).

Ein Forschungsbericht der Ruhr-Universität Bochum setzt sich mit dem Jugendmilieu im Spannungsfeld zwischen Individualisierung und sozialer Ungleichheit auseinander<sup>84</sup>. Aufgrund der eingeschränkten Mobilitätsmöglichkeiten der Jugendlichen konstituiert sich (in der Regel in den Stadtteilen oder unmittelbaren Nachbarschaften) ein lokal abgrenzbares Netz von Interaktions- und Integrationszusammenhängen, das von Cliques strukturiert wird. Dabei zeigen sich habituelle Übereinstimmungen hinsichtlich Kleidung, Musikgeschmack oder Konsumgewohnheiten. Ebenso entwickelt sich eine (möglicherweise durchaus problematische) Handlungspraxis. Dabei konnte die Bochumer Studie zeigen, dass zwar das Gesamtbild des dort untersuchten Stadtteils schlecht ausfällt, da es an Ruhe, Sicherheit und Sauberkeit mangelt. Es gibt jedoch auch dort räumliche und soziale Bezüge zum Stadtteil. *„Das Gefühl, "sich auszukennen" und "sich zu kennen" schafft ein Stück Handlungssicherheit und hilft, die erlebte Gegenwart im Stadtteil erträglicher zu machen.“* Cliques, d.h. Gruppen von Gleichaltrigen sind ein Kennzeichen des lokalen Jugendmilieus. Sie sind Formen von Vergemeinschaftung und haben einen unmittelbaren sozialen Bezug zum Stadtteil. Die Gruppen von Gleichaltrigen halten sich meist an bestimmten Orten im öffentlichen Raum auf. Eine der wichtigen Funktionen der Cliques besteht darin, in ihnen gemeinsam und selbstgestaltet Freizeit zu verbringen. *„Die Cliques sind sichtbarer Ausdruck des von fast allen Jugendlichen beschriebenen Zustand des "Sich- Kennens".* Auf lokaler Ebene gibt es eine relativ überschaubare Anzahl von Personen und Gruppen. Auch wenn nicht jeder diesen Zustand als positiv empfindet, so hilft er doch, Konflikte zu vermeiden, indem Orten und Cliques aus dem Weg gegangen werden kann. Mitglied einer Clique zu sein schafft Sicherheit. Es gibt einen gemeinsamen Verhaltenskodex, der Verhaltenssicherheit schafft und damit Angst reduziert.

Die Bochumer Studie zeigt aber auch, dass Cliques zur Bedrohung werden können, deren Präsenz im öffentlichen Raum, den sie quasi "besetzen", auch oft von anderen Bewohner/innen so wahrgenommen wird. Dazu tragen die teilweise auch gewalttätigen Auseinandersetzungen der Cliques untereinander und der mit Cliques und ihrer selbstgestalteten Freizeit in Verbindung zu bringende Vandalismus bei.

Cliques erfüllen viele Funktionen für die Jugendlichen. Die erlebte Gemeinsamkeit wird durchaus positiv empfunden, die Clique als Gruppe von Gleichaltrigen hilft möglicherweise, im Stadtteil vorhandene Mängel zu kompensieren. Sie schafft Handlungssicherheit, aber auch Bedrohung. Interessant ist, dass in den individuellen Vorstellungen von Zukunft bei den Jugendlichen die Cliques nicht vorkommen. Die von vielen erträumte zukünftige Gemeinschaftsform ist die im Grünen wohnende Kleinfamilie, der erträumte Beruf ein sozial akzeptierter<sup>85</sup>.

Cliques und Gruppen sind auch ein Medium, um Ängste und Aggressionen abzubauen, die sich gegenseitig bedingen. Dieser positive und für die jugendliche Entwicklung notwendige Aspekt sollte offensiver in die Reutlinger Öffentlichkeit transportiert werden. Das, was „bürgerliche“ Reutlinger als jugendliche Aggression wahrnehmen, kann durchaus Angst sein; und ähnlich wie beim Verhalten gegenüber aggressiven Hunden wäre die beste Reaktion eine besonnene zur Kenntnisnahme. Hinzu kommt, dass wir aus anderen Studien wissen, dass „fremdartiges“ Aussehen und ungewohntes Verhalten bei den Bürgern Angst hervorruft – und umgekehrt hier dann zu (verdeckten) Aggressionen führt. Möglicherweise findet sich hier ein Weg, dies den „angstmachenden“ Jugendlichen zu vermitteln, denn bei weitem nicht alle, die Angst auslösen, wollen oder bezwecken dies auch.

### **Jugendhäusern und Jugendzentren**

Die bereits oben zitierte Bochumer Studie konnte zeigen, dass Jugendzentren für viele Jugendliche nicht zu den alltäglichen Anlaufpunkten für die Freizeit(gestaltung) gehören, da diese Räume von anderen Jugendlichen genutzt werden und damit als besetzt gelten. Anscheinend haben besondere Merkmale und Interessen "Fremder" für die befragten Jugendlichen exklusive Wirkung. Die defizitäre Integrationsleistung der Jugendarbeit vor Ort kommt dann für die Öffentlichkeit wahrnehmbar zur Geltung, wenn durch Gewalt, Lärm oder Unordnung auf öffentlichen Wegen und Plätzen „revoltiert“ wird. Dabei suchen die Jugendlichen – obwohl dies ihr Auftreten in der Öffentlichkeit nicht unbedingt erwarten lässt - Sicherheit, Sauberkeit, Ruhe, Offenheit und die Möglichkeit der Selbstgestaltung der Freizeit. Ob und ggf. in welcher Form dies auch für die Reutlinger Jugendhäuser gilt, kann hier nur bedingt

---

<sup>84</sup> Czommer, Lars, David H. Gehne, Jutta Massner, Jennifer Neubauer 1998

<sup>85</sup> Von einer von uns in Reutlingen befragten Jugendlichen wurde hier explizit der Beruf „Polizistin“ genannt.

gesagt werden. Aufgrund der teilweise von Jugendlichen verweigerten Kooperation waren hier Interviews und Vor-Ort-Termine während der Öffnungszeiten im Offenen Betrieb der Jugendhäuser nur in einem Jugendhaus möglich. Es spricht jedoch einiges dafür, dass die in der Bochumer Studie beschriebenen Faktoren auch in Reutlingen Bedeutung haben.

Die psychosoziale Entwicklung von Jugendlichen ist abhängig von der Möglichkeit, sich Raum aktiv aneignen zu können (vgl. Ev. FH Reutlingen 2001, S.36 für den Bereich Hohbuch-Schafstall). Jugendhäuser erfüllen diesen Zweck nur in begrenzten Maße. Jugendliche im Gebiet eignen sich Plätze an, an denen sie sich ohne Aufsicht zu selbstgewählten Zeiten treffen können. Die an den (zum Teil wechselnden) Treffpunkten von Cliques anzutreffenden „Aneignungsformen“ (besprühte Wände, Scherben und Müll, Lärm) verursachen Konflikte mit Anwohnern oder generell mit Bürgern, die diese Bereiche ebenfalls frequentieren. Hier zeigt sich ein Bedarf an niederschweligen Angeboten und allgemein zugänglichen Räumen, die junge Menschen aufsuchen und 'in Besitz nehmen' können, ohne mit den Belangen anderer Gruppen und Erwachsener sogleich in Konflikt zu geraten. Dieses generelle Problem der Urbanisierung stellt sich zunehmend auch für Reutlingen.

## Schule

Die Schule spielt für Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft eine wesentliche, in vielen Fällen sogar die wesentliche Rolle in ihrem Alltags- und Sozialleben. Eine neuere Studie des Max-Planck-Institutes konnte sogar zeigen, dass Nachbarschaften einen (statistisch) geringeren Einfluss auf Art und Umfang von Jugendkriminalität haben als Schulen (noch bedeutsamer sind allerdings individuelle, d.h. aus der Familie und der dortigen Situation kommende Effekte<sup>86</sup>). Dennoch wird die Schule allgemein immer wieder als „schwieriger Partner“ bei Bemühungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gesehen<sup>87</sup>. Wir können dies für das vorliegende Projekt so schon deshalb nicht bestätigen, weil alle Reutlinger Schulen, bei denen wir Lehrer- und Schülerinterviews durchführen wollten, ebenso wie das Schulamt der Stadt Reutlingen und auch das Oberschulamt äußerst kooperativ waren. Gleichwohl erscheint uns die Schule als ein Schlüsselement im Umgang mit problematischem Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Ohne auf die Problematik der Möglichkeit oder Gebotenheit des „sozialen Lernens“ in der Schule an dieser Stelle eingehen zu können, haben die Interviews gezeigt, dass sich viele Probleme im Bereich der Schulen artikulieren und auch konzentrieren. Dies betrifft Konflikte im schulischen Bereich ebenso wie Konflikte und Probleme auf dem Weg von und zur Schule, aber auch familiäre Probleme, die sich in der Schule artikulieren. Während in der angesprochenen Dokumentation des Deutschen Jugendinstituts der Eindruck vorherrschte, dass sich die Schulen der Verantwortung in die-

---

<sup>86</sup> Oberwittler 1999; allerdings hat die Nachbarschaft bzw. das Wohngebiet wiederum einen indirekten Einfluss auf diese familiären Effekte.

<sup>87</sup> So z.B. in dem Bericht der DJI-Projektgruppe Delinquenz von Kindern (1999), S.59 ff.

sem Bereich durch Verweigerung oder Nicht-zur-Kennntnisnahme von Problemlagen entziehen (DJI-Projektgruppe 1999, S. 60 f.), kann für Reutlingen positiv vermerkt werden, dass zumindest die an den Gesprächen beteiligten Lehrerinnen und Lehrer (und teilweise auch die Schulleiter, soweit sie sich beteiligten) die Bedeutung der Problematik erkannt haben.

Das Beispiel des Landes Bayern, das den verstärkten Ausbau der Schulsozialarbeit ausdrücklich mit einem Beitrag zur Kriminalprävention begründet<sup>88</sup>, wird in Reutlingen prinzipiell bereits aufgegriffen, wobei eine Intensivierung und verstärkte (finanzielle) Förderung nach Auffassung aller Beteiligten wünschenswert wäre.

Während in den von uns durchgeführten Interviews der deutliche Eindruck vorherrschte, das Kriminalität, Gewalt und Drogen im schulischen Bereich zugenommen haben (oder vermehrt wahrgenommen werden), wird dieser Eindruck in anderen, umfangreicheren Studien nicht bestätigt. So konnten z.B. Bielefelder Kollegen in einer Studie (Befragung von 3.540 Kindern und Jugendlichen und 448 Lehrern sowie Vergleich der Daten mit einer Studie von 1972) keinen massiven Anstieg des Gewaltverhaltens in den letzten drei Jahrzehnten feststellen. In der Studie wurden dann alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede (Jungen beteiligen sich eher an Prügeleien als Mädchen, 8-Klässler mehr als 6- oder 10-Klässler) ebenso festgestellt wie Unterschiede zwischen verschiedenen Schulformen (58% der Sonderschüler gaben an geprügelt zu haben im Vergleich zu 30% der Gesamtschüler und 30% der Gymnasiasten) (Tillmann u.a. 2000).

### **Die Rolle des Individuums**

Die Frage, weshalb Jugendliche kriminell werden, beschäftigt die Kriminologie seit ihrer Entstehung. Ebenfalls seit diesem Zeitpunkt wird darüber gestritten, welche Kriminalitätstheorien „richtig“ sind. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob eher individuelle und innerfamiliäre Faktoren oder eher globale und allgemeine Umwelteinflüsse eine größere Rolle spielen. Nach dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion wird man davon ausgehen dürfen, dass keine Theorie alleine genügend Erklärungskraft besitzt, um die Frage zu beantworten, warum ein bestimmter Jugendlicher zu einem bestimmten Zeitpunkt „kriminell“ wird. Allerdings kann man vor dem Hintergrund der Diskussionen der letzten Jahre durchaus eine Tendenz feststellen, dem Zusammenspiel zwischen Anlage und Umwelt verstärkt Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang spielt dann die Möglichkeit eine Wichtige Rolle, in der gegebenen sozialen Umwelt seine eigene (legale) Identität entsprechend zu entwickeln. Dabei wird immer wieder auf das Selbstwertgefühl als einen wichtigen Faktor bei der Entwicklung von Jugendlichen hingewiesen. Viele Verhaltensweisen Jugendlicher dienen (lediglich) dazu, ihr Selbstwertgefühl aufrechtzuerhalten oder weiter zu

entwickeln. Ohne positive Unterstützung können Jugendliche dabei kein positives Selbstbild aufbauen, und ohne ein solches positives Selbstbild ist ein gesellschaftsangemessenes Verhalten nicht zu erwarten. Solche Unterstützung ist notwendig, um das mentale und emotionale Gleichgewicht zu erlangen, das als wichtige Voraussetzung für soziales Verhalten gilt<sup>89</sup>. In Verbindung mit Erkenntnissen aus Studien, die die besondere Bedeutung von Nachbarschaften bei der Entwicklung und Integration von Jugendlichen aufgezeigt haben<sup>90</sup>, machen diese Überlegungen deutlich, wie wichtig positive, stärkende und unterstützende Maßnahmen vor Ort, d.h. im unmittelbaren sozialen Umfeld der Jugendlichen sind.

---

<sup>88</sup> Pressemitteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 12.5.1998

<sup>89</sup> Hunter 2001, S.3

<sup>90</sup> vgl. Sampson/Squires/Zhou 2000



## Kapitel 5: Zusammenfassende Empfehlungen

Im Verlaufe der Projektarbeit in Reutlingen hat sich ein Eindruck verfestigt, der auch bei umfassenderen Bürgerbefragungen zur Viktimisierung und Verbrechensfurcht in anderen Gemeinden gewonnen wurde: Das Hauptproblem (auch) in Reutlingen besteht in der Divergenz zwischen der tatsächlichen, realen Situation und den subjektiven Wahrnehmungen der Bürger. Oder, wie Heinz und Spiess dies zuletzt durch ein Zitat aus dem Handbuch der Moral von Epiktet formuliert haben: **„Was die Menschen beunruhigt sind nicht die Tatsachen, sondern das, was sie für Tatsachen halten“** (Heinz/Spiess 2001, S. 147). Diese Ungleichheit zwischen objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsgefühl hat bedeutsame Auswirkungen nicht nur auf die Meinungen und Einschätzungen der Reutlinger Bürger, sondern auch auf ihre Lebensgestaltung. Tendenziell ähnliches gilt für das Verhältnis zwischen den tatsächlich von der Stadt unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Jugendlichen und der subjektiven Wahrnehmung dieser Anstrengungen sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen.

Beispiele dafür sind die Existenz eines ausgewogenen und differenzierten Sicherheitslagebildes, das von der Polizeidirektion regelmäßig erstellt wird, aber möglicherweise nicht oder nicht ausreichend in der Reutlinger Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zudem sollten durch eine zwischen Stadt und Polizeidirektion abgestimmte Medienarbeit (möglicherweise in Form einer Imagekampagne) die objektiv positive Lage in Reutlingen sowie die entsprechenden Anstrengungen der Stadt und der Polizei in die Öffentlichkeit transportiert werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Arbeiten wie beispielsweise die Seminardokumentation der Evangelischen Fachhochschule zum Gebiet Hohbuch/Schafstall<sup>91</sup> viele wertvolle Analysen und Anregungen enthalten, die aufgegriffen und umgesetzt werden sollten. Über ein an geeigneter Stelle (Stadtbücherei?) verfügbares Archiv sollten diese Arbeiten der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die von der Stadt Reutlingen bereits selbst unternommenen oder unterstützten Projektanstrengungen<sup>92</sup> sollten in Abstimmung zwischen Stadt und Polizei und mit wissenschaftlicher oder anderer, geeigneter Begleitung<sup>93</sup> fortgeführt und koordiniert werden.

In Bezug auf die Frage, wie sich die (jugendliche) Bevölkerung Reutlingens in den nächsten Jahren entwickeln wird und welche Auswirkungen dies auf die (polizeilich registrierte) Krimi-

---

<sup>91</sup> Ev. Fachhochschule Reutlingen 2001: Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil Hohbuch-Schafstall

<sup>92</sup> Z.B. mit der kriminologischen Dunkelfeldanalyse durch die Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Institutes, Kury u.a. 1999, aber auch durch das hier vorgelegte Gutachten.

<sup>93</sup> Hier könnte z.B. auch an einen Auftrag an ein privates Beratungsunternehmen gedacht werden, das im Rahmen von „Controlling“ und „Coaching“ zielgerichtete, zeitnahe und finanziell konkret kalkulierbare Unterstützung leisten kann.

nalität hat, konnten wir zeigen, dass die Entwicklung des Bevölkerungsumfangs wesentlich von der Entwicklung des Wanderungsgeschehens beeinflusst sein wird. Entwicklungen der lokalen und regionalen Arbeitsmarktstruktur, der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land sowie überregionale Entwicklungen (Stichworte: Asyl und Aussiedler) werden auch zukünftig Auswirkungen auf Umfang und Struktur der örtlichen Bevölkerung haben, die im voraus nur schwer zu kalkulieren sind.

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Kriminalitätsgeschehens in den einzelnen Stadtteilen ist ferner zu bedenken, dass hier Bevölkerungsumfang und Bevölkerungsstruktur von sehr untergeordneter Bedeutung sind und eine Projektion der Kriminalitätsbelastung deshalb nicht auf ortsteilspezifische Tatverdächtigen-Häufigkeitszahlen gestützt werden kann. Die Verteilung von Taten und Tatverdächtigen über die Ortsteile hängt (in Reutlingen wie anderswo) weniger von der Bevölkerungsstruktur, als von der funktionalen Differenzierung der Stadt ab. In Innenstädten oder Industriegebieten werden nicht deshalb im Verhältnis zur Wohnbevölkerung überdurchschnittlich viele Taten und Tatverdächtige registriert, weil dort eine besonders delinquente Bevölkerung leben würde (meist ist eher das Gegenteil der Fall), sondern weil bestimmte Gegenden vermehrt aufgesucht werden, um Arbeits-, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten wahrzunehmen. Insbesondere junge Menschen suchen häufig anonyme Örtlichkeiten außerhalb des Wohnviertels und außerhalb der unmittelbaren Wahrnehmung durch Eltern und Nachbarschaft auf, um dort ihre Freizeit mit Gleichaltrigen zu verbringen. Außerhausaktivitäten sind in aller Regel nicht zuletzt aufgrund der allgemein erhöhten Mobilität nicht (mehr) an das unmittelbare Wohnviertel gebunden; dasselbe gilt zwangsläufig auch für Straftaten, obwohl nach wie vor die überwiegende Anzahl dieser Taten in der Wohnort-Gemeinde des Tatverdächtigen begangen werden (aber nicht unbedingt in seiner unmittelbaren Nachbarschaft). Kriminalitätsfurcht, Delinquenz und Viktimisierungen können besser durch Lebensstile als durch aggregierte Strukturdaten erklärt werden (Hermann/Laue 2001, S. 90). Dennoch spielt der sozioökonomische Kontext für Jugendliche mit bestimmten Risikofaktoren eine wichtige Rolle (Albrecht 2001; Wikström/Loeber 2000; differenzierend Eisner 2001, S. 15). Für präventive Überlegungen und auch für zielgruppenbezogene Präventionsansätze ist daher die Orientierung an vorhandenen Gelegenheitsstrukturen aussichtsreicher als der Versuch einer Identifizierung und möglicherweise auch Stigmatisierung von Wohnquartieren mit einer problembehafteten oder auffälligen Bewohnerstruktur. Dabei sollten sowohl negative Gelegenheitsstrukturen (im Sinne von Tatgelegenheiten), als auch positive (im Sinne von Freizeitangeboten und zielgruppenorientierten integrationsfördernden Maßnahmen) analysiert werden.

Die Auswertung der Reutlinger Kriminalitätsdaten hat keinen Hinweis darauf erbracht, dass in Reutlingen eine auffällige und zu besonderer Besorgnis Anlass gebende Kriminalitätsstruktur vorliegt oder zu erwarten ist. Dies gilt sowohl für die jungen Menschen, als auch für

die Nichtdeutschen, die sich in Reutlingen aufhalten. Wirklich schadensintensive Delikte werden von diesen beiden Gruppen nicht begangen, wobei diese Feststellung für Reutlingen ebenso wie für andere Städte und Gemeinden gilt. Zwar werden gewalttätig ausgetragene Konflikte unter Jugendlichen auch in Reutlingen vermehrt von Jugendlichen und Erwachsenen wahrgenommen, zur Anzeige gebracht und damit auch polizeilich registriert; dies ist jedoch ein bundesweit zu beobachtendes Phänomen, das nicht als dramatische reale Veränderung oder gar als Brutalisierung von Jugendgewalt interpretiert werden darf (Steffen 2001). Insgesamt ist das Klima in der Gesellschaft kälter und insgesamt sind die Umgangsformen rauer geworden. Dabei machen Jugendliche und ihr Verhalten keine Ausnahme, da sie Teile dieser Gesellschaft und im wahren Wortsinn 'ihre Kinder' sind.

Dieses Ergebnis gilt im Prinzip auch für die Bevölkerungs-Teilbereiche der (jugendlichen) Ausländer und der Aussiedler. Allerdings wird hier empfohlen, die Entwicklung insbesondere im Bereich der jugendlichen Aussiedler kritisch zu beobachten und ggf. rechtzeitig durch geeignete weitere oder intensivere (sprachliche und berufliche) Integrationsmaßnahmen eine weitere Ausgrenzung vor allem der in der letzten Zeit zugewanderten Jugendlichen und Heranwachsenden zu verhindern. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse der jüngst veröffentlichten PISA-Studie, die gezeigt hat, dass das deutsche Bildungssystem vor allem deshalb im internationalen Vergleich schlecht abschneidet, weil es Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen nur sehr geringe Kenntnisse vermittelt. Nach einer im Dezember 2001 veröffentlichten Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung (MPI 2001) sind Migrantenkinder z.B. in Sonderschulen überrepräsentiert. In einer anderen Studie des MPI ist von der „sozialen Entmischung der Hauptschule“ die Rede; auch dies ein Aspekt, der für Reutlingen kritisch zu beobachten ist (Solga/Wagner 2000). Durch den ökonomischen Strukturwandel sehen sich zudem vor allem beruflich unqualifizierte Immigranten (so Eisner 2001, S. 20) „einer immer prekäreren wirtschaftlichen Situation gegenüber; die zunehmende Segregation der Stadtquartiere nach Nationalitätskriterien führt zu einer steigenden Kluft zwischen Zugewanderten und Einheimischen; im individualisierten Kontext der Städte entstehen ethnische Enklaven, die immer weniger in den Gesellschaftsvertrag modernen Gesellschaften eingebunden werden“ – die Konsequenzen hieraus liegen auf der Hand. Es liegt an den für die Stadt- und Stadtteilentwicklung in Verantwortlichen, dieses Problem in Reutlingen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Polizei sollte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und durch aktive Kommunikation mit diesen Gruppen das offensichtlich vorhandene Feindbild bei den Aussiedlerjugendlichen versuchen abzubauen<sup>94</sup>. Die im Bereich der Reutlinger Sozialarbeit bereits begonnenen (pä-

---

<sup>94</sup> Vorschläge dazu finden sich in der Diplomarbeit von Manuel Hörger (Hörger 2002).

dagogischen) Maßnahmen, die Mitglieder der Aussiedler- und auch Ausländergruppen als „Kulturmittler“ einsetzen, sollten fortgeführt, ausgewertet und intensiviert werden.

Es deutet insgesamt nichts darauf hin, dass die erwachsenen Bürger Reutlingens Anlass hätten, sich vor einer heranwachsenden ‚Monstergeneration‘ zu fürchten. Aber es gibt Anlass zu sehen, dass Konflikte zwischen Gruppen junger Menschen und die nicht nur dabei gezeigte Gewaltbereitschaft die Jugendlichen beschäftigen und von ihnen wie auch von Erwachsenen als problematisch wahrgenommen werden. Aus diesem Grunde sollte ein rationaler Umgang mit diesen Phänomenen auch die Beschäftigung mit der individuellen Wahrnehmung beinhalten. Dort, wo durch konkrete Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden kann, sollte dies versucht werden, wobei die Beteiligung der Betroffenen wichtig ist (z.B. in Projekten „Schüler als Mediatoren“ oder „Schüler als Schulbus-Begleiter“).

Junge Menschen sollten generell aber nicht primär als potentielle Täter, sondern als Ansprechpartner und ‚Nachfrager‘ von städtischen (Präventions-)Angeboten angesprochen werden. Der Grundgedanke der kommunalen (Kriminal-)Prävention sollte hier übernommen werden: nicht einseitig auf Repression setzen, sondern dem Ausbau von Prävention, der Unterstützung und Förderung sozialer Integration und der Verbesserung der sozialen und beruflichen Lebensperspektiven von jungen Menschen in der Kommune den Vorrang zu geben. Dies gilt für alle Zielgruppen, gleich, ob es sich um „Einheimische“ oder „Zugewanderte“ handelt. Jugendliche sollten auch in Reutlingen auch dann, wenn sie als „problematisch“ oder „auffällig“ charakterisiert werden, nicht als potentielle Straftäter angesehen werden. Sie sind vielmehr Zielgruppe von Präventionsbemühungen, die *mit* ihnen und nicht gegen sie zu planen und durchzuführen sind. Eine niederschwellige und damit nicht-repressive Ansprache im Vorfeld ist sinnvoll, wenn sich problematische Konstellationen abzeichnen, wobei dabei durchaus mögliche Konsequenzen von bestimmten Verhaltensweisen aufgezeigt werden können und müssen.

Die aufsuchende und damit auch pädagogisch präventive Jugendarbeit sollte unterstützt und ausgebaut werden. Da das wichtigste Kapital der Sozialarbeit das Vertrauen der Jugendlichen ist und auch für die polizeiliche Arbeit der Aufbau von Vertrauen und Transparenz notwendig sind, sind polizeiliche und sozialarbeiterische Maßnahmen einerseits aufeinander abzustimmen, andererseits dort, wo es notwendig ist, auch voneinander abzugrenzen. Die Jugendlichen (und diesen Eindruck haben wir auch in Reutlingen gewonnen) können hier sehr wohl differenzieren und ein entsprechendes Verhalten von Polizisten und Sozialarbeitern honorieren. Anlässlich der Begleitung einer ‚Jugendschutzstreife‘ durch Projektmitarbeiter konnte festgestellt werden, dass das Verhältnis zwischen den angetroffenen Jugendli-

chen und dem Jugendsachbearbeiter der Polizei durchaus als entspannt bis freundschaftlich bezeichnet werden kann.

Der Austausch von bei Polizei und Sozialarbeit vorhandenen Informationen (z.B. zu Wanderebewegungen der Jugendlichen innerhalb des Stadtgebietes) kann beiden Seiten zugute kommen. Generell erscheint es wesentlich, die Informationen über räumliche Präferenzen Jugendlicher und deren Hintergründe zusammenzutragen und auszuwerten. Die Beobachtung, dass sich der Großteil der von Jugendlichen aufgesuchten Örtlichkeiten im Reutlinger Nordraum (Sondelfingen, Rommelsbach, Storlach, Römerschanze) befindet, wäre ein Beispiel dafür.

Die Leitlinien Jugendarbeit 2000 der Stadt Reutlingen nehmen theoretisch fundiert und mit praktischen Umsetzungsvorschlägen versehen die wichtigsten Punkte einer zukunftsorientierten Prävention auf, die auf der Überlegung eines gesunden Lebens in einer gesunden Umwelt basiert. Dies gilt z.B. für die Ausweitung des Angebotes der offenen Jugendarbeit auf Kinder ab 10 Jahren, die Unterstützung neuer, selbstorganisierter Gesellungsformen Jugendlicher, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die verstärkte Orientierung an quartierbezogenen Freizeitmöglichkeiten<sup>95</sup>.

Die in den Leitlinien enthaltene Forderung der Förderung akzeptierter öffentlicher Räume für Jugendliche wird dabei mit Sicherheit Kontroversen auslösen bzw. hat sie bereits ausgelöst. Wenn in den Leitlinien die Notwendigkeit zur Schaffung „*ganzheitlicher, erfahrungsoffener, nicht determinierter (funktionsdiffuser) Räume*“ für Jugendliche betont, gleichzeitig aber die Reaktion möglicher Anlieger (zu Recht) hervorgehoben wird, dann müsste dieses Spannungsfeld zwischen jugendpädagogischen Erkenntnissen und (gesellschafts-) politischen Hemmnissen bei der Umsetzung stärker öffentlich und auch im politischen Raum thematisiert und diskutiert werden. Stadtverwaltung und politisch Verantwortliche, die sich öffentlich und offensiv zu dieser Linie bekennen, könnten durchaus für eine stärkere Akzeptanz jugendtypischer Verhaltensweisen im innerstädtischen Bereich werben. Die Einsicht, dass Kinder und Jugendliche aus den Kernbereichen des alltäglichen Reutlinger Lebens (und damit aus der unmittelbaren Innenstadt) weder verdrängt werden können noch verdrängt werden sollten, mag im Einzelfall schwer zu vermitteln sein<sup>96</sup>. Dies kann aber keine Entschuldigung dafür sein, es nicht wenigstens zu versuchen und damit auch Solidarität der jungen Generation gegenüber zu bekunden.

---

<sup>95</sup> In den Leitlinien bezogen auf Sportangebote, sollte dieser Aspekt aber auf alle Bereiche der Jugendarbeit ausgedehnt werden.

<sup>96</sup> Dies gilt noch mehr für andere – erwachsene – „Randgruppen“ im Innenstadtbereich.

Die in den Leitlinien Jugendarbeit 2000 formulierten Prämissen, wonach z.B. *„offene Jugendarbeit ... heute in erster Linie an den Bedürfnissen und Verkehrsformen Jugendlicher orientiert (ist), nicht an den Integrationsnormen der Erwachsenengesellschaft“* und wonach *„offene Jugendarbeit ... gegenüber marginalisierten Jugendlichen eine besondere Verpflichtung“* hat, sind richtig gewählt. Dies wurde durch die im Rahmen des vorliegenden Projektes gewonnenen Erkenntnisse deutlich bestätigt. Die Frage wird sein, ob und ggf. wie sie sich im Reutlinger Alltag gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessen durchsetzen lassen. Die im Rahmen des Projektes ansatzweise zu erkennende negative Abgrenzung der Jugend- und Sozialarbeit gegenüber der Polizei müsste offensiv insbesondere im Hinblick auf tatsächliche Reibungspunkte diskutiert werden, wobei eine professionelle Betreuung dieser Diskussion und Kooperation anzustreben wäre.

Ein Kristallisations- und möglicherweise auch Konfliktpunkt wird hierbei die Einrichtung eines zentralen Jugendtreffs Innenstadt sein (Leitlinien 2000, S. 59). Dazu soll aus den Leitlinien zitiert werden:

*„Die Reutlinger Innenstadt wird für Jugendliche zunehmend attraktiver. Aus der Perspektive des Leitsatzentwurfs des Stadtmarketings (September 1999) ist der Aufenthalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Stadtzentrum als belebendes, aktives Element zu fördern. Viele Jugendliche aus der gesamten Stadt und dem Landkreis nutzen die Innenstadt nicht aus Gründen des Konsums, sondern als Treffpunkt, um sich zu zeigen (Laufsteg und Bühne), als Aufenthaltsraum für ihre freie Zeit oder Territorium (sie besetzen einen Platz, den sie dann als ihren eigenen ansehen). Dies ist auch ein Ausdruck relativer Armut, begrenzter Integrationsperspektiven in Vereinen und Verbänden und mangelnder sozialer Akzeptanz in den Wohnquartieren. Damit sind für Jugendliche überwiegend andere Orte wichtiger als jene, die von der Privatwirtschaft bereitgestellt werden und in der Regel mit Konsumerwartungen oder –zwängen verbunden sind. Die Präsenz an „unüblichen Orten“, zu „unüblichen Zeiten“ und die ungewohnten Erscheinungsbilder und Verhaltensweisen junger Menschen sind – neutral betrachtet – zunächst einmal auffallend. Gleichzeitig sind in zunehmendem Maße für sie selbst und andere riskante Verhaltensweisen festzustellen (...). Dieses Verhalten beeinflusst auch in besonderem Maße das subjektive Sicherheitsgefühl anderer Nutzer/innen der Innenstadt ... In einer ersten Gesamtbewertung aller verfügbaren Informationen kam das Amt für Jugend und Sport zu dem Ergebnis, einen Planungsprozess für einen zentralen, niederschweligen Jugendtreff („Jugendcafe“) im Zentrum der Stadt in Gang zu setzen. Ein solches „Jugendzentrum“ oder „Jugendcafe“ soll einerseits durch zentrale Freizeit- und Unterstützungsangebote Jugendliche in ihrer Lebensgestaltung unterstützen und andererseits öffentliche Plätze der Innenstadt entlasten.“*

Zentrum der Einrichtung soll nach den dort entwickelten Vorstellungen ein *„niederschwelliges Aufenthaltsangebot“* sein, also ein Treffpunkt für Jugendliche, an dem oder in Verbindung mit dem sie ihre Freizeit verbringen können. Dieser Freizeitbereich sollte richtigerweise nicht an kommerziellen Konsum geknüpft sein, wobei dennoch Getränke zu günstigen Preisen aus-

geschenkt werden und nach Möglichkeit auch 'jugendtypische Speisen' verfügbar sein sollten. Als 'Rückzugsraum von der Straße' bekommt diese Einrichtung eine besondere Bedeutung insbesondere für Jugendliche, die sich die kommerziellen Angebote nicht leisten können. Dieser Raum kann dann auch gezielt für interne wie externe, aktive wie passive Kommunikation zwischen den Jugendlichen, aber auch zwischen Sozialarbeitern und Jugendlichen genutzt werden, wobei ein Internetzugang und ein 'Cyber-Cafe' (z.B. mit Computerspielen und Chat-Ecke) erfahrungsgemäß eine gute Kontaktbasis darstellen. Dabei ist die Aussage in dem Bericht, nach der *„der hohe Qualitätsanspruch des Reutlinger Stadtmarketings für die Entwicklung des Reutlinger Zentrums ... sich in der Umsetzung des „Jugendcafes“ widerspiegeln (muss)“* explizit zu unterstützen und zu unterstreichen. Nur bei entsprechender Qualität dieses Angebotes kann erwartet werden, dass die Jugendlichen es auch annehmen und nutzen.

## Literatur

- Albrecht, Hans-Jörg (2001):** Migration und Kriminalität. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.) Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Godesberg 2001, S. 195-210
- Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamtinnen und Medizinalbeamten der Länder (AGLMB) (1996):** Indikatorenatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder
- Czommer, Lars, David H. Gehne, Jutta Massner, Jennifer Neubauer (1998):** Lokales Jugendmilieu Essen-Katernberg-Nord im Spannungsfeld von Individualisierung und sozialer Ungleichheit. Forschungsbericht zur Lehrforschung "Sozialraum Ruhrgebiet" an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum über <http://www.ruhr-uni-bochum.de/staresoz/>
- DJI (Deutsches Jugendinstitut) -Projektgruppe "Delinquenz von Kindern – eine Herausforderung für Familie, Jugendhilfe und Politik" (1999):** Straftatverdächtige Kinder und ihre Familien – Problembewusstsein zuständiger Institutionen. Dokumentation, München ([www.dji.de](http://www.dji.de) )
- Eck, J. E. (1997):** Preventing Crime at Places.“ In: Sherman, Lawrence. W. et al. (eds.) Preventing Crime: What Works. What Doesn't. What's Promising. Pp. 283-341. Available at <http://www.ojp.usdoj.gov/nij/crimdocs.htm#1998>
- Eisner, Manuel (2001):** Kriminalität in der Stadt – Ist Desintegration das Problem? In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.) Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Godesberg 2001, S. 3-23
- Evangelische Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg (2001):** Die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in der Praxis – am Beispiel des Stadtteils Hohbuch – Schafstall in Reutlingen (Seminarokumentation)
- Feltes, Thomas (Hrsg.) (1995):** Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Holzkirchen
- Feltes, Thomas (2000):** Bevölkerungsbefragungen im Schwarzwald-Baar-Kreis. Pressemappe, Villingen-Schwenningen (unveröffentlicht)
- Feltes, Thomas (2001):** Incivilities, Victimization, Fear of Crime and Police Ratings in Small Swiss and German Cities – Results from Surveys in Four Swiss and Five South German Cities. (Powerpoint-Präsentation, ESC-Konferenz, Lausanne, 6.-8. September 2001; im Internet unter <http://www.thomasfeltes.de/Literatur.htm#2002> ).



- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg** (Dölling/Hermann/Feltes/Heinz/Lisbach/Spiess/Kury/Obergfell-Fuchs) (1998): Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. In: MschrKrim 81, 2, S. 67-82
- Goffman, Erving (1990):** The Presentation of Self in Everyday Life, London
- Grundies, Volker (2000):** Kriminalitätsbelastung junger Aussiedler. Ein Längsschnittvergleich mit in Deutschland geborenen jungen Menschen anhand polizeilicher Registrierungen. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 83, Nr. 5, Seite 290 – 305
- Heinz, Wolfgang, Gerhard Spiess (1995):** Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten, in: Feltes, Thomas (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten. Holzkirchen/Obb. 1995, 93-122
- Heinz, Wolfgang, Ivar Cornelius, Reinfried Pailer (2001):** Kriminalität junger Menschen in Baden-Württemberg im Spiegel der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken. In: Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisch-prognostischer Bericht 2001, Stuttgart
- Heinz, Wolfgang, Gerhard Spiess (2001):** Kriminalitätsfurcht – Befunde aus neueren Repräsentativbefragungen. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.) Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Godesberg 2001, S. 147-194
- Hermann, Dieter, Christian Laue (2001):** Ökologie und Lebensstil – Empirische Analysen zum „broken windows“-Paradigma. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.) Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Godesberg 2001, S. 89-120
- Hörger, Manuel (2002):** Das Verhältnis von Polizei und Spätaussiedlern. Erfahrungen und Sichtweisen. Diplomarbeit an der Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen 2001/ 2002 (noch nicht veröffentlicht)
- Hunsicker, Ernst, Martin Ratermann, Martin Oevermann (2001):** Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück – 4. Fortschreibung der Grunddaten für das Jahr 2000, Osnabrück
- Hunter, Ronald (2001):** Old Dogs and Children and Understanding Crime. In: acjs today, XXIV, September/Okttober2001, S. 1 ff.
- Kasperzak, Thomas (2000):** Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Holzkirchen
- Kriminalitätslagebild der Stadt Reutlingen 2000**, hrsg. Von der Polizeidirektion Reutlingen

- Kury, Helmut, Joachim Obergfell-Fuchs, Verena Braun (1999):** Kriminologische Dunkelfeldanalyse der Stadt Reutlingen (Bericht)
- Landtag von Baden-Württemberg (1999):** Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“. Drucksache 12/3570 vom 3.3.1999
- Langguth, Tina (2001):** Changing Places not People, Ms., Teeside
- Lisbach, B., G. Spiess (2002):** Viktimisierungserfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Arbeit der Polizei. Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung. In: Dölling/Feltes/Heinz/Kury (Hg.), Kommunale Kriminalprävention - Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg, Holzkirchen/Obb. 2002 (im Erscheinen).
- Luff, Johannes (2000):** Die Kriminalität von Aussiedlern. Bayerisches Landeskriminalamt München
- Luff, Johannes (2001):** „Aussiedlerkriminalität“ – Fakten und Mythen. In: Kriminalistik 1, S. 29 ff.
- MPI (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2001):** Migrantenkinder häufiger in Sonderschulen; Pressemitteilung vom 17.12.2001 zur Studie von Sandra Wagner und Justin Powell [www.mpib-berlin.mpg.de/en/forschung/nwg/arbeitsberichte.htm](http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/forschung/nwg/arbeitsberichte.htm)
- Newman, Oscar (1972):** Defensible Space. People and Design in the Violent City. London
- Oberwittler, Dietrich (1999):** Soziale Probleme, Gewalt und Jugenddelinquenz in der Stadt. Ansätze einer sozialökologischen Forschung. In: Albrecht, Hans-Jörg (Hrsg.): Forschungen zu Kriminalität und Kriminalitätskontrolle am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br. Freiburg, Seite 403-418
- Pfeiffer, Christian, Brettfeld, Katrin, Delzer, Ingo (1997):** Kriminalität in Niedersachsen 1985 bis 1996. Eine Analyse auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik. Hannover, Kriminologisches Forschungsinstitut
- Presdee, Mike (2000):** Cultural Criminology and the Carnival of Crime. London and New York
- Reuband, Karl-Heinz (1999):** Wahrgenommene Polizeipräsenz in der Wohngegend und ihre Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl. Die Polizei 4, 1999, S. 112 ff.
- Rüther, Werner (2000):** Kriminologische Regionalanalyse Bonn 1998/99. Kriminologisches Seminar der Universität Bonn, 2. Auflage
- Sampson, Robert, Gregory D. Squires, Min Zhou. (2001):** How Neighborhoods Matter: The Value of Investing at the Local Level. Washington, DC: American Sociological Association.

- Schwind, Hans-Dieter (2001):** Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Heidelberg (11. Auflage)
- Solga, Heike, Sandra Wagner (2000):** "Beiwerk" der Bildungsexpansion: Die soziale Entmischung der Hauptschule.  
<http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/forschung/nwg/NWG.SolgaWagner-WP1=2000.pdf>
- Steffen, Wiebke (1999):** Aktuelle Probleme der Jugendkriminalität. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Moderne Sicherheitsstrategien gegen das Verbrechen. Vorträge und Diskussionen der Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes vom 17. bis 19. November 1998. Wiesbaden, S. 91-124
- Steffen, Wiebke (2001):** Strukturen der Kriminalität der Nichtdeutschen. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.) Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Godesberg 2001, S. 231-262
- Steffen, Wiebke, Erich Elsner (2000):** Kinder- und Jugenddelinquenz in München. Befunde, Reaktion und Maßnahmen. In: Bendit, René u.a. (Hrsg.): Kinder- und Jugendkriminalität. Strategien der Prävention und Intervention in Deutschland und den Niederlanden. Opladen, S. 240-250
- Strohmeier, Peter (2001):** Determinants of Urban Violence in the Ruhr and their Interlinkages – an Analyses of Ecological Distributions and Correlations, Bochum (WHO-Bericht aus dem Internet <http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/> ; Veröffentlichung geplant unter: Klaus Peter Strohmeier, Götz Köhler, Ulrich Laaser, Urban Violence and Health. Determinants and Management. A WHO Kobe Centre Publication, Verlag Hans Jacobs, Lage (im Druck)
- Taylor R. B. und Gottfredson, S. (1986):** Environmental Design, Crime, and Prevention. An Examination of Community Dynamics." In: Reiss, A. J. Jr. and Tonry, M. (eds.) Communities and Crime. Chicago: University of Chicago Press. S. 387-415
- Tillmann, Klaus-Jürgen u. a. (Hg.) (2000):** Schüलगewalt als Schulproblem. Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven, Juventa-Verlag, Weinheim/ München, 2. Auflage
- Tracey, Budd und Lorraine Sims (2001):** Antisocial behaviour and disorder: findings from the 2000 British Crime Survey. Home Office, Research, Development and Statistics Directorate, Findings 145, London
- Wikström, Per-Olaf, Rolf Loeber (2000):** Do disadvantaged neighborhoods cause well-adjusted children to become adolescent delinquents? A study of male juvenile serious offending, individual risk and protective factors, and neighborhood context. In: Criminology, Jg. 38, Nr. 4, Seite 1109 - 1142

## Anlage 1: Projektleitung und Projektmitarbeiter

Name	Organisation	Funktion
Prof. Dr. jur. <b>Thomas Feltes</b> M.A. (TF)	Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen	Projektleitung
<b>Gerhard Spiess</b> , Dipl. Soziologe	Universität Konstanz, Institut für Rechtstatsachenforschung	Projektleitung Quantitative Analyse
Dr. Anita Dreischer (AD)	Hochschule für Polizei	Projektmitarbeiterin (zeitweise)
Maria Feltes M.A.(MF)	-	Projektmitarbeiterin
Tobias Feucht (TFt)	Hochschule für Polizei	Student, Projektmitarbeiter
Carsten Held (CH)	Hochschule für Polizei	Student, Projektmitarbeiter
Manuel Hörger (MH)	Hochschule für Polizei	Student, Projektmitarbeiter
Rainer Horst (RH)	Hochschule für Polizei	Student, Projektmitarbeiter
Jael Kegler (JK)	Universität Heidelberg	Praktikantin (zeitweise)
Hilke März (HM)	Hochschule für Polizei	Sekretariat
Laura Schmidt (LS)	-	Praktik., Projektm. (zeitweise)
Thomas Steiner (TS)	Hochschule für Polizei	Student, Projektmitarbeiter
Florian Wahl	Universität Konstanz	Student, Projektmitarbeiter (Datenaufbereitung)

### Kontakt:

Professor Dr. Thomas Feltes: [mail@ThomasFeltes.de](mailto:mail@ThomasFeltes.de)

Gerhard Spiess: [gerhard.spiess@uni-konstanz.de](mailto:gerhard.spiess@uni-konstanz.de)

## Anlage 2: Übersicht über die im Rahmen des Projektes durchgeführten Interviews, Vor-Ort-Besuche und sonstigen Aktivitäten

Datum	Aktivität	Teilnehmer
13.6.01	Gespräch mit dem <b>Leiter der Abteilung Jugend</b> beim Amt für Jugend und Sport	TF, MF
13.6.01	Gespräch im <b>Schul- und Kulturamt</b>	TF, MF
13.7.01	Besuch verschiedener <b>Schwerpunkte</b> iVm der Polizei ( <b>Jugendschutzstreife</b> )	TF, MF, HM, CH, MH, LS
16.7.01	Interview mit <b>Polizeibeamten</b>	TF, CH, MF, JK, MH
16.7.01	Interview mit <b>Sozialarbeitern</b> im Amt für Jugend	TF, JK, MH
20.7.01	Interviews mit Lehrern und Schülern im <b>Bildungszentrum Nord</b>	AD, MF
20.7.01	Interviews mit Lehrern und Schülern der <b>Eichendorff-Realschule</b>	AD, CH, HM, LS
7.8.01	Interview mit Mitarbeiter des <b>Jugendgemeinschaftswerks der Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus</b>	TF, MF
7.8.01	Interview mit Mitarbeitern des <b>Jugendhauses Schafstall</b>	TF, MF
23.11.01	Interviews mit Lehrern und Schülern des <b>Isolde-Kurz-Gymnasiums</b>	RH, TFt, SH
23.11.01	Beobachtung in der Gaststätte „ <b>Billy Bob's</b> “	RH, TFt
29.11.01	Interviews mit Schülern der <b>Matthäus-Beger-Schule</b>	RH, TFt
8.12.01	Beobachtung im „ <b>City Bowling</b> “	RH, TFt
8.12.01	Beobachtung im Bereich der <b>Eishalle</b>	RH, TFt
18.1.02, 5.2.02	Interview in der <b>Gustav-Werner-Stiftung im Oberlin-Jugendhilfe-Verbund</b> (Betreuer und Jugendliche)	TS, RH, TFt

